

Norbert Jens Regg

**ZUM VERHÄLTNIS VON IDEOLOGIE UND REPRODUKTION
GESELLSCHAFTLICHER VERHÄLTNISSE**

**Eine Untersuchung am Beispiel der
Reorganisation bürgerlich-parlamentarischer Demokratie
in Deutschland 1945 bis 1947**

1979



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Soziologie

ZUM VERHÄLTNIS VON IDEOLOGIE UND REPRODUKTION
GESELLSCHAFTLICHER VERHÄLTNISSE

- Eine Untersuchung am Beispiel der Reorganisation bürgerlich-parlamentarischer Demokratie in Deutschland 1945 bis 1947 -

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
P h i l o s o p h i s c h e n F a k u l t ä t
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von

Norbert Jens Regg
aus Berlin

1979



Tag der mündlichen Prüfung: 3. Juli 1979.....
Dekan: Prof.Dr. M.E. Brockhoff.....
Referent: Prof.Dr. A. Klönne.....
Korreferent: Prof.Dr. H.J. Krysmanski.....

INHALT

0.	Einleitung	8
1.	Bedingungen des Reproduktionsprozesses	14
1.1	Der ökonomische Aspekt und seine Resultate	15
1.2	Der historische Aspekt	20
2.	Zum Verhältnis von Basis und Überbau	23
2.1	Integration und Ausdehnung der Widersprüche	24
2.1.1	Reproduktion der Widersprüche	30
2.2	Die Beziehungen zwischen Ideologie, Politik und Staat	32
2.2.1	Alltag als gesellschaftliche Substanz	36
2.2.2	Funktionen des Staates	38
2.2.3	Das strategische Ziel	41
2.2.4	Zusammenfassung	43
3.	Ideologie und Reproduktion gesell- schaftlicher Verhältnisse	45
3.1	Zur Entstehung und Entwicklung des Ideologiebegriffs	46
3.1.1	Einige Aspekte der Behandlung der Ideologieproblematik durch die bürger- liche Sozialwissenschaft	48
3.1.2	Die Instrumentalisierung des Ideolo- giebegriffs: Ideologie als "durch- dachte Rechtfertigung"	54
3.1.3	Zusammenfassung	58

3.2	Ideologie als imaginäres Verhältnis zu den Existenzbedingungen	59
3.3	Zur Funktion von Ideologie	65
3.4	Ideologie und Interessenorganisation	68
3.4.1	Die Unterordnung unter das Rechts- system	70
3.4.2	Öffentlichkeit als Organisations- prinzip	74
3.5	Zusammenfassung	75
4.	Statt eines Resumes: Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse und 'Ideologische Staatsapparate'	77
4.1	Zum Begriff 'Ideologische Staats- apparate'	81
4.2	Funktionen der 'Ideologischen Staats- apparate im Reproduktionsprozeß	85
4.2.1	Die Beziehungen der Apparate zum Staat	88
4.2.2	Zusammenfassung	91
4.3	Zur Bedeutung des Begriffs der 'Ideologischen Staatsapparate'	94
4.4.	Methodische Anmerkungen zum Unter- suchungsgegenstand	102
5.	Bedingungen der Reorganisation bür- gerlich-parlamentarischer Demokratie in Deutschland 1945 bis 1947	104
5.1	Vorbemerkung	104
5.2	Entwicklungslinien der Besatzungs- politik	109
5.3	Kontinuität der ökonomischen Ver- hältnisse	116
5.3.1	Die Ziele der Alliierten	116

5.3.2	Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit	120
5.3.3	Positionen der deutschen National- ökonomie I: Ludwig Erhard	126
5.3.4	Positionen der deutschen National- ökonomie II: Neuordnung im Widerstand	129
5.3.5	Zusammenfassung	133
6.	Familienstruktur und demographische Veränderungen 1945 bis 1947	139
7.	Zur Funktion der 'Ideologischen Staatsapparate' in der Phase der Re- organisation bürgerlich-parlamenta- rischer Demokratie	148
7.1	Der politische Apparat	148
7.1.1	Die Position der Parteien	153
7.1.2	Politik(er) "der ersten Stunde" ...	156
7.1.3	Staatsrechtliche Positionen	161
7.2	Der gewerkschaftliche Apparat	168
7.2.1	Die Ausgangslage	169
7.2.2	Der Aufbau von Gewerkschaftsorganisa- tionen	171
7.2.3	Gewerkschaftliche Orientierungen ..	175
7.3	Der schulische Apparat	182
7.3.1	Die Entwicklung in der französischen Zone	183
7.3.2	Die Entwicklung in der amerikani- schen Zone	188

7.3.3	Die Entwicklung in der britischen Zone	191
7.3.4	Zusammenfassung	194
7.4	Der Informationsapparat	196
7.4.1	Rundfunk	196
7.4.2	Presse	199
7.4.3	Politische Aufgabe und Betriebsverfassung	202
7.5	Der kulturelle Apparat	207
7.5.1	Reorganisation des kulturellen Sektors	207
7.5.2	Positionen in der Literatur: Zweierlei Emigranten und ihr Verhältnis zum Wiederaufbau	214
7.5.3	Entwicklungslinien in anderen Kulturbereichen	220
7.5.4	Einheit von Tradition und Verdrängung	223
7.5.5	Die Entwicklung des Sports	224
7.6	Die Kirchen - der dominierende Apparat in der Phase der Reorganisation bürgerlich-parlamentarischer Demokratie	233
7.6.1	Die evangelische Kirche nach 1945	233
7.6.2	Die katholische Kirche nach 1945 ..	236
7.6.3	Politische Positionen: Einheit von Politik und Ideologie	238
7.6.4	Zusammenfassung	244

8.	Schlußbemerkung	246
ANMERKUNGEN		252
LITERATURVERZEICHNIS		276

Für die Unterstützung beim Auffinden der Dokumente und weiterführende Hinweise danke ich folgenden Personen und Institutionen: den Mitarbeitern des Bundesarchivs Koblenz; des Instituts für Zeitgeschichte München, insbesondere Hermann Weiss; Herrn Gutekunst vom Landeskirchlichen Archiv beim Ev. Oberkirchenrat Stuttgart und Herrn Nicolaisen für die Ev. Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte München.

Schwierigkeiten, die sich bei der Einsicht oder Verwendung einzelner Materialien ergaben, - so u.a. der Nachlaß des ehem. Landesbischofs Wurm ab 1945 und Aufzeichnungen des Mitglieds der amerikanischen Militärregierung, Gen. Pollock - , liegen ausserhalb der Verantwortung der Archivare. Vielmehr zeigten sich hier die vielfach engen Grenzen, die zeitgeschichtlicher Forschung durch Privat- und Persönlichkeitsrecht gezogen werden. Unerheblich ist dabei die Frage nach der Relevanz dieser Materialien im Rahmen der Untersuchung; sie würden bei näherer Betrachtung sicher nur Einzelergebnisse verstärken oder nuancieren. Letztlich bestätigte sich einmal mehr ein Ordnungsprinzip, das über den zu respektierenden Schutz der Persönlichkeit hinaus der Abschirmung dient: öffentlich ist alles - es sei denn, es ist geheim.

Die Fertigstellung der vorliegenden Arbeit wurde durch ein Stipendium nach dem Graduiertenförderungsgesetz ermöglicht.

O. Einleitung

"Es gibt jedoch keine absolut ausweglosen Lagen für die kapitalistische Wirtschaft. Selbst in der Marxschen Akkumulations- und Krisentheorie bricht der Kapitalismus nicht von selbst zusammen, sondern findet sein mögliches Ende in den durch die Krise ausgelösten politischen Aktionen. Obwohl es selbstverständlich ist, daß die Geschichte nicht mit dem Kapitalismus zum Abschluß gekommen ist, so läßt sich doch nicht sagen, wann, oder unter welchen Umständen, er ein Ende finden wird. Obwohl die staatlichen Wirtschaftseingriffe nichts an der kapitalistischen Krisengesetzlichkeit zu ändern vermögen, so sind deren Grenzen nicht die der kapitalistischen Wirtschaft selbst. Die Sackgasse schließt nicht den Rückweg aus."

(Paul Mattick)

Die Problematik der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Auseinandersetzung über die Determinanten dieses Prozesses betrifft nicht nur die Frage nach den Bedingungen, die eine Wirtschafts- und Sozialstruktur dazu befähigen, ihre Krisen zu überdauern und gestärkt aus ihnen hervorzugehen. Die in Krisenzeiten gestellte Frage, ob sich der Kapitalismus ein weiteres Mal "davonschleichen" kann, ist zum Zeitpunkt der Fragestellung meist schon historisch - und aus der Oszillation zwischen Kapitalakkumulation und tendenziellem Fall der Profitrate sind zwar seine Entwicklungstendenzen, nicht aber die Merkmale des Zusammenbruchs zu extrapolieren.

In die Thematik eingeschlossen ist die Frage der Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse und ihrer

Bedingungen, die nicht nur die ökonomische Umwälzung der Struktur sondern in gleicher Weise ihre politische und ideologische Veränderung bewirkt.

Insofern sich der Reproduktionsprozeß gesellschaftlicher Verhältnisse auf allen Ebenen einer Gesellschaftsformation entwickelt - als Notwendigkeit der Reproduktion ihrer Produktionsbedingungen, der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, und mit dem Ergebnis der Aufrechterhaltung des Herrschaftsverhältnisses einer Gesellschaftsformation - sind also nicht nur die ökonomischen Determinanten, sondern gerade auch die politischen und ideologischen Determinanten des Reproduktionsprozesses signifikant für die Beantwortung der Frage nach der Stabilität/Instabilität gesellschaftlicher Verhältnisse und der Möglichkeiten ihrer Reproduktion, besonders in der Phase der Krise, des Zusammenbruchs der staatlichen Strukturen und der gesellschaftlichen Ordnung.

Die Analyse des Reproduktionsprozesses des menschlichen Lebens muß ansetzen an den Faktoren, die aus dem dialektischen Verhältnis von Realität und Bewußtsein in einer bestimmten Phase der Entwicklung einer Gesellschaftsformation entspringen und insbesondere muß das Normensystem und seine institutionellen Ausdrücke, sowie die den Klassenverhältnissen entspringenden Klasseninteressen als Komponenten im System der ideologischen Unterwerfung in ihren konjunkturellen Bewegungen untersucht werden, um ihre jeweils konkrete Funktion bei der Aufrechterhaltung der Struktur zu bestimmen.

Von der Totalität, der widersprüchlichen Einheit des gesellschaftlichen "Ganzen" aus, lassen sich die isolierten Teile und ihr Ordnungszusammenhang erklären und läßt sich ihr gemeinsames Merkmal, nämlich unter den gegebenen

Verhältnissen Produkte des Kapitalismus zu sein, erkennen. Im gewissen Sinn haben wir es mit Teilen oder gesellschaftlichen Ebenen zu tun, die funktional die Totalität repräsentieren, je nachdem sie - um in der Metapher zu bleiben - in der gesellschaftlichen Basis, den ökonomischen Verhältnissen, oder im gesellschaftlichen Überbau, den politischen und ideologischen Verhältnissen, angesiedelt sind. Und soweit sie funktional die Totalität repräsentieren, reproduzieren die Teile auf unterschiedlichen Ebenen bestimmte substantielle Beziehungen des gesellschaftlichen "Ganzen". Als Ausdruck der Totalität der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse tragen die unterschiedlichen Teile (Ökonomie, Politik, Ideologie - und differenzierter: Produktions- und Verwertungsprozeß, Staat, Recht, verschiedene Ideologien, die in unterschiedlichen Praxisformen materiell werden, etc.) zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse bei.

Daraus ergeben sich bestimmte Prinzipien der Strukturanalyse einer Gesellschaftsformation: nämlich die Einheit der Untersuchung von relativ permanenten, organischen Entwicklungen, die in letzter Instanz durch die ökonomischen Verhältnisse determiniert sind, und den konjunkturellen Bewegungen und Entwicklungen des gesellschaftlichen Klassenkampfes und seiner politischen und ideologischen Ausdrucksformen. Von dieser Einheit läßt sich auch die Frage nach den Faktoren des Zusammenhalts der gesellschaftlichen Totalität selbst erschließen.

Wenn wir in der vorliegenden Arbeit das Verhältnis von Ideologie und Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse thematisieren, dann gehen wir davon aus, daß die Ideologie, d.h. das Verhältnis, in dem sich die Menschen ihrer gesellschaftlichen Aufgaben und Konflikte bewußt werden, wesentlicher Bestandteil der Fähigkeit

einer Struktur zur Reproduktion ist. Ohne die ideologischen Formen - des an die bestehenden Verhältnisse gebundenen subjektiven "Bewußtseins", wäre die Permanenz des Kapitalverhältnisses in seiner Substanz gefährdet.

In der die gesellschaftliche Totalität umfassenden Krise wird die Bedeutung des ideologischen Faktors für die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse besonders deutlich. Die Krise des Jahres 1945 in Deutschland - der "totale Zusammenbruch" (von Strukturelementen, nicht der Struktur selbst) - erschien selbst den politischen Vertretern der herrschenden Klassen als ausweglose Lage, in der sich die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst in Frage stellte. Daß diese Situation dennoch nicht zum gesellschaftlichen Bruch führte, sondern nach einer Phase der Reorganisation, die im wesentlichen 1947 abgeschlossen war, das dominante Herrschaftsverhältnis in Westdeutschland gestärkt aus ihm erwuchs, ist nicht ausschließlich zurückzuführen auf die Politik der Besatzungsmächte in den Westzonen. Vielmehr, so unsere These, zeigt gerade das Beispiel der Nachkriegsjahre 1945 bis 1947, daß sich innerhalb der Sozialstruktur in der Situation der Krise und des Zusammenbruchs von Strukturelementen jene Subsysteme verstärken, die innerhalb der Einheit des Herrschaftszusammenhangs intakt geblieben sind, und daß es sich bei diesen Subsystemen um Elemente der ideologischen Ebene des gesellschaftlichen Überbaus handelt.

Die vorliegende Arbeit stellt sich daher eine doppelte Aufgabe. Zum einen sind in der Auseinandersetzung mit den Begriffen der Reproduktion und der Ideologie die theoretischen Bedingungen und Bestimmungen ihres Verhältnisses und der Funktion des Ideologischen im Repro-

duktionsprozeß begrifflich zu entfalten, d.h. der Strukturanalyse einer Gesellschaftsformation zugänglich zu machen. Zum anderen bedarf es der historischen Konkretion dieses Verhältnisses, um die dominierenden Faktoren der politisch-ideologischen Ebene der gesellschaftlichen Totalität zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt - in unserem Beispiel die "Zusammenbruchskrise" und die gegenwirkende Reorganisation der Strukturelemente - auszuarbeiten und für weitere Untersuchungen fruchtbar zu machen.

Unter diesem Aspekt lassen sich schließlich nicht nur die allgemeinen Determinanten des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sowie die allgemeine materielle Organisation der herrschenden ideologischen Struktur einer Gesellschaftsformation bestimmen, sondern auch die historisch-konjunkturellen Besonderheiten, d.h. die konjunkturellen Verschiebungen der Dominanz innerhalb der Struktur und deren Bedeutung für die Aufrechterhaltung/Reproduktion und für die Transformation der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse.

Wir werden deshalb im ersten Teil die Bedingungen des Reproduktionsprozesses und das Verhältnis zwischen den unterschiedlichen Ebenen der gesellschaftlichen Totalität unter dem Aspekt betrachten, in welcher Weise die ideologischen Verhältnisse der kapitalistischen Klassengesellschaft, die den Zusammenhalt auf der Ebene des Alltagslebens und auf der Ebene der Aneignung der Realität in historisch bestimmten Formen gewährleisten, produziert und wirksam werden.

Die Auseinandersetzung mit dem Ideologiebegriff selbst und seiner wissenschaftlichen Behandlung führt uns anschließend zu konkreten Bestimmungen, die die materielle Existenz des Ideologischen und die unterschiedlichen

Funktionen der ideologischen Praxisformen im Prozeß der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse betreffen. Die Diskussion in der westdeutschen Soziologie und Politik hat zwar den Zusammenhang zwischen Ideologie, Politik und Reproduktion immer wieder thematisiert, doch blieb diese Diskussion immer in den Grenzen von Einzelaspekten und führte über diese in den seltensten Fällen hinaus. Der Anstoß zur theoretischen Erörterung dieses Verhältnisses kam im wesentlichen von "außen", d.h. von Vertretern der französischen und italienischen politischen Soziologie, auf deren Positionen wir in wesentlichen Punkten der Abhandlung Bezug nehmen.

Im zweiten Teil werden wir die historisch-konkreten Entwicklungslinien der Reorganisation des institutionellen politisch-ideologischen Zusammenhangs im Kontext der Restitution des Herrschaftsverhältnisses und die - inneren und äußeren - Faktoren des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und seiner Ergebnisse (für das Gebiet der drei Westzonen Deutschlands während der Besatzungszeit in den Jahren 1945 bis 1947) darlegen, um "die Schützengraben- und Befestigungselemente" der bürgerlichen Gesellschaft erfassen zu können, die in der umfassenden Krise der Nachkriegsjahre in Westdeutschland wirksam wurden:

"(...) erzitterte der Staat, so entdeckte man sofort die kräftige Struktur der bürgerlichen Gesellschaft. Der Staat war ein vorgeschobener Schützengraben, hinter dem eine robuste Kette von Befestigungswerken und Kasematten lag (...)." (13/347; wir zitieren im folgenden nach der laufenden Nummer des Literaturverzeichnisses unter Angabe der Seite)

1. Bedingungen des Reproduktionsprozesses

Wenn wir die Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse thematisieren, so liegt die ganze Tragweite der Fragestellung bereits im Begriff selbst. Er benennt einen komplexen und in sich selbst widersprüchlichen Prozeß der Kontinuität und Diskontinuität gesellschaftlicher Entwicklung. "Der Fortschritt geschieht nicht nur stoßweise, sondern auch durch einseitige Vorsprünge, die Erschütterung auslösen. Die Entwicklung ist nicht ausgewogen; sie ist diskontinuierlich und unharmonisch. Die Geschichte des Kapitalismus ist voller Erschütterungen und furchtbaren Katastrophen. Seine Entwicklung ist ein einziges Umstürzen bestehender Strukturen, das viel eher die Form einer Kette von Explosionen als die einer friedlichen Umwandlung hat." (57 zit.n. 35/347)

Diese Entwicklung geht in historischen Formen vor sich, und basiert auf der gesellschaftlich existentiellen Notwendigkeit, kontinuierlich zu produzieren, d.h. zu produzieren und die Bedingungen der Produktion aufrecht zu erhalten. Die Form, die der Reproduktionsprozeß historisch notwendigerweise annimmt, ist die der erweiterten Reproduktion. Also - ökonomisch bestimmt - nicht nur Ersatz der in der Produktion verausgabten Produktionsmittel und Erhaltung existierenden Kapitals, sondern Akkumulation von Kapital, Ausweitung der Produktion und Erweiterung des gesellschaftlichen Reichtums.

"Wenn die vorkapitalistischen Produktionsweisen lange Zeitabschnitte einfacher Reproduktion durchgemacht hatten, traten sie in den meisten Fällen in einem bestimmten Augenblick ihrer Entwicklung in ein Stadium der erweiterten Reproduktion ein, d.h. in ein Stadium mit einer gewissen Entwicklung der Werkzeuge, einer gewissen Akkumulation gesellschaftlichen Reichtums in Form von Gütervorräten und vor allem in Form von zusätzlichen Werkzeug- und Maschinenvorräten. Die bloße Akkumulation

von Lebensmittelreserven kennzeichnet schon eine primitive Form der erweiterten Reproduktion.

Die kapitalistische Produktionsweise unterscheidet sich von allen vorausgegangenen Produktionsweisen gerade darin, daß nicht der unproduktive, sondern der produktive Konsum, die Kapitalisierung des gesellschaftlichen Mehrprodukts, zur Triebfeder der Tätigkeit der besitzenden Klassen, zur Triebfeder der Ausbeutung wird. Insofern ist die erweiterte Reproduktion im kapitalistischen System der Normalfall, da sich die einfache Reproduktion nur in Ausnahmezeiten des kapitalistischen Produktionszyklus einstellen kann." (35/339)

1.1 Der ökonomische Aspekt und seine Resultate

Der ökonomische Aspekt des Reproduktionsprozesses, wie er sich in der kapitalistischen Produktionsweise darstellt, ist also bestimmt durch den Kreislauf des Kapitals: Der im Produktionsprozeß geschaffene und in der Zirkulationssphäre realisierte Mehrwert wird produktiv konsumiert, also akkumuliert und in Form zusätzlichen konstanten und/oder variablen Kapitals investiert.¹⁾ Die individuelle Konsumtion der produzierten Ware als lebensnotwendiger Gebrauchswert ist zugleich Moment der Reproduktion der Arbeitskraft und damit Bestandteil des Reproduktionsprozesses. Produktion, Zirkulation und Konsumtion sind die Glieder des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, in denen sich sowohl das Kapital reproduziert, als auch der lebensprozeß der Lohnabhängigen. "Das Resultat, wozu wir gelangen, ist nicht, daß Produktion, Distribution, Austausch, Konsumtion identisch sind, sondern daß sie alle Glieder einer Totalität bilden. Unterschiede innerhalb einer Einheit. Die Produktion greift über, sowohl über sich in der gegensätzlichen Bestimmung der Produktion, als über die anderen Momente. Von ihr beginnt der Prozeß immer wieder

von neuem." (37/20)

Damit die Kontinuität der kapitalistischen Produktion gesichert ist, müssen also die ökonomischen Grundvoraussetzungen erfüllt sein: die Aneignung und das Monopol über die Produktionsmittel und die Existenz derer, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Ferner müssen die Bedingungen der ökonomischen Reproduktionsfähigkeit erfüllt sein, nämlich, daß in einer Reihe von Produktionszyklen nicht nur jene Produktionsgüter hergestellt werden, die die verbrauchten ersetzen, sondern zusätzlicher Wert akkumuliert, d.h. kapitalisiert werden kann.

Wir bewegen uns immer noch im Rahmen der ökonomischen Bedingungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und seiner Resultate. Reproduktion der Produktionsmittel und erweiterte Reproduktion im dargestellten Zusammenhang bleiben noch gebunden an die Produktion von Dingen, d.h. Produktions- und Konsumtionsmitteln als Waren. Im Prozeß der Produktion selbst konstituiert sich jedoch auch das Verhältnis, in dem die Produktionsagenten in Beziehung zu den Produktionsmitteln und zueinander stehen: Die Menschen produzieren, indem sie in historisch definierter Form ihre Tätigkeit gegeneinander austauschen. Sie treten in bestimmte Beziehung und Verhältnisse zueinander innerhalb derer die Produktion stattfindet. Produktion und Reproduktion bezeichnen in ein und demselben Prozeß somit Produktion von materiellen Existenzmitteln und gesellschaftlicher Verhältnisse.

Grundlegende Bestimmung der Verhältnisse sind die bereits erwähnten, für die kapitalistische Produktionsweise typischen Eigentumsverhältnisse: Eigentum an den Produktionsmitteln und eigentumlose Verkäufer von Arbeitskraft. "Da der Produktionsprozeß zugleich der Konsumtionsprozeß der Arbeitskraft durch den Kapitalisten, verwandelt sich das Produkt des Arbeiters nicht nur

fortwährend in Ware, sondern in Kapital, Wert, der die wertschöpfende Kraft aussaugt, Lebensmittel, die Personen kaufen, Produktionsmittel, die den Produzenten anwenden. Der Arbeiter selbst produziert daher beständig den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht, und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als subjektive, von ihren eigenen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsmitteln getrennte, abstrakte, in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz den Arbeiter als Lohnarbeiter. Diese beständige Reproduktion oder Verewigung des Arbeiters ist das sine qua non der kapitalistischen Produktion." (39/596)

Festzuhalten ist also, daß jede gesellschaftliche Produktion zugleich Reproduktion von gesellschaftlichen Verhältnissen ist, da sie beständig die Bedingungen ihrer Existenz hervorbringt und erweitert.²⁾ Die Aufrechterhaltung dieser Verhältnisse bringt die private Verfügung über das gesellschaftliche Produkt immer wieder neu hervor - den Kapitalisten als Monopolisten der Produktionsmittel und den Arbeiter als Arbeitskraft. In einem bestimmten Moment der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise werden diese gesellschaftlichen Verhältnisse zu herrschenden (gegenüber den Produktionsverhältnissen anderer Produktionsweisen, aus und in denen sich die kapitalistische Produktionsweise entwickelt und durchgesetzt hat) und dem Menschen äußere Verhältnisse, "stummer Zwang der ökonomischen Verhältnisse". Der Charakter dieser Verhältnisse ist notwendigerweise antagonistisch, ebenso wie jener der kapitalistischen Akkumulation, der Bedingung für die erweiterte Reproduktion: "Akkumulation von Reichtum heißt auf seiner Gegenseite Akkumulation von lebenslänglichem Verkauf der Arbeitskraft." (39/675)

Gesellschaftlich betrachtet wird durch den ökonomischen Reproduktionsprozeß das gesellschaftliche Klassenverhältnis reproduziert, als Voraussetzung und Bedingung der Kontinuität der Produktion, die sich historisch als herrschende kapitalistische durchgesetzt hat.³⁾ Wir können also formulieren, daß die Produktionsverhältnisse über den Arbeitsprozeß und die Entwicklung der Produktivkräfte dominieren, weil sie als gesellschaftliche Klassenverhältnisse gegenüber der Entwicklung der Produktivkräfte und dem Arbeitsprozeß strukturell wirksam sind. Die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere ihre technologische Seite, kann allerdings Veränderungen des sozioökonomischen Gefüges bewirken, durch welche krisenhafte Entwicklungen beendet werden, d.h.: die offenen oder verdeckten Widersprüche eines gesellschaftlichen Gefüges werden nicht wirksam und verschieben sich auf eine andere Ebene, auf der sie einem doppelten Prozeß unterworfen sind; sie werden aufgesogen durch eine neue (kurz- oder langfristige) Produktivkraftentwicklung und transformieren sich auf einer anderen Ebene des gesellschaftlichen Konfliktraumes (Klassenkampfes) zu verdichteten Widersprüchen, die einen von den ersteren verschiedenen Charakter haben und so als neue Widersprüche erscheinen, wohingegen die ersteren aufgehoben scheinen.

Wir haben weiter oben ausgeführt, daß die Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse ein widersprüchlicher Prozeß ist, für den die Einheit von Kontinuität und Diskontinuität konstitutiv ist.

Die Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses⁴⁾ zeigt, wie innerhalb seiner selbst das Kapitalverhältnis reproduziert wird: Durch Produktion von Mehrwert ermöglichte Kapitalakkumulation gewährleistet die Kontinuität des Produktionsprozesses und des gesellschaftlichen Klassenverhältnisses auf erweiterter Stufen-

leiter. "Dieser beständige Kauf und Verkauf von Arbeitsvermögen und das beständige Gegenübertreten der von dem Arbeiter selbst produzierten Ware als Käufer seines Arbeitsvermögens und als konstantes Kapital, erscheint nur als vermittelnde Form seiner Unterjochung unter das Kapital, der lebendigen Arbeit als bloßen Mittels zur Erhaltung und Vermehrung der ihr gegenüber verselbständigten gegenständlichen Arbeit. Es ist dies eine dieser Produktionsweise immanente Form der Vermittlung, diese Verewigung, des Verhältnisses des Kapitals als Käufers und des Arbeiters als Verkäufers von Arbeit; aber es ist eine Form, die sich nur der Form naht von andern mehr direkten Formen der Knechtung der Arbeit und des Eigentums an sie auf Seiten der Besitzer der Produktionsbedingungen unterscheidet. Sie vertuscht als blosses Geldverhältnis die wirkliche Transaktion und die perpetuierliche Abhängigkeit, die beständig erneuert wird, durch diese Vermittlung des Kaufs und Verkaufs." (42/87)

Die Kontinuität des Ökonomischen bewahrt die gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen historisch unter kapitalistischen Bedingungen produziert wird. Je-
ner Prozeß selbst verläuft jedoch nicht linear, wenn-
gleich er auch einer gewissen Trendlinie folgt. Viel-
mehr handelt es sich um Produktions- und Reproduktions-
zyklen, in denen sich national und international Kri-
sen-, Depression- und Aufschwungphasen abwechseln. Da-
von relativ unberührt bleibt das Produktionsverhältnis,
welches innerhalb des kapitalistischen Entwicklungspro-
zesses selbst produziert wird, worin aber zugleich die
Bedingungen der Auflösung des Kapitalverhältnisses pro-
duziert werden. Produktionsverhältnis und Produktiv-
kräfte stehen in einem dialektischen Verhältnis. Es kon-
stituiert gesellschaftliche Widersprüche und das Erken-
nen dieser Widersprüche gibt die Möglichkeit, gesell-
schaftliche Entwicklung und deren Bedeutung für die
Transformation einer Produktionsweise bzw. einer Ge-

gesellschaftsformation⁵⁾ zu analysieren und politisch fruchtbar zu machen.

1.2 Der Historische Aspekt

Wir müssen uns, bevor wir die Frage angehen, welches die Faktoren sind, die zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen, nochmals vergegenwärtigen, daß das Kapitalverhältnis selbst eine bestimmte historische Stufe und Form der gesellschaftlichen Produktion voraussetzt. "Es müssen sich, innerhalb einer früheren Produktionsweise, Verkehrs- und Produktionsmittel und Bedürfnisse entwickelt haben, die über die alten Produktionsverhältnisse hinaus und zu ihrer Verwandlung in das Kapitalverhältnis hindrängen." (42/88) Bekanntermaßen datiert die Herausbildung der kapitalistischen Wirtschaftsform innerhalb des Feudalismus vom 15. bis 18. Jahrhundert (in Rußland bis ins 19. Jahrhundert) und gründete sich in erster Linie auf Geldhandel (Zunahme der Geldzirkulation) und Manufakturproduktion, durch die die Bedingungen der Kapitalakkumulation gegeben waren:⁶⁾ Auf der einen Seite die Besitzer von Handels- und Wucherkapital, deren Geld angelegt ist in Produktionsmitteln, an und mit denen auf der anderen Seite die Lohnarbeiter im manufakturellen Großbetrieb vereinigt arbeiten. "Das Neue war die Unterwerfung unter die Betriebsdisziplin und die dadurch vermittelte Herauspressung einer größeren Menge von Produkten. Vielfach jedoch begann die Manufaktur gleich mit einer Organisation der Produktion. Der Arbeiter spezialisiert sich auf eine Spezialfunktion; die verschiedenen Vorrichtungen eines einzelnen Arbeiters wurden zerlegt in eine Reihe von Einzelarbeiten. Das Ergebnis war die Produktion von höher qualifizierten Waren mit einem geringeren Arbeitsaufwand. Die 'Produktivität' der Arbeit stieg, damit auch der Mehrwert, d.h. der Wert der Ar-

beitsleistung, die über den Arbeitslohn hinausgehen. Die Manufaktur erst verwandelte den Handwerker in den Arbeiter." (26/25)

Auf der Basis dieses gegenüber der feudalen/vorkapitalistischen Produktionsweise veränderten Verhältnisses entwickelt sich die spezifisch veränderte Produktionsweise des Kapitalismus. Sie bringt neue materielle Produktivkräfte hervor und entwickelt sich fortschreitend auf deren Grundlage, womit die realen Bedingungen der kapitalistischen Produktion ihre historische Form finden, d.h. die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit - und dies innerhalb der "vorgefundenen" feudalen/vorkapitalistischen Produktionsweise, die sie ökonomisch und politisch revolutionär transformiert, indem sie die historischen Schranken niederreißt, die ihre adäquate Bewegung hemmten.

In der historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise liegt bereits ein erster Hinweis auf die Frage, wodurch die gesellschaftlichen Verhältnisse reproduziert werden. Daß es sich hierbei nicht ausschließlich um die ökonomische Entwicklung des Kapitalverhältnisses aus früheren Wirtschaftsformen und die Kontinuität des real diskontinuierlich sich entwickelnden kapitalistischen Produktionsprozesses handelt, dessen Grundlage die Reproduktion der Produktionsmittel und die erweiterte Reproduktion (verstanden als produktives Wachstum) bildet, ist evident angesichts der Schlußfolgerungen, die aus der einseitigen Betrachtung des ökonomischen Prozesses zu ziehen wären. Denn die unbeantwortete Frage bleibt, warum die Produktionsverhältnisse seit über hundert Jahren dieselben geblieben sind, obgleich doch die Auflösung des Kapitalverhältnisses in den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise angelegt ist.

Die Feststellung, daß die Arbeiterklasse, als "histo-

risches Objekt" Trägerin einer neuen gesellschaftlichen Praxis, eine gewisse Verantwortung an der Aufrechterhaltung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse tragen,⁷⁾ hat mit Einschränkungen seine Berechtigung, verweist aber gleichzeitig auf die Bedingungen zurück, die dieser Verantwortung vorausgehen. "Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und die Reproduktion des wirklichen Lebens. (...) Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus - politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate - Verfassungen nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. - Rechtsformen, und nur gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (...) als Notwendiges die Ökonomische Bewegung sich durchsetzt. Sonst wäre die Anwendung der Theorie auf eine beliebige Geschichtsperiode ja leichter als die Lösung einer einfachen Gleichung ersten Grades." (9/463; ähnlich auch 10/474 f.)

2. Zum Verhältnis von Basis und Überbau

Die Bedingung oder Voraussetzung, unter der die Produktion der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich ist, sozusagen als Fähigkeit zur Selbstreproduktion der gesellschaftlichen Struktur ist eine doppelte: Die Voraussetzung zur Reproduktion der ökonomischen Struktur, der gesellschaftlichen Basis, und der 'Superstruktur', des gesellschaftlichen Überbaus, der die politische, juristische und ideologische Ebene umfasst. Wir haben gesehen, daß das Resultat des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses die Produktion des Verhältnisses zwischen Kapital und Lohnarbeit ist. "Dies soziale Verhältnis, Produktionsverhältnis erscheint in fact als ein noch wichtigeres Resultat des Prozesses als seine materiellen Resultate. (...) Der Kapitalist produziert die Arbeit als fremde; die Arbeit produziert das Produkt als fremdes. Der Kapitalist produziert den Arbeiter und der Arbeiter den Kapitalisten ect." (37/362) Auf der anderen Seite sind aber jene Faktoren zu berücksichtigen, die dieses Verhältnis stützen und aufrecht erhalten als Garanten der Produktions- und Verkehrsverhältnisse - und zwar über die Krisen des ökonomischen Entwicklungsprozesses hinweg.

Die Frage, was zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt und warum bisher in den kapitalistischen "Kernländern" Europas die historisch-gesellschaftliche Transformation der Produktionsverhältnisse nicht eingetreten ist, muß u.E. in zweierlei Hinsicht angegangen werden: Die erste Dimension der Antwort ist die historische und betrifft die Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise; die zweite ist die politische-ideologische und verweist auf die bewusstseinsmäßige Aneignung und die praxisrelevanten Auswirkungen der Realität des ökonomischen

Prozesses, seiner politisch- ideologischen Absicherung und des Alltagslebens, welches Konzentrat und Ausdruck der Fähigkeit zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, d.h. der Fähigkeit, die kritischen Momente innerhalb der Entwicklung des Kapitalismus zu überwinden.

2.1. Integration und Ausdehnung der Widersprüche

Beginnen wir mit der historischen Seite: Weiter oben wurde bereits erwähnt, daß die Durchsetzung der kapitalistischen gegenüber der feudalen Produktionsweise ein ökonomisch und politisch lang andauernder Prozeß war, in dessen Entwicklung die materiellen Produktivkräfte in Widerspruch geraten sind zu den herrschenden feudalen Eigentumsverhältnissen. Die Umwälzung dieser Verhältnisse basierte auf der Veränderung der ökonomischen Produktionsbedingungen und führte in langen Kämpfen und sozialen Revolutionen gegen die feudalen Herrschaftsverhältnisse zu ebenso tiefgreifenden Veränderungen des politischen, rechtlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, kulturellen ect. Überbaus der Gesellschaft. Marx spricht im Abschnitt des "Vorworts zur Kritik der Politischen Ökonomie" von der Umwälzung der ideologischen Formen, in denen die Menschen sich dieses Konflikts bewusst werden und ihn ausfechten. In dieser Formulierung liegt prägnant die ganze historische Dimension der bürgerlichen Revolution als politischer Höhepunkt der Durchsetzung der ökonomischen Produktionsbedingungen und der Installierung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie.

Entwicklungsgeschichtlich verläuft die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise auf der Grundlage des ökonomischen Prozesses in den Formen, die der Klassen-

kampf politisch und ökonomisch annimmt, d.h. in den widersprüchlichen Formen des materiellen Lebens in je bestimmter historischer Konkretion. Durchsetzung einer neuen gegenüber einer bestehenden, historisch im Niedergang begriffenen Produktionsweise, folgt diskontinuierlichen und ungleichzeitigen "Gesetzmäßigkeiten" in einem transformatorischen Prozeß von Auflösung und Bewahrung. "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen desselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind." (41/336)

Die kapitalistische Produktionsweise hat im Laufe ihrer Entwicklung notwendigerweise, d.h. entsprechend ihrer eigenen Logik, die vorkapitalistischen Verhältnisse als geschichtliches "Erbe" integriert; nicht nur integriert, sondern entsprechend ihren eigenen Bedürfnissen verändert und untergeordnet, zerstört und in einer neuen gesellschaftlichen Praxis geformt - und zugleich auch die Inhalte selbst in diese neue gesellschaftliche Praxis eingebracht, die tendenziell über sie selbst hinausweisen.

Indem die kapitalistische Produktionsweise sich auf den gesellschaftlichen "Raum" ausdehnt, "beherrscht die Produktionsweise die Resultate des Geschichtsprozesses. Sie bemächtigt sich ihrer und integriert sich die aus der vorkapitalistischen Zeit stammenden 'Subsysteme' (wie z.B. Netzwerk des Waren- und Ideenaustausch, die Landwirtschaft, Stadt und Land, Erkenntnis, Wissenschaft und wissenschaftliche Einrichtungen, Recht, Steuerwesen und Justiz usw.), ohne jedoch sich selbst als kohärentes und widerspruchsfreies System etablieren zu können. Wer an ein System glaubt, befindet sich im Irrtum, denn es gibt keine vollständige, vollendete Totalität. Dennoch

gibt es sehr wohl ein "Ganzes" das seine historischen Bedingungen absorbiert, seine Elemente aufgesogen und einige Widersprüche bewältigt hat, ohne jedoch die angestrebte Kohäsion und Homogenität zu erlangen. Das gibt der Produktionsweise, so wie sie sich reproduziert, ihre sehr merkwürdige Erscheinungsform...". (27/10-11)

Die Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise über die anderen, anachronistischen Produktionsweisen in einer Gesellschaftsformation ist nicht Schluß dieser Entwicklung, sondern bezeichnet nur den Grad der Festigung des Kapitalverhältnisses. Sie wird in ihrer Entwicklung gesellschaftlich und geschichtlich manifest, also in der je konkreten Gesellschaft, die Gegenstand der Analyse ist. Historisch betrachtet und vom Stand der Produktionsweise aus, existieren auf allen gesellschaftlichen Ebenen (als Einheit) zwei gesellschaftliche Hauptklassen: Ausbeutende/Herrschende und Ausgebeutete/Beherrschte. Die Lokalisierung dieser Hauptklassen aus den ökonomischen Verhältnissen ist deduktiv gegeben und empirisch feststellbar, bleibt aber eine statische Gewissheit, die Aussagen über gesellschaftliche Bewegungen und historische Prozesse kaum zulässt.

In der gesellschaftlichen Konkretion existieren mehrere Klassen und Schichten, Mischformen, Bündnisse ect., die zwar in letzter Instanz durch das dominante ökonomische Verhältnis, hauptseitig aber durch ihre Beziehung im gesellschaftlichen Klassenkampf determiniert sind. Grundlage dieser Bestimmung ist die Zusammensetzung einer Gesellschaftsformation aus mehreren Produktionsweisen und Praxisformen, in deren "Verbindung" (Auflösung/Bewahrung) die kapitalistische Produktionsweise historisch dominiert. Insofern ist der Ort der erweiterten Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht die dominante Produktionsweise sondern immer die konkrete

Gesellschaftsformation - und/oder - die sich ungleich und ungleichzeitig entwickelnden Gesellschaftsformationen.

Daraus ergeben sich mehrere Schlußfolgerungen:

a) Die Ausdehnung auf den globalen gesellschaftlichen Raum im imperialistischen Stadium des Kapitalismus erweitert die Produktionsverhältnisse der kapitalistischen Produktionsweise über die engen Grenzen der Gesellschaftsformation hinaus, in der sie sich reproduziert; insofern wird dadurch auch die Basis der Reproduktionsfähigkeit der imperialistischen Metropolen erweitert, deren Folge die ungleiche Entwicklung im Weltmaßstab ist.⁸⁾ "Die unterschiedliche Form, die diese Auswirkungen im internationalen Maßstab annehmen, kennzeichnete die Phasen des imperialistischen Stadiums: sie entsprechen folglich bestimmten Formen der Kapitalakkumulation, ja sogar genau bestimmten Formen der Produktionsverhältnisse im Weltmaßstab und der internationalen imperialistischen Arbeitsteilung. (...) Der Prozeß von Herrschaft und imperialistischer Abhängigkeit erscheint von nun an als die Reproduktion des Herrschaftsverhältnisses, das die beherrschten Gesellschaftsformationen an die imperialistischen Metropolen bindet ..."
(51/39-40)

b) Die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Gesellschaftsformation, in der die kapitalistische Produktionsweise dominiert, drückt sich entwicklungsgeschichtlich und in der Logik des Kapitals aus als Streben nach Kohärenz der historisch gestalteten Gesellschaft und der Produktionsweise. Dieses widersprüchliche Streben im Zyklus von Auflösung und Bewahrung enthält Auflösungstendenzen und Modifikationen der Produktionsweise, die aus der Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus gegenüber Zersetzungserscheinungen⁹⁾ re-

sultieren und gleichzeitig zwei strategische Stoßrichtungen implizieren: einerseits Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und andererseits Produktion neuer Verhältnisse. "Auch die Widersprüche werden reproduziert, und zwar ebenfalls nicht ohne Veränderungen. Alte Verhältnisse zerfallen oder lösen sich auf (...). Andere Verhältnisse werden in einer Weise neu konstituiert, daß man von einer Produktion gesellschaftlicher Verhältnisse innerhalb der Reproduktion sprechen kann." (27/109)

Darin drückt sich die Bedeutung des gesellschaftlichen Überbaus bei der erweiterten Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse - einschließlich die reproduktion der Produktionsmittel - aus. Die Funktion der 'Subsysteme' des gesellschaftlichen Überbaus entspringt der Notwendigkeit, die Bruchstellen der gesellschaftlichen Entwicklung zu verbinden und den erreichten Stand zu legitimieren. Insofern bilden Basis und Überbau einen "historischen Block" (Gramsci): der Prozeß der Reproduktion des ökonomischen Verhältnisses durch den kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozeß ist zugleich ein Prozeß der Reproduktion der politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse.

c) Die Strukturen der gesellschaftlichen Verhältnisse haben historisch notwendig ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem die originären Bezugspunkte gesellschaftlicher Orientierung sich verlagert haben und in der Vonselbstständigkeit der Verhältnisse gegenüber den Individuen aufgehoben sind. Der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (Marx), in der die Arbeiterklasse aus Gewohnheit und Erziehung die Arbeitsbedingungen als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt, besiegelt, wie wir weiter oben gesehen haben, die Herrschaft des Kapitalisten über die Arbeiter, durch die den Produktionsbedingungen inhärenten, durch sie garantierten und per-

petuierten Abhängigkeit der Lohnarbeiter vom Kapital. In diesem Verhältnis erscheint alle Arbeit als Lohnarbeit, alle produzierten Produktionsmittel erscheinen als Kapital und Erde scheint Grundeigentum als ihnen "naturgemäße" Eigenschaften - und nicht als ihre besondere gesellschaftliche historische Form. Die gesellschaftliche Praxis der Produktion und Reproduktion verläuft unbewusst. 10)

Das trifft gleichermaßen zu für die Reproduktion der politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse, d.h. der Ebene des politischen und kulturellen Ausdrucks der Produktionsverhältnisse. Das strategische Ziel der Kohärenz verwirklicht sich durch die Apparate des gesellschaftlichen Überbaus und in ihnen selbst; im Erziehungswesen, in der Rechtssprechung, im Informationswesen und im religiösen, kirchlichen Bereich - kurz in den vielfältigen Formen des Überbaus, die das gesellschaftliche Leben gestalten und in Bewegung halten - begegnen uns institutionelle Formen, in denen sich im historisch konkreter Weise die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse in widersprüchlichen, sich anpassenden und verändernden Formen vollzieht. Die Verbindung der einzelnen Glieder im Reproduktionsprozeß wird "durch den Staat und durch Interventionen der Staatsgewalt gewährleistet. Wenn diese Gewalt auf der Ebene des Raumes interveniert, dann handelt sie nicht kraft einer Theorie und eines Wissens vom Raum. Sie bewertet Vorstellungen, Instrumente und Dinge im Raum. Die Gewalt vervielfältigt sich in Teilgewalten, ohne darüber ihre (...) Qualität als höchste Einheit zu verlieren. Durch Machtdelegationen sucht sie die Institutionen, die sie konstituieren, aber zur Selbstständigkeit und Autonomie tendieren, unter Kontrolle zu halten oder wieder unter Kontrolle zu bringen. Es gibt kein totales System (Metasystem), das die Teilsysteme oder Subsysteme zur

Synthese bringt. Der Zusammenhalt des Ganzen ist Sache der Strategie." (27/32-33) ¹¹⁾

2.1.1 Reproduktion der Widersprüche

Nicht nur die Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Produktionsweise zeigt uns, daß die gesellschaftliche Entwicklung und die Durchsetzung einer spezifischen Produktionsweise durch den gesellschaftlichen Klassenkampf bestimmt ist. Die Dominanz der Produktionsweise und die erweiterte Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht ausschließlich Resultat des ökonomischen Prozesses und der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozesses. Er ist die Basis, auf der sich die Reproduktion in historischen Formen vollzieht, die dem erreichten Stadium der Produktionsweise entsprechend bestimmte eigene Bedingungen produziert, dadurch, daß überholte Verhältnisse aufgelöst oder integriert und umgestaltet werden. Die Widersprüche, die sich dabei ergeben, werden verlagert und komplexer; auch sie werden reproduziert.

Die historische Form des gesellschaftlichen Überbaus, der die Bruchstellen und Widersprüche der Verhältnisse zu verbinden sucht, ist Resultat des Prozesses - und Bewegungsmoment (Element der erweiterten Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse). Er schafft die politischen und kulturellen Bedingungen von Produktion und Reproduktion. Das heißt, durch ihn und in ihm konstituiert sich das politische und ideologische Herrschaftsverhältnis innerhalb der Gesellschaftsformation, die die Existenzstätte der erweiterten Reproduktion ist. Die politischen und ideologischen Verhältnisse als Ausdruck des Klassenkampfes "kommen nicht einfach zu den

'bereits vorhandenen' Produktionsverhältnisse hinzu, sondern sind selbst in der Konstitution der Produktionsverhältnisse in der jeder Produktionsweise spezifischen Form präsent. Der Produktions- und Ausbeutungsprozeß ist gleichzeitig der Reproduktionsprozeß der politischen und ideologischen Herrschafts-/Unterordnungsverhältnisse." (51/21)

Die Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise auf den gesellschaftlichen Raum, in dem die herrschende(n) gesellschaftliche(n) Klasse(n) ökonomisch und politisch-ideologisch nach Kohärenz streben, ist historisch gesehen die eine Bedingung für die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Kapitalismus hat sich im Verlauf seiner Geschichte die überkommenen Strukturen integriert, zerbrochen und "einen gesellschaftlichen Raum geschaffen, den er nun einnimmt; seine materielle Basis bleibt dabei das Unternehmen und die Technik der Arbeitsteilung innerhalb des Unternehmens." (27/22)

Unsere erste Antwort auf die Frage, was zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt, ist folglich, - unter Berücksichtigung der ökonomischen Entwicklung - , daß sich die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, und damit die Fähigkeit und die Möglichkeiten des Kapitalismus, seine kritischen Momente zu überstehen, im gesellschaftlichen "Raum", innerhalb der Gesellschaftsformation vollzieht. Dieser Prozeß ist nicht widerspruchsfrei, sondern er produziert neue Widersprüche und schleppt die Widersprüche aus historischer Zeit in integrierter Form mit sich.

Das führt uns zur zweiten Dimension der Antwort, der politisch-ideologischen Seite des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und zur Problematik der bewußt-

seinsmäßigen Aneignung und Austragung der Widersprüche.

2.2 Die Beziehungen zwischen Ideologie, Politik und Staat

Betrachtet man die politisch-ideologische Dimension des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in Anknüpfung an die skizzierten ökonomischen Determinanten, dann ist eine Bemerkung vorzuschicken: In der Verknüpfung von Basis und Überbau als 'historischem Block'determinieren die Beziehungen der Basis, die Produktionsverhältnisse, in letzter Instanz die Formen des Überbaus, d.h. seine juristisch-politischen und ideologischen Formen. Es ist festzuhalten, daß die Formen des gesellschaftlichen Überbaus zwar "abgeleitete" Bereiche sind, aber daß sie nicht in einer ausschließenden Weise als nebensächlich, - um auf der Grundlage ihrer engen Beziehung zu den ökonomischen Bewegungen - , betrachtet werden können. Vielmehr müssen sie, - und das bezeichnet schließlich der u.E. korrekte Begriff des historischen Blocks - , als in die Struktur der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeschlossen betrachtet werden und zwar theoretisch und in ihrer historischen Konkretion. Gemeinsam mit den ökonomischen Verhältnissen bilden sie das Ensemble objektiver Bedingungen der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse.

Dieses Ensemble ist nicht geprägt durch die gleichmäßige Wechselwirkung der verschiedenen Ebenen, sondern durch die ungleichmäßige Entwicklung im Inneren jeder Gesellschaftsformation und in jeder Instanz dieser Totalität. Was nichts anderes bedeutet, als daß die gesellschaftliche Entwicklung in ein und demselben

Prozeß komplex, widersprüchlich und ganzheitlich ist. Theoretische und analytische Notwendigkeit ist es daher, den determinierenden Charakter und die dominierende oder untergeordnete Funktion eines bestimmten Elements als gesellschaftlichem Ort und/oder einer gesellschaftlichen Ebene in ihrer Beziehung zu bestehenden Konfiguration des Ganzen zu bestimmen. ¹²⁾

Die dialektische Verknüpfung zwischen Basis und Überbau verweist auf die bereits ausgeführte Feststellung, daß die Menschen das Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer Aufgaben im Bereich des ideologischen Überbaus erlangen, in ideologischen Formen, die in differenzierten Realitäten manifest werden. Der Unterdrückung/Abhängigkeit und Ausbeutung im Produktionsprozeß entsprechen die politischen und ideologischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, d.h.: Das Bewußtsein der Individuen bildet sich durch deren Auseinandersetzung in ihren entsprechenden Praxisfeldern und es ist gebunden und wird geformt durch die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse, also durch die jeweilige Stellung im Produktionsprozeß und durch die politischen, rechtlichen und ideologischen Bedingungen.

Die Einwirkungen von Basis- und Überbaubedingungen auf das Bewußtsein, - als Aneignung der gesellschaftlichen Realität und als durch das gesellschaftliche Sein bestimmte Bewußtsein - , prägt gleichermaßen auch den entsprechenden Prozeß des Handelns: die angeeignete gesellschaftliche Norm wird zur gelebten alltäglichen Norm ¹³⁾; durch Erziehung, Gewohnheit und Tradition angeeignete Werte werden zu gelebten alltäglichen Werten.

Einige Gedankenschritte vorweggenommen, trägt diese gesellschaftlich notwendig handelsorientierte Aneignung der Realität in erheblichem Maße zur Reproduktion

der Verhältnisse bei. Bezeichnender Ausdruck der gelebten Verhältnisse sind die beiden folgenden Aussagen:

"Man paßt seine Lebensverhältnisse dem Geld an, was man kriegt; wenn man es sich richtig einteilt, kann man ordentlich leben." Und das ordentliche Leben heißt übersetzt: "Wenn man Brot hat, ißt man Brot; wenn man Kartoffeln hat, ißt man Kartoffeln; wenn man Brot und Kartoffeln hat, ißt man Brot und Kartoffeln. Satt wird man immer." (54/82)

Dieselben Formulierungen begegnen uns überall, weil sie ideologischer Ausdruck der Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft sind: Das Geld symbolisiert die Entfremdung des Menschen von sich selbst, die sich alltäglich vollzieht. Selbst alle anderen Bedürfnisse orientieren sich am Geld, und die Identität von Haben und Sein unter kapitalistischen Verhältnissen wird zur bedrohenden Realität, die sich schließlich auch in den sogenannten Volksweisheiten niederschlägt: "Wer nichts hat, der nichts ist."

Verdeckt wird bei diesen ideologischen Verinnerlichungen der Verhältnisse allerdings, daß dem Proletarier der Tausch gegen das Geld als allgemeines Äquivalent ein lebensnotwendiger Akt ist, da er sich selbst gegen Geld eintauschen muß - auf Lebenszeit. "Die entfremdete Arbeit verliert ihren sozialen Gehalt. Ihrem Wesen nach gesellschaftliche Arbeit, erhält sie den Schein und die Realität einer individuellen Angelegenheit. (...) Nicht nur die Produktionsmittel, die ihm nicht gehören (...), stehen ihm als eine fremde, bedrohliche Wirklichkeit gegenüber. Es spaltet sich selbst in seinem wirklichen Alltagsleben. Einerseits ist es ein menschliches Individuum; andererseits eine Arbeitskraft, Arbeitszeit, die als Ware, als Sache verkauft wird. Die Teilnahme an der schöpferischen Arbeit des gesellschaftlichen Ganzen erhält für den Arbeiter die Form einer äußeren Notwendig-

keit: die Notwendigkeit seinen 'Lebensunterhalt zu verdienen (...). Die Notwendigkeit zu arbeiten, lastet von außen auf ihm wie auf einem Gegenstand. Sie macht aus ihm ein Objekt, das einem Mechanismus gehorcht, den es nicht kennt. Der Lohnabhängige verkauft seine Arbeitskraft als Ding - und wird dabei selbst zum Ding, zum rohen Objekt." (28/169)

Damit einher geht, dem Lohn gehorchend, eine Vereinfachung der Bedürfnisse, eine Anpassung an die Verhältnisse, was letzten Endes nichts anderes bedeutet, als daß die Unterdrückung/Ausbeutung während des Produktionsprozesses sich fortsetzt in anderen 'Lebensbereichen'. Basis- und Überbaustrukturen, ihre Organisation, ihre Formen und Inhalte sind in diesem Sinne jene "fremden Mächte", d.h. dem Lohnabhängigen äußerliche, abstrakte Bedingungen, die in ihrer je spezifischen Erscheinungsform die widersprüchliche Einheit der Klassenherrschaft in der bürgerlichen Gesellschaft konstituieren. "Dieses Sichfestsetzen der sozialen Tätigkeit, diese Konsolidation unseres eignen Produkts zu einer sachlichen Gewalt über uns, die unserer Kontrolle entwächst, unsere Erwartungen durchkreuzt, unsere Berechnungen zunichte macht, ist eines der Hauptmomente in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung, und eben aus diesem Widerspruch des besondern und gemeinschaftlichen Interesses nimmt das gemeinschaftliche Interesse als Staat eine selbständige Gestaltung, getrennt von den wirklichen Einzel- und Gesamtinteressen, an, und zugleich als illusorische Gemeinschaftlichkeit (...)." (43/33)

Wir benutzen an dieser Stelle nicht den Begriff des Systems, obwohl er sich aufdrängt. Vom System der Klassenherrschaft zu sprechen setzt eine gewisse Planmäßigkeit auf der Grundlage organischer und kohärenter Strukturen voraus. Dies ist unter den gesellschaftlichen Be-

dingungen historisch nicht gegeben, wenngleich die Möglichkeiten vorhanden sind, wie wiederum historische Beispiele bürgerlicher Klassenherrschaft tendenziell belegen; vielmehr handelt es sich um eine Strategie, als Ausdrucks des Strebens nach Kohärenz. ¹⁴⁾

2.2.1 Alltag als gesellschaftliche Substanz

Der Begriff der Strategie weist im besonderen Maße hin auf die politischen und ideologischen Verhältnisse und ihrer Funktionen bei der Aufrechterhaltung der Einheit einer Gesellschaftsformation. Woran ist diese Strategie gebunden und was bezeichnen die politischen und ideologischen Verhältnisse?

Die ideologischen Formen, in denen sich die Individuen der Verhältnisse bewußt werden, sind Orientierungsrahmen für die individuelle Reproduktion und dienen der Integration in die "Einheit" der Verhältnisse. Die ideologischen Formen der Realitätsaneignung zerreißen den tatsächlichen Zusammenhang innerhalb des ökonomischen Prozesses ebenso wie das gesellschaftliche Herrschaftsverhältnis. Wie das Kapital als von der Lohnarbeit unabhängiges "Ding" erscheint und durch die Vorstellung von der Naturgesetzlichkeit der Produktionsverhältnisse selbstständig Gestalt gegenüber der Lohnarbeit annimmt, so erscheint Klassenherrschaft nicht als solche, sondern wird ideologisch verschleiert durch die Konstituierung von Rechtssubjekten, die untereinander frei und gleich sind und unter gleichen rechtlichen Voraussetzungen miteinander in Beziehung treten.

In dieser Weise treten sich Kapital und Lohnarbeit als gleichberechtigt gegenüber mit dem Ergebnis des Arbeitskontraktes, durch den die Verausgabung der Arbeitskraft

für eine bestimmte Dauer juristisch fixiert ist und wodurch letztendlich der Lohn (das Geld) als Äquivalent der verausgabten Arbeitskraft erscheint.

Auf dieser Grundlage entfalten sich schließlich die Bedürfnisdispositionen des Alltags: der individuellen/familiären Planung für die Zukunft wird durch die Lohnarbeit und den Reallohn ein kurzfristiger Zyklus auferlegt. Langfristige Planung und Lebensorganisation ist nicht möglich - und wenn, dann zugunsten des Geld- und Kreditwesens, und d.h. auf Kosten der psychischen Belastung verbunden mit dem Wunsch, die "Schuld" schnell abzutragen. " 'Unten' ist die zyklische Zeit ausgefüllt mit der Befriedigung elementarer Bedürfnisse, mit der Lösung der elementarsten Aufgaben, die selbst den Zyklen unterworfen sind. Der jeweilige gesellschaftliche Raum (der 'effective scope' des amerikanischen Soziologen Lazarsfeld), d.h. die Wohnung und ihre Umgebung, ist ganz wie die Zeit dem Elementaren gewidmet. Tag für Tag, Woche für Woche dieselben Orte, dieselben Ziele, dieselben Wege." (28/Bd.2/63)

Das Alltagsleben, - und es erfaßt als reale gesellschaftliche Ebene mehr als nur Arbeitszeit und Freizeit - , repräsentiert die ganze Fülle von Konditionierungselementen, durch die das Individuum (Lohnarbeiter) ständig an die äußeren Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft gewöhnt wird: Elemente der Vermittlung zwischen der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisdisposition. Sie sind "ein Ensemble von Praktiken, Repräsentationen, Normen, Techniken, die von der Gesellschaft selbst eingerichtet worden sind, um das Bewußtsein zu reglementieren und eine 'Ordnung' hineinzubringen, um die schlimmsten Brüche (...) zu beseitigen, um eine annähernde Entsprechung zwischen den verschiedenen Elementen des subjektiven, organischen Lebens zu gewährleisten und Kompromisse aufrecht-

zu erhalten." (28/Bd.2/71) Dadurch werden nicht nur die Widersprüche nicht gelöst, sondern lediglich verdeckt, mehr noch, sie werden integriert in den Reproduktionsprozeß durch adäquate Methoden der Problemlösung und Bedürfnisbefriedigung. Seien es die Informations- und Kommunikationsmittel oder der Städtebau, die Repräsentation des Politischen, die Religion, Moral oder die Kultur im allgemeinen: die Substanz dieser Elemente ist die Herstellung der Nicht-Teilnahme und der rezeptiven Passivität, die auch die Form des Rituals oder der rezeptiven Aktivität annehmen kann, auf der sich Klassenherrschaft gründet. Der Alltag ist die gesellschaftliche Ebene, auf der sich der Monopolkapitalismus einrichtet. "Er gründet sich auf den Alltag als auf etwas Festes, als gesellschaftliche Substanz, die von politischen Instanzen genährt wird." (27/69)

2.2.2 Funktionen des Staates

Die politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse sind Ausdruck der gesellschaftlichen Klassenverhältnisse, die sich nicht reduzieren lassen auf die beiden Hauptklassen in einer Gesellschaft. Vielmehr bestimmen hinsichtlich der Strategie bestimmte Klassenbündnisse und Polarisierungen die Klassenherrschaft in den politischen Instanzen und Apparaten. Hierbei erfüllt in erster Linie die Institution des Staates die Funktion, das Kräfteverhältnis zwischen den Klassenfraktionen zu verdichten und die widersprüchliche Einheit des Bündnisses herrschender Klassen oder Klassenfraktionen zu organisieren.

Das setzt voraus, daß der Apparat des Staates sowohl den Herrschenden als auch den Beherrschten äußerlich

ist: Mit der Herausbildung des Staates nimmt das gesellschafts Allgemeine besondere Gestalt an. "Wie der Tauschwert, verkörpert im Geld, unabhängig vom Willen der Individuen die gesellschaftliche Einheit der Produktion herstellt, bedarf es des Staates zur Gewährleistung der außerhalb der individuellen Produzenten liegenden allgemeinen Bedingungen der Produktion und Reproduktion." (18/202) Die Apparate des Staates, als Herrschafts- und Verwaltungsapparate, verselbstständigen sich gegenüber den Individuen zu abstrakten juristischen Instanzen als Organisationsgewalt (Justiz, Verwaltung, Polizei, Militär etc.). Diese Äußerlichkeit gegenüber den herrschenden und beherrschten Klassen ist widersprüchlich und setzt sich in Klassenausinandersetzungen und Fraktionskämpfen durch. Die Grundfunktionen des Staates bleiben dabei unberührt: "die absoluten Grenzen staatlicher Aktion liegen allemal da, wo der Verwertungsprozeß des Kapitals im Kern tangiert und wo das Kapitalverhältnis selbst in Frage gestellt wird." (18/239) In diesem Sinne ist der Staat "ideeller Gesamtkapitalist" (Engels).

Die gesellschaftlich-politische Funktion des Staates, die auf der erstgenannten erwächst, betrifft unmittelbar die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse: es handelt sich um die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und politischen Einheit einer Gesellschaftsformation, d.h. Gewährleistung und Aufrechterhaltung der allgemeinen Bedingungen des Reproduktionsprozesses und des Kapitalverhältnisses, einschließlich der ökonomischen Eingriffe und Reglementierung während krisenhafter Entwicklungen insbesondere im imperialistischen Stadium. ¹⁵⁾ Diese seine Hauptfunktion erfüllt der Staat, genauer die Apparate des Staates, auf juristisch-politischer, ideologischer und ökonomischer Ebene. ¹⁶⁾

Die Staatsfunktionen sind parallel zur Produktivkraftentwicklung und der Herausbildung der kapitalistischen Produktionsweise bis zu ihrer historisch erreichten Form Änderungen und Modifikationen unterworfen, d.h. daß die politischen und ideologischen Herrschaftsverhältnisse als Elemente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses konjunkturell bestimmt werden müssen. Die Staatsfunktionen des Konkurrenzkapitalismus sind qualitativ äußerst verschieden von jenen im Stadium des Monopolkapitalismus ¹⁷⁾ und mit den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals (tendenzieller Fall der Profitrate) und dem krisenhaften Verlauf des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, den Widersprüchen im Innern der Gesellschaftsformationen durch kurze Krisenzyklen und im Weltmaßstab, führen zu einer Erweiterung der Staatsfunktionen und zu einer Verlagerung der Dominanz innerhalb des Reproduktionsprozesses. "In historischer Perspektive läßt sich erkennen, daß der Staatsapparat, der zumindest unter feudal-absolutistischen Verhältnissen entscheidende Bedeutung als Geburtshelfer und Krücke der entstehenden kapitalistischen Gesellschaft hatte, in der Periode der vollen Entfaltung des Kapitals 'zurückgedrängt', tendenziell auf die Funktion der Gewährleistung des Kapitalverhältnisses und der allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion reduziert wird, um schließlich mit der Verschärfung der Widersprüche im Prozeß der kapitalistischen Entwicklung als Gewaltapparat nach innen und außen als 'ökonomische', d.h. in den Reproduktionsprozeß unmittelbar einbezogene Potenz eine immer bestimmendere Bedeutung zu erlangen." (1_/255-256)

Durch die Ausdehnung auf den gesamten gesellschaftlichen Raum erweitert sich die Basis der Elemente des Reproduktionsprozesses. Die politischen Herrschaftsverhältnisse und die Instrumentarien der politischen Steuerung werden

zu entscheidenden Kriterien und bekommen zentrale Bedeutung bei der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse. "Der politisch gewordene Raum wird einerseits zentralisiert und an der politischen Zentralisierung festgemacht; andererseits wird er spezialisiert und parzelliert. Der Staat bestimmt und fixiert Entscheidungszentren." (27/101)

2.2.3 Das strategische Ziel

Die Optimierung der strategischen Kräfte im Stadium des Monopolkapitalismus ist darauf gerichtet, den erweiterten Reproduktionsprozeß störungsfrei zu halten, d.h. "Gegenwirkungen gegen den tendenziellen Fall der Profitrate zu organisieren, den Akkumulationsprozeß 'gleichgewichtig' in Gang zu halten und 'sozial destabilisierende' Implikationen der Klassengegensätze und der kapitalistisch bestimmten Form der Entwicklung der Produktivkräfte zu beseitigen (...)." (18/262)

Diese Strategie gelingt indes nicht auf Dauer, da sie einerseits abhängig ist vom Verwertungsinteresse des Kapitals und Steuerungsintentionen immer nur partiell wirksam werden können; andererseits ist sie abhängig von den Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Klassen. Je mehr 'Massenloyalität' nicht erreichbar ist - und sie ist es umso weniger, wie die Krisenzyklen des ökonomischen Reproduktionsprozesses kleiner werden - , umso mehr verschärft sich die Problematik der Legitimation politischer Herrschaft. Diese Entwicklung vollzieht sich zyklisch aufgrund der konjunkturellen Bewegungen des Klassenkampfes und als allgemeine Tendenz, da die gesellschaftlichen Widersprüche nicht gelöst, sondern nur verschoben und verdichtet werden. Das bezeichnet eben auch der Begriff der Strategie: die Kohärenz der Gesellschafts-

formation und der Produktionsweise wird letzten Endes nicht erreicht.

Die dominante Funktion des 'Überbauphänomens' Staat im Stadium des Monopolkapitalismus, auf dessen Ebene die "strategischen Gedanken" (Lefëbvre) angesiedelt sind, macht eine Operationalisierung des Begriffs notwendig.

Definieren wir den Staat allgemein als "Gesamtkomplex praktischer und theoretischer Tätigkeit, mit dem die herrschende Klasse ihre Herrschaft nicht nur rechtfertigt und aufrecht erhält, sondern mit dem sie auch den tätigen Konsens der Regierten zu erhalten vermag" (13/354), so führt uns diese Bestimmung nach den bisherigen Darlegungen zu der Auffassung, daß die Bedeutung der juristisch-politischen und ideologischen Formen des gesellschaftlichen Überbaus für die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse in die Praktiken des Staates eingebunden ist, denn "offenbar deckt sich das funktional auf die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsformation insgesamt bezogene 'politische System' nicht mit dem institutionellen Staatsapparat im juristischen Sinne (...), sondern schließt in gewisser Weise massenintegrative Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften, administrative Einheiten formal 'privaten' Charakters (...) und formal unabhängige oder 'gesellschaftlich' kontrollierte Einrichtungen (...) ein." (18/259)

Diese Entwicklung der Staatsfunktionen zur Form des 'integralen Staates' (Gramsci) bedeutet für die analytische Betrachtung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und auch hinsichtlich der Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse, daß wir die Bedeutung der politischen, ideologischen (und im erweiterten Sinn auch die ökonomischen) Verhältnisse als Ensemble der objektiven Bedingungen unter dem Aspekt denken, daß sie

in den Staatsapparaten materiell werden, welche wiederum - und dies ist hervorzuheben - von den Klassenverhältnissen bestimmt werden. Denn die unterschiedlichen Funktionen, die die Staatsapparate auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene bei der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse erfüllen, sind keine klassenneutralen Auswirkungen der Apparate, sondern "diese Funktionen sind von der Macht im Staate abhängig, die in die Struktur ihrer Apparate selbst eingegossen ist, nämlich von Klassen und Klassenfraktionen, die das Terrain der politischen Herrschaft besetzt halten." (51/26)

2.2.4 Zusammenfassung

Die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse umfaßt alle Ebenen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Dieser Prozeß ist nicht so zu denken, daß er in unterschiedlichen Stufen abläuft oder als parallel zueinander ablaufende Reproduktion auf ökonomischer, politischer und ideologischer Ebene. Vom Standpunkt der gesellschaftlichen Klassen und des Klassenkampfes aus betrachtet, bilden alle diese Ebenen eine Einheit; eine widersprüchliche Einheit, die von den Bewegungen des Klassenkampfes ebenso abhängt wie von der historisch erreichten Stufe der Gesellschaftsformation.

Wir haben mit dem bisher Formulierten die These herausgearbeitet, wonach zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht ausschließlich die ökonomischen Verhältnisse, Entwicklung der Produktivkräfte, Kapitalakkumulation etc. beitragen (samt der Reproduktion der gesellschaftlichen Klassen) sondern ebenso (in letzter Instanz determiniert durch die Ökonomie) die politischen und ideologischen Elemente des gesellschaftlichen Überbaus.

Unsere zweite Antwort auf die Frage, was zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt, betrifft also das komplexe Verhältnis von Basis und Überbau innerhalb der Gesellschaftsformation. Nicht ausschließlich die Kapitalakkumulation und die ökonomische "Selbstreproduktion" des Kapitalverhältnisses sind die Elemente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, von denen sich die Überbauformen und -funktionen ableiten und sekundäranalytisch erschließen lassen, sondern die ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse als Ensemble der objektiven Bedingungen, als widersprüchliche Einheit auf der Grundlage des Klassenkampfes in der Gesellschaftsformation.

Da es uns um die analytische Betrachtung der politischen und ideologischen Strukturen und ihrer Formen und Funktionen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß geht, ist eine zweite, - analytische -, Trennung der Elemente zu berücksichtigen:

(a) die strukturelle und institutionelle Realität der politischen und ideologischen Verhältnisse in ihrer Einbindung in die staatlichen Praktiken; und

(b) die Auswirkungen der objektiven Bedingungen auf den Alltag als gesellschaftliche Substanz, d.h. die (ideologische) Aneignung gesellschaftlicher Wirklichkeit und der Klassenwidersprüche; das betrifft vor allem die Voraussetzung der strukturellen Dominanz des Ideologischen, die Aufrechterhaltung/Reproduktion der ideologischen/kulturellen Einheit der Gesellschaftsformation.

Auf diese Weise wird es möglich, im weiteren die Kategorien für die Untersuchung der historisch-konkreten Sozialstruktur analytisch zu entfalten. Mit der Betrachtung der Begriffe des Ideologischen und Politischen nähern wir uns im folgenden den Bestimmungen, die die Bedeutung des 'Überbaus' für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß betreffen.

3. Ideologie und Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse

Die Aneignung gesellschaftlicher Wirklichkeit im Alltagsleben findet ihren Ausdruck in den Bewußtseinsformen der Individuen über ihren Lebenszusammenhang. Darin gehen die sinnlichen Eindrücke über die Umgebung, die Arbeit, das Freizeitverhalten und die Bedürfnisse ein, werden bewußtseinsmäßig verarbeitet und bilden den individuellen Handlungsrahmen des Alltags.

Den Charakter dieser Aneignung bezeichnet die "kritische Psychologie" als orientierendes Erkennen (anschauliches und problemlösendes Denken), in dem die "sinnlich erfahrene Wirklichkeit in der Art naturhaft-undurchdringlicher Fakten gegeben (ist), denen der Mensch äußerlich gegenüberzustehen scheint, in welchen er sich zum Zwecke seiner individuellen Daseinsbewältigung 'zurechtfinden' " (19/367) muß.

Demzufolge ist die sinnliche Erkenntnis und der - erste - gedankliche Aneignungsprozeß des orientierenden Erkennens von den Strukturen der gesellschaftlichen Verhältnisse durchdrungen und in diesem Sinne sind die ideologischen Formen, in denen sich die Menschen der gesellschaftlichen Konflikte bewußt werden, Ausdruck der scheinbar natürlichen und ewigen Wirklichkeit des Lebensprozesses.

Es ist also notwendig, bei der Betrachtung der Dialektik von Realität und ihrer bewußtseinsmäßigen Aneignung von den historischen und sozialen Bedingungen auszugehen, die diese Formen bestimmen. Insbesondere bedeutet diese Vorgehensweise, die Materialität der ideologischen Verhältnisse einer Gesellschaftsformation, d.h. ihre Verbindung mit den gesellschaftlichen Klassenverhältnissen zu verdeutlichen, - und dieser Schritt setzt eine erste ge-

dankliche Auseinandersetzung voraus mit der Realität der Ideologie.

3.1 Zur Entstehung und Entwicklung des Ideologiebegriffs

Der Begriff der Ideologie gehört zu den am heftigsten diskutierten Kategorien innerhalb der soziologischen und politischen Disziplinen. Nach einer Periode der relativen Nichtbeachtung des Begriffs und seiner damit einhergehenden kritiklosen Benutzung gewinnt die Auseinandersetzung um diese Kategorie wieder an Bedeutung.¹⁸⁾

Die Behandlung der Ideologieproblematik im Rahmen ideologietheoretischer Bemühungen seitens der bürgerlichen Wissenschaft ist geprägt durch die negative Bestimmung des Begriffs. Die Entgegensetzung von Ideologie und Wissenschaft/Erkenntnis/Wahrheit hat nicht nur in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung die Form des ausschließenden, nicht kontrovers sondern konfrontierenden Argumentationsmusters gefunden, praktisch wirksam ist sie vor allem in der politischen Auseinandersetzung, in der der Ideologiebegriff diffamierend benutzt wird.

Die Entstehung des Ideologiebegriffs hängt mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft zusammen. Das sich von den feudalistischen Verhältnissen emanzipierende Bürgertum und damit die politische Formulierung der bürgerlichen Zielvorstellung ist der revolutionäre Rahmen, in dem die ersten Lösungsversuche der Frage nach den Ursachen von falschen Vorstellungen, Vorurteilen und Irrtümern unternommen wurden. So u.a. die Idolenlehre Bacons und vor allem die Priestertrugstheorie Holbachs, die in der Feststellung mündete, die gesellschaftliche Wirksamkeit der Religion bestehe in

der Sanktionierung der bestehenden feudalen Herrschaftsverhältnisse. Religionskritik, d.h. die Kritik des Bündnisses von Klerus und Krone als Teil des Kampfes gegen die Feudalherrschaft, war einer der hauptsächlichsten Ausgangspunkte der Kritik ideologischer Verhältnisse, und sie war es deshalb, weil die Religion der dominante ideologische Faktor der feudalen Gesellschaft war. ¹⁹⁾

Das aufklärerische und bürgerlich-revolutionäre Element der Auseinandersetzung mit ideologischen Verhältnissen, anknüpfend an die humanistischen Ideale des 16. Jahrhunderts, konzentrierte sich unter der Bezeichnung 'Ideologie' als Wissenschaftsdisziplin schließlich in der französischen Schule der Idéologues um Destutt de Tracy u.a., die es sich zur Aufgabe machten, empirisch gesicherte Erkenntnisse über die menschlichen Bewußtseinsleistungen zu gewinnen als Grundlage für eine vernunftgeleitete und nach harmonischer Ordnung strebende Politik.

Ihr Einfluß während der ersten nachrevolutionären Jahre wurde systematisch verdrängt, da ihre aufklärerischen Ziele der auf Herrschaftssicherung bedachten Bourgeoisie, verkörpert in der Alleinherrschaft Napoleons, entgegenstanden. "Sie behinderten die Etablierung einer autoritären Herrschaftsform und störten das erneute Arrangement mit der katholischen Kirche, das zur religiösen Sanktionierung sozialer Ungleichheiten gebraucht wurde. Vor diesem sozialgeschichtlichen Hintergrund ist die nun durch Napoleon erfolgende Abwertung und Bekämpfung der 'Idéologues' und ihre Lehre zu sehen. Die 'Idéologues' galten jetzt als wirklichkeitsfremde Fantasten und gefährliche Schwärmer; 'Ideologie' wurde zum Schimpfwort." (58/15) In den Klassenauseinandersetzungen der ersten nachrevolutionären Zeit und in dem Maße, wie die Bourgeoisie als herrschende Klasse ihre ökonomische und politische Macht gegenüber den beherrschten Klassen be-

hauften mußte, findet der Übergang zur Apologetik statt, den Marx im Vorwort zum 'Kapital' (über die Wandlungen der ökonomischen Wissenschaft) beschreibt als Entwicklung, bei der es "sich jetzt nicht mehr darum (handelt), ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung (...) trat die schlechte Absicht der Apologetik." (39/21)

3.1.1 Einige Aspekte der Behandlung der Ideologiekonzeption durch die bürgerliche Sozialwissenschaft

Die Entwicklung der Auseinandersetzung um den Ideologiekonzeption in der bürgerlichen Soziologie ist durch diesen Aspekt der "politischen Nützlichkeit" des Ideologiekonzeptionsbegriffs geprägt. Gemeinsamer Nenner aller Bemühungen, die Problematik des Verhältnisses von Realität und bewußtseinsmäßiger Aneignung theoretisch zu formulieren, ist der Ansatz, Ideologie per definitionem als Gegensatz zur Wahrheit zu verstehen, wobei Wahrheit in den meisten Fällen mit Wissenschaft gleichgesetzt wird.

So begreift Geiger Ideologie als falsches Denken nur im Hinblick auf die Theorie: Das Wesen der Ideologie liegt darin, daß sich in das Denken außertheoretische Faktoren eingeschlichen haben, die als Gefühlsmomente bezeichnet werden. Die explizite Ausklammerung von Gefühlen aus dem Erkenntnisprozeß wegen ihres Charakters als "systemfremde, illegitime" Faktoren, (vgl. 11/231), bedeutet schließlich nichts anderes, als die bewußte Ausschaltung des eigenen Standpunktes (dessen Existenz Geiger durch den Ausdruck Gefühl anerkennt) aus der Erkenntnistätigkeit. Die Lösungsversuche, dem Dilemma zu

entrinnen, einerseits Mensch, d.h. gesellschaftliches Wesen zu sein, und andererseits in der Wissenschaft dies nicht sein zu dürfen, sind letztendlich charakteristisch für die absolute Abstraktion von gesellschaftlichen Verhältnissen: Dadurch, daß der Gegenstand, über den eine Erkenntnisaussage getroffen werden soll, in die rein-theoretische Ebene gerückt wird, sind ideologiefreie Aussagen möglich; und zwar derart, daß z.B. in der Behandlung des Parlamentarismus formalisierend festgestellt wird, "daß Parlamentarismus eine Regierungsform sei, darin bestehend, daß gewählte Volksvertreter die gesetzgebende Gewalt in Händen haben und die politischen Maßnahmen der aus ihnen hervorgegangenen Regierung kontrollieren. Oder man kann sich ideologiefrei über Parlamentarismus aussprechen, indem man seine geschichtliche Entstehung und Entwicklung darstellt. (...) Man hat sich insoweit auf die der Mathematik verwandte, rein formale, begriffs-analytische Darstellung 'theoretischer Möglichkeiten' einerseits und in materialer Hinsicht auf die unter kontrollierten Prämissen positiv-empirisch verifizierbaren Feststellungen andererseits zu begrenzen." (11/233-234) Allerdings sieht Geiger auch die Nachteile einer solcherart zurechtgestutzten Erkenntnistätigkeit, da durch die gewonnene "Erkenntnis" eine Antwort auf "brennende Fragen" nicht möglich ist ²⁰⁾, da pragmatisches Denken immer ideologiebedroht ist.

Eine ähnliche Trennung von sogenanntem Sachurteil (= sozialwissenschaftliche Analyse) und Werturteil (= politisch-praktische Stellungnahme) findet sich bei Weber, der allerdings die Ideologieproblematik nicht explizit behandelt. Vielmehr verwendet er die Bezeichnung Weltanschauung für den Gesamtkomplex von Wertideen, die als subjektive, rational nicht begründbare Entscheidung begreifen werden, gleichwohl aber in einem kulturellen

Zusammenhang stehen, wodurch sich der soziale Zusammenhang ausdrückt, in dem die subjektiven Wertideen und Werturteile eingebunden sind.

Die beanspruchte Wertfreiheit und Unparteilichkeit der Wissenschaft führt bei Weber allerdings nicht zur "intellektuellen Gefühlsaskese" (Geiger), die wir bei Geiger angetroffen haben. Da die den Forscher und seine Zeit beherrschenden Wertideen das bestimmen, "was Gegenstand der Untersuchung wird, und wie weit diese Untersuchung sich in die Unendlichkeit der Kausalzusammenhänge erstreckt" (58/71) bleibt nicht nur die Möglichkeit der Parteinahme offen, sondern begründet und rechtfertigt diese.

Die Anschauung, daß die ideellen Faktoren, Wertideen und Weltanschauungen die individuellen Handlungen bestimmen²¹⁾ findet sich schließlich auch bei Mannheim und später bei Topitsch. Beide müssen allerdings unter dem Aspekt gesehen werden, daß sie die Ideologieproblematik unter der sozialen Seinsgebundenheit des Denkens betrachten.

Ideologie wird von beiden verstanden als gesellschaftlich bedingte Abweichung von der Wahrheit. Mannheim schreibt in 'Ideologie und Utopie': "Der Begriff der Ideologie reflektierte die dem politischen Konflikt verdankte Entdeckung, daß herrschende Gruppen in ihrem Denken so intensiv mit ihren Interessen an eine Situation gebunden sein können, daß sie schließlich die Fähigkeit verlieren, bestimmte Tatsachen zu sehen, die sie in ihrem Herrschaftsbewußtsein verstören könnten. In dem Wort 'Ideologie' ist implizit die Einsicht enthalten, daß in bestimmten Situationen das kollektive Unbewußte gewisser Gruppen sowohl diesen selbst wie anderen die wirkliche Lage der Gesellschaft verdunkelt und damit stabilisierend wirkt. Im Begriff des utopischen Denkens spiegelt sich die entgegengesetzte Entdeckung wider, die gleichfalls

dem politischen Konflikt verdankt ist, daß nämlich bestimmte unterdrückte Gruppen geistig so stark an der Zerstörung und Umformung einer gegebenen Gesellschaft interessiert sind, daß sie unwissentlich nur jene Elemente der Situation sehen, die diese zu negieren suchen (...)." (zit.n. 58/81) Obwohl Mannheim hier bereits die Interessenlagen in der Klassengesellschaft thematisiert und Aspekte falschen Bewußtseins unterscheidet, die mit unterschiedlichen Auswirkungen unbewußt angeeignet wurden, kommt er über seine in der Wissenssoziologie formulierten ideengeschichtlichen Ausführungen nicht hinaus: "Erst nachdem wir (...) solche jeweils einander bekämpfenden Weltwollungen, Weltanschauungssysteme aus dem Geschichtsprozeß herausarbeiten und durch eine solche geistige Differenzierung zunächst die soziale Differenzierung bestimmt sein lassen, können wir uns fragen, welche 'sozialen Schichten' den so gewonnenen 'geistigen Schichten' zugeordnet werden können." (36/258-259)

So ist denn auch Mannheims Feststellung zur Problematik der Entwicklungsgeschichte des Denkens nur folgerichtig: "Sowohl konservative wie progressive Schichten verschiedener Artungen wachsen jeweils in verschiedene geistige Gehalte hinein, die von früher her historisch da sind." (36/259) Der hegelsche Idealismus ist in allen Ausführungen vorhanden, und die Schwelle des konkreten Entstehungszusammenhangs von "falschem Bewußtsein" wird nicht überschritten. Für die Wissenssoziologie Mannheims gilt, was Horkheimer bereits 1930 formulierte: "Die Wissenssoziologie (...) bedient sich (...) einer höchst radikalen Sprache und marxistischer Denkmittel. Aber ihr Versuch, diese Denkmittel in den Dienst der Geschichtsphilosophie zurück zu versetzen (...) führt folgerichtig zur idealistischen Umdeutung der bestehenden Widersprüche in die Gegensätze von Ideen, Denkstilen und Weltan-

schauungssystemen." (20/303)

In diesem Sinn behandelt auch Topitsch die Ideologiekonzeption, wenngleich festzuhalten ist, daß er sich auf die Funktion von Ideologie als Legitimationsinstrument einläßt und die enge Beziehung zwischen Ideologien und "sozialem Situationsbewußtsein" hervorhebt. Ideologische Bewußtseinsformen sind nach seiner Definition "Gedankengebilde, welche die Macht- und Lebensansprüche bestimmter gesellschaftlicher Gruppen legitimieren und deren Unwahrheit oder Halbwahrheit auf interessen- oder sozial bedingte Befangenheit ihrer Vertreter zurückzuführen ist." (zit.n. 58/90)²³⁾

Die Geschichte der ideologischen Bewußtseinsformen sieht Topitsch schließlich in drei Phasen unterteilt, die allgemein der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft von ihren Anfängen bis zur Gegenwart entsprechen:

1. die Phase der Herrschaft der Religion als Epoche der Einheit von Sein und Sollen, Welt- und Wertbild - (vorkapitalistische Formen);
2. die Phase der Hochideologien, charakterisiert durch eine Vermengung neuer, wissenschaftlicher Denkformen mit überlieferten Denkformen. Hochideologien werden verstanden als Kampfinstrumente zur Legitimierung der eigenen politischen und wirtschaftlichen Ziele und Ansprüche - (Zeitraum von der bürgerlichen Revolution bis in die Weimarer Republik);
3. die Phase der Entideologisierung, die den Zeitraum seit Ende des Zweiten Weltkrieges umfaßt. Topitsch schreibt in 'Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft':

"Die tieferen Ursachen der sogenannten Entideologisierung liegen aber wohl in dem weiteren Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen und der mit dieser verbundenen wirtschaftlich-sozialen Entwicklung. Diese hat - vorläufig

besonders in Nordamerika und Westeuropa - bereits einen Wandel vom Notstands- zum Wohlstandsmilieu eingeleitet. Die Bevölkerungswelle ist abgeebbt, die sozialen Gegensätze haben sich gemildert, der durchschnittliche Lebensstandard hat eine beachtliche Höhe erreicht, und sozial-strukturelle Pariagruppen sind so gut wie verschwunden. Die Wirtschaft ist dank des technischen und organisatorischen Fortschritts in der Lage, gleichzeitig den Bedarf an Investitions- und an Konsumgütern ausreichend zu befriedigen, und die Nationalökonomie hat brauchbare Methoden zur Kontrolle der Konjunkturzyklen erarbeitet. So wurden Spannungen, die seinerzeit den leidenschaftlichen und utopischen Geist der Hochideologie erzeugt hatten, weitgehend abgeschwächt." (zit.n. 58/96)²⁴⁾

Angesichts der realen krisenhaften Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist Topitsch in den letzten Jahren von seinem Postulat der Endideologisierung (die ihre Entsprechung in der Geigerschen Terminologie hat) abgerückt und hat zu den "hochideologischen" Formen Zuflucht genommen. Insofern ist es ihm auch nicht gelungen, die gesellschaftlich bedingten Abweichungen von der Wahrheit zu analysieren und nach Möglichkeit auszuschalten, um dadurch zu wissenschaftlich wahren, wert- und ideologiefreien Erkenntnissen zu gelangen.

Die Bemühungen der bürgerlichen Sozialwissenschaft, die bewußtseinsmäßige Aneignung der Wirklichkeit und die ideologischen Formen, in denen sie erfolgt, begrifflich zu fassen und ideologietheoretisch zu verallgemeinern, enden in letzter Konsequenz in der Apologetik. Die Entwicklung dieser Bemühungen verläuft entlang der Widersprüche der Klassengesellschaft und sie sind als Problemlösungsversuche zumindest bei Weber und Mannheim explizit intendiert.²⁵⁾

Die Zuspitzung der Ideologieproblematik auf die Wirksamkeit und Gegensätze von Ideen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen, kennzeichnet den Versuch, die Klassenwidersprüche einzuebnen. Als Funktionär dieses Versuchs bietet sich der qua analytischer Erkenntnispotenz befähigte Wissenschaftler an; er zieht sich als menschliches Wesen aus dem Ensemble der ideologiebeladenen gesellschaftlichen Verhältnisse zurück in den "ideologiefreien" Raum der klassenmäßig "freischwebenden Intelligenz" (Mannheim) und versteht sich als parteiloser Vermittler der gesellschaftlichen Klassenwidersprüche.

3.1.2 Die Instrumentalisierung des Ideologiebegriffs: Ideologie als "durchdachte Rechtfertigung"

Angesichts der zyklisch wiederkehrenden Legitimationsprobleme politischen Handelns sind die Bemühungen der bürgerlichen Sozialwissenschaft im Rahmen der Theoriebildung stetig gekennzeichnet durch eine Inventarisierung des Ideologiebegriffs, um diesen als methodisches Instrument brauchbar zu machen.²⁶⁾ Die Bandbreite der Erklärungsversuche reicht dabei von theoretischen Annahmen, die im Grunde nichts anderes darstellen als die konzentrierte Zusammenfassung aller bisher dargelegten Definitionen bis zur wissenschaftlichen Rechtfertigung ideologischen Handelns in der politischen Praxis.

Bisher am weitesten in dieser Richtung vorgedrungen ist Luhmann im Zusammenhang mit der Entwicklung der funktional-strukturellen Methode.

Luhmann entwickelt seinen Ideologiebegriff aus dem Kausalitätsprinzip, demzufolge die Folgen eines Handelns

(als System alternativer Möglichkeiten) durch das Aufstellen allgemeiner Wertsysteme, die den Wertcharakter dieser Folgen regeln, systematisch organisiert sein müssen. Diese Wertsysteme haben die Bedeutung von Ideologien, da sie nicht wahrheitsfähig sind. Luhmann erweitert den Ideologiebegriff über die von Topitsch gegebene Definition hinaus, indem er die Rechtfertigungsfunktion von Ideologie positiv bestimmt: Kennzeichen der Ideologie ist die durchdachte Rechtfertigung. Ihre Funktion ist es, die "Unendlichkeit von Kausalfolgen unter Wertgesichtspunkten" zu reduzieren, um dadurch eine Entscheidungsorientierung zu ermöglichen. "Ideologien sind zusammen mit der Auslegung des Handelns als Bewirken einer Wirkung Bedingung rationaler Aktion und daher wesentlicher Bestandteil der modernen Sozialtechnik." (34/60) Und es ist nur konsequent, wenn der dynamische Aspekt ideologischer Praxis in das Zentrum der Betrachtungen Luhmanns rückt. Da es die Aufgabe der Ideologie ist, Widersprüche zu integrieren und Handlungen mit widersprechenden Wertorientierungen zu koordinieren, wird es zum Erfordernis, die ideologische Praxis den jeweiligen Widerspruchserfahrungen anzupassen. Diese Anpassung läßt sich, so Luhmann weiter, mit rationalen Methoden, - und d.h.: im Rahmen der funktionalen Theorie - , durchführen. "Jede Änderung ist rational, wenn sie als Austausch funktional-äquivalenter Möglichkeiten entworfen ist; und sie ist gerechtfertigt, wenn die neue Ideologie besser geeignet ist." (34/61)

Der Gegensatz von Ideologie und Wahrheit wird hier aufgehoben zugunsten einer Instrumentalisierung des Ideologiebegriffs im Rahmen politischer Praxis, wo Geiger, Mannheim und Topitsch den ideologiefreien Raum der Wissenschaft reklamierten, durch den die gesellschaftlichen Widersprüche ausgeglichen werden sollen, benennt

Luhmann - und das ist sein Verdienst - die Notwendigkeit von Ideologie, um diese Widersprüche zu cachieren, wo eine eindeutige Planregelung nicht möglich ist. Den von ihm selbst so benannten "Ideologieplanern" in den Apparaten spricht er Mut zu ²⁷⁾ - und den Beistand der funktionalen Theorie. So lesen sich denn auch die Forderungen gegenüber der Ideologieplanung wie Anweisungen aus einem Handbuch politischer **Rhetorik**: Ideologien müssen abstrakt und formal konzipiert sein, damit sie bei einer großen, differenzierten und beweglichen Masse Zustimmung finden können. Und: Man kann aus Systemgründen Werte aufnehmen, die utopisch sind, die aber zur Begründung und Kräftigung anderer Prinzipien benötigt werden. (vgl.34/63)

Es erscheint uns notwendig, die Betrachtungen Luhmanns noch weiter zu verfolgen, zumal sie unsere Fragestellung, in welcher Weise die materielle Existenz von Ideologie zur Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse beiträgt, unmittelbar betrifft.

Einige Jahre nach dem oben erwähnten Aufsatz veröffentlichte Luhmann eine Abhandlung über 'Positives Recht und Ideologie', die an die referierten Überlegungen zur Ideologieproblematik anknüpft. Deutlich wird darin eine Abgrenzung, die auf der politisch-gesellschaftlichen 'Systemauseinandersetzung' basiert und im Grunde eine Rechtfertigung der Rechtmäßigkeit des eigenen politischen Handelns darstellt. Positives Recht und Ideologie werden hier unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zugeordnet, die Luhmann als 'ideologisch integrierte Systeme' (Ost) und 'Rechtsstaat' (West) bezeichnet. Handelt es sich im Falle des 'ideologisch integrierten Systems' um die Variationen innerhalb einer Wertordnung, die von der Ideologie funktional erfüllt werden, so ist das System des 'Rechtsstaates' bestimmt

durch die Normierung bestimmter Regeln, durch die die Stabilität der rechtlich gesicherten Sozialordnung gewährleistet ist. Oder anders gesagt: im einen Fall handelt es sich nach Luhmann um die monolithische Dominanz einer Ideologie, die die öffentliche Meinung steuert und das System politisch vereinheitlicht, im anderen Fall um ein pluralistisches System politischer Organisationen, die nicht durch eine ideologische Formel geeint sind, sondern in dem die juristische Arbeitstechnik als Problemlösungsmechanismus fungiert. Durch die konfliktreiche Struktur des rechtsstaalichen Systems sei die Möglichkeit gegeben, "gesellschaftliche Konflikte zu absorbieren." (34/195)

Beide Formen der Widerspruchsintegration sieht Luhmann als in ihrer Form gleichartig an, womit aber nichts anderes gesagt ist, als daß - unabhängig von einer Gegenüberstellung unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme - "die bürokratische Herrschaft durch die Normierung des Verfahrens der Herrschaftsausübung (d.h. durch das Recht, J.R.) hinreichend legitimiert werden kann." (16/267)

Hier schließt sich der Kreis innerhalb der bürgerlichen Sozialwissenschaft, denn die Erkenntnisse Luhmanns über die Funktion von Ideologie innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, insbesondere im Rahmen der politischen Praxis, die der Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse dient, sind nicht weit entfernt von jenen Webers, in dessen Herrschaftsbegriff die legitime Machtausübung auf der Grundlage anerkannter Normen und des Rechtssystems bereits entwickelt ist. Seine Funktionsanalyse der Ideologie führt jedoch darüber hinaus, da sie als Handlungsanweisung für die Sozialtechnik in der bürgerlichen Gesellschaft konzipiert und funktional auf die Aufrechterhaltung bestehender Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse bezogen ist.

3.1.3 Zusammenfassung

Auf eine gemeinsame Formel gebracht können wir feststellen, daß sich die Behandlung der Ideologieproblematik innerhalb der bürgerlichen Sozialwissenschaften nach ihren eigenen Thesen in Adäquanz zu den gesellschaftlichen Widersprüchen entwickelt hat. Aus dem von Marx aufgegriffenen Theorem, daß Ideologie gesellschaftlich notwendig falsches Bewußtsein sei, abstrahiert sie das falsche Bewußtsein als signifikantes Merkmal ²⁸⁾, um schließlich nicht zuletzt mit Luhmann zur unausgesprochenen Bestimmung zu gelangen, daß Ideologie gesellschaftlich nützliches falsches Bewußtsein sei. In dieser Entwicklung scheiden sich die Bezugspunkte des Erkenntnisinteresses; einmal geht es um den Begriff der Ideologie, das andere Mal um die Funktion von Ideologie als systemstabilisierende Handlungsorientierung.

Die materielle Existenz der Ideologie als ideologisches Verhältnis einer Gesellschaftsformation ist demgegenüber nicht zu entschlüsseln aus der Gesamtheit der Ideensysteme einer konkreten Gesellschaft, d.h. Weltbildern oder Weltanschauungen (wie z.B. bei Weber), die zur organisatorischen Einheit einer Klasse beitragen, deren Ausdruck sie sind, ²⁹⁾ sondern wir müssen, um die Bedeutung des ideologischen Faktors bei der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse korrekt bestimmen zu können, von der Wirklichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse ausgehen, konkret von der Gesamtheit der materiellen Praxis einer Gesellschaftsformation.

3.2 Ideologie als imaginäres Verhältnis zu den Existenzbedingungen

Nehmen wir den weiter oben ausgeführten Gedanken über den Alltag als gesellschaftliche Substanz auf und beziehen ihn auf die Aneignung der gesellschaftlichen Realität, so müssen wir davon ausgehen, daß das Bewußtsein jedes Menschen³⁰⁾ geprägt ist von der Umwelt, in der er lebt. "Die Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und in den materiellen Verkehr der Menschen (...)" (43/26), wodurch diese im Alltag durch unterschiedliche und widersprüchliche Einflüsse geprägt sind, die sich im Verhalten der Individuen, vor allem in der Sprache manifestieren. So gesehen ist das Bewußtsein immer Resultat des materiellen Lebensprozesses innerhalb einer gesellschaftlichen Verhältnisses. "Die Moral, Religion, Metaphysik und sonstige Ideologie und die ihnen entsprechenden Bewußtseinsformen behalten hiermit nicht länger den Schein der Selbständigkeit. Sie haben keine Geschichte, sie haben keine Entwicklung, sondern die ihre materielle Produktion und ihren materiellen Verkehr entwickelnden Menschen ändern mit dieser ihrer Wirklichkeit auch ihr Denken und die Produkte ihres Denkens." (43/26-27) Das aber besagt, daß das Bewußtsein abhängig ist von den gesellschaftlichen Konstitutionsmomenten, wie sie uns im Falle der kapitalistischen Gesellschaft als Bedingungen des Reproduktionsprozesses entgentreten.³¹⁾

Bewußtsein als falsches Bewußtsein, d.h. als sinnverkehrte, erfahrungsunzugängliche Widerspiegelung der Realität konstituiert sich im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung³²⁾ durch die ideologischen Verkehrungen, die aus dem Kapitalverhältnis resultieren. Die ideolo-

gischen Formen, in denen sich die Menschen der gesellschaftlichen Konflikte bewußt werden, sind als relativ kohärente Gesamtheit von Vorstellungen, Überzeugungen und Werten Ergebnis des gelebten Verhältnisses der Menschen zur Realität. Insofern gerade durch die innerhalb der Teilung der Arbeit unvermeidliche Verselbständigung der gesellschaftlichen Verhältnisse ein Unterschied heraustritt "zwischen dem Leben jedes Individuums, soweit es persönlich ist und insofern es unter irgendeinen Zweig der Arbeit und die dazugehörigen Bedingungen subsumiert ist" (43/76), konstituiert sich Bewußtsein über die Realität als Aneignung der unmittelbaren, erfahrungszugänglichen Wirklichkeit, wie sie auf der Erscheinungsebene sinnlich erkannt werden kann, und als Verdoppelung durch die kulturellen, lebensgeschichtlich tradierten Werte im Sozialisationsprozeß, die als überlieferte, subjektive Erfahrungswerte und als Vermittlung von gesellschaftlichen Normen und scheinhafter gesellschaftlicher Totalität wirksam werden. ³³⁾

Die gesellschaftliche Teilung der Arbeit³⁴⁾, die eine progressive Verselbständigung der Lebenssphären hervorbringt und so die bewußtseinsmäßige Aneignung der Realität unter kapitalistischen Verhältnissen bestimmt, indem sie das Bewußtsein der Menschen in den engen Rahmen materieller Existenzsicherung bannt, ist gleichzeitig Grundlage für die ideologischen Verkehungen und führt zum Begriff der Ideologie selbst. ³⁵⁾

Die Bedingungen, unter denen ideologisches Bewußtsein sich entwickelt, sind in den materiellen Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft gegeben: der Erkenntnis des Kapitalverhältnisses voraus geht die fetischisierte Form dieses Verhältnisses. Vermittelt durch die Wertform der Arbeitsprodukte erscheint den unmittelbaren Produzenten - und auch den herrschenden Klassen - das Kapitalverhältnis als naturwüchsig und jenseits aller Einfluß-

möglichkeiten. "Wenn ein Proletarier glaubt, daß er einfach 'Staatsbürger' ist, vergleichbar allen anderen Bürgern, oder daß seine Arbeit eben zu seiner Bestimmung gehört, weil auf ewig geschrieben steht, daß jeder Mensch 'im Schweiß seines Angesichts sein Brot verdienen muß', dann erliegt er einer Mystifikation. (...) Weil seine Arbeit für ihn wirklich eine Pflicht ist, eine unterdrückende Fron, die er - angesichts gewisser Notwendigkeiten - als eine Bestimmung des menschlichen Daseins schlechthin oder als individuelles Unglück interpretieren kann, wenn er nicht versteht (nicht weiß), daß die Arbeit anders werden kann und muß." (28/151-152) In diesem Sinne sind die Bewußtseinsformen an die bestehenden Herrschaftsverhältnisse systemstabilisierend gebunden.

Ideologien gründen sich auf das reale Leben, das sie zugleich verschleiern und in seiner Alltagsform zu erhalten in der Lage sind. In dieser Bestimmung ist enthalten, daß sich Ideologien verändern mit den Bedingungen, die sie hervorgebracht haben, d.h. mit den Klassenverhältnissen - und in diesem Sinne ist eine Ideologie gesellschaftlich notwendig falsches Bewußtsein als *conditio sine qua non* der bürgerlichen Gesellschaft und der ihr entsprechenden Produktionsweise.

Soweit Marx davon spricht, daß den Menschen die gesellschaftlichen Konflikte in ideologischen Formen "bewußt" werden, so benennt dies nur den Aspekt des Verhältnisses, in dem sie sich Realität aneignen. Im engen Sinn bedarf es der Trennung zwischen den Begriffen der Ideologie und des Bewußtseins, soweit mit dem Begriff des Bewußtseins das bewußte Sein der Individuen erfaßt ist. Demgegenüber ist Ideologie unbewußt, sie ist "zwar ein System von Vorstellungen, aber diese Vorstellungen haben in den meisten Fällen nichts mit dem "Bewußtsein" zu tun: sie sind meistens Bilder, bisweilen Begriffe, aber der Mehr-

zahl der Menschen drängen sie sich vor allem als Strukturen auf, ohne durch ihr Bewußtsein hindurchzugehen. Sie sind wahrgenommene-angenommene-ertragene kulturelle Objekte und wirken funktional auf die Menschen ein, durch einen Vorgang, der ihnen entgeht." (1/183)

Im Verhältnis zur sinnlichen Erkenntnis, dem orientierenden Erkennen als erster Stufe der bewußtseinsmäßigen Aneignung sozialer Realität, bezeichnet Ideologie eine erste Abstraktionsstufe - und damit einen "Erkenntnis"-schritt - als subjektive "Idee".

Die weitreichendste Definition des Ideologiebegriffs hat u.E. Althusser gegeben; wir halten es für gerechtfertigt, ein längeres Zitat anzuführen, aus dem der Erklärungszusammenhang ersichtlich wird und der insbesondere die Gegenposition zum Ideologieverständnis der bürgerlichen Sozialwissenschaften, die Ideologie auf falsches Bewußtsein beschränkt, deutlich macht:³⁶⁾

"Die Ideologie betrifft also das gelebte Verhältnis der Menschen zu ihrer Welt. Dieses Verhältnis, das nur unter der Bedingung, unbewußt zu sein, 'bewußt' erscheint, scheint in der gleichen Weise nur unter der Bedingung einfach zu sein, daß es komplex ist, kein einfaches Verhältnis, sondern ein Verhältnis von Verhältnissen, ein Verhältnis zweiten Grades. Tatsächlich drücken die Menschen in der Ideologie nicht ihre Verhältnisse zu ihren Existenzbedingungen aus, sondern die Art, wie sie ihr Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen leben: was gleichzeitig ein wirkliches und ein 'gelebtes', 'imaginäres' Verhältnis voraussetzt. Die Ideologie ist dann der Ausdruck des Verhältnisses der Menschen zu ihrer 'Welt', das heißt die (überdeterminierte) Einheit ihres wirklichen Verhältnisses und ihres imaginären Verhältnisses zu ihren wirklichen Existenzbedingungen. In der Ideologie ist das wirkliche Verhältnis unvermeidlich in

das imaginäre Verhältnis eingelassen: ein Verhältnis, das eher einen (konservativen, konformistischen, reformistischen, revolutionären) Willen, ja sogar eine Hoffnung oder eine Sehnsucht ausdrückt, als daß es eine Wirklichkeit beschreibt.

In dieser Überdeterminierung des Wirklichen durch das Imaginäre und des Imaginären durch das Wirkliche ist die Ideologie, ihrem Prinzip nach, aktiv, bestärkt oder verändert sie das Verhältnis der Menschen zu ihren Existenzbedingungen, zu diesem imaginären Verhältnis selbst. Daraus ergibt sich, daß diese Handlung niemals nur rein instrumental sein kann: die Menschen, die sich der Ideologie als eines reinen Handlungsmittels, eines Werkzeugs bedienen, finden sich in ihr gefangen und von ihr betroffen in dem Augenblick, wo sie sich ihrer bedienen und sich für ihre unwiderruflichen Herren halten." (1/184-185)

In der Klassengesellschaft drücken sich Ideologien u.a. über die allgemeinen Interessen einer Klasse aus; sie sind allgemein und abstrakt formuliert, wodurch ihr Verhältnis zur Praxis selbst verdeckt wird, und sie repräsentieren faktisch partikuläre Interessen, wobei sie als Instrumente im Klassenkampf nur dadurch wirksam werden können, daß sie die begrenzten Interessen und Ziele verschleiern und zur Totalität und Universalität erheben, d.h. ein Allgemeininteresse formulieren.

Das ist besonders deutlich in der Situation der politischen Revolution des Bürgertums, das sich als Teil der Gesellschaft emanzipiert und zur allgemeinen Herrschaft gelangt, indem es die allgemeine Emanzipation der Gesellschaft unternimmt. "Keine Klasse der bürgerlichen Gesellschaft kann diese Rolle spielen, ohne ein Moment des Enthusiasmus in sich und in der Masse hervorzurufen, ein Moment, worin sie mit der Gesellschaft im allgemeinen fraternisiert und zusammenfließt, mit ihr ver-

wechselt und als deren allgemeiner Repräsentant empfunden und anerkannt wird, ein Moment, worin ihre Ansprüche und Rechte in Wahrheit die Rechte und Ansprüche der Gesellschaft selbst sind, worin sie wirklich der soziale Kopf und das soziale Herz ist. Nur im Namen der allgemeinen Rechte der Gesellschaft kann eine besondere Klasse sich die allgemeine Herrschaft vindizieren." 37) (40/388)

Die gesellschaftliche Klasse, die ökonomisch und politisch herrscht, besitzt auch die Mittel der geistigen, kulturellen und ideologischen Herrschaft. Das gesellschaftliche Bewußtsein wird geprägt durch die Formulierung und Idealisierung der realen Verhältnisse, "die der einen oder anderen Gruppe (oder Klasse) den ökonomischen, sozialen und politischen Primat einräumen. Die in der Praxis handelnden Individuen beeinflussen mit ihren Mitteln der Aktion das Bewußtsein; sie tragen in gewaltigem Maße dazu bei, dieses auszubilden und die Vorstellungen zu verbannen, die ihnen nicht genehm sind." (29/60) Ihre Ideen sind die herrschenden Ideen in ihrer Epoche: die herrschende Ideologie ist die Ideologie der herrschenden Klasse.

Die Dominanz der herrschenden Ideologie drückt sich darin aus, daß die unterdrückten Klassen und Schichten die Bedingungen ihrer Existenz innerhalb der Formen des herrschenden politisch-ideologischen Zusammenhangs erleben. Eine der Konsequenzen, die daraus zu ziehen sind, ist, daß in einem komplexen Verhältnis von ideologischer Überlagerung und Vermischung selbst der Widerstand gegen das Herrschaftssystem oder seine Auswirkungen, d.h. die Formen der Klassenauseinandersetzungen innerhalb des Bezugsrahmens der herrschenden Legitimität gelebt wird.

3.3 Zur Funktion von Ideologie

Obwohl die Ideologie im allgemeinen als auch die Ideologien im besonderen ³⁸⁾ mit der gelebten Erfahrung, d.h. mit der Praxis verbunden und nicht von ihr zu trennen sind, bleibt ihr Verhältnis zur Praxis verborgen: realiter verdeckt Ideologie die Beziehung zur Praxis. "Doch sie bleiben nicht in den Wolken der Abstraktion. Sie kehren zur Praxis zurück (...) Die abstrakten Ideen haben in sich keine Macht; doch die Leute, die die Macht besitzen (die politische oder ökonomische), bedienen sich der Vorstellungen, um ihr Tun zu rechtfertigen. Vor allem aber kehren die ideologischen Vorstellungen, die sich am stärksten verdichtet haben, zur Sprache zurück. Sie setzen sich darin fest. Sie liefern ein Vokabular, Formulierungen und Gedanken, die auch als Redewendungen auftreten." (29/63) In diesem Sinne ist Ideologie beherrscht von den Werten, Überzeugungen und Vorstellungen, mit deren Hilfe Klassenherrschaft aufrecht erhalten wird.

Gramsci hat in seinen Schriften die Ideologie als "Zement" einer Gesellschaftsformation bezeichnet und damit ihre Funktion als Kohäsionsfaktor verdeutlicht. Indem sie die Widersprüche der Gesellschaft verschleiert, formt sie Vorstellungen von den wirklichen Verhältnissen, die (bezogen auf die Alltagssituation) den Menschen als Orientierung dienen und sie in die "Einheit" der Verhältnisse einer Gesellschaftsformation integrieren. ³⁹⁾

Die Unterwerfung unter die herrschende Ideologie betrifft dabei auch die Bourgeoisie als herrschende Klasse, "denn das, was sie in ihrer Ideologie lebt, ist dieses imaginäre Verhältnis zu ihren wirklichen Existenzbedingungen, das ihr gestattet, gleichzeitig auf sich einzuwirken (sich ein juristisches und moralisches Bewußtsein sowie die juristischen und moralischen Bedingungen des ökonomischen

mischen Liberalismus zu geben) und auf die anderen (die von ihr Ausgebeuteten und Auszubeutenden: die 'freien Werktätigen'), um ihre historische Rolle als herrschende Klasse auf sich zu nehmen (...)." (1/185)

Die Funktion der Verschleierung weist schon darauf hin, daß Ideologie die Einheit der Gesellschaftsformation nicht herstellt, sondern diese vortäuscht, d.h. imaginär rekonstruiert. Wir haben weiter oben bereits ausgeführt, daß sich darin das Streben nach Kohärenz ausdrückt. Dieses strategische Ziel wird materiell in den Apparaten des gesellschaftlichen Überbaus, insbesondere im Staat als Repräsentant des sogenannten gesellschaftlichen Allgemeininteresses, in dem das Klasseninteresse der Herrschenden, die Bedingungen der kapitalistischen Produktion und damit die Bedingungen ihrer Hegemonie aufrecht zu erhalten, verdeckt ist. "Der Begriff 'Hegemonie', angewandt auf die hegemoniale Klassenführung der kapitalistischen Gesellschaftsformationen, umfaßt hier die (...) spezifischen Merkmale der herrschenden kapitalistischen Ideologie, vermittels derer eine Klasse oder Klassenfraktion sich erfolgreich als Verkörperung des Allgemeininteresses (...) ausgibt und auf diese Weise die unterdrückten Klassen dazu bringt, ihre Klassenherrschaft auf spezifische Weise anzuerkennen." (52/228)

In gewissem Sinn entsprechen sich die verschiedenen Ideologiebereiche (rechtliche, politische, religiöse, ökonomische, philosophische etc.), die unterschiedliche Formen und Wirkungsweisen im Prozeß der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse haben, in ihrer Substanz, nämlich in der Verschleierung der Klassenherrschaft und der Klassengegensätze, sowie in der Isolierung der Individuen. Die religiös-ideologische Vorstellung, daß der Mensch als vergängliches Wesen seinen Frieden, d.h. die Aufhebung der Widersprüche, nur in

der individuellen Hinwendung auf eine höhere Gewalt finde, ergänzt die politisch-ideologische Konstituierung von freien und gleichen Rechtssubjekten, die "technischen Sachzwängen" unterworfen sind und deren Verkehr untereinander durch die Rechtsetzung des übergeordneten Staates geregelt wird. Daraus leitet sich immanent die Verantwortung der höheren Ordnung für die ihr unterworfenen Subjekte ab - und jede Kritik, die dieses Verhältnis in Frage stellt, wird mit dem Argument entkräftet, daß mit der Nährung des Zweifels der Mensch auf sich selbst zurückgeworfen, d.h. handlungsunfähig würde.

Die politische Rolle der herrschenden Ideologie besteht darin, daß sie die politischen und ökonomischen Interessen der herrschenden Klassen rechtfertigt und das Bild der Gleichheit von Privatpersonen, die in der Universalität des Staates zusammengeschlossen sind, aufzwingt.

In dem Maße, wie die Individuen unter Abstraktion von den Klassenverhältnissen Ideologie (als "Zement" einer Gesellschaftsformation), d.h. den Zusammenhang der herrschenden Ideologie und ihrer unterschiedlichen Auswirkungen, anerkennen, indem sie sich darin wiedererkennen, trägt Ideologie als Kohäsions- und Legitimationsfaktor im strategischen Konzept dazu bei, die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse zu gewährleisten.

Insofern Ideologien in den Praxisformen der Klassengesellschaft ihre reale Gestalt gewinnen, sind die Existenzbedingungen, Erfahrungen und Praxen der gesellschaftlichen Klassen, kurz der Klassenkampf, der Ort, von dem aus Ideologien, d.h. die Dominanz der herrschenden Ideologie und das Verhältnis, in dem die verschiedenen Ideologiebereiche zueinander stehen, begriffen wer-

den können. Deren Existenz verkörpert sich, wie wir gesehen haben, sowohl im ökonomischen Bereich als auch in den 'Institutionen' des gesellschaftlichen Überbaus, vor allem im Staat und in den religiösen, schulischen und kulturellen Bereichen, aber auch in anderen vor- und nebenstaatlichen Apparaten, in denen bestimmte gesellschaftliche Interessen organisiert sind.

3.4 Ideologie und Interessenorganisation

Zum Sektor vor- oder nebenstaatlicher Interessenvertretung gehört insbesondere das in Verbänden, Vereinen und anderen Institutionen inkorporierte Interesse. Während der Staat als Garant des gesamtkapitalistischen Interesses das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital stabilisiert, handelt es sich bei den sogenannten intermediären Instanzen⁴⁰⁾ um die Organisation von Partialinteressen.

Historisch entwickelte sich, wie Wössner (62) erläutert, z.B. das Verbandswesen im Zusammenhang mit den Bedürfnissen des Kapitals (der Einzelkapitale) und der Ausweitung der Märkte, so z.B. die Gründung des 'Deutschen Handels- und Industrievereins' (später: 'Deutscher Zollverein') 1819 oder des 'Industrievereins für das Königreich Sachsen' 1829, in dessen Aufgabenstellung bereits die allgemeinen Merkmale der Verbandstätigkeit zu erkennen sind, wie: monatliche Unterrichtung der Mitglieder, Gutachten zur staatspolitischen Ordnung und zur Ordnung des Münzwesens, Beobachtung der Gesetzgebung und der technologischen Entwicklung etc. "Die Stoßrichtung einer solchen zentralen Interessenvertretung ist

vor allen Dingen die politische Ebene, das Parlament. Die neue Schicht von Menschen (!), die mit der Industrie gegeben ist, verlangt nach einer entsprechenden Vertretung in den politischen Instanzen. Die Wirtschaftsgesellschaft ist mit ihrer weiteren Entfaltung immer mehr auf eine der industriellen Kooperation entsprechenden Politik angewiesen, welche mit den herkömmlichen Gesichtspunkten (...) nicht mehr in Einklang zu bringen ist." (62/48)

Daraus erwachsen den Verbänden Funktionen, die nicht auf die Vertretung wirtschaftlicher Interessen gegenüber dem Staat beschränkt bleiben, sondern mit zunehmender Konzentration und Monopolisierung direkt in staatliche Tätigkeit eingreifen.⁴¹⁾ Sie sind als Ausdruck der Gesellschaftsstruktur und als institutionalisierte Träger der gesellschaftlichen Ordnung Organisationen von Klasseninteressen⁴²⁾, denen die öffentlich-staatliche Anerkennung als "legitime Integrations- und Repräsentationsfaktoren der Gesellschaft" (62/153) nicht versagt bleibt. Die besondere Affinität zur staatlichen Tätigkeit, nicht nur der darauf funktional bezogenen organisierten Kapitalinteressen, sondern auch jener Organisationen, die auf kulturellen, religiösen und anderen Gebieten existieren, drückt sich u.a. darin aus, daß sie "den Staat gerade auch in den Lücken staatlicher Wirksamkeit (vertreten), insbesondere dort, wo dem Gemeinwesen ganz neue Aufgaben erwachsen, die nicht eigens durch Kompetenzvorschriften einer bestimmten Stelle der staatlichen Organisation zugewiesen sind." (46/46)⁴³⁾

Ein großer Teil kultur-, sozial- und wirtschaftspolitischer Entscheidungen entfaltet sich so auf der Basis hauptsächlich privatrechtlich verfaßter Vereine, die durch staatliche Subventionierung nicht nur finanziell abgesichert werden, sondern auf dem Wege der ideologischen Zusammenarbeit auch im Kontext der herrschenden

Norm- und Wertsetzung stehen. Es ist evident, daß insbesondere die Finanzierungspolitik dem Staat die Möglichkeit zur Einflußnahme auf das Verbands- und Vereinsgeschehen gibt. "Die Subvention ist eines der geschmeidigsten und anpassungsfähigsten Mittel der lenkenden Beeinflussung. Sie bietet ein geräuschloses Instrumentarium politischer Führungsentscheidung, Planung und Reglementierung." (46/28)

Staatliche Subventionspolitik, personelle Verflechtung und partiell ideologische Zusammenarbeit gegenüber und mit dem Bereich intermediärer Organisationsformen, in denen Klasseninteressen und ideologische Positionen inkorporiert sind und wirksam werden, ist jedoch u.E. nicht das entscheidende Kriterium bei der Betrachtung des Sektors vor- und nebenstaatlicher Interessenorganisation. Seine Funktionen, die er als politischer und ideologischer Herrschaftsapparat bei der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse erfüllt, sind wesentlich durch die Rechtsordnung der konkreten Gesellschaft bestimmt, in der sich herrschende Ideologie als rechtlich-politischer Zusammenhang manifestiert. "Die intermediären Vereine sind durch die Rechtsordnung zwar nicht ausdrücklich und positiv in den Zusammenhang der politischen Ordnung (...) gestellt, sie sind jedoch tatsächlich ein Teil dieses politischen Lebens als Gesamtverfassung." (46/57) ⁴⁴⁾

3.4.1 Die Unterordnung unter das Rechtssystem

Wie wir weiter oben ausgeführt haben, vermitteln sich die herrschenden Klasseninteressen und damit auch herrschende Ideologie über die Staatsapparate und die intermediären Herrschaftsapparate in der Gesellschaft, die hinsichtlich der Aufrechterhaltung der gesellschaft-

lichen Verhältnisse parallele Funktionen erfüllen wie der Staat als zentrale Instanz.

Die Konstitution des politischen Staates durch die politische Revolution des Bürgertums gegen die feudalen Strukturen löste zugleich die Existenzbedingungen des bürgerlichen Lebens auf, wie sie in der Form der Stände und Korporationen unter dem Feudalismus organisiert waren. Der Staat wurde zur allgemeinen Angelegenheit und die bürgerliche Gesellschaft zum Konglomerat unabhängiger, freier Individuen, deren Beziehungen untereinander durch Rechtsverhältnisse geregelt sind. "Die politische Revolution löst das bürgerliche Leben in seine Bestandteile auf, ohne diese Bestandteile selbst zu revolutionieren und der Kritik zu unterwerfen." (38/369)

Die Trennung von bürgerlicher Gesellschaft und Staat und die Rechtsetzung, die diese Trennung in der Form von Privatrecht und Öffentlichem Recht normiert, resultiert aus der Teilung der Arbeit, wie sie sich unter kapitalistischen Produktionsbedingungen entwickelt hat, entsprechend der historischen Entwicklung der Kapitalakkumulation und der gesellschaftlichen Klassenkämpfe. "Der zentrale Inhalt der Entwicklung zum bürgerlichen Rechtsstaat liegt in der Abstraktion der Staatsgewalt von den gesellschaftlichen Beziehungen. Der Rechtsstaat greift nicht unmittelbar in diese ein, sondern er fungiert als Garant ihrer Existenz." (12/222)

Die staatliche (juristische und politische) Struktur regelt über das für alle verbindliche Rentssystem die gültigen und zulässigen Verkehrsformen zwischen den Warenbesitzern. Privateigentum wird zum unantastbaren "Rechtsinstitut" und das bürgerliche Individuum zum "Rechtssubjekt". (vgl. 25/45) Die gesellschaftlichen Klassenverhältnisse scheinen in dieser Rechtsetzung normativ aufgehoben; tatsächlich werden sie und damit die Klassen-

herrschaft durch die abstrakte Herrschaft des allgemeingültigen Rechts vermittelt und aufrecht erhalten.

Die allgemeine Funktion des Staates im Zusammenhang mit der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse ist es, "durch die Aufrechterhaltung der allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise (allgemeine Rechtsverhältnisse, J.R.) das dem Tauschwertverhältnis zwischen den einzelnen Warenbesitzern entsprechende Rechtssystem als allein gültige und zulässige Verkehrsform zwischen den Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft zu setzen, und damit zugleich die Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse abzusichern und die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit zu garantieren." (25/116) Aus dem solchermaßen garantierten Recht leitet sich das Monopol des Staates ab, die geltende Rechtsordnung mittels seines repressiven Apparats, d.h. durch Anwendung physischer und/oder psychischer Zwangsmittel zu erhalten.

Wie bereits Max Weber (vgl. 60/196 ff.) ausgeführt hat, garantiert das Recht zwar allgemeine Interessen, doch steht die Rechtsgarantie "im weitesten Umfang direkt im Dienst ökonomischer Interessen" (60/196), was insbesondere in den Rechtssätzen der bürgerlichen Freiheitsrechte, vor allem dem der Vertragsfreiheit und allen Sätzen über das legitime Eigentum zum Ausdruck kommt.⁴⁵⁾

Hierin erweist sich, daß die politische und Rechtsunabhängigkeit nicht die den Staat bestimmenden Elemente sind, sondern, wie Marx bereits in der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie folgerte, "die Glieder des Staates empfangen ihre Unabhängigkeit von einem Wesen, welches nicht das Wesen des politischen Staates ist, von einem Wesen des abstrakten Privatrechts, vom abstrakten Privateigentum." (40/312)

Das Prinzip, nach dem in diesem Zusammenhang wirksam in die Klassenkampfsituation eingegriffen werden kann, ist das der Rechtsgleichheit als Maßstab für die Schlichtung von Interessenkollisionen und zur Abgrenzung individueller Freiheitssphären. Und ebenso wie die Unabhängigkeit des Staates auf dem Privateigentum an den Produktionsmittel basiert, sind Freiheit und Gleichheit nur die idealisierten Ausdrücke der verschiedenen Momente des Tauschwertprozesses. (vgl.37/915 ff.)

Das in der Rechtsordnung fixierte Normensystem der Klassengesellschaft ist u.E. eine der wesentlichsten Komponenten im System der ideologischen Unterwerfung mit dem strategischen Ziel, die Strukturen der Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten und zu stabilisieren - und um den Prozeß der Reproduktion abzusichern. Nach bürgerlicher Rechtsauffassung - und das bezeichnet nur die kategorische Verpflichtung auf die Normsetzung - ist dabei die Kenntnis der Normen nicht einmal notwendig; "es genügt die unbestimmte Vorstellung der Existenz eines Normensystems, dem der einzelne einen für sein Verhalten kausal bestimmenden Einfluß einräumt." (30/66)⁴⁶⁾

Der Staat verfügt damit über ein sich ergänzendes Instrumentarium zur Herrschaftssicherung. Er ist einerseits Repressionsgewalt, andererseits Organ der Zusammenfassung und Vereinheitlichung hinsichtlich des Feldes des Klassenkampfes. Er ist keine klassenunabhängige Instanz, sondern nur eine spezifische Ebene gesellschaftlicher Widersprüche, "auf der sie unter den historisch angehäuften Bedingungen des Staates bestimmte Gestaltswandlungen vornehmen können." (47/34) Neben dem staatlichen Gewaltmonopol existiert ein zweites, privatrechtlich oder öffentlich-rechtlich verfaßtes System der Herrschaftssicherung, das zwar bereits, wie wir gesehen haben, in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft vorhanden war, im imperialistischen Stadium des Kapitalismus aber

seine konkrete Form und Funktion erhält.⁴⁷⁾ und an Bedeutung gewinnt für die Herstellung des gesellschaftlichen Konsens, d.h. die Unterwerfung unter die herrschende Ideologie.

3.4.2 Öffentlichkeit als Organisationsprinzip

Das Organisationsprinzip politischer Klassenherrschaft schließlich ist das der Herstellung von Öffentlichkeit und 'öffentlicher Meinung'. In den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft waren dies Kampfbegriffe der Emanzipation der Bourgeoisie. Ihre Durchsetzung als "Konstitutionsöffentlichkeit" (Negt/Kluge) war gebunden an die sich emanzipierende Klasse, die, um sich emanzipieren zu können, ideologisch das Allgemeininteresse vertreten, d.h. sich selbst als Gesellschaft setzen mußte. Wir sehen bereits hierin die Funktion von Öffentlichkeit im Kontext der Herrschaftssicherung.⁴⁸⁾

Durch sie wird Herrschaft legitimiert und repräsentiert. Aus diesem Prinzip erwächst auch den intermediären Herrschaftsapparaten, insbesondere dem Informationsapparat, ihre 'öffentliche Aufgabe', d.h. die Vermittlung der herrschenden Normen gegenüber den an der Herrschaft nicht beteiligten Klassen und Schichten. Daß dieser Vermittlungsprozeß nicht ohne Widersprüche ist, ist begründet durch die Widersprüche, die innerhalb der Apparate (darin inbegriffen die einzelnen Glieder des Staates) und zwischen ihnen existieren.

Resultat ist die rezeptive Passivität derer, die Adressaten der hergestellten Öffentlichkeit sind: "Die Informationsfreiheit ist gewährleistet im kapitalistischen Staat, aber es ist die gleiche Freiheit, die der Bürger auch im politischen und wirtschaftlichen Bereich insge-

samt hat: die des Konsumenten. Die hergestellte Öffentlichkeit der Massenmedien vollbringt dabei die erstaunliche Leistung, die anderen Teile der hergestellten Öffentlichkeit, das heißt die Herrschaftsinstitutionen wie Parlament, Regierung usw., in ihrer Beziehung zum Volk in Warenform zu überführen und 'konsumierbar' zu machen. Politische Information wird Unterhaltung, Herrschaftssymbolik erhält Gebrauchswert, Partizipation reduziert sich auf die Teilhabe an der Rezeption von Repräsentation, und Selbstbestimmung wird zur individuellen Bestimmung darüber, welche schichtenspezifisch differenzierte Ausprägung bürgerlicher Wirklichkeit man nun rezipieren will." (49/333-334)

3.5 Zusammenfassung

Wir können nun zusammenfassen, daß Ideologie - als herrschende Auffassung über gesellschaftliche Wirklichkeit, - die ihre eigenen Mystifikationen nicht durchbrechen kann, ohne sich selbst aufzugeben - die relative und in sich selbst widersprüchliche Einheit bürgerlicher Herrschaft bewahrt und zu stabilisieren sucht. Ideologie - herrschende Ideologie als Vereinheitlichungsfaktor im Prozeß der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse vermittelt sich den beherrschten Klassen und Schichten, d.h. jenen, deren "Teilhabe" sich auf ritualisierte Wahlakte und im übrigen auf die Freiheit der Konsumtion beschränkt, auf verschiedenen Wegen. "Auf vielfältige Weise beeinflußt und formt die herrschende Klasse das Bewußtsein des gesamten Gemeinwesens und gewinnt ihre eigene Hegemonie." (14/92)

Herrschende Ideologie ist materiell in unterschiedlichen Organisationsformen und Apparaturen (als einem System gesellschaftlich sanktionierter Normen und Regeln) existent,

die die "Schützengräben" (Gramsci) der herrschenden Verhältnisse bilden und die zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse auf politisch-ideologischer Ebene beitragen. Sie stellen gesellschaftlichen Konsens her, der auf die ökonomischen Zyklen einwirkt und tiefgreifende Krisen, die ökonomisch nicht oder nur geringfügig steuerbar sind, politisch stabilisiert.

Wir müssen uns daher bei der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Gesamtheit der Strukturen einer Gesellschaftsformation beziehen - und auf die Verhältnisse, die zwischen den verschiedenen Ebenen bestehen. Gesellschaftliche Klassen, ihre Beziehungen und Praxisformen, die Klassenverhältnisse und die Formen, die der Klassenkampf annimmt, "stellen sich nicht als Auswirkung einer bestimmten Struktur auf eine andere (z.B. der ökonomischen auf die politische oder auf die ideologische) dar, und treten daher nicht innerhalb der Struktur auf, sondern sie sind die globale Auswirkung der Strukturen im Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse (...)." (52/63)

4. Statt eines Resumees: Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse und 'Ideologische Staatsapparate'

Im Zusammenhang mit der Hypothese, daß die Klassenverhältnisse nicht allein durch die ökonomische, sondern auch durch die politische und ideologische Ebene einer Gesellschaftsformation bestimmt sind, wurden - besonders im Zusammenhang und in der wissenschaftlichen Aufarbeitung der französischen resp. Pariser Mai-Ergebnisse 1968 - durch einige Vertreter der französischen politischen Soziologie "theoretische Bausteine" eingeführt, die es erlauben, das Problem der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse, besonders unter dem Aspekt der auf die Transformation dieser Verhältnisse gerichteten Klassenpraxis, konkreter zu definieren.

Zu den wichtigsten Vertretern der genannten Auffassung sind L.Althusser und N.Poulantzas, aber auch H.Lefëbvre zu zählen. Bei der Lektüre der beiden erstgenannten 'theoretischen Praktiker' ist bemerkenswert, daß Poulantzas - im Nachvollzug der Erkenntnisschritte - theoretische Positionen Althussters übernimmt und versucht, diese zu konkretisieren und weiterzuentwickeln, weshalb der wechselseitige Rückbezug der Positionen in eine Kritik mit einzubeziehen ist. Von mehr sozialphilosophischen Positionen geht Lefëbvre aus, doch gibt es gerade bei der Analyse der gesellschaftlichen Klassen keine grundsätzlichen inhaltlichen Unterschiede. Wie so oft in der politischen Auseinandersetzung, die sich auch in der Theorie niederschlägt, lassen sich die tatsächlichen Differenzen erst durch die dialektische Verknüpfung der unterschiedlichen Positionen entschlüsseln und für die weitere Diskussion fruchtbar machen.

Ein wesentlicher theoretischer Baustein ist der von Althusser 1970 in die Diskussion um Ideologie und Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeführte Begriff der "Ideologischen Staatsapparate", den auch Poulantzas verwendet⁴⁹⁾, indem er zwar die Formbestimmtheit (widersprüchliche Einheit der gesellschaftlichen Praxis) der ideologischen Staatsapparate analytisch klarer herausarbeitet, ohne allerdings den Begriff selbst der kritischen Erörterung zu unterziehen und ohne ihn als einen Begriff auszuweisen, der definitorisch "offen" ist. Lefebvre hingegen vermeidet in diesem Zusammenhang eine wie auch immer begründete kategoriale Bestimmung; vielmehr versucht er, den Bezugsrahmen seiner theoretischen Position zu bestimmen.

Anknüpfend an unsere bisherige Ausführungen verstehen wir den Begriff der 'Ideologischen Staatsapparate' als Theorieelement, das für die weitere Auseinandersetzung um die kategoriale Fassung und methodische Klarheit im Rahmen der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse - unter Berücksichtigung der politischen und ideologischen soziokulturellen Strukturelemente und der ihnen inhärenten institutionellen Überbauphänomene - wesentlich ist.

Bereits in seinem 1968 erschienen Werk "Politische Macht und gesellschaftliche Klassen" hat Poulantzas Elemente einer Theorie des Politischen (des Staates und der Klassenanalyse) entwickelt, die die weitere Theoriebildung auf diesem Gebiet voranbringen, da sie mehr umfassen als die klassischen Positionen zu den Begriffen Staat, Klassen, Herrschaft, Unterdrückung etc., nämlich die Einbeziehung des Problems des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und des ihm inhärenten gesellschaftlichen Instrumentariums der Klassenherrschaft.

Auch in den darauf folgenden Veröffentlichungen, die inhaltlich Klassenherrschaft im Kapitalismus thematisieren,

ging es ihm um eine klare, analytische Definition der Faktoren, die im weiteren Sinne die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen. 50) Eine grundlegende These seines klassenanalytischen Ansatzes, - mit jenem Althusser's identisch -, ist: Die Überbaubereiche Politik und Ideologie sind ebenso wichtige Faktoren bei der Bestimmung sozialer Klassen wie der Bereich der Ökonomie, - d.h. die Stellung der sozialen Agenten im Produktionsprozeß -, welcher allerdings in letzter Instanz determiniert ist.

Wie weiter oben bereits entwickelt, steckt die ökonomische Determination gesellschaftlicher Klassen im Kapitalismus durch das Verhältnis gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung den Rahmen für die Betrachtung von Klassenherrschaft und Klassenkampf im Kapitalismus. Doch sind, wie wir gesehen haben, Ausbeutung und Unterdrückung nicht allein Resultat des ökonomischen Prozesses, sondern auch Resultat der politischen und ideologischen Mechanismen der Unterwerfung.

Nehmen wir den Gedanken des letzten Abschnitts auf, dann können wir feststellen, daß politische und ideologische Unterwerfung Momente vereinheitlichender Herrschaft sind. Diese Herrschaft ist innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise und mehr noch auf ihrer monopolkapitalistischen, d.h. imperialistischen Stufe verkörpert im Staat, genauer in den Staatsapparaten. Deren Funktion besteht hauptseitig in der Aufrechterhaltung der widersprüchlichen Einheit einer Gesellschaftsformation und der Reproduktion dieser Einheit, indem durch den Staat Mittel bereitgestellt werden, die die Sicherung der ökonomischen Macht des Kapitals garantieren. Doch beschränkt sich seine Funktion, nicht auf die politische Rolle der judikativen oder repressiven Vereinheitlichung - oder des direkten ökonomischen Eingriffs in den Reproduktions-

zyklus des Kapitals während tiefgreifender ökonomischer Krisen - sondern: auf dieser Basis erfüllt er eine politisch-ideologische Funktion, die den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse gewährleistet. Diese Funktion des bürgerlichen Staats drückt sich aus in der Sicherung der Aufgaben, die gesellschaftlich relevante Organisationen und Institutionen im Rahmen der Widersprüche, die sich aus ihrer klassen- und schichtenspezifischen Basis und ihrer Aufgabenstellung ergeben, erfüllen und die gleichermaßen dazu beitragen, die Einheit einer Gesellschaftsformation zu stabilisieren. Wir haben den Ort dieser Organisationen weiter oben als 'intermediären Bereich' bezeichnet; der Begriff für diesen Bereich ist u.E. jener der 'Ideologischen Staatsapparate'. Bei der Entfaltung des Begriffs und seines Begründungszusammenhangs folgen wir im weiteren den Ausführungen Althusser, unter Einbeziehung der Erweiterungen, die Poulantzas dazu eingebracht hat. 51)

Althusser entwickelt die Diskussion vom politischen Überbau Staat und seiner Apparatur her, da dieser Zentralisierungs- und Ordnungsinstantz in der Klassengesellschaft ist und seine Apparatur die Orte der Ausübung der Staatsmacht und damit die Aufrechterhaltung der widersprüchlichen Einheit der Klassenherrschaft kennzeichnen: "Der Staatsapparat, der den Staat definiert als repressive Ausführungs- und Interventionsmacht 'im Dienste der herrschenden Klassen' im Klassenkampf, den die Bourgeoisie und ihre Verbündeten gegen das Proletariat führen, ist in der Tat der Staat und definiert in der Tat seine grundlegende 'Funktion'." (3/119) Die Funktion des repressiven Staatsapparates ist dabei zielgerichtet auf die Sicherung der politischen Bedingungen der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse: Sicherung der Produktions- und

Reproduktionsbedingungen, Schaffung und Sicherung der politischen Bedingungen für die Praxis der übrigen gesellschaftlichen Institutionen (auf dem Wege administrativer Gewalt, z.B. Zensur, Verwaltungsvorschriften etc.) und schließlich die eigene Reproduktion. 52)

Jedoch, so Althusser, hat der Staat eine "komplexere Realität": Die Staatsfunktionen beschränken sich nicht auf den Faktor der Repression, sondern neben dem repressiven Staatsapparat (und der Ausübung der Staatsmacht durch diesen) ist eine Realität zu berücksichtigen, die offensichtlich auf der Seite des (repressiven) Staatsapparates steht, aber nicht mit ihr verschmilzt: Diese Realität zeigt sich in Form unterschiedlicher und spezialisierter Institutionen, die zum größten Teil zum privaten Sektor gehören, während der repressive Staatsapparat ganz zum öffentlichen Sektor (in der juristischen Definition von 'öffentlich') gehört. Sie werden verstanden als Apparatur des gesellschaftlichen Überbaus, in denen die Widersprüche der Klassengesellschaft soziokulturell widersprüchlich (als Ausdruck der Klassenverhältnisse) wirksam werden. Die Unterschiedlichkeit, Widersprüchlichkeit und Vielfältigkeit dieser Apparatur erzeugt eine polymorphe Einheit, deren Vereinheitlichungsfaktor die "herrschende Ideologie" ist.

In diesem Zusammenhang und im Rückgriff auf Gramscis Begriff des 'integralen Staates' (13/365 f.), prägt Althusser den für die wissenschaftliche Diskussion offenen Begriff der "Ideologischen Staatsapparate".

4.1. Zum Begriff "Ideologische Staatsapparate"

Sie sind definiert durch ihre Funktionen, die sie im Prozeß der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhält-

nisse erfüllen. Das heißt: Die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse werden in erster Linie reproduziert durch den materiellen Produktions- und Verwertungsprozeß, also die ökonomische Basis; zu einem großen Teil jedoch auch durch den politischen und ideologischen Überbau. Wobei die ideologischen Verhältnisse und ihre immanenten Auswirkungen unmittelbar im ökonomischen Reproduktionsprozeß anwesend sind; dies kennzeichnet bereits die Relevanz nicht nur des ökonomischen sondern eben auch des politischen und des ideologischen Faktors innerhalb der Analyse der Klassenverhältnisse in einer Gesellschaftsformation und ihrer Reproduktionsstrukturen.

Deutlich wird der Zusammenhang u.a., wenn man den Prozeß der Reproduktion der Arbeitskraft betrachtet: Sie erfolgt materiell über die Lohngestaltung als notwendiges Minimaleinkommen zur Erhaltung der unmittelbaren Arbeitskraft als auch zur Befriedigung der biologischen und historisch gewachsenen Bedürfnisse, und qualitativ-technisch durch die Erhaltung und Entwicklung der Kompetenzen der Arbeitskraft. Diese Qualifikation erfolgt zu einem Teil über die innerbetriebliche berufsspezifische Aus- und Fortbildung, zum größten Teil jedoch über die allgemein schulische Qualifikation, bestimmte allgemeine Fähigkeiten und Regeln zu lernen. D.h. die allgemeine schulische Qualifikation vermittelt für alle Kinder einer konkreten Gesellschaft Grundkenntnisse des herrschenden ideologischen Diskurses in einem bestimmten Zeitraum, um später, je nach Fächerung der Schulhierarchie und der historischen Unterschiede in der Entwicklung des Schulwesens und der Schulorganisation, zu einer Vertiefung und Erweiterung der genannten Fähigkeiten aufzusteigen entsprechend den Bedürfnissen der jeweiligen hierarchischen Ebene, für die gesellschaftlich ausgebildet wird. Oder anders gesagt: Alle späteren Produktionsagenten, Träger der Ausbeutung und Unterdrückung, etc.

müssen, gleich welche Position sie innerhalb der gesellschaftlichen Ebenen innehaben werden, von den allgemeinen Faktoren des herrschenden ideologischen Diskurses "durchdrungen" sein. Althusser faßt diesen Prozeß in die These, daß die "Reproduktion der Qualifikation der Arbeitskraft in den Formen der ideologischen Unterwerfung (erfolgt)." (3/119)

Effektiv handelt es sich bei der Reproduktion der Produktionsverhältnisse durch den politisch-juristischen und ideologischen Überbau um eine bestimmte Form der 'Arbeitsteilung': Politische Herrschaft ist unter den Verhältnissen der Klassenherrschaft im Kapitalismus das Produkt aus organisierter physischer Repression und ideologischer Indoktrinierung auf der Basis der ökonomischen Verhältnisse (der herrschenden Produktionsweise und dem ihr entspringenden System der Produktionsverhältnisse).

Ideologische Indoktrinierung vollzieht sich in diesem Zusammenhang direkt durch die zentrale Instanz des Staates, wirksamer jedoch durch jene Institutionen innerhalb der Gesellschaft, die unmittelbar nicht Teil des Staates sind, doch - auf ihrer gemeinsamen Grundlage, der herrschenden Ideologie - stabilisierende und vereinheitlichende Funktionen bei der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse erfüllen, die denen des Staates entsprechen und die durch die Staatsmacht gesichert werden. Diese Institutionen oder Apparate verkörpern die herrschende Ideologie einer konkreten Gesellschaftsformation auf spezifische Weise, die ihrem gesellschaftlichen Ort und ihren durch sie und in ihnen organisierten Klassen und Schichten und deren widersprüchlichen Beziehungen, sowie ihren daraus abgeleiteten Aufgabenstellungen entspricht. "In diesem Sinn ist die herrschende Ideologie im Rahmen der Existenz ideologischer

Apparate direkt in das staatliche System eingegliedert (...)." (50/323)

Daraus folgern Althusser und Poulantzas, daß sich der gesellschaftliche Überbau als Gewalt- und Ideologiemonopol in der Klassengesellschaft als arbeitsteiliges politisches System darstellt, das unter dem zentralen Begriff der Staatsapparate zusammengefaßt ist:

Auf der einen Seite der (repressive) Staatsapparat, wie er unter dem Begriff des Staates allgemein verstanden wird, d.h. Regierung, Verwaltung, Justiz, Polizei, Armee, Gefängnisse, etc. Also zentralisierte Ordnungsinstanzen, die historisch als 'staatliche Zentralgewalt' sich entwickelt haben. Er erscheint als Einheit, als organisiertes Ganzes im Prozeß der Erfüllung seiner originären Funktion, Ausdruck des bürgerlichen Allgemeininteresses und Ordnungsinstanz zu sein. Das Moment der Vereinheitlichung ist Zentralisation.

Dagegen erscheinen die 'Ideologischen Staatsapparate' als autonome und vielfältige Institutionen, die teils öffentlich, halböffentlich oder privat organisiert sind. Sie sind Auswirkungen des gesellschaftlichen Klassenkampfes und gleichzeitig gesellschaftliche Orte des Klassenkampfes. Ihre relative Einheit wird in widersprüchlichen Formen hergestellt, wobei der Diskurs der herrschenden Ideologie als Moment der Vereinheitlichung fungiert. Hervorzuheben ist, daß die 'Ideologischen Staatsapparate' nicht oder nur partiell formal unter dem repressiven Staatsapparat subsumiert sind. Althusser und Poulantzas unterscheiden folgende Subsysteme: den politischen, den schulischen, den religiösen, den gewerkschaftlichen/verbandspolitischen, den kulturellen, den juristischen und den familiären 'Ideologischen Staatsapparat', sowie den 'Ideologischen Staatsapparat' der Information.

4.2 Funktionen der 'Ideologischen Staatsapparate' im Reproduktionsprozeß

Worin unterscheiden sich die ideologischen Apparate und was berechtigt, sie unter dem Begriff der 'Ideologischen Staatsapparate' zusammenzufassen?

Den genannten Subsystemen entsprechen unterschiedliche, spezifische Funktionen im Prozeß der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse:

- a) der politische Apparat (u.a. Parteien). Er unterwirft die Individuen der politischen Staatsideologie (der 'demokratischen', 'indirekten', 'autokratischen' etc.); 53)
- b) der kulturelle Apparat (Kunst, Literatur, Sport etc.) verstärkt die Ideologie der bürgerlichen "Volkseinheit", den täglichen Nationalismus, Chauvinismus, Liberalismus etc., die auch durch den
- c) Informationsapparat (Medien) vermittelt wird, einschließlich deren Möglichkeit, situativ Panikausbrüche und Scheinenthusiasmen zu erzeugen; eine Möglichkeit, die es politischen Apparaten erlaubt, z.B. vor Wahlen eine emotionale Vorherrschaft zu schaffen, um bestimmte Ziele (politische Mehrheiten) zu erreichen;
- d) der religiöse Apparat (Kirchen u.a.) zwingt die Individuen zur Subordination durch die Phantasmagorie der Religion ("Der Mensch ist nur Asche"), d.h. er verlagert die objektiven Wünsche und Sehnsüchte der Individuen nach einer ihren Bedürfnissen adäquaten Lebensweise aus ihrem Sein ins "Jenseits";
- e) der schulische Apparat spielt "in der Partitur der Ideologie der herrschenden Klasse die dominante

Rolle" (3/140), da er die Kinder aller Klassen in der "nationale Kultur" prägt. Jede Gruppe, die auf den entsprechenden Entwicklungsstufen aus der Hierarchie der Allgemeinqualifikation herausfällt, ist so praktisch mit den Ideologiemomenten versehen, die ihrer Position in der Klassengesellschaft entspricht: Durch die positionelle Verteilung der Agenten spielt der schulische "Ideologische Staatsapparat" eine determinierende Rolle bei der Reproduktion der Produktionsverhältnisse.

- f) Auf den gewerkschaftlichen, juristischen und familiären Apparat gehen weder Althusser noch Poulantzas explizit ein. Jedoch ist evident, daß

(1) der juristische Apparat als System sanktionierter Normen und Rechtsvorstellungen einer Gesellschaft die Individuen "durch Gesetz" der Ideologie der Gleichheit und Freiheit unterwirft, indem er die Grenzen der Freiheit postuliert. Der juristische Apparat nimmt, folgt man den Überlegungen Althussters, eine Zwitterstellung ein: Durch den in ihm manifesten Gleichheits-Fetisch und seine scheinbare Objektivität ist er Teil der "Ideologischen Staatsapparate"; als Basis für die Funktionen der staatlichen Exekutivorgane ist er Teil des politischen Staatsapparats.

(2) Der gewerkschaftliche Apparat erhält, je nach den aktuellen Formen, die der Klassenkampf in diesem Apparat annimmt, den Charakter des Lohns als "gerechten Lohn" und damit als "bezahlte Arbeit", sowie die Partnerschaftersideologie. "Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen

ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems."⁵⁴⁾

Wir müssen hinzufügen, daß die "Überbetonung" der Funktion der Gewerkschaften als Organisation innerhalb der Arbeiterbewegung bei der Diskussion der Ideologischen Staatsapparate dort notwendig zu falschen Ergebnissen führen muß, wo der Althusser'sche Gebrauch des terminus "gewerkschaftlicher Apparat" (appareil syndical) auf diese beschränkt wird.⁵⁵⁾

Wir haben weiter oben im Abschnitt über Interessenorganisation bereits vermerkt, daß u.E. vor allem alle anderen Bereiche des Verbandswesens, aber auch die Gewerkschaften, unter diesen Apparat zu subsumieren sind, weshalb wir die Bezeichnung 'gewerkschaftlich/verbandspolitischer Apparat' vorschlagen.⁵⁶⁾

Wenn wir an dieser Stelle die Funktion der Gewerkschaften im System der Ideologischen Staatsapparate betonen, dann ist es durch die Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung begründet. Trotz aller Niederlagen, die den Organisierten durch fehlende Unterstützung, Zurückhaltung und falsche Orientierungen seitens der Gewerkschaftsführung und -bürokratie bereitet wurden, betrachten wir sie als elementare Organisationsform innerhalb der Arbeiterbewegung - gerade in Hinsicht auf die Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse.

(3) Anders verhält es sich beim familiären Apparat, den Althusser als Ideologischen Staatsapparat betrachtet. Die Familie ist in erster Linie Konsumtionseinheit und trägt zur Reproduktion der Arbeitskraft bei.

U.E. gehört die Familie also nicht zum "System" der Ideologischen Staatsapparate, zumindest nicht als signifikantes Element, da in ihn hauptsächlich deren Auswirkungen kumulieren.

Die Tatsache, daß die Familie von der Politik als Ordnungsinstrument beansprucht wird, ja unter dem besonderen Schutz des Staates steht, ist - als ideologisches Moment - völlig unabhängig von der familialen Realität. Auch daß die bürgerliche Familienstruktur ein Abbild der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, bestätigt nur unsere Auffassung. Im übrigen verweisen wir auf die determinierende Rolle des schulischen Apparats.

4.2.1 Die Beziehungen der Apparate zum Staat

Bei der Betrachtung der "Ideologischen Staatsapparate" sind mehrere Unterscheidungen und Korrelationen zu beachten: erstens ihre Funktionen, die sie im Prozeß der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse erfüllen, zweitens die Form ihrer Organisation, d.h. ihr privater oder öffentlicher Charakter, drittens ihre Vielzahl und Einheit und schließlich ihre Beziehung zum repressiven Staatsapparat und die Widersprüche, die sich in ihnen und in ihren vielfältigen Beziehungen ergeben:

1. Im Reproduktionsprozeß ist die Reproduktion der politischen und ideologischen Verhältnisse in der Klassengesellschaft inbegriffen. Die Hauptfunktion der Staatsapparate, zur Aufrechterhaltung der Einheit und der Kohärenz einer Gesellschaftsformation beizutragen durch Konzentration und Legimitation der Klassenherrschaft, erfüllen die ideologischen Apparate in spezifischer Weise, je nach Aufgabenstellung, gesellschaftlichem Ort und Klassennatur, Organisationsinteresse und ideologi-

schem Charakter.

2. Die ideologischen Apparate gliedern sich in unterschiedliche Organisationsformen: öffentliche, halb-öffentliche und private Organisationen, wobei der private Charakter der ideologischen Apparate überwiegt. Hierbei ist festzuhalten, daß der private bzw. öffentliche Charakter ideologischer Apparate mit ihren jeweils unterschiedlichen Funktionsformen zusammenfällt und diese Funktionsformen wiederum nicht immer gleichartig sind, sondern ja nach Staatstyp unterschieden werden müssen. Jedoch - und dies ist ein wesentlicher Aspekt bei der Betrachtung der ideologischen Apparate - ist die Unterscheidung zwischen privater und öffentlicher, resp. halböffentlicher Organisation eine Unterscheidung, die durch das Recht, also im gewissen Sinne durch den Staat selbst, getroffen ist. Insofern ist es eine rein juristische Unterscheidung, die für die Analyse der Funktion dieser Apparate von geringer Bedeutung ist. Allerdings ist diese Unterscheidung von umso größerer Bedeutung bei der Betrachtung der politischen Wirksamkeit der Apparate und insbesondere bei der Analyse ihrer Beziehungen zum Staat, d.h. für den Aspekt ihrer realen Subsumtion unter die Staatsmacht. Wesentlich ist, wie weiter oben bereits ausgeführt wurde, daß dem Staat über das Recht vielfältige Möglichkeiten offenstehen, auch private verfaßte Organisationen zu disziplinieren, insofern sie ihre objektive Funktion nicht oder nicht mehr erfüllen.

3. Die relative Vielzahl der Apparate, ihrer Formen und Funktionen, und damit ihre relative Autonomie gegenüber dem Staat läßt die Vermutung zu, daß es im System der ideologischen Apparate keine innere Einheit gibt. Dennoch haben sie eine gemeinsame Grundlage, von der ausgehend sie ihre unterschiedlichen politisch-ge-

gesellschaftlichen Funktionen erfüllen.

Dieser Ordnungszusammenhang und damit ihre Einheit kann begrifflich gefaßt werden mit der "herrschenden Ideologie", also der in einer Gesellschaftsformation und für eine Produktionsweise dominanten bewußtseinsmäßigen Aneignung der materiellen Praktiken einschließlich ihrer konkreten Formbestimmung durch Rechtsgrundsätze und dem System von gesellschaftlichen Normen und Regeln.

Herrschende Ideologie, d.h. die Ideologie der herrschenden Klasse(n) ist nicht a priori gesetzt, sondern bildet sich historisch als solche heraus, wie es ihr gelingt, in spezifischer und vor allem historisch-konkreter Form über andere Ideologien und ideologische Subsysteme zu dominieren. In diesem Sinne ist sie Vereinheitlichungsfaktor für die ideologischen Apparate - in gleichem Maße selbstverständlich, wie umgekehrt der Prozeß der Herausbildung jener Dominanz über die ideologischen Apparate verläuft; ein Aspekt der gleichermaßen auf die notwendige Widersprüchlichkeit in und zwischen den Apparaten einerseits und auf die Klassenpraktiken innerhalb der Gesellschaft, den Klassenkampf, verweist.

4. Die Beziehungen zwischen dem zentralen Kern des Staates, dem repressiven Staatsapparat, und den ideologischen Herrschaftsapparaten sind geprägt durch die Konkretion der Staatsmacht, d.h. der politischen Klassenherrschaft in den staatlichen Apparaten. Staatsmacht wird ausgeübt auf der Grundlage von Klassenbündnissen jener Klassen und Klassenfraktionen, die politisch herrschen.⁵⁷⁾ Im repressiven Staatsapparat konkretisiert sich Staatsmacht auf eindeutige, wenn auch aufgrund seines keineswegs monolithischen Charakters widersprüchliche Weise. Dagegen ist Staatsmacht in den

ideologischen Apparaten lediglich über eine uneinheitliche Präsenz der hegemonialen Klasse oder Klassenfraktionen anwesend. 58)

Wesentlich für die Bestimmung der Beziehungen zwischen dem zentralen Kern der staatlichen Macht und den ideologischen Apparaten ist vielmehr die Tatsache, daß vor allem über den juristischen Bereich der Staat eine Schutz- und Ordnungsfunktion gegenüber den ideologischen Apparaten ausübt. Verstärkt wird diese durch die innere und äußere Zustimmung zum System staatlicher Praktiken seitens der in den ideologischen Apparaten tätigen Funktionäre und ihrem Konsens auf der Grundlage der herrschenden Ideologie.

4.2.2 Zusammenfassung

Die Merkmale, daß die ideologischen Apparate a) die politisch-ideologische Einheit innerhalb einer Gesellschaftsformation aufrecht erhalten und auf der Grundlage der herrschenden Ideologie zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse beitragen; und b) ihre Funktionen "unter dem Schutz" des zentralen Kerns staatlicher Macht, d.h. des repressiven Staatsapparats erfüllen, indem dieser die politischen Bedingungen für die Arbeit der ideologischen Apparate herstellt, lassen die These zu, daß die genannten Institutionen und Systeme unter dem Begriff der Ideologischen Staatsapparate als Strukturelement der Klassengesellschaft zu erfassen sind. Die jeweilig unterschiedliche Wirkungsweise der ideologischen Staatsapparate ist davon abhängig, welche konkrete Funktion sie erfüllen und wie diese historisch sich entwickelt hat und aktuell determiniert ist.

Während also bei der Unterscheidung der "arbeitsteiligen"

Funktionen der Staatsapparate bei der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse davon auszugehen ist, daß der repressive Staatsapparat als zentraler Kern des Staates Sitz der hegemonialen Klasse oder des hegemonialen Klassenbündnisses ist, - der aufgrund der Widersprüche innerhalb des Klassenbündnisses (oder der Klasse) und innerhalb des staatlichen Systems nicht monolithisch ist, dessen Glieder aber durch eine starke innere Einheit gekennzeichnet sind - , so handelt es sich bei den Ideologischen Staatsapparaten um (aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionsformen und ihrer widersprüchlichen Einheit) relativ autonome Einrichtungen mit häufig privatem, aber auch öffentlichem Charakter, deren Vereinheitlichungsfaktor die "herrschende Ideologie" ist. ⁵⁹⁾

Zur Verdeutlichung der Theorieelemente, die Althusser und in gewissem Sinne Poulantzas im Zusammenhang mit dem Begriff der Ideologischen Staatsapparate eingeführt oder neu bestimmt haben, seien die Thesen zur Reproduktion der Produktionsverhältnisse im folgenden zusammengefaßt:

1. Reproduktion der Produktionsverhältnisse erfolgt zu einem großen Teil durch den juristisch-politischen und ideologischen 'Überbau'; die Produktionsverhältnisse werden in erster Linie reproduziert durch den materiellen Produktions- und Zirkulationsprozeß.
2. Der Staat hat eine komplexere Realität als die, repressive Ausführungs- und Interventionsmacht, d.h. Zentralisierungs- und Ordnungsinstanz zu sein.
3. Reproduktion der Produktionsverhältnisse erfolgt durch ein System institutionalisierter 'Arbeitsteilung':

- a) durch den repressiven, politischen Staatsapparat, dessen Grundlage die Gewalt ist. In den Gliedern des substantiellen Staatsapparats, die als relative Subsysteme im Rahmen des staatlichen Systems existieren, ist die Staatsmacht, die durch die hegemoniale Klasse oder das Klassenbündnis ausgeübt wird, real anwesend;
 - b) durch die ideologischen Staatsapparate, deren Grundlage die herrschende Ideologie ist. In Ihnen kann sich am ehesten die Macht von Klassen und/oder Klassenfraktionen konzentrieren, die nicht die Hegemonie besitzen. Das "Spiel der Klassenherrschaft zwischen repressivem und den ideologischen Staatsapparaten, das auf den Klassenkampf zurückgeht, zeigt sich sowohl als Ursache, wie auch als eine der Auswirkungen der relativen Autonomie der Ideologischen Staatsapparate". (50/330)
4. "Alle Staatsapparate funktionieren sowohl auf der Grundlage der Repression wie der Ideologie mit folgendem Unterschied, daß der (repressive) Staatsapparat auf massive Weise in erster Linie auf der Grundlage der Repression arbeitet, während die Ideologischen Staatsapparate massiv und in erster Linie auf der Grundlage der Ideologie arbeiten." (3/134) Jeder Ideologische Staatsapparat trägt zur Reproduktion der Produktionsverhältnisse entsprechend seinen Funktionen im Kontext der Herstellung der politisch-ideologischen Einheit einer Gesellschaftsformation auf unterschiedliche Weise bei; dabei spielt der schulische Ideologische Staatsapparat eine determinierende Rolle.
5. Die Vielfältigkeit und die inneren Widersprüche der Ideologischen Staatsapparate, die Ausdruck der Klassenverhältnisse sind, wird vereinheitlicht auf der Grundlage der Ideologie, die selbst vereinheit-

licht ist unter der "Herrschenden Ideologie". Signifikant für die Funktionsausübung der Ideologischen Staatsapparate ist ihre starke innere Widersprüchlichkeit. Die reale ideologische und politische Funktion der Ideologischen Staatsapparate verdeckt jedoch den gesellschaftlichen Klassenkampf, der die Apparate bestimmt, solange nicht Brüche in deren Funktionsweise materiell werden und dadurch sich Teile der Logik des Kapitals entziehen.

6. Keine herrschende Klasse wird dauerhaft die Staatsmacht innehaben, ohne gleichzeitig die Hegemonie über und in den Ideologischen Staatsapparaten auszuüben.

4.3 Zur Bedeutung des Begriffs der Ideologischen Staatsapparate

Die Thesen beziehen sich auf die Funktion des Staates im Zusammenhang mit der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse und implizieren gleichzeitig eine neue Auffassung von der Determination gesellschaftlicher Klassen. Auch wenn Althusser diesen Aspekt in keiner seiner Ausführungen explizit berücksichtigt, so geben doch seine Thesen zu den gesellschaftlichen Bedingungen des Reproduktionsprozesses Hinweise darauf, daß die Determination der Klassen zwar (in erster Linie) abhängig ist von ihrem Platz im materiellen Produktionsprozeß, doch ergänzungsbedürftig in dem Sinne, daß ihre Position auf der politischen Ebene und damit ihre politische und ideologische Klassenpraxis berücksichtigt werden muß, damit gesellschaftliche Klassenbewegungen und ihre politischen Auswirkungen, ihre politisch-gesellschaftliche Relevanz, objektiv bestimmt

werden können. ⁶⁰⁾ Mit der Einführung des Begriffs der Ideologischen Staatsapparate soll versucht werden, den strukturellen und institutionellen Rahmen, der diesen Aspekt der Gesellschaftsanalyse berücksichtigt, kategorial zu erfassen.

Ist der Begriff der Ideologischen Staatsapparate, so wie ihn Althusser und Poulantzas vorgeschlagen haben, im Rahmen der Untersuchung sozialer Strukturen als wissenschaftliches Arbeitsmittel zu verwenden und welches sind die Bedingungen dafür?

Die gesellschaftliche und politische Rolle des Staates erstreckt sich hauptsächlich auf den Erhalt der Klassenherrschaft. Klassenverhältnisse und damit Klassenherrschaft sind Ausdruck des gesellschaftlichen Klassenkampfes auf der Grundlage des der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, also des Verhältnisses von realer Aneignung und ökonomischem Eigentum. Die Legitimation dieses Verhältnisses vollzieht sich auf politischer und ideologischer Ebene, insbesondere auf der Ebene des Staates. Ökonomie, Politik und Ideologie stehen also in einem dialektischen Verhältnis zueinander: Der ökonomische Reproduktionsprozeß (als Einheit von Produktions- und Verwertungsprozeß) ist zugleich Prozeß der Reproduktion der politischen und ideologischen Verhältnisse; entsprechend (und umgekehrt) wird die Reproduktion der Produktionsverhältnisse gewährleistet durch die politischen und ideologischen Beziehungen, in denen sich Klassenherrschaft und Affirmation von Klassenherrschaft manifestiert.

Gesellschaftliches Produkt dieses Prozesses ist die Reproduktion der Klassenteilung und damit die der politischen Klassenherrschaft in einem historisch-konkreten Stadium. Dabei erfüllt die ökonomische Ebene

eine objektiv determinierende Funktion, während die Funktionen der politischen und ideologischen Ebene für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß konstitutiv sind.

Die soziokulturelle und politische Stabilisierung der widersprüchlichen und "anarchischen" gesellschaftlichen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft bedingt wechselseitige Beziehungen der verschiedenartigen, selbst durch innere und gegenseitige Widersprüche definierten Funktionsträger, die auf je spezifische Weise zur Aufrechterhaltung der Kohärenz einer Gesellschaftsformation und damit zur Reproduktion der Klassenverhältnisse beitragen. Der primäre Kohäsionsfaktor der "zerrissenen Zustände" (Marx) ist historisch der Staat. In ihm und durch ihn ist Staatsmacht zentralisiert. Die politischen und ideologischen Verhältnisse als "Zement" (Gramsci) einer Gesellschaftsformation werden materiell im institutionellen Gefüge der herrschenden Ideologie, worunter jene Institutionen zu verstehen sind, die Althusser und Poulantzas als Ideologische Staatsapparate kennzeichnen.

Gramscis Ausführung, der Staat umfasse mehr als die bekannte Ableitung aus den ökonomischen Verhältnissen, da er auf vielfältige und wirksame Weise in das Leben der bürgerlichen Gesellschaft eingreift und so auch institutionelle Zentren, die nicht direkt 'politisch' sind, in das "Netz" der Klassenherrschaft einbezieht, der Staat also "integral" sei, diese Ausführung ist die eigentliche Basis der Überlegungen zur Reproduktion der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Auf dieser Basis und zu diesem Problem entwickeln Althusser und Poulantzas korrekt den Dualismus zwischen objektiver (real-historischer und individueller) Realisierung gesellschaftlicher Strukturen und Bewegungen als Inhalt und Grundlage der Dialektik von Realität und Bewußtsein.

Die doppelte Konstitution impliziert eine differenzierte Betrachtung der gesellschaftlichen Klassenverhältnisse, ihrer politischen Auswirkungen und der ideologischen Beziehungen.

Der materielle Reproduktionsprozeß, in dem das Kapital vermittels der Lohnarbeit sich selbst und seinen Gegensatz reproduziert und dadurch auf erweiterter Stufenleiter den ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise folgt, reproduziert zugleich die Bedingungen der Existenz der gesellschaftlichen Klassen als auch die ideologische Einheit, die diesen Bedingungen entspricht. Diese ideologische Einheit auf der Ebene der Ökonomie, der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" (Marx), ist verkörpert im Warenfetisch/Lohnfetisch, also im subjektiven Erleben gesellschaftlicher Wirklichkeit als naturwüchsigen Prozeß, der als durch die Kapitalbewegung determiniert nicht unmittelbar erfahrbar ist. Das ist zugleich die Basis für die Funktionen des politischen und ideologischen 'Überbaus', nämlich die politische und kulturelle Einheit einer Gesellschaftsformation zu gewährleisten.

Bleibt man bei dieser Erkenntnis stehen, so gibt man der "ökonomischen Ableitung" des Reproduktionsprozesses und des Staates freien Raum und die lineare Zuordnung des Staates als Sachwalter einer gesellschaftlichen Hauptklasse- oder Klassenfraktion, resp. der übrigen Überbauphänomene als Produkte der ökonomischen Verhältnisse ist schließlich nichts weiter als eine vermeintliche logische Deduktion. Dem entgegenzuhalten ist nicht eine Marx-Exegese, die diesen Ableitungen des Staates aus den ökonomischen Verhältnissen einige Kapitel und Zitate entgegenstellt, denn "es genügt nicht, Marx zu zitieren: man muß sehen, auf welche Situation er sich bezieht, die Unterschiede dieser Situa-

tion und unserer spezifischen historischen Lage analysieren, um herauszufinden, wo und wie wir zur Weiterentwicklung der Marxschen Gedanken beitragen müssen." (14/35) Es geht um die historische Konkretion dessen, was hinter der ökonomisch und gesellschaftlich, d.h. politisch-ideologisch dominanten Klasse steht; und dies setzt voraus, gesellschaftliche Klassen, ihre Interessenorganisation und deren Funktion zu kennen, um zu verstehen, wie die dominante Klasse von einem gesellschaftlichen, staatlich-politischen System "getragen" wird und sich darin und dadurch ihre politische Macht und ihre Hegemonie manifestiert. ⁶¹⁾

Somit sind gesellschaftliche Verhältnisse und der Prozeß ihrer Reproduktion einerseits organisch durch die ökonomischen Verhältnisse (Produktions- und Austauschverhältnisse) zu erklären, andererseits aber nicht auf diese ökonomische Grundlage beschränkt. Die historisch-materialistische Analyse setzt gerade voraus, die konkreten Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Basis und Überbau aufzufinden, d.h. die politische und kulturelle Einheit, die die Hegemonie der herrschenden Klasse(n) hervorbringt und zusammenhält. Dazu gehört u.a., das komplexe Verhältnis von Staat und Ideologie zu betrachten, um über den ökonomischen Produktions- und Verwertungsprozeß hinaus jene Funktionen berücksichtigen zu können, die durch den gesellschaftlichen Überbau als Gewalt- und Ideologiemonopol im Prozeß der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse erfüllt werden.

Dieses Verhältnis haben Althusser und Poulantzas mit der Einführung des Begriffs der Ideologischen Staatsapparate zu benennen versucht, wobei sie sich in großem Maße auf die Überlegungen Gramscis gestützt haben. Das besondere Verhältnis zwischen Ideologie, verstanden

als herrschender ideologischer Diskurs, und Staat, verstanden als Staatsmacht, welches Klassenherrschaft historisch konstituiert, hat Althusser einer neuen Betrachtung unterzogen und so formuliert, daß die Vermittlung der herrschenden Ideologie gegenüber den beherrschten Klassen als institutionelles Gefüge gedacht werden kann, in dem und durch das die hegemoniale gesellschaftliche Klasse ihre politisch-ideologische / gesellschaftlich-kulturelle Hegemonie gewinnt. Der "stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse" ist Resultat der "Ideologischen Formen, in denen sich die Individuen ihrer Basiskonflikte bewußt werden".

Die ideologischen Formen resultieren aber nicht aus der individuellen Unmöglichkeit der Erkenntnis, sondern sind begründet in der Wirklichkeit des Alltags, in der herrschende Ideologie als materiell existierende Struktur wirksam wird. Oder, wie Lefebvre es ausdrückt: "Die Macht (Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis aufrechtzuerhalten, J.R.) ist überall, sie ist allgegenwärtig und darauf angewiesen, es zu sein. (...) Sie ist ebenso gegenwärtig im alltäglichen Sprechen und den banalen Vorstellungen wie in den Gummiknüppeln der Polizei und den Panzerwagen der Armee. Ebenso im "Kunstobjekt" oder einem "Kitschgegenstand" wie in einer Rakete. (...)" (27/103)

Ihre Orte sind nicht allein der Staatsapparat als Garant der Kohärenz/Stabilität der Verhältnisse, sondern ebenso die kulturellen und ideologischen Institutionen, "die unter dem Schutz der politischen Macht der 'Kultur' eine fiktive Einheit verleihen." (27/218)

Die von Althusser vorgeschlagene Methode, den Prozeß der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse so zu denken, daß dieser Prozeß nicht nur ökonomisch gewährleistet wird, sondern gleichzeitig das Resultat

der spezifischen Auswirkungen des politisch-ideologischen Überbaus ist, faßt in geeigneter Weise die Beziehungen zwischen Staat und herrschender Ideologie und ihrer Funktionen bei der Aufrechterhaltung der soziokulturellen Einheit einer Gesellschaftsformation zusammen und führt damit einen bislang vernachlässigten, -oder einseitig hervorgehobenen-, Aspekt der Gesellschaftsanalyse neu in die wissenschaftliche Diskussion und in die politische Strategie der Arbeiterbewegung ein.

Die Wirkungsweise ist jedoch nicht in der Art zu denken, darin ein geformtes, kohärentes und stabiles System zu sehen, das die gesellschaftlichen Verhältnisse, indem es diese reproduziert, verewigt (dann hätte von vornherein der Klassenkampf keinen Raum in diesen Überlegungen). Vielmehr bestimmen gerade die Klassenauseinandersetzungen den Prozeß der Reproduktion. "In der Tat kann man sagen, daß das Besondere der im Anschluß an Marx zu entwickelnden Ideologie-Theorie darin besteht, das Primat des Klassenkampf über die Funktionen und die Funktionsweise des Staatsapparats sowie der ideologischen Staatsapparate zu behaupten. Ein Primat, das natürlich mit jedem Funktionalismus unvereinbar ist." (2/154)

Daran anknüpfen müssen auch Untersuchungen einer "Soziologie des Alltags" und der "Alltagserfahrung/Alltagsbewußtsein"; denn obwohl die Kategorie des Alltags nicht in die Überlegungen Althusser's eingegangen ist, sind seine Thesen wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil einer Analyse ihrer bestimmenden Elemente.⁶²⁾

Die Bedeutung des Begriffs der Ideologischen Staatsapparate als wissenschaftliche Kategorie der Gesellschaftsanalyse liegt darin begründet, daß mit diesem Begriff die Möglichkeit gegeben ist, die zersplitterte,

nicht als Einheit "empfundene" Realität des sozio-kulturellen und politischen Systems der bürgerlichen Gesellschaft, das nicht unter dem Begriff des Staates als zentralem Ort der Konzentration von Staatsmacht real subsumierbar ist, auf eine gemeinsame Grundlage zurückzuführen, die auf der Erscheinungsebene nicht sichtbar ist. Diese - aufgrund der in den Ideologischen Staatsapparaten materiell werdenden Klassenverhältnisse - widersprüchliche Einheit, deren Grundlage die herrschende Ideologie ist, erfüllt konstitutiv politische und ideologische Funktionen bei der Aufrechterhaltung, Reproduktion und Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse. "Die Arbeiterklasse (kann) ihre Autonomie nur dann erkämpfen, wenn sie sich von der herrschenden Ideologie befreit, sich von ihr abgrenzt, um sich Organisations- und Aktionsformen zu geben, die ihre eigene Ideologie (...) realisieren. Das Besondere an diesem Bruch, an dieser radikalen Distanzierung ist, daß sie sich nur in einem langandauernden Kampf vollziehen können, der gezwungen ist, die Formen der bürgerlichen Herrschaft zu berücksichtigen und die Bourgeoisie innerhalb ihrer eigenen Herrschaftsformen zu bekämpfen, ohne sich jemals in diesen Formen zu 'verlieren, die keine bloßen neutralen 'Formen' sind, sondern Apparate, die die Existenz der herrschenden Ideologie realisieren." (2/168)

4.4 Methodische Anmerkungen zum Untersuchungs- gegenstand

Auf der Grundlage der in den bisherigen Abschnitten analytisch entfalteten Bestimmungen der Funktion des Ideologischen und des politisch-ideologischen Überbaus bei der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse ist eine konkrete Strukturanalyse möglich, die die Wirksamkeit dieses Bereichs selbst und gerade in Extremsituationen verdeutlicht.

Unser Untersuchungsgegenstand ist die Phase der Rekonstitution bürgerlich-parlamentarischer Demokratie in Deutschland für den Zeitraum von 1945 bis 1947. Diese Phase der Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse in Deutschland, - unter den Bedingungen der Folgen des Zusammenbruchs des faschistischen bürgerlichen Ausnahme-
staates und der dadurch notwendigen Reorganisation der politischen Verhältnisse -, ist u.E. eine notwendige Voraussetzung zum Verständnis nicht nur der politischen Entwicklung in Westdeutschland sondern auch Beispiel dafür, wie sich die Kontinuität der Strukturen einer Gesellschaftsformation über eine tiefgreifende Krise hinweg aufrecht erhält. Zugleich ermöglicht gerade die Analyse dieses Zeitraums, die Bedeutung des politisch-ideologischen Faktors für die Stabilisierung der krisenhaften Entwicklung und damit die Funktion der ideologischen Herrschaftsapparate, d.h. - um den entwickelten Begriff zu verwenden - der ideologischen Staatsapparate und deren Relevanz im Reproduktionsprozeß zu verdeutlichen.

Dabei kann es nicht darum gehen, die jeweilige empirische Konkretion der verschiedenen Apparate, ihres Aufbaues und ihrer Gliederungen darzustellen. Einzeldarstellungen zu einigen dieser Apparate, die diesen Aspekt in den Vordergrund stellen, liegen in breiter Zahl vor

und wir stützen uns auf diese Angaben, soweit eine Einbeziehung notwendig erscheint. Vielmehr liegt der Schwerpunkt des folgenden Teils in der Untersuchung der Tendenzen, die sich in den Apparaten abzeichnen und ihrer Funktionen, die sie in der Phase des gesellschaftlichen Zusammenbruchs erfüllten, - vermittelt über die politischen Bedingungen, die vor allem die Militärregierungen und die durch sie eingesetzten deutschen Stellen geschaffen haben -, um auf diese Weise die Realität der ideologischen Unterwerfung, die widersprüchlichen Formen dieses Prozesses und die Auswirkungen nicht zuletzt für die Arbeiterbewegung bestimmen zu können. Die Vorstellungen, die sich in den Apparaten über den "Neubeginn" artikulierten, weisen zurück auf die Klassenverhältnisse und die Bewegungen des Klassenkampfes, der die Basis der Funktionsweise der ideologischen Staatsapparate ist.

Bei der Darstellung der einzelnen institutionellen Praxisformen des politisch-ideologischen Bereichs und seines Beitrages zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse halten wir uns, nach einer historisch-politischen Einführung über die Politik der Besatzungsmächte, an die Unterscheidungen, wie sie weiter oben getroffen wurden, wobei die Abfolge der einzelnen Untersuchungsschritte keine Rangordnung innerhalb des "Systems" der ideologischen Staatsapparate darstellt.

Ziel des folgenden Untersuchungsabschnitts ist es, die Kräfteverschiebung innerhalb der Reproduktionsdeterminanten zu entschlüsseln und an der historischen Konkretion des Verhältnisses von Ideologie und Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse zu zeigen, daß sich innerhalb der Sozialstruktur in der Situation der Krise und des Zusammenbruchs jene Subsysteme verstärken, die innerhalb der Einheit des Herrschaftszusammenhangs intakt geblieben sind.

5. Bedingungen der Reorganisation bürgerlich-parlamentarischer Demokratie in Deutschland 1945-1947

5.1 Vorbemerkung

Die militärisch-politische Niederlage des Faschismus in Deutschland mündete in einen Zerfall der staatlichen Strukturen und der gesellschaftlichen Ordnung, der die Chance zum Neubeginn unter demokratischen Voraussetzungen ebenso in sich trug wie die Notwendigkeit der Rekonstruktion ökonomischer und politischer Verhältnisse als Grundlage für die Wiedererlangung einer gesellschaftlichen Ordnung. Die von der zeitgenössischen Historiographie der DDR behauptete historische Chance für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse verkennt dabei ebenso wie die propagandistisch-ideologische 'Phrase' von der "Stunde Null" die inneren und äußeren Faktoren des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses jener Zeit.

Zu den äußeren Faktoren sind die Politik der Alliierten und ihre unterschiedlichen Vorstellungen für einen wirtschaftlichen und politisch-gesellschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands ebenso zu zählen wie die globalen Auswirkungen der Internationalisierung des Kapitalverhältnisses unter der Dominanz des US-Kapitals und die beginnende Internationalisierung gesellschaftlicher Widersprüche in der Form der "Systemauseinandersetzung", die schließlich als eines ihrer Ergebnisse die Konstitution zweier deutscher Staaten zur Folge hatte.

Zu den inneren Faktoren zählen eine zersplitterte und hauptsächlich lokal oder regional verankerte Arbeiterbewegung, deren Organisationsbemühungen überdies den

restriktiven Anweisungen der Militärbehörden unterworfen waren; das teilweise Fehlen einer oder mehrerer Generationen infolge Kriegsgefangenschaft oder Tod; die Bevölkerungsbewegungen in den Jahren nach Kriegsende (insbesondere Flüchtlinge und Displaced Persons); die lokal und regional aufrecht erhaltenen Gemeinde- und Kreisstrukturen auf der Ebene der unmittelbaren Verwaltung lebensnotwendiger Bedürfnisse - und nicht zuletzt die industriellen Verhältnisse in Westdeutschland.¹⁾

Die ökonomischen Bedingungen der Herrschaft des Kapitals - und damit die Voraussetzung zur Reproduktion des Kapitalverhältnisses - und die politischen Bedingungen der Klassenherrschaft (wenn man es von der Seite der Politik der Alliierten, insbesondere des dominanten Teils dieses Bündnisses, den USA her betrachtet) waren ungebrochen. Da sich die ökonomische und politische Entwicklung in den Besatzungszonen aufgrund der sich abzeichnenden "Systemauseinandersetzung" rasch polarisierte, verbleiben die drei Westzonen als Untersuchungsgegenstand, in dem sich die Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Basis des Kapitalverhältnisses und in der Logik des Kapitals unter der Dominanz der USA vollzog. Die Beschränkung auf den Zeitraum von 1945 bis 1947 bezieht sich auf die Annahme, daß bis Mitte 1947, spätestens aber mit der Londoner Außenministerkonferenz vom Dezember 1947, die für die Rekonstitution des Kapitalverhältnisses und der allgemeinen Produktionsbedingungen wesentlichen politischen Schritte abgeschlossen waren.

Die Kontinuität und ihre politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen, die im gesellschaftlichen Zusammenbruch manifest wurden, sind zurückzuführen auf die politische Strategie der USA und der diese Strategie

unterstützenden Fraktionen bei den westlichen Alliierten und innerhalb der sich organisierenden westdeutschen Bourgeoisie, die vornehmlich ihre negativen Erfahrungen in der Weimarer Republik positiv wenden wollte.

Diesem Prozeß war die 'westdeutsche Arbeiterbewegung' in dem Sinne unterworfen, als ihre Bewegungsmöglichkeiten einerseits durch die repressive Politik der Militärbehörden eingeschränkt waren oder unterbunden wurden, andererseits die traditionellen Organisationen innerhalb der Arbeiterbewegung dem Reproduktionszyklus unterworfen waren, wie Teile von ihnen mit den "demokratischen Prinzipien" der Siegermächte übereinstimmten und auf die deutschen Verhältnisse übertrugen.

Während in der Situation von 1918 der Versuch der Verlängerung des militärisch bereits verlorenen Krieges zu den Aufständen der Novemberrevolution und in der Folge zur Bildung örtlicher Räteregierungen führte, gab es 1945 - nicht zuletzt aufgrund der Auswirkungen der faschistischen Diktatur auf die Organisationen der Arbeiterbewegung - eine solche Entwicklung nur in den kurzfristigen und ohne strategisches Konzept handelnden Form der 'Antifaschistischen Ausschüsse'. "Trotz aller Anstrengungen der illegal oder im Exil arbeitenden Kader der Arbeiterbewegung hatte das deutsche Volk nicht selbst den Faschismus gestürzt, sondern kam seine Niederlage nur durch die militärische Aktion von außen. (...) Wenn es schon keine Entwicklung hin zur sozialistischen Revolution unmittelbar im Zusammenbruch des Faschismus gab, so gab es nicht einmal eine bedeutende einheitliche Aktion der Arbeiterklasse und des Volkes zur gemeinsamen Überwindung des Chaos: im Vordergrund standen vielmehr die Versuche, auf eigene Faust und nicht gemeinsam mit der Klasse für sich das beste aus der Situa-

tion zu machen. Die deutschen Arbeiter waren in nie gekanntes Elend gestürzt worden, konnten aber nach zwölfjähriger faschistischer Diktatur nicht als Klasse einheitlich dagegen handeln. Die ersten proletarischen Aktionen blieben meist auf die lokalen Kader beschränkt und insgesamt einigermaßen folgenlos." (150/130-131)

Die ersten demokratischen Selbstverwaltungsorganisationen in der Zeit der Besetzung, die eine Antwort von "unten" auf die faschistische Diktatur und ihre Folgen hätten sein können, d.h. die 'Antifaschistischen Ausschüsse', wurden nach anfänglicher Duldung durch die Besatzungsmächte vor der bedingungslosen Kapitulation der deutschen militärischen Führung, spätestens aber bis Mitte des Jahres 1945 aufgelöst. Die Begründung für die Zerschlagung dieser Strukturen war formaler Art und hing zusammen mit der Übernahme und Ausübung der Regierungsgewalt durch die Besatzungsmächte. Daß aber darüber hinaus auch Sicherheitsinteressen berührt waren, die im Fall der 'Antifaschistischen Ausschüsse' nicht mit der Gefahr des Wiedererstarkens nationalsozialistischer Tendenzen begründet werden konnten, zeigt die Art und Weise der Zerschlagung dieser Selbstverwaltungsformen: selbst die Unterlagen und Mittel zur Geschäftsführung wurden beschlagnahmt. Der reale Grund für diese Maßnahmen, die besonders nachhaltig von den amerikanischen Besatzungsbehörden forciert wurden, liegt denn eher in der Nichtentsprechung des Demokratieverständnisses: für die Konstituierung formal-demokratischer Verhältnisse bedeutete die Existenz real-demokratischer Strukturen ein 'Sicherheitsrisiko'. 2)

Doch war Deutschland im untersuchten Zeitraum nicht nur Objekt der Siegermächte. Diese stützten sich bei ihren politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen hauptsächlich auf die in ihrem Handlungsspielraum wenig behin-

derten Vertreter der westdeutschen Bourgeoisie, deren Interessen in der Erneuerung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung lagen. Zudem war das Bündnis der westlichen Alliierten geprägt durch die Dominanz ihres amerikanischen Teils. England und Frankreich waren in den wichtigsten Bereichen zerstörter als Deutschland und die Besatzungskosten, die diese Länder aufzubringen hatten, überstiegen in manchen Fällen deren Möglichkeiten. In England griff man zum Mittel der Rationierung, was selbst in Kriegszeiten nicht notwendig gewesen war. Es wurde sogar erwogen, mit den USA die Besatzungszone zu tauschen, wozu die Amerikaner aus verständlichen Gründen bereit waren; doch scheiterte der Versuch wohl daran, daß aus Rücksicht auf die internationalen Interessen im Zusammenhang mit der Behandlung des Ruhrgebiets eine Einigung über den Zonentausch in England nicht erzielt werden konnte. Über wirtschaftspolitische Vereinbarungen zwischen den beiden Ländern trugen die USA schließlich einen großen Teil der britischen Besatzungskosten, wodurch der Einfluß auf die Zone in gewissen Grenzen gesichert war.

Der Marshall-Plan, d.h. das wirtschaftliche europäische Wiederaufbauprogramm der USA war die adäquate Politik, die der Situation Englands und Frankreichs und schließlich den Bedürfnissen der amerikanischen Industrie und der strategisch-politischen Zielsetzung für Europa Rechnung trug.

Ebensowenig wie es eine "Stunde Null" in Westdeutschland gegeben hat, in der alle Möglichkeiten des Neubeginns sich hätten entfalten können, ebensowenig bestanden die Voraussetzungen für den historischen Sieg der Arbeiterklasse und einen Neubeginn unter sozialistischer Perspektive. Vielmehr bestanden alle Voraussetzungen zur Rekonstitution des Kapitalverhältnisses und der sich darauf gründenden politischen Ordnung, nicht zuletzt aufgrund der Wirksamkeit der ideologischen Apparate.

5.2 Entwicklungslinien der Besatzungspolitik

Der Zeitpunkt des Kriegsendes bedeutete sowohl einen Einschnitt für die politische Struktur Deutschlands als auch für das Stadium des Imperialismus. Die Konstellation, die mit Beendigung des Krieges in den Verhandlungen zwischen den Alliierten gegeben war, deutete bereits die w.o. angesprochene politische und ökonomische Polarisierung an: auf der einen Seite die Dominanz der USA im Bündnis der westlichen Alliierten und auf der anderen die Sowjetunion als Bündnispartner, zugleich aber als "systemfremdes" Objekt.

Innerhalb des Bündnisses der Westallianz behauptete allein Frankreich bis 1948 eine weitgehend autonome Haltung in den die Behandlung Deutschlands betreffenden Fragen; vor allem lehnte Frankreich eine Zentralisierung deutscher Verwaltungsstellen strikt ab, da dies ein Wiederaufleben deutscher Zentralgewalt bedeutet hätte. In ihrer Zone ³⁾ verfolgte die französische Militärregierung radikal-föderalistische Ziele und behielt sich die alleinige Weisungsbefugnis vor. Die Politik der französischen Militärregierung war während der Periode von 1945 bis 1947 geprägt durch die Entscheidung, die General Koenig (der Oberkommandierende der französischen Besatzungstruppen) am 1. Oktober 1945 namens der französischen Regierung bekanntgab: "(...) he would veto the creation of any central German administration until agreement was reached at an international level on the future western boundary of Germany." (174/27) Insbesondere in der Ruhrfrage und der Forderung nach Internationalisierung des Ruhrgebietes erwies sich die französische Teil der Allianz als unnachgiebiger Partner. (vgl. 67)

Die britische Regierung förderte in ihrer Zone ⁴⁾ den Aufbau zentraler Verwaltungsinstanzen (Zonenbeirat und Zonenzentralämter) und schuf damit bereits die Voraussetzungen für die spätere bi-zonale Verwaltung. Doch orientierten sich die britischen Besatzungsbehörden vornehmlich an ihren eigenen politisch-zentralistischen Strukturen, worin sie seitens der SPD in bezug auf den Wiederaufbau in Deutschland unterstützt wurden. "The British, of course, being by tradition different to written constitutions of any kind and being accustomed to a strongly centralist system at home, showed far less enthusiasm than their Allies for pressing on the Germans a federalist state structure in codified form. (...) At the one extreme, the British and the SPD took up the cudgels for centralism while at the other the French and part of the CDU stood out for an extreme form of federalism. The American viewpoint, supported by most of the CDU, lay in between." (97/190)

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der britischen Zone steuerten allerdings 1946 in wenigen Monaten auf den völligen Zusammenbruch zu (vgl. D 14); Verträge mit den USA über einen Ausgleich der Handelsbilanz und schließlich die enge wirtschaftliche Verflechtung mit der amerikanischen Zone führte zu einer "Normalisierung" in der britischen Zone - und in ihrer Folge zu einem stärkeren Einfluß der USA auch auf die wirtschaftliche und politische Neuordnung in diesem Zonengebiet. Bezüglich der Industrieplanung an der Ruhr schrieb Clay: "Ich befürwortete die Einrichtung öffentlicher Treuhänderschaften über den Industriebesitz an der Ruhr und riet davon ab, alsbald über eine Überführung in Gemeineigentum abstimmen zu lassen, da diese Frage heftige politische Gegensätze auslösen müsse, von denen die Kommunisten auf jede erdenkliche Weise zu profitieren versuchen würden." (82/357; vgl. auch 83)

Die USA förderten in ihrer Zone ⁵⁾ den Aufbau föderalistischer Strukturen, delegierten zugleich aber frühzeitig die Legislativ- und Exekutivgewalt an die Ministerpräsidenten der Länder. Der Länderrat in der amerikanischen Zone sollte Koordinierungsinstanz für die Politik der Länder sein.

Die USA waren darüberhinaus die Besatzungsmacht, die die größten Anstrengungen unternahm, alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens in ihrer Zone zu untersuchen. Regelmäßige Befragungen unter der Bevölkerung und ein verzweigtes Berichtswesen ermöglichten es während der ganzen Besatzungszeit, Entscheidungen und Planungen mit einer größtmöglichen Zahl von Mikrodaten abzusichern.⁶⁾

Im übrigen verfolgten die USA nicht nur in ihrer Zone eine Politik, die auf die Wiederherstellung liberaler Wirtschaftsprinzipien zielte. Insbesondere in der Frage der Sozialisierung, die in der britischen Zone vehement diskutiert wurde, versuchten die USA - und es gelang ihnen schließlich - mäßigend auf die britischen Pläne einzuwirken und den Einfluß der Sozialdemokraten zurückzudrängen. Auf der Kohlenkonferenz von 1947 setzten sie einen Aufschub der Sozialisierung der Kohlenbergwerke um fünf Jahre durch, womit der Spielraum für weitergehende Verhandlungen und Kompromisse in dieser Frage erheblich ausgeweitet wurde. (vgl. 109/225 ff.) Und im November 1947 teilte der amerikanische Militärgouverneur dem hessischen Minister für Wirtschaft, Koch mit, "seine Sozialisierungspläne stünden im Widerspruch zu Gesetzen des Alliierten Kontrollrats, und die Vereinigten Staaten würden die Sozialisierung auf keinen Fall vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zulassen. Im weiteren Verlauf kam es zu dem Befehl der Militärregierung von Hessen vom 2. Dezember 1948" (109/226), der besagte,

daß es der Hessischen Regierung untersagt ist, die Artikel 39 und 41 ihrer Verfassung anzuwenden, irgendwelches Eigentum zu sozialisieren. (vgl. auch 84)

Dem zuvor gingen Gespräche innerhalb der amerikanischen Regierung, die in Überlegungen mündeten, den Militärbehörden in Deutschland konkretere Instruktionen und Direktiven über die wirtschaftliche Behandlung zu geben, auf deren Basis eine verbindliche Ausführung der neuen amerikanischen Ziele, wie sie in der Rede Byrnes' vom 6.9.46 in Stuttgart, der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans vom Juni 1947 formuliert waren, erfolgen könne. Jedoch schrieb Clay im Oktober 1947 an Staatssekretär Draper, er brauche die Direktiven nicht, "weil er seine Instruktionen so auslege, daß 'in Deutschland die wirtschaftliche und politische Stabilität hergestellt sein muß, ehe das deutsche Volk seine Meinung freisäußern kann.' Die Briten hätten sich stillschweigend mit dieser Interpretation einverstanden erklärt. 'Die Zeit ist auf unserer Seite', fuhr Clay fort. 'Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen.' " (109/225)

Unterstützung bei der Verwirklichung dieser Politik gaben nicht zuletzt die deutschen Gewerkschaftsverbände, denen Clay nachträglich seine Anerkennung aussprach, da sie "die kommunistische Opposition gegen den Marshall-Plan in ihren Reihen besiegt hatten." (82/325) Und: "Das Verdienst ihrer Führung war es, daß die Arbeiterschaft sich zurückhielt - und damit die Stabilität schuf und sicherte; ihr Verdienst war es auch, daß sich gleichzeitig mit jeder neuen Wahl die Zahl kommunistischer Funktionäre verminderte, die sich beim anfänglichen Auf-

bau der Organisation einen ungehörlich großen Teil der Schlüsselpositionen gesichert hatten. Der Höhepunkt kam 1948, als August Schmidt, der tüchtige und gescheite Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, nicht nur die Wiederwahl des kommunistischen Zweiten Vorsitzenden, Willy Agantz, verhinderte, sondern auch dafür sorgte, daß überhaupt keine kommunistischen Vertreter in den Zentralrat des Verbandes gelangten." (82/326-327)

Die politische Entwicklung in den Westzonen über die Gebilde der Bi- und Tri-Zone zur Bundesrepublik Deutschland als selbständigem Staatswesen verläuft in der Auseinandersetzung zwischen den Alliierten entlang weniger einschneidender Punkte: Beginnend mit der Potsdamer Konferenz (vom 17.7.-2.8.1945) ⁷⁾ über die Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes in Stuttgart (6.9.1946), der die Einstellung der westzonalen Reparationslieferungen an die UdSSR (4.5.1946) vorausgegangen war, zur Bildung der Bi-Zone (1.1.1947) und schließlich zur Formulierung der Truman-Doktrin (12.3.1947) und des Marshall-Plans (5.6.1947). Nicht zu vergessen die fünf Außenministerkonferenzen, die während des Zeitraums stattfanden, und in denen sich die Widersprüche zwischen den Alliierten widerspiegeln. ⁸⁾ Die Londoner Außenministerkonferenz vom Dezember 1947 bezeichnet dabei nur noch den Schlußpunkt unter eine Entwicklung, die nicht mehr zu revidieren war.

Die Rede von Außenminister Byrnes, die dieser am 6.9.45 in Stuttgart vor Angehörigen der US-Militärbehörden und deutscher Verwaltungsstäbe gehalten hatte (und in der u.a. die Forderung formuliert war, Deutschland müsse in die Lage versetzt werden, seine Angelegenheiten selbst zu regeln, und die Absicht, die USA würden sich in Zukunft stärker als in der Vergangenheit mit europäischen Fragen beschäftigen (vgl.82) ⁹⁾ - markierte eine Wende

nicht nur der amerikanischen Besatzungspolitik sondern auch der Europapolitik.

Nach Bildung der Bi-Zone am 1.1.1947 schritt die Entwicklung zu einem deutschen Staat auf dem Gebiet der drei Westzonen und seiner Eingliederung in eine westeuropäische Wirtschaftsordnung im Eiltempo voran.

General Marshall (Nachfolger von Byrnes im Amt des Außenministers) hatte im Juni 1947 seine berühmte Harvard-Rede gehalten, in der er die Notwendigkeit eines amerikanischen Hilfsprogramms für die zerstörte Wirtschaftsstruktur in Europa, d.h. u.a. die Ausweitung und Kontrolle der Märkte seitens der USA, begründete. Kernsatz seiner Ausführungen war: "The restoration of Europe involves the restoration of Germany. Without a revival of German economy there can be no revival of Europe's economy." (180/97)

Im Harriman-Bericht vom 7. November 1947 (des President's Committee in Foreign Aid - Harriman-Committee) wurden die Erfordernisse für einen Wiederaufbau nach dem von Marshall formulierten Ziel erläutert:

"Ein rascher Fortschritt des Wiederaufbaus Deutschlands schließt eine Anzahl grundlegender Entwicklungen ein:

- a) Die Wiederherstellung einer ordentlichen und tüchtigen Verwaltung;
- b) die Einführung eines einheitlichen Währungs- und Preissystems; (...)
- d) die Wiederherstellung des Bergbaues, des Transportwesens und der Produktionsmöglichkeiten Nordwestdeutschlands (...);
- e) die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung und der übrigen Welt."

(98/28)

Die Interessen der USA waren jedoch nicht auf Europa

beschränkt. Die europäische Wirtschaft sollte nur das Kernstück der amerikanischen Politik auf internationaler Ebene sein: "Unsere Absicht, uns mit einem Hilfsprogramm für den europäischen Wiederaufbau zu befassen, bedeutet nicht, daß unser Interesse an anderen Gebieten der Welt nachläßt. Im Gegenteil, es stellt ein Mittel dar, durch das wir am schnellsten und am wirksamsten zu einer allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der ganzen Welt beitragen können. Die Werkstätten Europas mit ihrem großen Bestand an gelernten Arbeitskräften müssen die Waren herstellen, mit denen sie die Völker vieler anderer Nationen versorgen können." (98/24)

Die Londoner Außenministerkonferenz vom Dezember 1947, die fünfte und letzte ihrer Art, bedeutete den absoluten Schlußpunkt der Entwicklung zu einem westdeutschen Staat und zu einer festen Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Differenzen zwischen den Alliierten waren auf der Moskauer Konferenz schon deutlich hervorgetreten und so hatte die Londoner Konferenz nur noch den Charakter einer Wiederholung. Der Versuch einer wirklichen Auseinandersetzung um die Frage der einheitlichen Behandlung Deutschlands und den Weg zur deutschen Wirtschaftseinheit wurde von amerikanischer Seite auch nicht mehr forciert:

"Wie der nach London entsandte politische Kommentator des schweizerischen Rundfunks (...) berichtete, hatte Marshall seit dem Beginn der Konferenz einen kleinen Zettel vor sich liegen, auf dem die vier Worte vermerkt waren: 1.Österreich, 2.Wirtschaftseinheit Deutschlands, 3.Industrieniveau, 4.Reparationen. Im Verlauf der Konferenz hatte Marshall verschiedentlich vorgeschlagen, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen, und in jedem Fall eines dieser Worte gestrichen. Am 12.Dezember stand nur noch das Wort Reparationen. Nach der Rede Molotows strich Marshall auch dieses Wort und zerknüllte den Zettel." (95/33)

5.3 Kontinuität der ökonomischen Verhältnisse

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung nach 1945 auf dem Gebiet der Besatzungszonen Deutschlands stand unmittelbar unter dem Einfluß der Politik der Alliierten, die bereits Ende 1943 auf der Konferenz von Teheran übereingekommen waren, das besiegte Deutschland in Besatzungszonen aufzuteilen. Die Konsequenz dieser Beschlüsse wurde im "Abkommen über das Kontrollsystem in Deutschland" (seitens der European Advisory Commission) protokolliert. Die Oberbefehlshaber der festgelegten Besatzungszonen sollten nach Weisung ihrer jeweiligen Regierungen die Besatzungshoheit und damit die Regierungsgewalt ausüben. Durch die Beschlüsse der Konferenz von Jalta (4.2.-11.2.1945) wurde schließlich auch Frankreich an der Besetzung Deutschlands beteiligt. (vgl. 94; 95; 96)

5.3.1 Die Ziele der Alliierten

Die Ziele der Alliierten hinsichtlich der wirtschaftlichen Behandlung Deutschlands waren neben dem politischen Aspekt bestimmt durch die Widersprüche innerhalb der Allianz. Die Entwicklungslinien zeigen, daß, nachdem noch 1945 nach der Potsdamer Konferenz Einigkeit darüber bestanden hatte, die Besatzungszonen über den Alliierten Kontrollrat als Einheit zu behandeln (vgl. 73), bereits 1946, spätestens aber Mitte 1947 eine gesamtdeutsche Entwicklung nicht mehr möglich und - zumindest auf seiten der westlichen Alliierten - auch nicht mehr wünschenswert war. Die Einstellung der Arbeit des Alliierten Kontrollrats am 20.3.1948 war nur noch ein später Akt, die unbrauchbare Hülle abzustreifen.

Mit zunehmender Tendenz polarisierte sich die ökonomische und politische Entwicklung von Anfang an, und es ist anzunehmen, daß die Voraussetzungen hierfür nicht erst dort zu suchen sind, wo sie an der Oberfläche erscheinen, also in den Auseinandersetzungen der Kontrollratsmitglieder und der Außenministerkonferenzen über grundsätzliche Probleme der konkreten Umsetzung alliierter Beschlüsse hinsichtlich der einheitlichen Behandlung Deutschlands.

Das Bündnis der Alliierten trug von Anbeginn die auftretenden Widersprüche in sich und die Phase der "Systemauseinandersetzung" und des "Kalten Krieges" zwischen westlichen Alliierten und Sowjetunion war nur der späte Ausdruck - sozusagen nach beendeter vereinter Schlacht gegen einen gemeinsamen Feind, also als temporäres Bündnis - der politisch-gesellschaftlichen Widersprüche zwischen den dominanten Teilen der Allianz.

Mit dem militärischen Sieg über das faschistische Deutschland mußten die gegensätzlichen Interessen materiell werden und es wäre schlicht naiv anzunehmen oder vorauszusetzen, die Teilnehmer an den alliierten Konferenzen während des Krieges hätten sich unter Abstraktion von den gesellschaftlich-politischen Bedingungen des jeweiligen Bündnispartners als idealistische Bewahrer der Demokratie verstanden. ¹⁰⁾

Die Zielsetzungen der wirtschaftlichen Grundsätze, auf die man sich auf der Potsdamer Konferenz einigte, bargen äußerlich nichts von den Differenzen zwischen den Bündnispartnern. Gleichwohl waren sie deren Ausdruck, da die Proklamationen nur allgemeine und im wesentlichen unverbindliche Formulierungen enthielten. ¹¹⁾

Die Umsetzung der Ziele, auf die man sich geeinigt hatte (Zerschlagung der Kriegsindustrie, Kontrolle der Wirt-

schaft, Entflechtung der Großindustrie, allgemeine Produktionsbeschränkungen u.a.), erfolgte auf zonaler Ebene, worin die Forderung, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, aufgehoben war.

Unter diesem Aspekt ist auch die Entwicklung auf dem Gebiet der drei Westzonen zu sehen, wo sich nicht nur die Differenzen zwischen den USA und der Sowjetunion hinsichtlich der Behandlung Deutschlands manifestierten, sondern auch die Differenzen im sogenannten westlichen Lager zwischen der Fraktion der Angloamerikaner und den Franzosen.

Frankreich verfolgte seit seiner Einbeziehung in die internationale Verwaltung Deutschlands und insbesondere in dem ihr überlassenen Zonengebiet eine Politik, die auf strenger Kontrolle basierte und lange Zeit darauf gerichtet war, in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens die Zuständigkeit der Militärregierung zu wahren, und die enge wirtschaftliche und politische Verflechtung der drei Westzonen untereinander zu verzögern; ein wie auch immer gestaltetes einheitliches deutsches Gebiet lag nicht im Bereich der Sicherheitsinteressen Frankreichs. Erst mit Abtretung des Saargebiets 1947, - mit seinen Rohstoffvorkommen zugleich einziger schwerindustrieller Ballungsraum in der französischen Zone -, war Frankreich gewissermaßen dazu gezwungen, Anschluß an die zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende Bi-Zone zu suchen. "Hauptgrund für diesen Anschluß war die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung durch Teilnahme an den US-Lieferungen (Maismehl, Kartoffeln u.a.). Als Gegenleistung mußte die französische Zone jetzt auch in größerem Ausmaß Flüchtlinge aufnehmen, gegen deren Zuzug sie sich bisher gesperrt hatte. Damit entstand im Frühjahr 1948 aus den drei westlichen Zonen jenes einheitliche Gebiet

(...) aus dem rund ein Jahr später die BRD erwachsen sollte." (175/25)

Anders sah die Situation in den beiden anderen westlichen Zonen aus. In gewissem Sinn ergänzten sie sich, was u.a. ein Grund für den frühen Zusammenschluß zur Bi-Zone war. Während in der britischen Zone die Voraussetzungen zur Produktion von Produktionsmitteln überwogen und das Potential der Konsumtionsmittelproduktion für die zonale Eigenversorgung nicht ausreichend war (vgl. 81) lag das Schwergewicht in der amerikanischen Zone gerade andersherum verteilt. Und während die britische Militärregierung ihre Zone von Anfang an als administrative Einheit behandelte, verlief die Entwicklung in der amerikanischen Zone bis Mitte 1946 auf Länderebene, allerdings bereits unter weitgehend autonomer deutscher Administration. Eine Wende in der Behandlung der amerikanischen Zone und ihres Verhältnisses zu den übrigen Zonen erfolgte spätestens Mitte 1946, nachdem die USA erkannt hatten, daß die beabsichtigte Politik der Demokratisierung gefährdet war durch die Lähmung des Wirtschaftslebens in ihrer Zone, hervorgerufen durch eine Politik, die sich auf eine Direktive des amerikanischen Generalstabes vom 26.4.1945 stützte, nach der alle Maßnahmen zu unterlassen waren, die eine Stärkung oder gar nur den Erhalt des deutschen Wirtschaftspotentials zur Folge gehabt hätten.

Die Änderung der Deutschlandpolitik der USA, öffentlich verlautbart durch die Rede Außenminister Byrnes' im September 1946 in Stuttgart, war geprägt durch die Zielsetzung, weitestgehende amerikanische Unterstützung zu gewährleisten für den Aufbau eines deutschen Staates, der sich selbst wirtschaftlich und politisch erhalten kann.

Mit der Änderung der amerikanischen Politik hinsichtlich der Behandlung Deutschlands, die im wesentlichen auch den Auffassungen der britischen Regierung entsprach, waren die Weichen für eine separate Entwicklung der Westzonen gestellt.

Nachdem mehrere Verhandlungen mit der französischen Regierung über eine engere Zusammenfassung der drei Zonen gescheitert waren, wurde seit Juli 1946 zwischen den Regierungen Großbritanniens und der USA über eine Vereinigung ihrer beiden Zonen verhandelt, mit dem Ziel, "in diesem großen Wirtschaftsgebiet die ungleiche Verteilung von Flüchtlingen, Produktionsstätten und Vorräten besser regeln zu können." (175/18) Das Abkommen über ein "Vereinigtes Wirtschaftsgebiet" (Bi-Zone) kam im Dezember mit Wirkung vom 1. Januar 1947 zustande und mit ihm auch die Errichtung deutscher Verwaltungsstellen auf bizonaler Ebene, womit der erste Schritt nicht nur für eine wirtschaftliche sondern auch für eine politische Einheit des Gebietes der drei Westzonen unter deutscher Zentralverwaltung getan war.

5.3.2 Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit

Die Bedingungen des wirtschaftlichen Aufbaus waren gekennzeichnet von den Folgen des Krieges: das Gebiet des ehemaligen Reiches war vollständig von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition besetzt; materielle Not, Existenzkampf, Zusammenbruch aller Verkehrseinrichtungen, Zerstörung und Wohnungsnot, Hunger etc. kennzeichnen die Situation. Dazu die Bevölkerungsbewegungen, Flüchtlinge, die in das verbliebene Gebiet strömten und Displaced Persons (Gefangene, Zwangsarbeiter etc.), die dieses Gebiet

verlassen wollten. Ernährung und Wohnungssuche standen an erster Stelle der Bedürfnisse, vor allem der städtischen Bevölkerung, die massenhaft auf das Land zog, in der Hoffnung, von den Bauern Nahrungsmittel zu erhalten. "Die Menschen, mit sich selbst beschäftigt, bemühten sich zu überleben. Daß trotzdem schon an einer neuen Zukunft gearbeitet wurde, mit örtlich begrenztem Wirkungskreis sich politisches Leben zu entfalten begann, Kontakte gesucht wurden, fand zunächst nur bei wenigen Beachtung. Auch wenn im Laufe des Jahres 1945 wieder ein kulturelles Leben begann, Zeitungen erschienen, Theater, Schulen eröffneten, stand doch noch für Monate die einfachste materielle Sicherung des Alltags im Vordergrund." (175/3)

Die Produktion ruhte fast vollständig in den Monaten zwischen Kriegsende und Jahresende 1945. Der Aufbau der Bevölkerung und die Verteilung der Geschlechter hatte sich durch die unmittelbaren Folgen des Krieges verschoben. All diese Fakten mußten bei der Wiederbelebung der Produktion berücksichtigt werden.

Die langsam wieder in Gang kommende Produktion wurde in einzelnen Industriezweigen, vor allem bei der Rohstoff-Förderung und -Verarbeitung, vielfach zu großen Teilen durch die Besatzungsmächte in Anspruch genommen. "Wie stark die Wirtschaftsverhältnisse zerrüttet waren, zeigt auch die Tatsache, daß die industrielle Produktion nur noch durch unmittelbare Lebensmittellieferung an die Arbeiter ermöglicht wurde." (127/26)

Für die britische Zone, dem Kerngebiet des späteren "Vereinigten Wirtschaftsgebietes" stellte sich die Situation folgendermaßen dar:

"Nur 17 v.H. aller Beschäftigten in der Industrie waren vor Beginn des letzten Krieges weiblichen Ge-

schlechts. Die durch den Krieg verursachten einschneidenden Veränderungen im Bevölkerungsaufbau, namentlich der hohe Frauenüberschuß im zahlenmäßigen Verhältnis der beiden Geschlechter, erfordern jedoch eine Neuorientierung in der bisherigen Einstellung zum Fraueneinsatz in der Industrie. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist daher bei allen künftigen Planungen in der britischen Zone eine maßgebliche Berücksichtigung von Verbrauchsgüterindustrien anzustreben, um damit von vornherein eine vermehrte Einschaltung weiblicher Arbeitskräfte zu ermöglichen." (81/53)

Die Wirtschaftsstruktur der Zone war stark industrie- und handwerksbezogen. Zonal hatten Industrie und Handwerk einen Anteil von rund 40 % am Wirtschaftsaufkommen gegenüber rund 13 % Land- und Forstwirtschaft und rund 20 % Handel und Verkehr - eine Aufteilung, die weit über den Durchschnitt der Gesamtheit der Westzonen hinausging. Entsprechend sah auch die Sozialstruktur der Bevölkerung in den vier Wirtschaftsgebieten der britischen Zone aus:

	Selbst.	Mith.	Beamte	Angest.	Arb.
		Fam.	Ang.		
I (NRW)	14	4	6	14	62
II (Provinz Hannover)	16	10	8	12	54
III (Schl.-Holst., Lippe, Oldbg., Braunschweig)	20	12	10	10	48
IV (Hamburg)	14	4	8	22	52

(Angaben in Prozent)

(vgl. 80/42-43)

In der britischen Zone herrschte aufgrund der Industriestruktur mit stärkerer Betonung der Produktionsmittel-Industrie die städtische Siedlungsweise vor und damit auch der höhere Anteil abhängig Beschäftigter in In-

dustrie und Handwerk. Die einseitige Struktur führte bei den britischen Militärbehörden bereits früh zu der Erkenntnis, daß eine Ausweitung der materiellen Basis für die Reproduktion normaler Produktionsbedingungen unerlässlich sei: "Wenn somit auch die einzelnen Teile des britischen Besatzungsgebietes durch ihren unterschiedlichen industriellen Aufbau weitgehende Ergänzungsmöglichkeiten in sich bergen, so kann indessen ein den derzeitigen Bedürfnissen Deutschlands und den europäischen Anliegerstaaten angemessenes deutsches Industriesystem nur durch einen Leistungsaustausch zwischen den einzelnen Zonen wieder hergestellt werden. Der gegenwärtige Zustand, der diese Austauschmöglichkeiten durch die bestehenden Zonengrenzen fast völlig unterbindet, macht die in ihrem Aufbau durchweg einseitig orientierten einzelnen Besatzungsgebiete zu nicht lebensfähigen Teilgebilden eines vormals organischen Ganzen." (81/55)

Eine normativ gesteuerte Entwicklung der Produktionsbedingungen begann - neben den Entscheidungen und Direktiven der Militärregierungen - mit der Entwicklung der Zentralbehörden unter deutscher Verantwortung im "Vereinigten Wirtschaftsgebiet". Die hauptsächlichsten Institutionen waren in diesem Zusammenhang der Verwaltungsrat für Wirtschaft in Minden, für Ernährung und Landwirtschaft in Stuttgart, der Finanzrat in Bad Homburg, der Verwaltungsrat für Verkehr in Bielefeld und der Verwaltungsrat für das Post- und Fernmeldewesen in Frankfurt. "Am 10. Juni 1947 entstand eine Zwei-Zonen-Verwaltung auf parlamentarischer Grundlage, die mit Wirtschaftsrat (52 Mitglieder aus den Landtagen) und Exekutiv Ausschuß erste politische Instanzen erhielt. Dem Wirtschaftsrat unterstanden die Direktoren, die an die Spitze der sechs Verwaltungen berufen wurden. Am 9. Februar wurde der Wirtschaftsrat auf 104 Mitglieder er-

weitert, seine Rechtsstellung gefestigt. (...) Ihm zur Seite entstand neu der Länderrat, der eine dem heutigen Bundesrat vergleichbare Funktion hatte. (...) Die Bizonne sollte Ansatzpunkt einer wenigstens teilweise durchzuführenden wirtschaftlichen Einheit werden, ihre politische und verwaltungsmäßige Organisation wurde richtungsweisend für die Entwicklung zur BRD." (175/18)

Daneben griffen flankierend gesetzliche Regelungen der Länderregierungen in den Wirtschaftsaufbau ein, so z.B. das Gesetz über die Errichtung gewerblicher Unternehmen (bekannt auch als Lizenzierungsgesetz), das vom Länderrat in Stuttgart für die drei Länder der amerikanischen Zone ausgearbeitet wurde und in den einzelnen Ländern mit zeitlichen Verschiebungen und länderspezifischen Abweichungen in Kraft trat. 12)

Begründung für dieses Gesetz war die katastrophale Versorgung mit Rohstoffen und Produktionsmitteln bei "gleichzeitiger massenhafter Existenz von Unternehmensgeist" (108/2). Um einen "Kampf um die Produktionsmittel und ihre Verteilung" zu steuern, hatte sich die amerikanische Militärregierung die Erlaubniserteilung zur Errichtung und Wiedereröffnung gewerblicher Unternehmen und die Zulassung von Industrieunternehmen vorbehalten. Im April 1946 stellte die Militärregierung die Lizenzierung ein und übertrug die Verwaltung der Industriekontrolle (Zuteilung von Rohmaterialien, Denazifizierung etc.) auf die Ministerpräsidenten der drei Länder, nachdem bereits zur Jahreswende 1945/46 ein Gesetzesentwurf vom Länderrat Stuttgart zur Neuordnung der gewerblichen Wirtschaft nach Maßgabe der Nachkriegsverhältnisse ausgearbeitet worden war. Vom schließlich verabschiedeten Gesetz ausgenommen waren Unternehmen der Ernährungswirtschaft, Verteilungsstellen von Konsumgenossenschaften, Banken, Versicherungen, Verlagsunter-

nehmen, Kulturunternehmen, Wettbüros, Gaststätten, Apotheken etc. In die Zuständigkeit der Länderregierung fielen: Genossenschaften, Industrieunternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten, Unternehmen des gewerblichen Güterverkehrs mit mehr als 10 Beschäftigten, Großhandel, Versandgeschäfte, Bauunternehmen, Reisebüros, Vertreter, Makler, Tankstellen und Kreditvermittler. Für die Zulassung aller übrigen Unternehmen waren die unteren Verwaltungsbehörden, d.h. Stadt- und Landräte zuständig.

Bezeichnenderweise war das Gesetz bis zum 31.12.1949 befristet, da man davon ausging, "daß etwa Ende 1949 annähernd normale wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland vorhanden sein werden." (108/4-5) Bereits daran wird erkennbar, daß die ökonomische Entwicklung nicht von äußeren Zufälligkeiten oder situativen Erfordernissen gelenkt war, sondern zumindest mittelfristig als Bestandteil einer politischen und ökonomischen Krisensteuerung im Rahmen des Produktions- und Reproduktionszyklus mit dem Ziel der Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen zu sehen ist.

Dafür sprechen auch die Bemühungen der deutschen Nationalökonomen, die als Berater der Militärbehörden oder als Mitglieder der deutschen Verwaltungsstellen ihren Einfluß geltend machten und die Zukunft der Westzonen und damit der späteren Bundesrepublik mitbestimmten.

Den nachhaltigsten Einfluß auf die Entwicklung des wirtschaftlichen Aufbaus und seiner wirtschaftstheoretischen Grundlagen hatte von Anbeginn Ludwig Erhard, seit Ende 1945 Wirtschaftsminister im Kabinett Hoegner im Land Bayern, 1948 Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes".¹³⁾

5.3.3 Positionen der deutschen Nationalökonomie I: Ludwig Erhard

Erhard war während des Krieges Leiter des 'Instituts für Industrieforschung' in Nürnberg und Mitglied des 'Nürnberger Kreises', einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern um den Nationalökonom Vershofen, der u.a. mit der Abhandlung "Wirtschaft als Schicksal und Aufgabe" zu den Begründern einer den Erfordernissen seiner Zeit angepaßten Marktwirtschaft gehörte. Als Funktion der wirtschaftswissenschaftlichen Richtung, die von der 'Nürnberger Schule' vertreten wurde, wurde die Aufgabe gesehen, "der politischen Führung der völkischen Gemeinschaft das Handeln zu erleichtern."

(120/39) Die "Wandlungen der Zeit" wurden als "Anbahnung einer neuen Entfaltung" des Marktgeschehens betrachtet. (120/39) und die Arbeit des Nürnberger Instituts zielte letztlich auf die wirtschaftspolitische Begründung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen.

So schrieb Erhard 1939: "Indem die Wirtschaft die Mittel zur physischen Fortexistenz der Wirtschaftsindividuen bereitstellt, schafft sie zugleich die wenn auch primitivste, so doch unentbehrliche Grundlage für den Fortbestand der Gruppe, d.h. der Nation. Diese wirtschaftliche Fundierung politischen Geschehens findet die stärkste Ausprägung im Vierjahresplan, der als nationalpolitisches Ziel ein wirtschaftliches Programm auslöst, - ein Programm, das den vollen planmäßigen Einsatz aller wirtschaftlichen Kräfte unter Vermeidung von Fehlleistungen dort erfordert, wo in Hinlenkung auf das Ganze die höchste Leistung erreicht werden kann. Das sogenannte freie Spiel der Kräfte, das nicht einmal hinreichte, um die Wirtschaft vor dem Verfall zu retten, wird noch weniger dazu geeignet sein, sie zu jener An-

strengung emporzureißen, die vonnöten ist, um das politische Ziel nicht an wirtschaftlichem Unvermögen scheitern zu lassen." (101/56-57)

Die Vorschläge, die Erhard für eine Leistungssteigerung der Produktion entwickelte lagen ganz auf der Linie einer als notwendig erachteten Monopolbildung - auf seiten der Industrie wie auf seiten des Staates - um die kriegswirtschaftlichen Ziele zu erreichen, die durch die staatspolitischen Maßnahmen der Besteuerung und Finanzierung allein nicht zu erreichen waren:

"Sofern es auf der Ebene der gesamten industriellen Erzeugung gelingt, die Ergiebigkeit der Arbeit dergestalt zu steigern, daß durch technische und organisatorische Verbesserungen der mengenmäßige Ertrag der menschlichen Arbeitskraft in der Zeiteinheit ein größerer wird, dann bedeutet das für den Sektor der Produktionsmittel-Industrie, daß die vorliegenden Aufgaben mit geringerem Einsatz an menschlicher Arbeitskraft bewältigt werden können und dementsprechend weniger Erwerbstätige dem Bereich der Fertigwarenerzeugung entzogen werden müssen (...). Es könnte das nationale Aufbauprogramm im bisherigen Umfang bei gleichzeitig verbesserter allgemeiner Lebenshaltung weitergeführt oder aber es könnte unter Beibehaltung des seitherigen Verbrauchsstandards jenes Programm noch erweitert werden. Die realpolitische Lösung wird etwa in der Mitte liegen (...). Die auf eine Verbesserung der Lebenshaltung hinzielende Wirkung würde in diesem Falle durch einen Preiserückgang bei unverändertem Nationaleinkommen und gleichbleibender steuerlicher Belastung erreicht werden, und auch der Staat als Auftraggeber würde für den Einsatz gleicher Mittel eine höhere Leistung erwarten dürfen." (101/84) Wobei Erhard ausdrücklich feststellte - und dies ist als eine nicht nur auf die Zeit des Faschismus begrenzte Einsicht zu betrachten - daß jede Lenkung der Materie immer erst

dann Erfolg verspricht, "wenn es gleichzeitig gelingt, auch den Menschen auf jene Ziele hinzulenken, denen die Wirtschaft zu dienen hat." (101/100)

Je durchsichtiger und kalkulierbarer die Kriegseinflüsse und die militärische und politische Entwicklung des faschistischen Systems für die unmittelbar an der Planung und Lenkung von Industrie und Wirtschaft Beteiligten wurden, desto mehr beschäftigten sie sich mit der Entwicklung von Konzepten für die Nachkriegsplanung im ökonomisch-politischen Bereich - und zwar nicht nur in den Kreisen der bürgerlichen Widerstandsbewegung.

So setzte sich auch Erhard in den Jahren 1943/44 mit Problemen der Nachkriegswirtschaft auseinander, davon ausgehend, daß der Krieg für Deutschland verloren sei. In der in diesem Zusammenhang ausgearbeiteten Studie "Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung" vom März 1944 (99) entwickelte Erhard Vorstellungen auf der Grundlage der von der 'Nürnberger Schule' vertretenen wirtschaftswissenschaftlichen Theorie über eine Wirtschaftsordnung für die Zeit nach Beendigung des Krieges und der in seiner Folge zu erwartenden Umwälzungen. In dieser Schrift sind die Grundzüge der Wirtschafts- und Währungspolitik nach 1945 entwickelt, die als 'soziale Marktwirtschaft' ihren Namen erhielt. Diese Denkschrift, die zum 80.Geburtstag Erhards als Faksimile-Druck herausgegeben wurde, ist indes nicht Zeugnis des bürgerlichen Widerstandes in der Zeit des Faschismus, sondern sie steht in logischer Kontinuität zu den Bewegungsgesetzen des Kapitals; die Prämissen, unter denen die darin dargestellten Vorstellungen entwickelt wurden, berücksichtigen die Erfordernisse der Kontinuität des ökonomischen Prozesses explizit. In diesem Sinn sind sie politisch 'neutral' formuliert, was nichts anderes heißt, als daß

das faschistische System eine Form bürgerlicher Herrschaft war.

5.3.4 Positionen der deutschen Nationalökonomie II: Neuordnung im Widerstand

Relevanter für das Verständnis der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen nach 1945 sind jedoch die Arbeiten (Denkschriften und Gutachten) von Nationalökonomern aus dem Bereich des bürgerlichen Widerstandes der Bewegung des 20. Juli, vornehmlich der Freiburger Universität. Die 'Freiburger Kreise' ¹⁴⁾, d.h. die Verfasser der Freiburger Denkschrift von 1942 "Politische Gemeinschaftsordnung. Ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit" um Adolf Lampe und die "Arbeitsgemeinschaft Erwin v. Beckerath" entfalteten eine rege Gutachtertätigkeit in der Zeit von 1942-44, in dem sie Gedanken und Vorschläge für eine Übergangswirtschaft und den Wiederaufbau nach Kriegsende entwickelten.

Sie strebten dabei - dies ihre gemeinsame Grundlage - eine "primär marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung an, die auf marktgemäßer bzw. mittelbarer Wirtschaftslenkung beruht" (75/64) und die die zentralverwaltete Kriegswirtschaft ablösen sollte.

Der Grundgedanke der 'Freiburger Kreise' - wie die der Erhardschen Ausführungen - lag ganz in den Grenzen der kapitalistischen Logik (und er entbehrt im Kern seiner Argumentation deshalb auch nicht einer gewissen ideologischen 'Zeitlosigkeit'): Die anzustrebende Wirtschaftsordnung sollte weitgehend "auf den Prinzipien der Markt-

wirtschaft aufbauen; denn sie allein bringt höchste Leistung hervor, die zur Überwindung der Armut notwendig sein wird. (...) Sie läßt die Unternehmerfähigkeiten wie die Produktivkraft der Arbeitnehmer voll zur Geltung kommen. Somit dient sie allen Teilen der Bevölkerung." (75/64) Die Gutachter vergaßen im übrigen nicht darauf hinzuweisen, daß die Neuordnung 'Mut zur Armut' erfordere.

In der Gesamtheit der Denkschriften und Gutachten ¹⁵⁾ beziehen sich die Entwürfe und Vorstellungen auf jedes wichtige Gebiet des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf der Grundlage einer Friedenswirtschaft. ¹⁶⁾

Am durchsichtigsten hinsichtlich der Auswirkungen für die Mehrheit der Bevölkerung, d.h. die lohnabhängigen Klassen und Schichten, die bereits die materiellen Kriegslasten getragen haben, sind die sozialpolitischen Konzeptionen, die sich mit dem Problem der Arbeits- und Lohnpolitik befassen.

Nach Ansicht der Gutachter war ein Lohnabbau nach Beendigung des Krieges unumgänglich: "Da im Krieg die Konsumgüterproduktion weitgehend eingestellt wurde, große Teile der Industriebetriebe zerstört sind, werden der Masse der Arbeitsuchenden nur verhältnismäßig wenige freie Arbeitsplätze gegenüberstehen. Das Knappheitsverhältnis hat sich umgekehrt. Die Alternative heißt Lohnsenkung oder Massenarbeitslosigkeit. Die Höhe der notwendigen Reallohnkürzung ist nicht voraussehbar, es muß aber mit einer empfindlichen Lohnsenkung gerechnet werden. Die Möglichkeit, die drohende Arbeitslosigkeit durch allgemeine Arbeitszeitverkürzung abzuwenden, wird zwar gesehen, aber von den Gutachtern nicht in Betracht gezogen, das das gesamte Arbeitskräftepotential voll für

einen schnellen Wiederaufbau eingesetzt werden soll." (75/112)

Zu den erforderlichen Maßnahmen gehörten in diesem Sinne der Real- und Nominallohnabbau, deren Vor- und Nachteile für die Gefahr von sozialen Konflikten eingehend erörtert wurden. Die Gutachter waren jedoch der Ansicht, daß die Lohnsenkung durchgeführt werden könne, soweit die Arbeiter unter Appell an die allgemeine Solidarität motiviert werden können. Daneben sollte eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat den sozialen Frieden sichern helfen. (vgl. 75/114)

Den Gewerkschaften - von den Autoren als notwendige Interessenorganisation der Arbeitnehmer erachtet, um deren Marktposition zu stärken, da die 'einzelne Arbeitskräfte "unter Angebotszwang stehen, oft örtlich und beruflich gebunden sind und meist über nur unzureichende Marktübersicht verfügen" (!) (75/115) - fiel die Rolle eines 'Schlichters von unten' zu, zweckgerichtet auf einen relativ spannungsfreien Ablauf der Produktion. Die Gewerkschaften mußten nach dieser Konzeption eingebunden sein in die gesamtwirtschaftliche Aufgabenstellung und die wirtschaftspolitischen Zusammenhänge respektieren.

Die Aufgaben, die den Gewerkschaften übertragen werden sollten, beschränkte sich (- nicht zuletzt aufgrund der negativen Erfahrungen mit der Gewerkschaftsbewegung während der Weimarer Republik -) auf: die Beobachtung (!) des Arbeitsmarktes und der Lohngestaltung, das Eingreifen bei Benachteiligung ihrer Mitglieder durch Arbeitgeber, die Unterstützung bei Arbeitsplatzwechsel durch Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen und schließlich die Durchführung von Lohnverhandlungen unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Möglichkeiten. (75/116)

Die Politik der Lohnverhandlungen sollte sich dabei an einem doppelten Erfordernis messen, nämlich einerseits an der marktwirtschaftlichen Lage, d.h. Wahrung der Kapitalinteressen, andererseits sollte die Gewerkschaft die Möglichkeit haben, "am Ausgleich der Marktpositionen zugunsten ihrer Mitglieder so mitzuwirken, daß sie deren Vertrauen zu erwerben vermag." (75/91) ¹⁷⁾

Schließlich hielten es die Autoren für erforderlich, auf die Folgewirkungen nicht marktwirtschaftlich orientierter Lohnverhandlungen einzeln hinzuweisen. Die Gewerkschaft sollte nach ihrer Ansicht im besonderen berücksichtigen, daß Löhne Kostenfaktoren sind und jede "Überschreitung des richtigen Marktlohns zu sinkenden Beschäftigungsmöglichkeiten und deshalb zu Arbeitslosigkeit führen muß" (75/117) ¹⁸⁾, da zu hohe Löhne "die zur Produktion notwendigen Grenzunternehmer ausschalten und unerwünschte Konzentrationstendenzen sowie den Konkurrenzkampf zwischen Mensch und Maschine heraufbeschwören" (75/117) ¹⁹⁾ würde.

Der Einfluß der Gutachter nach Beendigung des Krieges war, im Gegensatz zur Position und zum Einfluß Ludwig Erhards, auf den ersten Blick gering. Trotz wiederholter Bemühungen und einer Überarbeitung der Gutachten in Anpassung an die Situation der Besatzungszeit und einer dadurch notwendigen langsameren und in Stufen sich vollziehenden Planung und Prognose, kam eine Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden vorerst nicht zustande. Dies ist nicht zuletzt dem Umstand zuzuschreiben, daß der Großteil der Gutachter seinen Wohn- und Arbeitssitz in der französischen Zone hatte und eine Zusammenarbeit mit den französischen Besatzungsbehörden auf tönernen Füßen stehen mußte, da die französischen Vorstellungen hinsichtlich des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft im diametralen Gegensatz zu den Auffassungen der Autoren

stand. Die 'Arbeitsgemeinschaft Erwin v. Beckerath' hat erst über ihre Mitarbeit im Wissenschaftlichen Beirat bei der Verwaltung für Wirtschaft des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes" seit 1948 - und damit in enger Zusammenarbeit mit Ludwig Erhard, dessen Vorstellungen den ihren entsprachen - die Wirtschaftspolitik der späteren Bundesrepublik entscheidend und um so nachhaltiger mitbestimmt und geprägt.

Viele der Vorstellungen der Autoren, die zwischen 1945 und 1947 in den engen Grenzen der Kontrolle und der je unterschiedlichen und wechselnden ökonomischen und politischen Interessen der Besatzungsmächte und ihrer Militärregierungen notwendig nicht realisiert werden konnten, wurden Bestandteil der normativen Gestaltung insbesondere auf arbeits- und sozialpolitischem Gebiet in den Jahren nach Gründung der Bundesrepublik 1949. Das Betriebsverfassungsgesetz und die Institution der 'Konzertierten Aktion' sind nur Beispiele.

5.3.5 Zusammenfassung

Bei der ökonomischen Entwicklung in den Jahren nach 1945 handelte es sich nicht um einen Neubeginn im Sinne der beschworenen "Stunde Null", in der jeder die gleichen Chancen hatte. Eine solche Situation kann es im entfalteten Kapitalismus, zudem in der Situation einer sich während des Krieges abzeichnenden Internationalisierung des Kapitalverhältnisses, nicht geben, es sei denn, man beginne wieder bei Robinsons Insel zum Zeitpunkt, als es Freitag noch nicht gab. Vielmehr handelte es sich um eine Entfaltung der theoretischen und normativen Grundlagen der Wirtschaftspolitik aus historisch inadäquaten Verhältnissen innerhalb der kapitalistischen

Entwicklung, die knapp ein Jahrzehnt durch eine Phase der Kriegswirtschaft geprägt wurde.

Insofern kann man von einer Neuordnung im Widerstand sprechen, sofern mit Widerstand nur eine organisatorische Form der Interessenrepräsentation verstanden wird. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Nationalökonomien, insbesondere der 'Nürnberger Schule' um Ludwig Erhard und der 'Freiburger Kreise' um Adolf Lampe und Erwin v. Beckerath, sind logisch aus der Kontinuität der kapitalistischen Entwicklung und den Erfordernissen der Stabilisierung der Produktionsbedingungen entwickelt. Dabei ist die Frage nach dem politischen Ort der Konzeptionen sekundär. Erhard ist mit Sicherheit nicht dem Kreis des bürgerlichen Widerstands zuzurechnen,, ebenso wie viele andere 'Agenten des Kapitals', die frühzeitig die Sinnlosigkeit der politischen Entscheidungen der nationalsozialistischen Staatsführung für eine wirtschaftliche Kontinuität und Prosperität erkannten, ohne entsprechend zu handeln; wohingegen die 'Freiburger Kreise' ihre Konzeptionen im Umfeld des bürgerlichen und christlich motivierten Widerstands gegen das politische System und die Folgen der Kriegswirtschaft entwickelten.

Im Resultat kamen beide Gruppierungen zu denselben Ergebnissen hinsichtlich einer wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanung. Erhard drückte die Entwicklungstendenz nach dem Kriege in knappen Worten im Vorwort eines von ihm herausgegebenen und von Mitarbeitern der Abteilung Außenhandel des Bundeswirtschaftsministeriums verfaßten Buches (100) so aus: "Dahinter steckt nicht mehr die Scheindynamik des wirtschaftlichen Nationalismus, sondern das Bewußtsein, daß wir unseren geseunden nationalen Interessen um so besser dienen, je internationaler wir denken und unsere Wirtschaft gestalten." (100/6)

Die weitere Entwicklung auf dieser Grundlage sei hier nur kurz verzeichnet.²⁰⁾

Die Besatzungsbehörden der drei Westzonen verfolgten in den ersten Nachkriegsmonaten eine ökonomisch restriktive Politik der inneren Bewirtschaftung und Preiskontrolle (Steuerungsmittel, die auch die Kriegswirtschaft kennzeichneten) bei hoher Importquote und Rohstoffexporten. Diese Politik zielte, neben den Entflechtungsmaßnahmen, auf die Kontrolle der deutschen Wirtschaftstätigkeit, die spätestens mit Gründung des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes", der Bi-Zone, in den planmäßigen und forcierten Aufbau einer eigenstaatlichen pränationalen Wirtschaftsstruktur auf der Grundlage eines gesteuerten Exportgeschäfts mündete. Dabei waren es vor allem - im Gegensatz zu den britischen (und französischen) Behörden mit ihrer stark zonenzentralistischen Politik, - die amerikanischen Behörden, die sich frühzeitig "um die Entfaltung eines sinnvollen Außenhandels auf föderalistischer Grundlage und unter früher Heranziehung deutscher Behörden und Firmen" (100/47) bemühten, wodurch einerseits die Politik der Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft, andererseits die amerikanischen Interessen der Ausweitung des Marktes eine sich gegenseitig ergänzende Form gefunden hatten. Der Grundgedanke war dabei, das wurde nach der deutschlandpolitischen Rede des amerikanischen Außenministers Byrnes und später in der Harvard-Rede Marshalls deutlich²¹⁾, eine Politik der ökonomischen Integration Westeuropas, d.h. vor allem der führenden Wirtschaftsnationen England, Frankreich und Deutschland. Schließlich ging es global um "eine maximale, den gesamten Weltmarkt erfassende Arbeitsteilung" (100/18), d.h. um die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses unter Führung des US-Kapitals.²²⁾

Bis Ende 1947 waren bereits über 200 bilaterale Abkommen abgeschlossen, verlängert oder erneuert worden, denen

bald multilaterale Abkommen folgten. Eine bereits zu diesem Zeitpunkt dominante Rolle fiel der deutschen Wirtschaft zu, die vor dem Krieg führender europäischer Maschinenlieferant nach Übersee war. Die "anderen europäischen Industrieländer konnten den deutschen Ausfall nicht ausgleichen. Nach 1948 aber strömten deutsche Maschinen und Kapitalgüter zunächst in das westeuropäische Vakuum." (100/35-36) - da besonders die Industrie Frankreichs und in geringerem Maße auch Englands stärker durch die Kriegsfolgen betroffen waren als die Deutschlands.

Wie schnell die ökonomische Potenz des Gebietes der drei Westzonen und der späteren Bundesrepublik wuchs, zeigt eine Übersicht über die Entwicklung des Warenverkehrs in den Jahren 1947-1952, wobei zu berücksichtigen ist, daß insbesondere das amerikanische Engagement in Korea ²³⁾ und die Beteiligung der deutschen Wirtschaft bei der Steigerung der deutschen Ausfuhr mitgeholfen haben:

Entwicklung des Warenverkehrs
(in Millionen ~~/B~~)

	Einfuhr			Ausfuhr
	insg.	aus eig. Mitteln	ERP-Mittel	
1947	843	-	-	315
1948	1.554	748	-	698
1949	2.237	1.085	580	1.128
1950	2.704	2.223	303	1.981
1951	3.503	3.075	416	3.474
1952	3.854	3.740	114	4.037

(vgl. 100/25)

Die Einbeziehung der Bundesrepublik als eines der wichtigsten Partner, wenn nicht des wichtigsten, der Inter-

der Interessen des US-Kapitals vollzog sich selbst für deutsche Vertragspartner und Staatsvertreter überraschend schnell (wie die folgende Äußerung verraten läßt, sofern sie nicht eine idealtypische ideologische Verklärung ist): "Die Bundesrepublik war wohl ein 'Spätheimkehrer' am Rande des Weltmarktes. Um so erstaunlicher ist, wie schnell und intensiv sich diese 'Spätheimkehr' vollzog, wieviel Platz man ihr machte, und wie sinnvoll sie zugleich sich selbst den Platz schuf." (100/13) Die Legendenbildung vom deutschen Wirtschaftswunder findet in dieser Aussage einen ihrer Ausdrücke.²⁴⁾

Ungleich wichtiger ist festzuhalten, daß die Stufen der ökonomischen europäischen Integration und die Internationalisierung des Kapitalverhältnisses unter Dominanz der USA die Einbeziehung der westdeutschen Wirtschaft in den kapitalistischen Weltmarktzusammenhang zur Grundlage gehabt und beschleunigt hat: "Marshall-Plan, Schumann-Plan, GATT, Weltbank, Währungsfonds, Europarat, unser Einzug in das Londoner Handelsvertrags- und Zahlungssystem, (...) all das sind Stufen, die der Westen sich selbst zur wirtschaftlichen und politischen Integration schuf, zugleich aber auch für uns bereitete. Sie entsprangen dem übergeordneten Willen zur politischen Einordnung. Nach beiden Kriegen waren es also nicht so sehr die Fesseln, die man uns anlegte, sondern die neuen politischen Konzeptionen, die letztlich unsere Rückkehr zum Weltmarkt bestimmten (...) trotz der gewaltigen Fesseln, die uns die bedingungslose Kapitulation im Vergleich zum Versailler Vertrag zunächst anlegte." (100/42)

Mit der ökonomischen Entwicklung der Jahre 1945 bis 1947/48 waren die Voraussetzungen für die staatlich-politische Entwicklung der Westzonen zur Bundesrepublik

Deutschland gegeben. Voraussetzungen, die staatlich-politischen Entscheidungen allerdings nicht vorangingen, sondern sich parallel entwickelten aufgrund der engen Verknüpfung der beiden Ebenen über die Politik der Besatzungsmächte, insbesondere der USA.

In gleicher Weise, d.h. mit gleicher Wirksamkeit den Weg zur staatlich-politischen Einheit geebnet haben jedoch die ideologischen Herrschaftsapparate der Nachkriegsgesellschaft. Ihrem ideologischen Zusammenhang konnten sich, wie wir sehen werden, konsequente Antifaschisten und Sozialisten innerhalb ihres institutionellen Gefüges nur partiell entziehen; vielmehr zeigt die Entwicklung der einzelnen Apparate und Institutionen, daß diejenigen, die aus der unmittelbaren Vergangenheit gelernt hatten, mit fortschreitender Stabilisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse zurückgedrängt und politisch isoliert wurden, d.h. aus dem 'ordnenden' Prinzip der bürgerlichen Öffentlichkeit entfernt wurden.

Zur Stabilisierung und damit zur Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage von Vorformen bürgerlich-parlamentarischer Demokratie in Deutschland, die Maßstäbe setzten, trugen die intermediären, sich an der Staatsmacht orientierenden und unter dem Schutz der Besatzungsmächte agierenden Herrschaftsapparate auf unterschiedliche und ungleichzeitige Weise bei. Im Anfangsstadium wirkten sie, das läßt sich vorausschickend sagen, intentional in Hinblick auf die gesellschaftliche Ordnung. Die politische und gesellschaftliche Funktion, die sie erfüllten, änderte sich funktional zu den veränderten politischen Bedingungen, die durch die politische Zielsetzung der westlichen Alliierten, vor allem der angloamerikanischen Fraktion, eine auch für die Praxis der ideologischen Herrschaftsapparate neue Qualität erhielten.

6. Familienstruktur und demographische Veränderungen 1945 bis 1947

Die Familienbeziehungen und die demographischen Bedingungen der Nachkriegszeit sind die Basis des Praxiszusammenhangs der ideologischen Herrschaftsapparate. Unser nächster Schritt wird deshalb die Erörterung der demographischen Besonderheiten und insbesondere der Familiensituation sein, um die gesellschaftlichen Voraussetzungen der ideologischen Unterwerfung wie auch der politischen Entwicklung zu verdeutlichen.

Die Familienstruktur und die Familienbeziehungen in den Jahren 1945 bis 1947 müssen auf dem Hintergrund der demographischen Verschiebungen gesehen werden, deren Grundlage wiederum die Kriegsfolgen und Bevölkerungsbewegungen waren.¹⁾ Der Charakter und die Qualität dieser Strukturen ist in keiner Weise vergleichbar mit jenen, die im 'Normalfall', also außerhalb des Ausnahmezustandes anzutreffen sind. Insofern verschiebt sich im historischen Zeitraum auch die gesellschaftliche Funktion der Familie, die Folsom 1948 in 'Family and Democratic Society' als Prozeß der Subsumtion/Submission unter staatliche Interessen, d.h. Erfordernisse der erweiterten Reproduktion, beschrieben hat: "In summarizing (...) it may well be said that the family as an institution is greatly changing its functions. In economic functions it is losing the manufacturing processes by elaborating those processes and services immediately preceding consumption, recreation, and enjoyment. In giving status to persons and in maintaining social control, the family is less important than it formerly was in the general scheme of institutions. The state, the school and other secular institutions have taken over

many of those responsibilities. The custodial and educational functions have seemed to be largely transferred to the state and the school, but this is only because these functions have greatly enlarged, under the needs of a complex society. The family still probably contributes, absolutely, at least as much as it did in earlier years, to the education and personality development of the child. Moreover, the state now upholds certain standards of child treatment below which parents may not fall without danger of losing their children to the custody of the juvenile court and a foster home. The reproductive function remains within the family; it is increasingly the interest of the state (...)." (106/190-191)

In den Jahren des Wiederaufbaus gesellschaftlicher und politischer Strukturen waren die Familienbeziehungen geprägt von den unmittelbaren Erfordernissen des Tages und den Bemühungen, die unmittelbaren Lebensinteressen zu befriedigen. Die alltäglichen Bezugspunkte waren zerstört und mußten erst allmählich neu aufgebaut werden. Schwarzmarkt, Lebensmitteldiebstahl, Wohnungsnot etc. beherrschten denn eher das Leben als die Unterordnung unter die Anordnungen der Militärbehörden oder später deutscher Stellen. Als allgemeines Kennzeichen dieser Haltung steht die politische Abstinenz großer Teile der Bevölkerung, die sofern sie nicht Ausdruck der Reaktion auf den verlangten 'Umerziehungsprozeß' war (etwa in der Art: bis '45 mußte man sich engagieren, nach '45 durfte man nicht mehr, jetzt soll man wieder, weils demokratisch ist - aber ohne mich) ²⁾ nicht zuletzt ein Ergebnis der Zeit des Faschismus war.

Als eine der ersten Untersuchungen über Familienstrukturen in der Zeit nach 1945 darf die Studie Wurzbachers gelten, die 1951 erschienen ist und unsere These be-

stätigt, daß die Familienstrukturen jener Zeit die notwendige Basis der gesellschaftspolitischen Entwicklung darstellten.

In einem sample untersuchte Wurzbacher 164 Familien aus einem Gebiet, das die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Westfalen umfaßte. Überrepräsentiert waren Bewohner von Großstädten und ihrer Agglomeration (105); aus Mittel- und Kleinstädten stammten 37; dörfliche Bewohner waren 22 Familien. Unterrepräsentiert bei den Berufsgruppen waren Bauern und Siedler (2), wogegen die soziale Schichtung der übrigen Familien der der Gesamtgesellschaft entsprach. Überrepräsentiert schließlich waren Familien evangelischer Konfession (117) gegenüber 9 katholischer Konfession und 9 gemischt-konfessionellen Familien. (vgl. 178/84-86) In 24 Familien konnte ein merklicher Einfluß auf die Gestaltung des Familienlebens durch die Religionszugehörigkeit festgestellt werden.

Die Ergebnisse der Untersuchung spiegeln deutlich die oben beschriebene Tendenz:

- a) 56 der 164 untersuchten Familien (34 %) zeigten eine ausgeprägte Isolierung von der Gesamtgesellschaft, die sich in einem Rückzug der sozialen Teilnahmewilligkeit ausschließlich auf die Familie ausdrückte.
- b) Bei 62 von 164 (38 %) war diese Isolierung weniger ausgeprägt aber politisch und gesellschaftlich ebenso wirksam; sie zogen sich zurück auf die durch Freunde, Verwandte und durch tradierte geschäftlich-gesellschaftliche Beziehungen erweiterte 'Familie', was die Form der Geselligkeit auf privater Basis, in einer kleinen Gruppe Gleichgesinnter annahm, "ohne erkennbares Bewußtsein einer persönlichen öffentlichen

Aufgabe sozialer oder politischer Art." (178/249)

- c) 9 von 164 drückten eine innere Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen aus, "bedingt durch stärkere Interessen oder Gebundenheit politischer, religiöser, sozialer Art, jedoch ohne Entfaltung persönlicher öffentlicher Aktivität." (178/249)
- d) 27 von 164 (16.5 %) waren zur Übernahme einer aktiven Rolle in der Öffentlichkeit bereit.
- e) In 10 von 164 Fällen (6 %) war nach dem Untersuchungsmaterial Wurzbachers die gesamtgesellschaftliche Verbundenheit nicht klar bestimmbar.

Bei einem Anteil von knapp drei Vierteln der untersuchten Familien, deren Lebenszusammenhang gekennzeichnet war durch eine starke Isolierung und Rückbezogenheit auf die privaten Dinge - subjektiv sicher aus der Ungewißheit über die unmittelbare Zukunft der Familie - waren die Folgen für die Familienbeziehungen vorhersehbar: "So zeigte sich bei Ausfall eines Partners die fehlende Einordnung in eine stützende ausgleichende Gemeinschaft. Das Mißverhältnis wurde besonders deutlich in der beträchtlichen Anzahl derer, die nach ihrer sozialen Entwicklung noch nicht der Situation der auf sich gestellten Kleinfamilie gewachsen waren und in besonderem Maße einer Führung durch die Gesellschaft bedurft hätten; weiter in der Über-Betonung der Eltern-Kind-Bindung vor allem von seiten vieler Mütter, die keine außerfamilialen Interessenbereiche auszubilden vermochten, von denen her ihre Tätigkeit in der Familie hätte angeregt und entlastet werden können und auf die sie ihre Aktivität hätten verlagern können, wenn die Kinder erwachsen waren." (178/249)

Hinzu kam, nach den Ergebnissen einer amerikanischen Befragung ³⁾, daß innerhalb des Familienzusammenhangs,

insbesondere von Arbeiterfamilien, die Altersstruktur und die Zahl der erwerbsfähigen Personen durch die unmittelbaren Folgen des Krieges, dessen Lasten die vornehmlich aus den unterprivilegierten Klassen und Schichten stammenden Teile der Bevölkerung zu tragen hatten, verändert wurde: 28 % der Familienmitglieder standen in einem Arbeitsverhältnis; 30 % waren Erwachsene im erwerbsfähigen Alter, die aber ohne Arbeitsplatz waren; 10 % waren Erwachsene, die zur Arbeit nicht oder nicht mehr fähig waren und schließlich 32 % waren Familienmitglieder im nicht-erwerbsfähigen Alter.

Trotz des gesellschaftlichen Frauenüberschusses betrug die Zahl der männlichen Arbeitskräfte innerhalb der Familie 63 %; 53 % der Arbeitskräfte waren zum Zeitpunkt der Erhebung über 40 Jahre alt. Das durchschnittliche Familieneinkommen betrug wöchentlich RM 35.- bei einer Lohnspanne von RM 14.- bis RM 59.- . (vgl. D 36/Report 4 vom 25.3.46)

Entsprechende Daten über die demographischen Verhältnisse lieferte die erste Volkszählung nach dem Krieg, die am 29. Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen stattfand. ⁴⁾

Bei einer in der Zeit von 1946 - 1949 bedingt durch den Flüchtlingszustrom ständig wachsenden Bevölkerung war eine bedeutende Veränderung ihres Altersaufbaus ⁵⁾ festzustellen, bei dem die Gruppe der "20- bis unter 45-jährigen durch die blutigen Verluste des letzten Krieges" (162/40) am stärksten betroffen war. Die Zahl dieser Altersgruppe - der Kern des erwerbsfähigen Alters - war trotz einer Zuwanderungsrate von über einer Million kleiner als 1939:

"Im Jahre 1946 betrug

im Alter von Jahren	die Zahl Männer	der Frauen	der Frauenüberschuß Zahl	%
20b. unter 25	1517734	2740351	1222617	80.6
25 " 30	1252702	2270810	1018108	81.3
30 " 35	1540565	2647476	1106911	71.9
35 " 40	1989011	3073643	1084632	54.5
40 " 45	2299223	2927546	628323	27.3
20 " 45	8599235	13659826	5060591	58.8

Insgesamt fehlten unter der 20 bis unter 45 Jahre alten Bevölkerung 5 Millionen Männer. Dieser Fehlbetrag ist in vollem Umfange auf die Kriegseinwirkungen zurückzuführen (...)." (162/45)

Besonderes Gewicht hatte in diesem Zusammenhang auch der Frauenüberschuß in der Bevölkerung. Gegenüber einem durchschnittlichen Verhältnis von 1000 : 1045 im Jahre 1939 hatte sich das Übergewicht der weiblichen Bevölkerung nach 1945 stark erweitert; das durchschnittliche Verhältnis betrug im Gebiet der drei Westzonen 1000 : 1260 bei geringen Abweichungen in den einzelnen Zonen (in der sowjetischen Zone betrug das Verhältnis 1000 : 1346). (vgl. 162/37) In der Gesamtbevölkerung entsprach dies einem nominalen Anteil von 28.527.837 (44.3 %) Männern und 35.929.652 (55.7 %) Frauen.

Die Ergebnisse der Volkszählung von 1946 stellen dazu hinsichtlich der Gruppe der 20- bis 45-jährigen fest:

"Es betrug im Jahre 1946:

die Zahl der Männer im Alter von 20 bis unter 50 Jahren	10.778.189
die Zahl der Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren	<u>16.152.797</u>
der Frauenüberschuß	5.374.608

Danach fehlten für insgesamt 5.37 Millionen oder rund ein Drittel aller Frauen im gebärfähigen Alter die Männer." (162/45) Und: "Unter den 20- bis 40-jährigen

Erwerbsfähigen waren 63.0 v.H. Frauen. Auf 1000 männliche kamen 1.704 weibliche dieses Alters. Insgesamt waren 58.1 v.H. der erwerbsfähigen Bevölkerung weiblich." (162/47)

Ergänzend muß angeführt werden, daß 28.3 % der Gesamtbevölkerung 45 bis 70 Jahre alt waren und die Zahl der unter 20-jährigen, insbesondere die Altersgruppe der 6 - 14-jährigen erheblich (gegenüber 1939 um 36.1 %) zugenommen hatte. Dies war im wesentlichen auf Zuwanderungen zurückzuführen. (vgl. 162/44)

Die Bearbeiter der Volkszählung von 1946 waren die Militärregierungen der Besatzungszonen bei übergreifender vierzonaler Zusammenarbeit und Beteiligung bestehender Planungsbehörden unter deutscher Verwaltung.⁶⁾ Die Bestandsaufnahme und Registrierung der Bevölkerung diente in erster Linie Verwaltungszwecken; es handelte sich um die Erfassung des demographischen Materials als Voraussetzung staatlicher Planung.

Die Auswirkungen der Ergebnisse auf die politische Entwicklung einerseits und die Entwicklung der Familienstrukturen andererseits waren abzusehen. Vorrangig war in den Untersuchungen die Funktion der Familie im Zusammenhang mit den Produktionsbedingungen, d.h. die Erhebung des materiellen Lebenszusammenhangs der Familie als Eingriffsmöglichkeit des Staates zur Steuerung. Um die gesellschaftlichen und politischen Strukturen zu stabilisieren, mußte eine Familienpolitik (in erster Linie materielle Hilfen) und schließlich auch eine Familienpädagogik vorrangig die Familienstrukturen stabilisieren, als Grundlage geordneter gesellschaftlicher Verhältnisse.

Gerade im Bereich der Familienverhältnisse - unter Be-

rücksichtigung der sie bestimmenden demographischen Bedingungen - lassen sich die Möglichkeiten, die der Reproduktionszyklus der Nachkriegszeit insbesondere auf ökonomischer und staatlich-politischer Ebene enthielt, erfassen.

In der besonderen Alltagssituation dieser Jahre - der Zerrüttung ⁷⁾ und Zerstörung, der Rückbezogenheit der Familien auf die unmittelbaren Lebens- (und Überlebens)interessen und die Zuflucht zu religiösen Formen der Gegenwartsbewältigung, die fehlenden oder zusammengebrochenen gesellschaftlichen und politischen Bezugspunkte - konnte sich der politische Überbau der Gesellschaft ohne Berücksichtigung eines gewissen Legitimierungszwanges gegenüber der Bevölkerung entfalten. Bei den ersten übergeordneten deutschen Verwaltungsinstanzen handelte es sich um von den Militärbehörden eingesetzte Funktionsträger, die allein gegenüber den Besatzungsbehörden verantwortlich waren. Die Wiederherstellung eines politischen Gefüges auf regionaler oder Landesebene, später auf gesamtstaatlicher Ebene war Produkt der Politik der Besatzungsmächte und ihres Verständnisses von Demokratie unter Heranziehung eines deutschen Verwaltungspersonals, das zum Kern der ehemaligen Parteienstruktur der Weimarer Republik und der Widerstandsbewegungen gegen das faschistische System gehörte ⁸⁾ und deren Interessen weitgehend jenen der Besatzungsmächte entsprachen.

Die Restitution des politisch-staatlichen Apparates in deutscher Verantwortung vollzog sich demzufolge - und dies lag gewissermaßen in der Logik der Nachkriegsentwicklung auf dem Gebiet der drei Westzonen - oberhalb der und abgehoben von der materiellen Organisation der Lebensverhältnisse im gesellschaftlichen "Mikrobereich".⁹⁾ Wurzbacher vermerkt dazu in den Ergebnissen seiner zi-

tierten Studie die für die Reproduktionsfähigkeit der politisch-gesellschaftlichen Strukturen positiven Merkmale der Familienverhältnisse folgendermaßen:

"So wächst eine Familienform aus dem gesellschaftlichen Wandel heraus, die entwicklungsoffen ist und - wie die Mehrzahl der untersuchten Familien beweist - auch gerade in der Kriegs- und Nachkriegszeit als erstaunlich elastisch, belastungs- und wandlungsfähig erwiesen hat." (178/245-246) Und, dies sei angefügt, sie konnte sich andererseits nur auf der Grundlage dieser Distanz in der Weise vollziehen, wie sich rückblickend die Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse im Zeitraum der Nachkriegsentwicklung vollzogen hat.

Das Vakuum füllten die ideologischen Herrschaftsapparate als intermediäre Instanzen zwischen Besatzungspolitik, politischer Herrschaft unter deutscher Verantwortung und den von diesem Prozeß ausgeschlossenen Klassen und Schichten der Bevölkerung. Wie wir in den folgenden Abschnitten sehen werden, handelte es sich dabei um die Dominanz kapitalistischer Klassen- und Herrschaftsinteressen und die Ausschaltung von Organisations- und Aktionsformen innerhalb der Arbeiterbewegung, die diesen Interessen nicht entsprachen.

7. Zur Funktion der 'Ideologischen Staatsapparate'
in der Phase der Reorganisation bürgerlich-
parlamentarischer Demokratie 1945 bis 1947

7.1 Der politische Apparat

Die Ausübung der Staatsmacht lag während der Zeit der Besetzung und endgültig mit der Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde am 8.5.1945 in den Händen der vier Besatzungsmächte. ¹⁾ Formal sollte nach dem Potsdamer Abkommen (Juni 1945) der Alliierte Kontrollrat in Berlin die zentrale Koordinierungsinstanz für die Politik der vier Alliierten sein, doch in der Realität zeigten sich schnell deren unterschiedliche Auffassungen und ihre praktisch-politischen Auswirkungen in den einzelnen Besatzungszonen. "Aus den Verwaltungspraktiken und der Realisierung politischer Grundsätze läßt sich mit ziemlicher Sicherheit schließen, daß die amerikanischen (und alliierten) Interessen in bestimmten entscheidenden Fragen den Vorrang vor demokratischen Idealen hatten. Der Freiheitsspielraum, dessen sich die Deutschen erfreuten, ging im Grunde nur so weit, als die deutsche Politik mit den alliierten Interessen hinreichend übereinstimmte und die Alliierten deswegen nicht eingzugreifen brauchten." (109/293)

Frühzeitig begannen alle Militärregierungen in ihren Zonen Parteien zuzulassen und deutsche Stellen mit der Verwaltung zu beauftragen. Bis zu den ersten Wahlen wurde das jeweilige deutsche Führungspersonal von den Militärbehörden eingesetzt; in den Westzonen griffen die Besatzungsmächte auf Politiker und Verwaltungsbeamte zu-

rück, die bereits in der Weimarer Republik ähnliche Funktionen ausgeübt hatten und/oder durch ihren aktiven oder passiven Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime bekannt waren.²⁾

Auf die lokal und regional aufrechterhaltenen Gemeinde- und Kreisstrukturen konnten sich die alliierten Truppen während der Besetzungszeit³⁾ stützen; das übliche Vorgehen war dabei, daß sie die Bürgermeister und Landräte ernannten und diese dann die Personen für die nachgeordneten Stellen vorschlugen. Zwar existierten Parteien offiziell noch nicht, doch rekrutierten sich die deutschen Verwaltungsstäbe aus Politikern und Beamten, zwischen denen ein enger politischer oder persönlicher Kontakt bestand. Die Notwendigkeit, geordnete lokale Verwaltungsstrukturen so früh wie möglich aufzubauen führte allerdings auch zu Widersprüchen bei den politischen Zielsetzungen der Besatzungsmächte, die sie nicht aufzulösen vermochten, da eine generelle Verwaltung allein durch das Personal der Besatzungsbehörden bei aller Planung und Zentralisation im Bereich des Unmöglichen lag. "The pressing needs of the moment called for a speedy restoration of orderly local administration. On the other hand, one of the major Allied objectives was denazification. It proved very difficult to reconcile the two. If trained local officials were kept from office because of their Nazi taint, there would be a great shortage of qualified personnel. But if existing administrations were retained without purging, there would be no denazification as a first step toward democracy." (139/65)

Der Charakter der Gemeindeverwaltung in den einzelnen Zonen und Ländern während der Besetzungszeit und darüber hinaus entsprach den unterschiedlichen Auffassungen der Besatzungsmächte. So orientierte sich die britische

Militärregierung an der Deutschen Gemeindeordnung (DGO; nationalsozialistisches Gesetz von 1936): "What the British did was to take this DGO (...) of 1936, 'denazify' it, and rewrite the constitutional section as so to give complete supremacy to the council; they then re-issued it, with most of the technical sections untouched, as a Military Government Ordinance in April 1946."

(97/82) In der französischen Zone ließ die Entwicklung lokaler Verwaltungsinstanzen länger auf sich warten wegen der strikten Kontrolle der französischen Militärregierung in allen Fragen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Die ersten Gemeindewahlen fanden jedoch zum selben Zeitpunkt wie in der britischen Zone statt.

Dem Aufbau der Verwaltungen entsprachen in den einzelnen Zonen auch die Gliederungen der Exekutivorgane, wie der Polizei: In der amerikanischen Zone wurde ein den Bürgermeistern zugeordnetes städtisches Polizeisystem neben der Existenz einer Landesgendarmerie aufgebaut; in der britischen Zone gab es Polizeidistrikte entsprechend den Regierungsbezirken und Städten über 100.000 Einwohnern, und die Verantwortung lag beim Innenminister des Landes; schließlich wurde in der französischen Zone mit wenigen Ausnahmen eine Organisation der Polizei auf Landesebene (nach französischem Vorbild) entwickelt. (vgl. 139/403 ff.)

Die an vielen Orten gegründeten Antifaschistischen Ausschüsse, die eine Gemeindeselbstverwaltung auf neuer real-demokratischer Grundlage darstellten, wurden bereits kurz nach der Kapitulation, als die Besatzungsbehörden auch juristisch die Staatsmacht übernahmen, verboten. ⁴⁾

Parteien wurden in allen Zonen Ende des Jahres 1945

zugelassen. In der britischen Zone, deren Militärbehörden eng mit den größtenteils aus englischer Emigration zurückkehrenden Führern der Sozialdemokratie kooperierten, wurden Parteien zuerst auf Kreis-, bald darauf auf Zonenbasis am 14.9.1945 zugelassen. Bereits drei Wochen später am 5.10.1945 fand in Hannover der erste Zonentag der SPD statt.⁵⁾

In der amerikanischen Zone wurde die Bildung politischer Parteien Mitte August 1945 auf Kreisebene genehmigt. Ende Oktober 1945 bestanden z.B. in Bayern auf Kreisebene 45 Organisationen, die 10 verschiedene Parteien repräsentierten; 18 dieser Gruppen waren SPD-, 14 KPD-, 4 CSU-Organisationen.⁶⁾ In Württemberg-Baden und Großhessen entwickelte sich die Parteienlandschaft entsprechend. "In Ludwigsburg (Württemberg-Baden), a short-lived unified Workers Party was dissolved at the end of October, mainly, it appears, because of the opposition of older Social Democratic leaders." (D 34/ Oktober 1945)

In der französischen Zone wurden Parteien zwar auch im Dezember 1945 zugelassen, doch die praktische Durchführung dieser Direktive und damit die offene Parteiarbeit konnte erst im Frühjahr 1946 beginnen, zu einem Zeitpunkt, als in der amerikanischen Zone die ersten Kommunalwahlen schon beendet waren. Die Gründe für die Verzögerung lagen u.a. in der Schwierigkeit, die Kommunikation untereinander aufrecht zu erhalten. Neben der durch die Zerstörung von Eisenbahnlinien noch verschlechterten Infrastruktur der Zone waren es vor allem die Reisebeschränkungen, die durch die Militärregierung ausgesprochen wurden.⁷⁾

Interzonale Kontakte der örtlichen, regionalen oder zonalen Parteiorganisationen waren u.a. durch die zonalen Parteikonferenzen möglich, an denen Vertreter der

entsprechenden Organisation aus anderen Zonen teilnehmen konnten. Die SPD in der britischen Zone führte eine solche Konferenz am 5./6.10.1945 in Hannover durch, die KPD Großhessens am 3./4.11.1945 in Frankfurt und die Liberal-Demokratischen Gruppen in der britischen Zone am 20.11.1945 in Dortmund. Die christlichen Parteigruppen, nicht ganz so stark zergliedert wie die Liberaldemokraten, kontaktierten sich in kleinem Rahmen zuerst am 21.10.1945 auf einem Treffen der Vorsitzenden der CDU Großhessens. Ende November wurde bekannt, "that ambitions plans were being laid for a national conference of Christian Democratic Union leaders to be held at Bad Godesberg (British Zone) on 14, 15 and 16.December. If this meeting occurs as planned and is attendid by leaders from all zones, it will doubtless have great significance for the future of this potentially powerful center political grouping." (D 35/Functional Report Political Activity 11/45) Das Treffen fand zum angegebenen Zeitpunkt in Bad Godesberg statt.

Dieser Prozeß des Herstellens von zonalen und interzonalen Kontakten, des Wettlaufs um nicht nur innerparteiliche Positionen und der Verständigung über die programmatischen Ziele und die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung verlief "hinter den Kulissen" - und er konnte so verlaufen aufgrund der materiellen Notsituation, in der sich die Bevölkerung befand."As in previous months, political activity is principally confined to the circles of those ideologically or materially interested in devoted most of their time to it. The public continues to be politically apathetic with a few signs of a revival of political thinking. The time-consuming effort required merely to keep alive and to prepare for the coming winter leaves few hours and little energy for other activities. Impressed by the persecution of anti-Nazi party activists

under Hitler, and by the prosecution of Nazis today, many now prefer to stay clear of all parties." (D 34/ Oktober 1945)

7.1.1 Die Positionen der Parteien

Das Parteienspektrum in den ersten Nachkriegsjahren war vielfältig, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Zulassungspraxis. Die vier bedeutenden Organisationen bildeten sich, soweit sie nicht schon mit einigermaßen festen Parteistrukturen bestanden, im Laufe der ersten Nachkriegsjahre heraus: SPD, CDU, KPD und FDP; sie waren bei den Verfassungsverhandlungen und Regierungsbildungen sowie in den untergeordneten Verwaltungspositionen beteiligt.⁸⁾ Die programmatischen Ziele der Parteien hatten eine gemeinsame Grundlage: die Forderung nach Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, nach einem politischen Aufbau auf der Basis eines Rechtsstaates und wirtschaftlicher Planung des Neuaufbaus.⁹⁾

Während die KPD eine enge Zusammenarbeit mit allen Parteien anstrebte (die Einheitsfront aller demokratisch-antifaschistischen Parteien) und hinsichtlich des wirtschaftlichen Aufbaus geradezu bürgerliche Vorstellungen entwickelte, indem sie die "völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums" (90/18) forderte¹⁰⁾, formulierte die SPD eine kämpferische Politik: "Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft! (...) In dieser entscheidenden Stunde ist es wiederum die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse, Trägerin des Staatsgedankens zu sein: einer neuen antifaschistisch-demokratischen Republik!" (90/17-18) Die nationale

Einheit Deutschlands sollte gewahrt bleiben. 11)

Die wirtschaftspolitischen Forderungen der SPD konzentrierten sich auf "Verstaatlichung der Banken, Versicherungsunternehmen und Bodenschätze (...), der Bergwerke und der Energiewirtschaft (...)." (90/19) Eine Zusammenarbeit mit der KPD, die an vielen Orten gewünscht und praktiziert wurde, lehnte die Parteiführung in den Westzonen strikt ab. 12)

Die CDU, vorerst noch ein Zusammenschluß einzelner christlicher Parteien mit diesem Namen oder unter anderen Bezeichnungen (wie z.B. die CDP Rheinland-Westfalen) und die CSU in Bayern bekannten sich zur Demokratie auf der Grundlage eines föderalistischen Staatswesens; wirtschaftspolitisch wurde innerhalb der CDU in der britischen Zone in der Anfangsphase sogar noch die Abkehr vom Kapitalismus und die Hinwendung zu einem Sozialismus aus christlicher Verantwortung beschworen. (vgl. 104) Im Ahlener Programm von 1947 wurde der Sozialisierungsgedanke formuliert, allerdings hier schon beschränkt auf die Montan-, Eisen-, und Stahlindustrie im Ruhrgebiet. Die Formulierung dieses Gedankens ist aber u.E. eher als Reaktion auf die Situation in der britischen Zone zurückzuführen und weniger als programmatische Zielsetzung zu verstehen, die Ausdruck des Parteiwillens ist. Als pragmatische Forderung formulierte er einen 'point of no return', da sowohl die britischen Behörden wie auch die Gewerkschaften und die Betriebsräte der betroffenen Firmen wenn nicht an der Sozialisierung, so doch an der paritätischen Mitbestimmung festhalten wollten. Zum anderen entsprach die Forderung den Interessen der Unternehmer, die nur über das Zugeständnis der Mitbestimmung die Verfügungsgewalt über ihre Industrien behalten konnten. Insofern ist auch die Formulierung des Ahlener Programms Ausdruck des Willens zur Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses.

Das Zentrum, in der Weimarer Republik die christliche Partei, hatte nach dem Krieg keine Funktion mehr. Sowohl die katholische Kirche als auch die christlichen Politiker der neu entstandenen Gruppen lehnten eine politische Organisation in der neugegründeten Zentrums-partei ab. Einigungsversuche zwischen CDU und Zentrum blieben erfolglos: in der Folge führte nicht nur die CDU den politischen Kampf gegen das Zentrum; auch die katholischen Bischöfe polemisierten gegen diese Partei, die sich noch eine Zeitlang als Oppositionspartei, teilweise im Bündnis mit der SPD halten konnte, schließlich aber immer mehr an Bedeutung verlor.

Die Freien Demokraten setzten sich aus den unterschiedlichsten liberalen Strömungen zusammen, "je nachdem ihre Mitglieder mehr aus der früheren Demokratischen Partei stammten, wie in Württemberg oder mehr aus der früheren Deutschen Volkspartei, wie in den meisten anderen Ländern, wo vielfach Demokraten schon vor 1933 und dann wieder nach 1945 zur SPD übergetreten waren." (72/285) In den wirtschaftspolitischen Forderungen orientierten sie sich an dem liberalen Gedanken des 'freien Spiels der Kräfte'; sie waren von Anfang an, stärker noch als die CDU, grundsätzlich gegen jede Sozialisierungsabsicht. ¹³⁾

Die amerikanischen Besatzungsbehörden führten ab November 1945 samples über die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der politischen Entwicklung und den Parteien durch. Bestätigten die Berichte der westzonalen Militärregierungen und die Ausführungen über die Familienbeziehungen (s.w.o.) bereits die apathische Haltung der Bevölkerung gegenüber der Politik und dem politischen Engagement, so zeichnete sich in den Befragungen eine diese Situation noch verstärkende Tendenz ab. Im Report über die Ergebnisse der Studie heißt

es: "Local officials of the German government have continued to lose the confidence of their people. In August, 1946, a plurality (42%) of the public thought the officials were doing 'good' or a 'very good' job. Only half as many (22%) give the same credit in October 1947. Meanwhile, the number thinking the job done is 'poor' has risen from 6% to 20%. The most common reply has become 'fair' instead of 'good' or 'very good'.

Asked: 'Do you think the officials in the local German government work, in general, for the good of the community or primarily for their own interests?' a steady loss of favor has been observed. In 1945, six in ten (62%) thought the job done was for the good of the community. In late 1947, less than half the public (45%) replied similarly. The number thinking the job done is primarily a selfish one has risen from 12% to 42%. One major criticism of German officials has been their seeming inaction in response to the food crisis. (...)

Less in confidence in the Americans is also observed. Asked: 'Do you think that the Americans have furthered or hindered the reconstruction of Germany?' seven in ten (70%) felt that good effects had been felt (November, 1945). In August, 1947, less than half the public (44%) answered similarly. Those who see bad effects from the American work in Germany have increased more than four times (from 7% to 32%)."
(D 36/Report 86)

Drückt sich in den Ergebnissen einerseits eine wachsende Distanz zu den Regierenden aus, die im Durchschnitt nicht in der Lage waren, die materielle Not zu lindern (zeitweise wurden pro Tag durchschnittlich nur rd. 1000 Kalorien pro Kopf der Bevölkerung verteilt; im Durchschnitt des Untersuchungszeitraums waren es ca. 1.500 Kalorien/Tag)¹⁴⁾, so sehen wir andererseits in dieser Haltung die Basis für die Möglichkeiten der Politiker, sich in den staatlichen Strukturen einzurichten, da eine Bewegung von 'unten', die kollektiv die eigenen Angelegenheiten selbst organisiert, nicht existierte.¹⁵⁾

7.1.2 Politik(er) "der ersten Stunde"

Wir dürfen bei dieser Betrachtung allerdings nicht außer

acht lassen, daß in den ersten Monaten nach Kriegsende die "Politiker der ersten Stunde" von den Militärregierungen in ihre Stellungen eingesetzt wurden. Die Auswahlmodi bei diesem Verfahren haben wir weiter oben bereits genannt.

In der amerikanischen Zone Württembergs wurde der ehemalige Landrat R.Maier (Liberaldemokrat) zum Regierungschef ernannt. Über ihn wurde Th. Heuß schließlich Mitglied der Landesregierung als Kultusminister. Der Vorschlag zu kam vom Gebietskommandanten der Militärregierung, Oberst Dawson, und Maier war sehr erfreut darüber, seinen eigenen Parteifreund, ohne ihn selbst vorschlagen zu müssen, in diese Stellung gebracht zu sehen. (D 1)

Die Besetzung der nachgeordneten Stellen war dann eine Frage von Verhandlungen mit politischen Freunden, anderen Parteien und der Rücksichtnahme auf individuelle Interessen. Dabei ging es weniger um die fachlichen Voraussetzungen oder politische Vergangenheiten; im Vordergrund der Kommunikation untereinander standen verwaltungsstrukturelle Fragen, die z.B. in Württemberg noch durch die Probleme zwischen der französischen und der US-Regierung hinsichtlich der Teilung und Behandlung des Südwestlandes eine Nuancierung erhielten.¹⁶⁾ So schrieb Haußmann an Heuß am 28.8.1945: "Landesdirektor Dr. Karl Schmid habe ich inzwischen wiederholt auch persönlich kennen gelernt und kenne seine Wünsche. Er ist bereit, unter Dir als zweiter Mann möglichst mit der Dienstbezeichnung "Landesdirektor" tätig zu bleiben. Er könnte auch sonst wertvolle Dienste leisten, die in Hinsicht auf Süd-Württemberg und seine Stellung bei den Franzosen von Bedeutung sind." (D 2) ¹⁷⁾

Aber auch nach den Entscheidungen und Kompromissen über die Besetzung von entscheidenden und nachgeordneten

Stellen innerhalb des staatlichen Apparats, die weitgehend auf informellen Kontakten beruhten und zuerst zum Ziel hatten, die Strukturen zu konstituieren, gab es noch Kompetenzprobleme. So sah sich Anfang 1947 das Kultusministerium Württembergs in der amerikanischen Zone auf Veranlassung der Militärregierung dazu genötigt, eine Anordnung betreffend den Verkehr mit Militärregierung und Länderrat zu veröffentlichen, in der es heißt: "Bei der Besprechung der Ministerialdirektoren vom 14.1.1947 wurde von Staatssekretär Gögler darauf hingewiesen, daß beim Verkehr mit der Militärregierung unhaltbare Zustände entstanden seien, die auch von der Militärregierung beanstandet werden. Es gehe nicht an, daß ein wilder Verkehr zur Militärregierung stattfinde und so angebliche Entscheidungen und Zustimmungen von Sachbearbeitern der Militärregierung eingeholt würden. (...) Es wurde als Aufgabe der Ministerialdirektoren bezeichnet, den bestimmungswidrigen Verkehr mit der Militärregierung zu beseitigen und Ordnung zu schaffen." (D 30)

Die demokratische Legitimation für politisches Handeln holten sich die Politiker und Parteien bei den Wahlen, die in der Folge zu Umschichtungen innerhalb des staatlichen Apparates führten, je nachdem, welche Partei oder Parteien aus den Wahlen als Sieger hervorgegangen war. Absprachen zwischen den Parteien oder einzelnen Kandidaten waren dabei an der Tagesordnung.¹⁸⁾ Auch wenn Spitzenpolitiker aus dem Amt schieden, um sich auf andere Aufgaben zu konzentrieren, fielen sie doch nicht auf die Ebene zurück, die im Rahmen der Nachkriegsverhältnisse eine bevorzugte Behandlung verhinderte.¹⁹⁾ Insofern trifft auch zu, was R.Maier über die Politiker und ihre Positionen, die sie im Gefüge der staatlichen Instanzen besetzt halten, schrieb: "Es ist ein Märchen, daß die Politiker 'kleben'. Sie werden in ihren Posi-

tionen festgehalten, weil ein innerer Kreis sie braucht und nicht auf sie verzichtet." (140/334)

Je mehr sich die wirtschaftliche und politische Situation stabilisierte ²⁰⁾ und immer stärker Formen einer separaten Entwicklung der Westzonen zu einem Staatsgebilde annahm, desto weniger waren die bürgerlichen Parteien und die SPD bereit, die KPD an der Verantwortung zu beteiligen. ²¹⁾ Eines der Hauptaugenmerke auch in den Kontakten mit den Militärregierungen legten sie darauf, die Vertreter der KPD aus den Verwaltungspositionen auszuschalten. Bei einer internen Besprechung mit General Clay am 8.4.1948, an der u.a. Erhard (VWG), Kaisen/Bremen (SPD), Stock, Hessen (SPD), Maier (FDP) und Roßmann teilnahmen, formulierte Maier zur Methode des Vorgehens, daß man die Kommunisten aus den kleinen Positionen ausschalten müsse; die Ausschaltung aus den großen Posten könne taktisch hintangestellt werden, da sie nur im Interesse der KPD läge. (D 10) ²²⁾

Die Frage der Herstellung der staatlichen und wirtschaftlichen Einheit der Westzonen war nur noch eine Frage der Zeit. Die Differenzen, die auf der Moskauer und Londoner Konferenz der Außenminister 1947 hinsichtlich der Behandlung Deutschlands zwischen den Alliierten sichtbar wurden, wurden von den Parteien der Westzonen (außer der KPD) aufgegriffen. Im Wirtschaftsrat des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes" und in den späteren Instanzen der Tri-Zone, bildeten sich die Vorstellungen heraus, die die Entwicklung in Deutschland bestimmen sollten. ²³⁾ Am 19.12.1947 informierte der Geschäftsführer der Liberal-Demokratischen Partei Großhessens, Euler, Th. Heuß: "Im Hauptausschuß des Wirtschaftsrates kamen die Parteien in Abwesenheit der KPD überein, den Präsidenten zur Vertretung folgender Linie in den bevorstehenden Gesprächen mit den Generalen Clay und Robertson

zu ermächtigen: Ausbau der Westzonenverwaltung in der Hoffnung, daß die französische Zone hinzutritt, um ein leistungsfähiges System zu schaffen, das unerläßlich erscheint, wenn wir prosperieren wollen; ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament (...); Umbildung des Exekutivrates, der sich in seiner jetzigen Funktion als Quelle ewiger Mißverständnisse und Hemmungen erwiesen hat, zu einem bundesratsähnlichen Länderrat (...); Vermehrung der Direktoren (...) und Herstellung eines kabinettähnlichen Zusammenhangs zwischen ihnen; Erweiterung der Vollmachten und Befugnisse für den deutschen Apparat und Starthilfe statt Alimentationshilfe. Bei alledem Ablehnung endgültiger Tatbestände, kein westdeutscher Staat, kein Sonderfrieden, Entwicklung der Westzonen zum Magneten der gesamtdeutschen Entwicklung. Ich wollte nicht verabsäumt haben, Sie hiervon zu unterrichten, da ich annehme, daß die Weiterentwicklung tatsächlich stark in der vorgezeichneten Richtung gehen wird." (D 5)

Die Rolle des bi-zonalen Wirtschaftsrats hatte neben seiner Funktion als entscheidendes Element auf dem Weg zur Bildung eines Weststaates noch eine andere wesentliche Bedeutung, die auch eine Zäsur in den Strukturen des politischen Apparats der Nachkriegszeit darstellt. Im Hinblick auf die Entwicklung zur staatlichen Einheit der Westzonen "bildete er nur ein - allerdings wichtiges - Glied in einer Kette vorbereitender Ereignisse. Eine wirkliche Zäsur war die Errichtung eines quasi bizonalen Parlaments vielmehr insofern, als die Länderregierungen allmählich aus ihrer hervorgehobenen Position verdrängt wurden. An ihre Stelle traten sukzessiv die zentralen Parteiorganisationen." (105/134) 24)

7.1.3 Staatsrechtliche Positionen

Staatsrechtliche Überlegungen zum Besatzungsrecht und über die Formen und Formen und Funktionen, die sich daraus für Teilbereiche des Rechts und der Verwaltung ergeben, konzentrierten sich auf westdeutscher Seite auf den Erhalt einer staatlichen Einheit, deren Grundlage die Rechtsprinzipien der bürgerlichen Demokratie sein sollten. Die Überlegungen der Rechtsexperten gingen unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen davon aus, daß die staatliche Einheit Deutschlands trotz des Zusammenbruchs von 1945 weiterbestehe, da die deutsche Staatsgewalt "zwar nicht der Substanz, wohl aber der Ausübung nach auf die Besatzungsmächte übergegangen" (112/81) sei.

Es ist wichtig, hier die näheren Unterscheidungen der juristischen Begrifflichkeit zu erläutern, um den Charakter der juristischen Pragmatik, die diese Überlegungen unter aller Abstraktion von den gesellschaftlichen und politischen Implikationen kennzeichnet, zu verdeutlichen. Der Begriff des Staats teilt sich hier in den des Staatsgebiets und des Staatsvolkes einerseits und den der Staatsgewalt andererseits. Nach dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung bestanden demgemäß Staatsgebiet und Staatsvolk weiterhin, waren aber in ihrem Bestand gefährdet (aufgrund der unklaren Behandlung Deutschlands seitens der Siegermächte und der möglichen Folgen von Friedensverhandlungen, wie z.B. Gebietsabtretungen etc.), während die Staatsgewalt - juristisch "seit Inhaftierung der Regierung Dönitz" (!) (112/80) - keinen deutschen Träger mehr hatte und auf den Kontrollrat und die Zonenbefehlshaber übergegangen war. Dabei waren dem Kontrollrat die gesamtdeutschen Angelegenheiten übertragen (die frühere Reichskompetenz), wohingegen die

Zonenbefehlshaber "im Rahmen der den deutschen Ländern durch die Weimarer Verfassung zugewiesenen konkurrierenden Kompetenz zonales oder territoriales Recht" (112/94) zu setzen befugt waren.

Ganz im Sinne des skizzierten juristischen Kausalzusammenhangs und der darin enthaltenen Kontinuität der Rechtsetzung, wurde die Besatzungsgewalt der Alliierten zwar als Fremdherrschaft über den besiegten Feindstaat aufgefaßt, aber als Fremdherrschaft, die "treuhänderisch gebunden" (vgl.131) war. Daß die Besatzungsmächte ihre juristische "Treuhändertätigkeit" über Gebühr strapazierten, insbesondere was die Substanz der staatlichen und juristischen Grundsätze betraf, erregte den Zorn zumindest einiger Staatsrechtler: "Diese Eingriffe (der Besatzungsbehörden, J.R.) in das Wirtschaftsleben, die weder vor den technischen und geistigen Grundlagen der Produktion, noch auch vor den Dienstleistungen von Personen haltmachen, deren Kenntnisse und Erfahrungen für die Alliierten von Nutzen sein können, haben keinen Vorgang in der Geschichte. Sie gehen auch weit über den Demilitarisierungszweck hinaus und können aus allgemeinen rechtlichen Grundsätzen nicht gerechtfertigt werden.(...) Das gleiche gilt für die Aufhebung des Schutzes der deutschen Patente und Warenzeichen. Nach Artikel 45 der (Haager) Landkriegsordnung gehört das Privateigentum zu den Gütern, die sogar im Kriege geschützt werden müssen (...)." (131/63)

Drückt sich hierin die Berufung auf die Substanz bürgerlichen Rechts aus, so bestand andererseits kein Zweifel daran, daß die auf den Prinzipien des Schutzes des Privateigentums beruhende rechtliche Willens- und Handlungsfestigkeit Deutschlands durch die Formulierung gültiger Rechtsprinzipien erlangt werden könne. 25)

Unter Berufung auf das deutsche Beamtentum, das "wegen seiner Sachkenntnis, seiner Pflichttreue und seiner Integrität in der ganzen Welt bekannt gewesen (ist) und (...) diesen Ruf nach der Säuberung seines Bestandes aus eigenen Kräften bald wiedergewonnen haben (wird)" (131/28) konzentrierten sich die Überlegungen auf die Form und die Stabilität der zu erreichenden staatlichen Einheit. Die Begründung klingt wie Hohn angesichts der Folgen, die die gerühmte Pflichttreue und Integrität des deutschen Beamtentums in der Zeit des Faschismus gehabt hatte ²⁶⁾ und entsprach und entspricht nur dem substantiellen Charakter der Kontinuität des Rechtsdenkens. ²⁷⁾

Das Hauptproblem aber bei der Wiedererlangung der staatlich-politischen Einheit lag staatsrechtlich gesehen in der Schaffung einer neuen, demokratischen Verfassung, denn "der Zusammenbruch von 1945 hat nicht zur Staatsvernichtung, sondern nur zu einer Verfassungsvernichtung geführt" (112/75); nur wenn der Zustand der Verfassungslosigkeit zum Dauerzustand würde, drohte auch die staatliche Einheit zur Fiktion zu werden. Die Diskussion konzentrierte sich früh auf demokratische Verfassungsinhalte, in und quer durch die Parteien und insbesondere in den Länderregierungen als erste staatliche Gewalten in deutscher Verantwortung, denen die Überwindung des verfassungslosen Zustandes und damit die staatsrechtliche "Neuordnung" übertragen war. ²⁸⁾ Die Verfassungsprinzipien, wie sie später von der "provisorischen" verfassungsgebenden Versammlung des Parlamentarischen Rates vereinbart und niedergelegt wurden, sind aus der Substanz der zu diesem Zeitpunkt existierenden Länderverfassungen entnommen, was nicht zuletzt - auch unter dem Einfluß des (amerikanisch bestimmten) Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprogramms ~~zur~~ föderalistischen politischen Einheit des neuen Staatsgebildes führte. ²⁹⁾ Im übrigen handelte es sich um Wiedereinsetzung Weimarer Rechts.

Über demokratische, bürgerlich-liberale Verfassungsprinzipien, die im besonderen durch die Formulierung der Verpflichtung auf die Demokratie zur Abwehr "gewaltstaatlicher Tendenzen", wie sie während des nationalsozialistischen Regimes erlebt wurden, geprägt ist, schrieb bereits der Staatsrechtler A. Weber an den damaligen württembergischen Kultusminister Heuß:

"(...) mir scheint jetzt, daß die Länderverfassungen von zunehmender Wichtigkeit werden bei der zweifelhaften Qualität, die der künftigen Reichsverfassung zukommen wird. Ich würde folgendes für wesentlich halten: Erstens: Betontere Durcharbeitung der Grundrechte. Möglichst wenig deklamatorische Konfessionen. (...) Zweitens: 'Widerstandsrechte und Widerstandspflichten' der Bevölkerung und ebenso der Beamten. In dem hessischen Entwurf angeführt, aber viel zu schwach. Es muß eine Verpflichtung des persönlichen Handelns gegen jede zugemutete oder bekannt werdende verfassungswidrige Handlung statuiert werden. Mit einem Rechtsweg und einer Sicherung gegen Nachteile, die daraus erwachsen könnten. Dazu ist als Instanz nötig ein Staatsgerichtshof, dem ausdrücklich der rechtliche Schutz der Verfassung anvertraut ist. Drittens: Das Beamtentum. Seine Auslese und Leitung wird im wesentlichen in den Händen der Staaten (Länder) liegen. (...) Der hessische Entwurf verlangt mit Recht Verpflichtung auf Demokratie. Aber es ist wie gesagt auch eine Pflicht des Handelns anzufügen." Und er fügte hinzu: "Aber auch eine Kontrolle der Integrität! Ich weiß aus Erfahrung: es war da schon zur Weimarer Zeit gegenüber der Großindustrie nicht alles sauber." (D 3)

Die Absicht, die in diesen Formulierungen enthalten ist, entspricht der liberalen Grundhaltung des am formalen amerikanischen Demokratieverständnis orientierten Bürgers in der subjektiv ehrlichen Absicht, dies sei unterstellt,

gewaltherrschaftliche Tendenzen abzuwehren. Die Ausführungen abstrahieren jedoch - Grundzug der rechtlichen Ideologie, insbesondere ihrer liberalen Variante - von den gesellschaftlichen Verhältnissen, die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln basieren. Nichtsdestoweniger sind sie - und das zeigt die Praxis, die auf diesen (inhaltlich in den Länderverfassungen und später im Grundgesetz wiederkehrenden) Prinzipien seit ihres Bestehens beruht - wirksamer (weil begrifflich wie inhaltlich strapazierbarer) zur Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Verhältnisse und politischer Strukturen durch die judikative und exekutive Staatsgewalt.

Eine andere Variante wurde - von anderer Seite - im Rahmen verfassungsrechtlicher Überlegungen im Zusammenhang mit der Formulierung eines zukünftigen Besatzungsstatuts vertreten.³⁰⁾ Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung sollte - unter den Bedingungen der Besatzung - auch die Möglichkeit der Verhängung des Belagerungszustandes geschaffen werden: "Massendemonstrationen, Ausschreitungen, aufrührerische Unternehmungen gegen die eigene Regierung des besetzten Landes oder gegen bestimmte wirtschaftliche oder soziale Gruppen, sowie Störungen, die auf Naturkatastrophen, Unglücksfälle usw. zurückzuführen sind, können indirekt die militärische Sicherheit der Besatzungstruppen beeinträchtigen. In solchen Fällen einer Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung hat die Besatzungsmacht das Recht, die notwendigen polizeilichen Sicherungsmaßnahmen zu treffen, falls die Lage von den deutschen Polizeiorganen nicht allein bewältigt werden kann. (...) Nehmen die Störungen einen erheblichen Umfang an, so kann die Besatzungsmacht den Belagerungszustand (...) verhängen." (112/197) Besondere politische Trauer um rechtlich präzise Eingriffsmöglichkeiten in die Klassenkampfsituation ergriff den Autor - und er konnte und

mußte wohl aus politischen Gründen die Zeit des Faschismus in Deutschland negieren: "Es wird hier übrigens der Nachteil deutlich, der darin liegt, daß es in Deutschland seit 1918 kein formalisiertes Recht des Belagerungszustandes mehr gibt. Sonst könnte gefordert werden, daß sich der von den Besatzungsmächten verhängte Belagerungszustand im Rahmen der entsprechenden deutschen Bestimmungen bewegt." (112/198)

Auf der Grundlage der veränderten politischen Situation seit den alliierten Konferenzen des Jahres 1947 entwickelte sich die Diskussion über juristische und staatsrechtliche Probleme in einem zukünftigen demokratischen Staatswesen vehement.³¹⁾ Eine Grundforderung, nämlich die rasche Wiedererlangung der staatlichen Souveränität auf verfassungsrechtlicher Grundlage, bekräftigte in der Vorstellung des zeitlichen und räumlichen Geltungsbezugs die Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung und der politisch-militärischen Zielsetzung seitens der westlichen Alliierten wie ihrer Verbündeten auf deutscher Seite: "Soweit es gegenwärtig nicht möglich ist, diese Grundsätze im gesamten Deutschland zur Anwendung zu bringen, müßten sie jedenfalls für die drei westlichen Besatzungszonen gelten." (112/191)

Sehr früh und mit klarer Zielsetzung, die aus den Rechtsverhältnissen der Weimarer Republik hergeleitet war, hatte sich so auf der Ebene des juristischen Überbaus die Entwicklung zu einem Staatswesen auf dem Gebiet der drei Westzonen vollzogen. Juristisch gab es keine "Tendenzwende", auch nicht den Ansprüchen nach. Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurde konsequent ausgeklammert - oder anders gesagt: Juristisch begann man dort - unter bürgerlich-demokratischen Zielsetzungen und mit Außerkraftsetzung nationalsozialistischer Rechts,

soweit Gleichheits- und Freiheitsrechte verletzt waren - wo man aufgehört hatte; die Kontinuität des Rechts und der gesetz-geberischen Normierung der in der Substanz unveränderten gesellschaftlichen Verhältnisse wurde gewahrt. ³²⁾

7.2 Der gewerkschaftliche Apparat

Wir werden im folgenden ausschließlich die Tendenzen und Entwicklungslinien innerhalb der Gewerkschaftsbewegung darstellen, soweit sie für den Reproduktionsprozeß der Nachkriegszeit relevant waren. Daraus ergeben sich nicht nur Beschränkungen hinsichtlich des Rekrutierungsfeldes; die verbandspolitischen Entwicklungen und Orientierungen auf seiten berufs- oder fachverbandlicher Organisationen sind in den einzelnen Abschnitten berücksichtigt.

Die Einzeldarstellung aus dem Bereich der Gewerkschaftsbewegung ist u.E. deshalb erforderlich und berechtigt, weil sie direkt die Problematik innerhalb der Arbeiterbewegung betrifft. Das heißt nicht, daß der Aspekt des Klassenkampfes in den anderen Bereichen nicht anwesend sei, doch hat er dort eine organisationsspezifische und gebrochene Qualität, mit Ausnahme und gewissen Einschränkungen auf dem Gebiet des Sports (siehe Abschnitt 7.5.5 der vorliegenden Arbeit).

Einschränkungen ergeben sich notwendig auch bei der Betrachtung der inneren Widersprüche der Gewerkschaftsbewegung, soweit es Fragen der gewerkschaftlichen Neuordnung und -orientierung betrifft. Wir haben deshalb in erster Linie nicht jene Tendenzen nachgezeichnet, die die Möglichkeiten formulierten, sondern jene, die sich schließlich durchsetzten - und aufgrund der Zersplitterung der Arbeiterbewegung und der materiellen Situation durchsetzen konnten.

7.2.1 Die Ausgangslage

Die Situation nach dem Zusammenbruch des faschistischen Staates bedeutete zugleich einen Bruch mit den Formen des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und der Handlungsmöglichkeiten, sowohl in bezug auf die Weimarer Republik (Richtungsgewerkschaften) als auch mit der nationalsozialistischen Zwangsorganisation, der DAF (Deutsche Arbeitsfront). ¹⁾ Zudem veränderten sich in der Nachkriegssituation die Bedingungen und Merkmale des Arbeitsmarktes und der Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten.

Die große Zahl von Kriegstoten, Schwerverwundeten, Kriegsversehrten und -gefangenen veränderte die Struktur des Arbeitspotentials in der Nachkriegszeit ebenso wie die Zerschlagung des faschistischen 'Sklavenpotentials', das vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes 1947 ökonomisch "nüchtern" (d.h. nach den Erfordernissen eines Ausgleichs des Arbeitskräftemangels) als "Wegfall der Ausländerbeschäftigung in der Landwirtschaft, Bau- und Baustoffindustrie namentlich im Straßen- und Gleisbau und sonstigen Tiefbau, im Bergbau, bei Hilfsarbeiten aller Art" (D 32) bezeichnet wurde. Der Zugang von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten des Reiches hat diesen "Abgang" und "Wegfall" von Arbeitskräften volkswirtschaftlich nicht ausgeglichen, weder nach der beruflichen Gliederung noch nach der Altersgliederung der in den Bereich der Westzonen zugewanderten Bevölkerungsteile.

Andererseits orientierten sich die Bedürfnisse in erster Linie an den elementaren Notwendigkeiten. Eine Studie des Sozialpolitischen Ausschusses des Länderrates der

amerikanischen Zone, die für General Clay 1947 erstellt wurde, vermerkt als besondere Merkmale der Lage auf dem Arbeitsmarkt die folgenden Tatbestände, die die Situation der Arbeiter und ihre individuellen Lösungsmöglichkeiten verdeutlichen:

"Zunehmende Minderung der physischen Leistungskräfte durch Ernährungsmangel und einseitige Ernährung, beschränkte Anwendung (...) des Zulagensystems für die Arbeiter, weil deren Familien mangels eigener Zulagekarten an den Ernährungszulagen der Arbeiter teilnehmen; verminderte Wochenarbeitszeit unter 48 Stunden als Folge geringer physischer Leistungsfähigkeit, vermehrte Fehlzeiten durch erhöhten Krankenstand zur Beischaffung von Lebensmitteln (...), soweit nicht gewerbliche Lohnarbeit überhaupt unmöglich ist (...); Mangel an Arbeitsbekleidung und Schuhwerk; Mangel an Gebrauchsgütern (...); Mangel an Wohnraum; Verschlechterung des Berufsverkehrs, teils Verteuerung desselben; Schere von Lohn und Preis bei bestehendem Lohnstop, Wunsch auf Wechsel des Arbeitsplatzes aus sozialen Gründen, (...); psychologische Auswirkung von Warenmangel und schwacher Kaufkraft des Arbeiters, sonderlich in Erwartung einer Währungsregulierung, die seine Spareinlagen gefährdet." (D 32)

In dieser Situation bildeten sich örtlich und regional Gewerkschaftsorganisationen, die von den Besatzungsbehörden als Basis zur Vermittlung des Demokratiegedankens gefördert wurden. Die Zahl der Anträge auf Bildung von Gewerkschaftsorganisationen nahm in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch ständig zu. (vgl. D 35 / Functional Report Manpower) 1947 betrug die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder in allen Besatzungszonen 8 Millionen bei einer im Arbeitsprozeß stehenden Bevölkerung von 27 Millionen. Aufgrund der Industriestruktur des Westzonengebietes hatte die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Zone den größten Aufschwung und, gefördert durch die Politik der

britischen Militärregierung die besten Bedingungen für eine schnelle Zentralisierung der Kräfte. Allerdings brachte das Wachstum der gewerkschaftlichen Organisation auch Probleme in bezug auf die Funktionen der Gewerkschaftsbewegung mit sich, da mit der Direktive Nr.14 des Kontrollrates vom 12.Oktober 1945 (vgl. 74/159-160) der Lohnstop, der bereits zur Zeit des Faschismus eingeführt worden war, beibehalten wurde; dieser Umstand erschwerte es vor allem, Lohntarife und Arbeitsbedingungen kollektiv auszuhandeln. "Außerdem war die Lohnfestsetzung durch freies Verhandeln ohne staatliche Einmischung in Deutschland unbekannt, wo sich schon lange vor 1933 ein gesetzlich verankertes Schlichtungswesen gebildet hatte. Die Gewerkschaften waren daran gewöhnt gewesen, sich auf dem Wege über Schiedsgutachten staatliche Unterstützung zu sichern, selbst wenn vorher zwischen den Tarifvertragspartnern Einigung erzielt worden war." (69/366)

Die Besatzungsbehörden verweigerten jedoch ihre Zustimmung, den Gewerkschaften über deren Beteiligung bei der Entnazifizierung oder provisorischen Kontrollorganen der Kohle- und Stahlindustrie hinaus, weitergehende Rechte in anderen Sektoren des staatlichen Bereichs einzuräumen.²⁾ "Deutscherseits sind die Gründe für dieses Zögern nicht immer verstanden worden, und die Folge war eine gewisse Widerspenstigkeit gegenüber den britischen und amerikanischen Kontrollbehörden." (69/367)³⁾

7.2.2 Der Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen

Die unterschiedlichen Auffassungen der westlichen Besatzungsmächte manifestierten sich auch hinsichtlich der Rekonstitution der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Eine interzonale Zusammenarbeit der Gewerkschaftsorganisationen war dadurch in den ersten beiden Jahren der Nachkriegszeit erschwert. "Ein großer Mangel war, daß lange Zeit kein Kontakt unter den Kollegen und zwischen den einzelnen Orten und Bezirken hergestellt werden konnte. Das Fehlen jeglicher Verbindung führte dazu, daß in jedem Ort und Bezirk nach eigenen Maximen gearbeitet wurde, und deshalb unterschiedliche Organisations- und Verwaltungsformen entstanden." (D 45/12) ⁴⁾

Während in der französischen Zone der Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen - wie in allen anderen Bereichen - unter strikter Kontrolle und Reglementierung der Militärbehörden stand (der Aufbau von Organisationen auf der Basis von Industriezweigen wurde erst Ende September genehmigt), erlaubte die amerikanische Militärregierung die Bildung von Gewerkschaftsorganisationen nach dezentralistischen Gesichtspunkten, was ihrer Politik auch in anderen Bereichen entsprach. Zudem genehmigte sie Zusammenschlüsse nur, soweit diese sich auf Länderebene beschränkten. Die gewerkschaftliche Dezentralisierungspolitik und das in dieser Zone gehandhabte Verfahren, den Schwerpunkt der Organisation auf sogenannte Betriebsgewerkschaften zu legen hatte zur Folge, daß in der amerikanischen Zone rund 1.400 einzelne Gewerkschaften entstanden (vgl. 69/365) - eine Situation, die die Zersplitterung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung unter den Bedingungen der Nachkriegszeit nur verstärkte.

Erste "Vertrauensleute-Wahlen"⁵⁾ wurden in der amerikanischen Zone bereits im August/September 1945 durchgeführt und die Beteiligung an diesen Wahlen zeigte das elementare Interesse der Arbeiter an einer wirksamen Vertretung zur Verteidigung ihrer Rechte. (vgl. D 35 / Functional Report Manpower, October 1945 / 9)

Die Erwartungen der amerikanischen Militärregierung, daß die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften zu den Trägern demokratischer Gedanken und Verhaltensmuster in der deutschen Nachkriegsgesellschaft gehören sollten, wurden durch Umfragen bestätigt: "That unions may serve as a medium for the inculcation of democratic ideals and practices in German life is indicated from the results of opinion polls in Darmstadt. A sampling of union and non-union workers in that city shows union members to be less sympathetic toward Nazi ideas, less inclined to oppose denazification measures, than the population as a whole. Strongest pro-Nazi sentiments were revealed to linger among former white-collar workers." (D 35/Functional Report Manpower, October 1945/8)

Daß die Orientierung auf demokratische Verhaltensweisen weniger auf die Selbstbestimmung über die künftigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen zielte als auf die formal-demokratischen Vorstellungen der Amerikaner zeigt die mißtrauische Duldung von Bestrebungen, die auf eine Verstaatlichung einzelner Wirtschaftszweige zielten, solange diese nur verbal geäußert wurden. Mit Genugtuung stellte das amerikanische Militärgouvernement fest, daß die Mehrheit der Gewerkschafter in der amerikanischen Zone nicht "radikal" sei und sich an den westlichen Demokratien orientiere. "A surprising minority group of unionists is attracted by certain authoritarian features of a government controlled economy. Nevertheless their conception of free trade unions is more democratic than that of the rest of the population and, therefore, the workers remain one of the few promising bases for strengthening democratic patterns." (D 36/Report 11) ⁶⁾

Die für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung bedeutendsten und nachhaltigsten Entwicklungen, sowohl was die

organisatorischen Formen als auch die Formulierung der wirtschaftspolitischen und funktionsspezifischen Ziele und nicht zuletzt die personellen Konsequenzen betrifft, vollzogen sich jedoch in der britischen Zone; nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Stärke dieser Zone und der Ballung von Industriezentren im Ruhrgebiet.

Die britische Militärregierung war daran interessiert, daß sich starke Gewerkschaften auf der Ebene von Industriezweigen bildeten. Das entsprach der Zielsetzung der zu diesem Zeitpunkt in Großbritannien regierenden Labour-Party - und auch den vorwiegend aus englischem Exil zurückkehrenden sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführern. Zwar gab es innerhalb der britischen Zone noch regionale Unterschiede in den Auffassungen über den zu beschreitenden Weg des Wiederaufbaues; so tendierte man in Hamburg zur allgemeinen Arbeitergewerkschaft unter Ausschluß von Angestellten und Beamten, für die spezielle Organisationen vorgesehen waren, und im Raum Hannover zur allgemeinen Gewerkschaft auf örtlicher Basis -, doch setzte sich im Verlauf der Diskussionen und Verhandlungen zwischen Funktionären der örtlichen und regionalen Gewerkschaftsgruppen die Tendenz zur Industriegewerkschaft durch. ⁷⁾

Bereits im Oktober 1946 signalisierten die britischen Militärbehörden ihre Bereitschaft, die Genehmigung zur Errichtung einer zonalen Organisation zu erteilen.

"Damit war das Signal für das Anlaufen einer Entwicklung gegeben, durch die allmählich die verschiedenen Industriegewerkschaften in der britischen Zone zu zwölf Gruppen zusammenschmolzen. Sieht man von den öffentlichen Diensten und vom Verkehr ab (wo die Eisenbahnarbeiter auf eine eigene Gewerkschaft drängten), fand der Prozeß im April 1947 seinen Abschluß. In diesem Monat fand in Bielefeld der erste voll konstituierte Kongreß statt, der die

Satzungen der zonalen Organisation, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), billigte und den Vorstand wählte." (69/364) Bereits kurz nach der Erklärung der Militärbehörde fand im November 1946 in Bielefeld eine Zonenkonferenz statt und bald darauf auch eine bizonale Zusammenkunft, auf der der Wille zum Zusammenschluß in einer Organisation zum Ausdruck kam. Zonale Verbandsgründungen erfolgten in der ersten Hälfte des Jahres 1947.⁸⁾

Die Entwicklung zum DGB verlief nicht ohne Widersprüche, sowohl bei den britischen Militärbehörden als auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere die Angestelltengewerkschaften widersetzten sich den Einheitsbestrebungen und der Schaffung einer Organisationsform, die den höchsten Wirkungsgrad versprach. Trotz der auf der Bielefelder Gewerkschaftskonferenz vom August 1946 verabschiedeten Entschließung wurden seitens der Angestelltengewerkschaften keine Schritte in Richtung auf einen Bund unternommen. Vielmehr verstärkten sie ihre Bemühungen, sich berufsspezifisch zu organisieren und konstituierten sich zur Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) der britischen Zone.⁹⁾ In dieser Haltung offenbarte sich, wie stark die Differenzen zwischen Arbeitervertretern und Angestelltenvertretern waren und daß insbesondere die letzteren ihre vermeintlichen Sonderinteressen in einem besonderen Verband organisieren wollten, trotz der Zugeständnisse, die sie zuvor den Industriegewerkschaften gegeben hatten.

7.2.3 Gewerkschaftliche Orientierungen

Die Zielsetzungen der Gewerkschaftsvertreter in den ersten Nachkriegsjahren waren kämpferisch formuliert und

drückten den Willen zu einem umfassenden Neubeginn aus:

"Das wertvollste Kapital, über das wir heute verfügen, ist die Arbeitskraft. Als Sachwalter dieser Arbeitskraft aller Arbeitnehmer hat die Gewerkschaft das Recht und die sittliche Pflicht, bei dem Neuaufbau der deutschen Wirtschaft mitzuwirken und mitzubestimmen. Deshalb fordern wir auch die Umformung der bisherigen Industrie- und Handelskammern wie auch der Handwerkskammern in paritätisch besetzte Wirtschaftskammern und Einflußnahme auf ihre Verwaltung, auf den Produktionsapparat und auf die Güterverteilung. Die ablehnende Haltung der bisher dominierenden Kräfte darf uns nicht abschrecken. Um so eindringlicher wollen wir unseren Standpunkt vertreten und laut und vernehmlich verkünden, daß die Gewerkschaften keine bloßen Zuschauer bei der wirtschaftlichen Neugestaltung sein wollen." (D 45)

Die Grenzen der Realisierung lagen jedoch dort, wo weitgehende Rechte, vor allem hinsichtlich der Neuordnung der Wirtschaftsstruktur und der wirtschaftspolitischen Ziele, in die Zuständigkeit der übergeordneten Wirtschaftsbehörden fielen, also z.B. das Zentralamt für Wirtschaft der britischen Zone oder der Wirtschaftsrat des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes", die gleichermaßen ihre Tätigkeit mit den Besatzungsbehörden koordinierten.

Über die Selbstbeschränkungen der Gewerkschaftsführung - nicht nur als Anpassung an die reale wirtschaftliche Entwicklung jener Zeit, sondern weil sie mehrheitlich in einer solchen Tradition stand - geben bereits die ersten grundsätzlichen Formulierungen bezüglich des zu erreichenden Zieles Auskunft. Dieses Ziel hieß Wirtschaftsdemokratie - eine alte, bereits im ersten Weltkrieg erhobene Forderung der Sozialdemokratie - und die Form, in der dieses Ziel erreicht werden sollte, hieß paritätische Mitbestimmung. Beispielhaft für die dominante gewerkschaftliche Orientierung ist der folgende Auszug aus einer Rede Hans Böcklers, des späteren ersten DGB-Vorsitzenden, die er auf der 1. Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone im März in Hannover gehalten hat. Er führt

aus: "Der Kapitalismus liegt in seinen letzten Zügen. Er ist im Augenblick aktionsunfähig. Die Probleme, mit denen wir uns als Gewerkschaften heute abgeben, sind Ernährungslage, Wohnungsbau, Wiederaufbau, Siedlungswesen, vor allem soziale Betreuung unserer Kollegen. Wir sind heute der Volksgesamtheit verantwortlich gemacht. Ich erinnere an das ungeheure Maß von Arbeit, das uns erwartet auf dem Gebiet der geistigen Umstellung des gesamten deutschen Volkes, auf dem Gebiet der Jugenderziehung und Jugendbetreuung. Mit dem Umfang unserer neuen Aufgaben wechselt für uns auch die Notwendigkeit, uns rechtzeitig darauf vorzubereiten. (...)

Ich sprach von den totalen Niederbruch unserer Wirtschaft, von der Notwendigkeit nicht eines Wiederaufbaues, sondern eines vollständigen Neuaufbaues. Handelt es sich um einen vollständigen Neuaufbau, so sind die Voraussetzungen dafür neue Wirtschaftsformen, die wir ja nicht erst jetzt sehen, sondern die zu finden wir seit Jahrzehnten bemüht waren. Welches aber sollen die Formen sein? Verstaatlichung auf der ganzen Linie? Genossenschaftliche Betriebsform? Alle diese Dinge beschäftigen uns. Wir kamen bis jetzt zu keinen Lösungen. Eines steht fest, allergrößter Einfluß der Arbeitnehmer auf die Wirtschaft muß sein. Politische Demokratie, die wir anstreben, für die wir durch Jahrzehnte geblutet haben, hat zur Voraussetzung wirtschaftliche Demokratie. (...)

Also Einflußnahme auf die Wirtschaft in einem Ausmaß, wie das des vorhandenen Gegenspielers. (...)

Und nun komme ich zu den für uns eigentlich entscheidend gewesenen Gedanken, als wir uns für die Zusammenfassung aller Kräfte in einer einzigen Organisation aussprachen. Wir sagten uns: unsere Wirtschaft ist zurzeit todkrank, und sie wird krank bleiben für lange Zeit. Wir haben nicht mehr den alten Klassengegner uns gegenüber. Wie wird sich unter solchen Verhältnissen und bei solcher Wirtschaftsverfassung künftig die Ordnung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abspielen? (...)

Gesetzt den Fall, wir kontrollieren maßgebend die ganze Wirtschaft; können wir Forderungen formulieren, Verhandlungen pflegen und schließlich zum Streik oder Aussperrung greifen? Das wird doch kaum möglich, ja nicht notwendig sein. (...)

Was liegt nun näher als die Lösung, die Ordnung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dem Wege der möglichst großen Einflußnahme auf die Wirtschaft zu suchen? Wenn eine solche Einflußnahme auf die Wirtschaft in dem von uns gewünschten nötigen Umfange geschehen soll, braucht es dazu eine alle Kräfte umfassende Organisation." (D 44)

Die in diesem Text enthaltenen Aussagen drücken die Illusion aus über die bestehenden Kräfteverhältnisse in der deutschen Nachkriegsgesellschaft und zugleich die Absicht, die Kontinuität des gewerkschaftlichen Kampfes zu wahren als Versuch, die Ziele, die in der Zeit vor dem Faschismus nicht verwirklicht werden konnten, in der so verstandenen "Nullpunkt"-Situation realisieren zu können.

Es waren vor allem Illusionen über die "Befreiung" - und die Förderung der Gewerkschaftsbewegung durch die Besatzungsbehörden gab dieser Illusion Nahrung. Aber weder lag der Kapitalismus in seinen letzten Zügen, noch war er aktionsunfähig - die Widersprüche hatten sich nur auf eine andere Ebene verlagert und nahmen neue Gestalt an; die Besatzer kamen-- und sie betonten es ausdrücklich - nicht als Befreier. Sie handelten aus der Verteidigerposition heraus und forcierten den Gegenangriff zur Abwehr der politischen und militärischen, und d.h. potentiell wirtschaftlichen Expansion des faschistischen Deutschland und intervenierten, wo ihre eigenen Interessensphären bedroht waren. Ihr Interesse lag nicht darin, die kapitalistische Wirtschaftsstruktur zu zerschlagen (mit Ausnahme der Sowjetunion), sondern sie zu schwächen. ¹⁰⁾

Im Grunde stellt Böckler in seiner Ausführung dies auch in Rechnung, soweit man seine Schlußfolgerungen einer genauen Betrachtung unterzieht. So sind u.E. seine Fragestellungen zur Verstaatlichung und zum Genossenschaftswesen rhetorischer Art ¹¹⁾, er geht in keiner Weise auf die Möglichkeiten ein, sondern wendet sich gleich darauf der "Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie" zu. Wirtschaftsdemokratie heißt, so Böckler, "Einflußnahme auf die Wirtschaft in einem Ausmaß wie das des vorhandenen Gegenspielers". In der Situation, in der der Kapitalismus aktionsunfähig ist, ja in den letzten Zügen liegt, gewinnt die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie allerdings die

Qualität eines Wiederbelebungsversuches jener Strukturen, die die Entrechtung der lohnabhängig Beschäftigten hervorbringen; oder - die polemische Zuspitzung sei erlaubt - man schafft sich den Gegner, um die eigene Praxis legitimieren zu können.¹²⁾

Der Gründungskongreß des DGB (1. Bundeskongress des DGB in der britischen Zone) im April 1947 bedeutet nur noch einen Schlußpunkt unter eine Entwicklung. Kontroversen wurden nicht ausgetragen, sondern vertagt. Neben vielen Grußadressen und Erklärungen der Militärregierung und deutschen Stellen, die ihre Zufriedenheit über die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung ausdrückten, ging es vor allem um die Diskussion und Beschlußfassung über die Aufgaben des Bundes.¹³⁾

Ein französischer Beitrag zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg beschreibt den Charakter des DGB, unter besonderer Berücksichtigung der Mitbestimmungsforderung¹⁴⁾ als bürokratische Organisation, die, weit davon entfernt, den Kapitalismus empfindlich treffen zu wollen, die Teilhabe an der ökonomischen Macht des Kapitals anstrebt. "Ce syndicalisme se conforme, en somme, aux traditions qui ont été les siennes depuis le début du XIX^e siècle. Habitué à recevoir plus qu'à conquérir, il voit dans le corps patronal une autorité respectable, une sorte d'Obrigkeit qui veille sur les intérêts des exécutants, du monde des employés et ouvriers. (...) La direction du D.G.B. pratique d'ailleurs le même paternalisme semi-autoritaire à l'égard des travailleurs. Sa lourde bureaucratie pèse sur la masse ouvrière, en renforce la docilité et la capacité de résignation." (168/340-341)

Dieselben Entwicklungstendenzen hat Schiefer bereits in einem Vortrag auf dem 8. Soziologentag der DGS am 20.9.46

in Frankfurt/M. nicht minder folgenreich positiv (d.h. im Sinne der wirtschaftspolitischen Notwendigkeit jener Zeit) formuliert: "Im Anfang waren sie (die Gewerkschaften, J.R.) neuartige Beziehungsgebilde mit einer gänzlich fremden und feindlichen Umwelt: Feind war der Staat, Feinde waren die Arbeitgeberverbände, die kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen, die bürgerlichen Kultur- und Parteiorganisationen. Sie forderten die Gewerkschaften zum Widerstand heraus, zur Abwehr der Vernichtungsabsichten ihrer Gegner und formten sie zu Kampfgebilden mit in der Regel abbauenden und zerstörenden Wirkungen (...). In ihrer zweiten Entwicklungsperiode seit der Jahrhundertwende und insbesondere in der Zeit nach dem ersten Weltkriege bis zu ihrer Auflösung, nahmen sie Fühlung mit ihrer feindlichen Umwelt auf, näherten sich ihr und paßten sich an. (...) In ihrer Hauptepoche, deren Beginn sich ankündigt, drängt ihre soziale Bestimmung sie zur Angleichung, Vereinigung und Durchdringung mit dem Staat, der Wirtschaft und Gesellschaft; sie beginnen aufbauende, verbindende und integrierende Beziehungsgebilde mit kulturgestaltenden Aufgaben zu werden." (158/22-24)

Die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen und die Orientierungen der Gewerkschaftsführung in den ersten Nachkriegsjahren zeigen, daß die Gewerkschaften nicht erst nach Konsolidierung der ökonomischen Struktur und mit der Entwicklung der Bundesrepublik Kampfpositionen räumten oder verlassen mußten, sondern sich bereits in den Anfängen den eigenen Handlungsrahmen begrenzten. Damit haben sie, entsprechend den Zielen besonders der amerikanischen, aber auch der britischen Militärregierung zur Reproduktion des gesellschaftlichen Verhältnisses auf der Grundlage der politischen und ökonomischen Restitution des Kapitalverhältnisses nicht unwesentlich

beigetragen. Die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung wurde allerdings - mit Ausnahme des Montanbereichs - nicht erreicht. Sie gehörte auch in den Bereich der Logik besonders der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Der Logik des Kapitals entsprachen zu diesem Zeitpunkt andere Formen, von denen die späteren Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes von 1952, denen heftige Kämpfe zwischen den Gewerkschaften und dem Staat vorausgingen, nur ein spätes Beispiel waren. 15)

7.3 Der schulische Apparat

Der Neuaufbau des Schulwesens gehörte zu den wichtigsten Aufgaben im Zusammenhang mit der Stabilisierung der zerbrochenen Strukturen und der Bemühungen um die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft. Die Bulletins und Reports der Militärregierungen geben übereinstimmend Auskunft über die Situation insbesondere der Jugend, die allein Versuchen sei es der Militärbehörden, deutscher Stellen oder der Kirchen und Gewerkschaften, sie in eine stabile Struktur einzugliedern, verschlossen, apathisch und mißtrauisch gegenüberstand.¹⁾ Der Bruch, der sich mit dem Ende der totalen Vereinnahmung der Jugend durch die Politik des nationalsozialistischen Regimes und des Wertsystems, in dem die Jugend - abgeschirmt von äußeren Einflüssen - erzogen wurde, offenbarte, wirkte lange nach, d.h. über die Rekonstruktionsphase hinaus bis in die Gegenwart. Der Grund liegt nicht darin, daß eine Änderung des Wertsystems und der gesellschaftlichen Normen nicht akzeptiert wurde oder neue Verhaltensweisen und Einstellungen durch ein Umerziehungsprogramm nicht realisiert werden konnten; u.E. ist dies nicht der Punkt, denn: die inhaltliche Neuorientierung fand, soweit man darunter auch eine Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit und ihrer Folgen versteht, nicht oder nur in geringem Umfange statt. Reformansätze, die es überall gab (vor allem in der britischen Zone und von der Sozialdemokratie ausgehend), konnten entweder aufgrund fehlender Zustimmung nicht durchgesetzt werden, blieben auf die Durchführung in engen Grenzen beschränkt oder ihre Konzeption wurde geändert infolge der realpolitischen Entwicklung. "Ohne die 1945 zweifellos demoralisierten, physisch und psychisch entkräfteten und primär an der Erhaltung ihrer

selbst, und d.h. auch der Arbeitsplätze, interessierten Massen in ihrer Qualität als potentiell "revolutionäres Subjekt" zu überschätzen, ist doch festzuhalten, daß seinerzeit im Produktions- wie im Reproduktionsbereich sich eine Vielzahl von Basis-Initiativen regten, die durch restriktive Maßnahmen der Besatzungsmächte oder ihrer deutschen Beauftragten nicht zur Entfaltung kamen." (102/30)

Das Feld beherrschten die Kräfte, die unter Hintansetzung der Bildungsfunktion der Schule ihre Erziehungsfunktion in den Vordergrund der Auseinandersetzung stellten.

Die Schulen waren während der Besetzung geschlossen. Auf Kontrollratsbeschuß sollten die Grundschulen zum 1. Oktober 1945 wieder ihren Betrieb aufnehmen.

7.3.1 Die Entwicklung in der französischen Zone

In der französischen Besatzungszone wurden detaillierte Programme über die Umerziehungspolitik und die Gestaltung des Schulwesens erst nach der Besetzung entwickelt, da Frankreich erst nach der Konferenz von Jalta (Februar 1945) an der alliierten Besatzungspolitik teilnahm. Die grundsätzliche Zielsetzung, d.h. die Liquidierung nationalsozialistischen Gedankengutes und Erziehung zu neuen Wertvorstellungen und Verhaltensmustern bei umfassender Kontrolle der strukturellen Veränderungen im deutschen Schulwesen, war hazu identisch mit jenen in den beiden anderen westlichen Besatzungszonen.

Bereits mit dem Aufbau einer zentralen Landesverwaltung ab Juni 1945 wurden deutsche Stellen in den Entschei-

dungsprozess über den Wiederaufbau des Schulwesens einbezogen.²⁾ Allerdings kennzeichnet die Situation in der französischen Zone bis zum Inkrafttreten des Besatzungsstatuts (21.9.1949), daß die französische Militärregierung von ihrem Weisungsrecht gegenüber der deutschen Verwaltung hinsichtlich des Schulwesens ausgiebig Gebrauch machte. Das betrifft in erster Linie Fragen der Lehrerbildung, die nach dem Vorbild der französischen Ecole Nationale gegliedert werden und die bis dahin bestehenden konfessionell getrennten Lehrerbildungsanstalten ablösen sollte. Die beabsichtigte Reform des Abiturs und der Versuch, die Humanistischen Gymnasien des Landes aufzulösen, scheiterte allerdings am Widerstand der Kirchen, woraufhin die Militärregierung ihre Weisung, das Humanistische Gymnasium als Schulform abzuschaffen, zwar nicht zurücknahm, aber auch nichts gegen die Nichtbeachtung dieser Weisung unternahm. (vgl. 176/29 f.) Die Auseinandersetzung um die Schulreform in der französischen Zone läßt sich am Beispiel der Politik, die in Württemberg-Hohenzollern verfolgt wurde, verdeutlichen. Insbesondere gibt dieses Beispiel Aufschlüsse über die Kräfteverhältnisse.

Die schulpolitischen Vorstellungen der SPD, die weitgehend auch von der KPD unterstützt³⁾ wurden, gingen davon aus, daß eine Wiederherstellung der schulorganisatorischen Verhältnisse der Weimarer Zeit zu verhindern sei und nur eine relative Transparenz der unterschiedlichen Schulformen zur Demokratisierung im Bildungswesen führen könne (Chancengleichheit). Insbesondere wurde die Errichtung von Bekenntnisschulen strikt abgelehnt; vielmehr sollten die kirchlichen Vorstellungen bezüglich des Umfangs und der Gestaltung des Religionsunterrichts in der interkonfessionellen Gemeinschaftsschule aufgenommen werden. Gegenüber der Politik der SPD in den beiden anderen Besatzungszonen, insbesondere der britischen,

hatte die SPD allerdings Rücksicht zu nehmen auf die Struktur des Landes Württemberg-Hohenzollern; es handelt sich hier um ein Land mit vorwiegend agrarischer Wirtschaft und einem hohen Anteil römisch-katholischer konfessioneller Bindungen in der Bevölkerung. ⁴⁾

Die CDU, die in Württemberg-Hohenzollern Anfang 1946 vorwiegend durch Angehörige der Zentrums- und christlicher Splittergruppen gegründet wurde, formulierte als Ziel die 'christliche Schule auf konfessioneller Grundlage'. Dies war bereits eine Kompromißformulierung und resultierte aus den gegensätzlichen Auffassungen der beiden Kirchen. In der schulorganisatorischen Frage orientierte sich die Partei an den Verhältnissen der Weimarer Zeit und ihre normativ-ideologischen Vorstellungen korrespondierten mit den Forderungen der Kirchen.

Die evangelische Landeskirche formulierte in ihrer schulpolitischen Forderungen 1945 u.a. zwar den Verzicht auf die Konfessionsschule, doch sollte sowohl die Auswahl der Lehrer nach dem Bekenntnisstand der Schüler als auch die Lehrerbildung an konfessionell getrennten Lehrerbildungsanstalten erfolgen. Im übrigen waren weltliche Schulen für nicht-christliche Schüler (und Lehrer) vorgesehen, sowie die Forderung, im Interesse einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche ein Mitglied der Kirchenleitung bei der Unterrichtsverwaltung einzusetzen.

Die katholische Kirche verlangte die Wiederherstellung der schulorganisatorischen Verhältnisse der Weimarer Republik unter Berufung auf das Reichskonkordat von 1933 und das Schulgesetz von 1909 (vgl. 176/43 und D 38). Katholische Volksschulen sollten wiederhergestellt werden, ebenso die konfessionellen Lehrerbildungsanstalten

und alle kirchlichen Privatschulen. Um ihre schulpolitischen Vorstellungen und Forderungen durchzusetzen, schreckten einzelne Dekanatämter mit Unterstützung durch das bischöfliche Ordinariat nicht davor zurück, die schulpolitischen Vorstellungen der SPD zu diffamieren und ihnen nationalsozialistische Tendenzen zu unterstellen. So heißt es in einem Schreiben ⁵⁾ u.a. :

"L'école nazi subsiste encore aujourd'hui sous le nom de 'Gemeinschaftsschule' ou 'Simultanschule interconfessionnelle'. Si l'on veut denazifier l'école il faut reconstituer l'école primaire dite confessionnelle, traditionnelle en Allemagne, sur tout dans l'Allemagne du Sud." (176/46)

Die jeweiligen Vorstellungen der Kirchen wurden von der Katholischen Erziehergemeinschaft und der Evangelischen Lehrergemeinschaft mit unterstützt.

In der Konstellation der ersten Nachkriegsjahre, insbesondere aber nach den Wahlsiegen der CDU in den Gemeinde- und Landtagswahlen, setzten sich die Vorstellungen der Kirchen und der christlichen Partei durch. Sie beherrschten propagandistisch und organisatorisch das Feld der schulpolitischen Entscheidungen, wobei die Zusammenarbeit zwischen Kultusverwaltung und Kirchenleitungen durch ein gut organisiertes Kommunikationssystem organisiert war:

"Die Kultusverwaltung informierte bei der Besetzung wichtiger Stellen und bei der Bestallung von Rektoren und Schulräten die Kirchenleitungen über ihre Pläne und forderte die Kirchen auch zur Abgabe eigener Vorschläge auf. Der kirchlichen Ämterpatronage waren auf diese Weise Tür und Tor geöffnet (...)." (176/116)

Die Kirchen und die Partei, die politisch ihren Interessen nahestand, konnten sich nicht zuletzt aufgrund der konfessionellen Gliederung des Landes durchsetzen. Re-

ligiöse Werte waren stark verwurzelt und dies war ein Grund für die breite Unterstützung seitens der Bevölkerung.⁶⁾

Die Durchsetzung der Wiederherstellung der Schulorganisation nach dem weimarer Vorbild, d.h. die vollständige Trennung der Schultypen und die Beibehaltung der gymnasialen Gliederung, sowie die Form des gemeinsamen Unterrichts auf christlicher Grundlage (christliche Gemeinschaftsschule) und die Lehrstellenbesetzung nach dem Bekenntnisstand der Schüler war ein Kompromiß, der die unterschiedlichen Positionen der beteiligten Akteure, einschließlich der Militärregierung, berücksichtigte. Trotz aller Konflikte zwischen den Kirchen einerseits und in ihrem Verhältnis zu den deutschen Stellen und der Militärregierung andererseits war dadurch ihre substanzielle Übereinstimmung nicht berührt. Die Schule war für alle Beteiligten auf dieser Ebene das erfolgversprechendste Instrument zur langfristigen Durchsetzung der politischen Ziele; sie war Herrschaftsinstrument. "Die Ursache dafür, daß die ursprünglich intendierte Reform des Bildungswesens fallengelassen wurde und sich die schulpolitische Restauration breitmachte, ist in der Struktur des politischen Systems zu suchen: Die schulpolitisch konservativen Kräfte, die sich schon in der Weimarer Zeit allen reformerischen Bestrebungen entgegen gestellt hatten, hatten sich nach 1945 eine überragende politische Position erworben die beiden Kirchen, religiös orientierte Verbände und die CDU als Nachfolgerin des katholischen Zentrums und des protestantischen Christlich-Sozialen Volksdienstes -, während sich die schulpolitisch progressiven Parteien und Verbände in einer politisch aussichtslosen Situation befanden. Schulpolitisch konservative Parteien und Verbände beherrschten konkurrenzlos das politische Feld und betrieben unter dem Stichwort der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts unangefochten die schulpolitische Restauration (...)." (176/124)

7.3.2 Die Entwicklung in der amerikanischen Zone

Die Entwicklung der schulpolitischen Ziele der amerikanischen Besatzungsmacht war in die politischen Vorbereitungen der US-Regierung eingebunden, die 1942 mit der Schulung von Offizieren und Zivilpersonal für die Arbeit in der Militärregierung und in zivilen Verwaltungen der zu besetzenden Gebiete begann. (vgl.78)

Die Schule wurde als bestmögliche Lehrstätte für demokratisches Verhalten und damit als eine der primären Institutionen im Rahmen des Umerziehungsprogramms betrachtet. Für die Durchführung dieses Programms wurde empfohlen, "daß nach Eliminierung der nationalsozialistischen Elemente die Vollmacht für die Umerziehung in zunehmendem Maße an solche verantwortungsvolle Deutsche übertragen wird, die sich vor allem in religiösen, intellektuellen, gewerkschaftlichen und politischen Widerstandszirkeln bewährt haben." (78/109)

Die Schulen in der amerikanischen Zone wurden ebenfalls am 1.Oktober 1945 geöffnet, zuerst die achtklassige Volksschule. Der durchschnittliche Schulbesuch lag bei 70 % der Schüler und das quantitative Lehrer-Schüler-Verhältnis war so hoch, daß ein geregelter Unterrichtsablauf nicht möglich war: es betrug durchschnittlich 1 : 84, in Bayern sogar bis 1 : 118. (vgl. D 35/Functional Report Education/September 1945) Die Situation war zurückzuführen auf den nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehenden Schulraum, vor allem aber auf die infolge der Überprüfungspraxis langsame Zulassung von Lehrpersonal. Eine große Zahl der ehemaligen Lehrer war belastet und wurde zum Unterricht wegen ihrer Mitgliedschaft in einer nationalsozialistischen Organisation nicht zugelassen oder

nach kurzer Lehrtätigkeit aus dem Schuldienst entfernt, nachdem die Mitgliedschaft bekanntgeworden war. Daß diese Situation nicht auf die ersten Monate des Wiederaufbaus des Schulwesens beschränkt blieb zeigt ein Schreiben des württembergischen Kultusministeriums an die amerikanische Militärregierung vom Februar 1947, in dem mit aller Dringlichkeit vorgeschlagen wird, eine "positive Entnazifizierung" durchzuführen, d.h. den belasteten Lehrer im Rahmen der politischen und beruflichen Weiterbildung zusammen mit den im Dienst befindlichen Lehrern zur demokratischen Neuorientierung und damit zur Möglichkeit der Wiedereinstellung zu verhelfen. (D 31) Aber "überraschenderweise" ging es "in der amerikanischen Zone, wo man die Verantwortung deutschen Ausschüssen übertragen hatte, am langsamsten voran". (69/349) Dies findet eine Erklärung u.a. in der fehlenden Absprache zwischen den einzelnen Stellen, die zur Absicherung ihrer jeweiligen Maßnahmen sich nicht untereinander verständigten, sondern sich jeweils direkt an die Militärregierung wandten. ⁷⁾

Zwar liefen die Vorstellungen der amerikanischen Behörden auf das Modell einer durchlässigen Gesamtschule hinaus (Übernahme des amerikanischen Schulsystems), doch stieß diese Überlegung auf den erheblichen Widerstand insbesondere der Kirchen und der deutschen Spezialisten in der amerikanischen Militärbehörde, die unter Hinweis auf die traditionelle, in der Kultur des Landes verankerte Schulorganisation dieses Modell ablehnten.

Die Schulreformpläne der amerikanischen Militärregierung die in Bayern auf den größten Widerstand stießen, in Württemberg infolge der Absprache zwischen den Kultusdirektionen der amerikanischen und französischen Zone nicht durchgeführt werden konnten, während sie in Hessen auf Zustimmung stießen, wurden daraufhin geändert und

auf Minimalforderungen reduziert. (vgl. 78) Unter Betonung der schulpolitischen Entwicklungslinien und der tatsächlichen Ergebnisse des Wiederaufbaus des Erziehungswesens in der amerikanischen Zone kann man feststellen, daß sich der Anteil der amerikanischen Militärregierung im Grunde auf die physische Wiederbelebung des Schulwesens beschränkte, während die schulorganisatorische und schulpolitische Ausgestaltung des Erziehungswesens in den Händen der Kultus- oder Erziehungsminister der Länder lag.

Die Politik der amerikanischen Besatzungsbehörden konzentrierte sich in der Folge auf die Herstellung internationaler Austauschverbindungen, die später bis in die 60-er Jahre hinein eines der hauptsächlichsten und wirksamsten Mittel der "Umerziehung", d.h. der Einbindung in die politische Zielsetzung der USA war. In der Direktive JCS 1779 vom 11. Juli 1947 stellte der Befehlshaber der amerikanischen Besatzungsmacht fest: "Weder sollte die kulturelle Einheit gewaltsam gebrochen werden, noch geistige Werte regionaler Tradition vernachlässigt oder geschwächt werden." (78/121)

Neben der Übernahme der Strukturen des Erziehungswesens aus der Weimarer Zeit, der Wiederverwendung von zumeist alten Lehrern aus jener Zeit, "war vor allem die Einführung von Schulbüchern aus der Weimarer Zeit mit der in ihnen herrschenden veralteten Erziehungsphilosophie und ihren undemokratischen Tendenzen ein wesentlicher Faktor" (78/128), der nicht nur das Umerziehungsprogramm in Frage stellte, sondern in dem sich auch die Tendenzen der schulpolitischen Entwicklung abzeichneten.⁸⁾

Das Umerziehungsprogramm, das beim Aufbau des Schulwesens in der amerikanischen Zone eine immer geringere Rolle spielte, erfuhr durch diese Entwicklung schließlich eine

andere Qualität: es wurde in den europäischen Rahmen eingebunden und diente der ideologischen Vorbereitung der wirtschaftspolitischen Entscheidungen, deren Realisierung sich bereits mit der Rede Außenminister Byrnes' vom September 1946 in Stuttgart abzeichnete. Die 'Schulreform' wurde aus dem Vokabular der amerikanischen Behörden gestrichen: "The types of school organization or structure, for example, are of less importance for the future of Germany and the world than what is taught, how it is taught, and by whom it is taught." (78/123)

7.3.3 Die Entwicklung in der britischen Zone

Dieselbe Entwicklung zeichnete sich auch in der britischen Zone ab, wenn auch die Auseinandersetzungen um den schulorganisatorischen Neuaufbau hier eine schärfere Form annahmen, nicht zuletzt aufgrund des Einflusses, der von seiten der Gewerkschaften und der SPD geltend gemacht werden konnte. ⁹⁾ In den organisatorischen Fragen setzte sich bei Verringerung der Schultypen insgesamt (vgl. 118) aber doch eine ähnliche Gliederung durch, wie sie bereits in der Weimarer Republik bestand; vor allem im Rheinland, wo die katholische Kirche großen Einfluß hatte, gab es - auch mit Zustimmung der Bevölkerung - eine Entwicklung zur Bekenntnisschule.

Aber unabhängig von der zu errichtenden Schulform und bestimmten Reformbestrebungen ¹⁰⁾ gab es Übereinstimmung über die inhaltlichen Grundlagen des Erziehungswesens; sowohl im Unterricht wie in der Lehrerbildung sollte die "ethische Rückbesinnung" auf das "alte Wahre" zur geistigen Krisenfestigkeit führen. ¹¹⁾

Die Frage, die sich den Lehrern stellte, drückt die Situation, in der sie sich befanden und das Bewußtseinsmäßige Verhältnis zu ihren Aufgaben deutlich aus: "Kann man für den Staat erziehen, ohne daß man einen konkreten Staat hat ?" (146) Die Verantwortung der Unterrichtsgestaltung lag zumindest in den ersten beiden Nachkriegsjahren bei den Lehrern selbst, die unter den herrschenden Verhältnissen vielfach überfordert waren. "Da man in vielen Schulen gezwungen war, einen Schichtunterricht einzuführen, erhielt ein Teil der Schüler nur zeitweise Unterricht: mitunter mußten Kinder sogar darauf warten, bis sie an die Reihe kamen, einen Bleistift zu benutzen. In den anderen Zonen sah es ähnlich aus." (69/348-349) ¹²⁾ Die mangelnde Konzentrationsfähigkeit und Nervosität der Klasse und des Lehrers tat ein übriges.

Auch hatte sich innerhalb der Lehrerschaft in vielen Kreisen der britischen Zone, insbesondere in Niedersachsen und Schleswig-Holstein, das Gewicht der ansässigen und mit den Verhältnissen vertrauten Lehrern gegenüber "ortsfremden" Lehrern infolge des Flüchtlingszustroms verändert: in einigen Kreisen waren von 100 Lehrern 51 aus den ehemaligen Ostprovinzen des Reiches. ¹³⁾

Auf sich allein gestellt re-konstituierten sich im Unterricht somit von unten, d.h. von der Basis des Erziehungssystems aus, Erziehungsstrukturen, die mit einer demokratischen Erneuerung des Schulwesens nichts zu tun hatten und Bestrebungen in dieser Richtung dort blockierten, wo es um deren Realisierung ging. Die Schulaufsicht, im 'Normalfall' die Aufsichtsinstanz des staatlichen Apparats über den Lehrkörper und die Unterrichtsgestaltung, konnte in diese Strukturen zu diesem Zeitpunkt nicht eingreifen: "Die neu eingesetzten Schulräte sind einfach

nicht in der Lage, weder ihre Schulen noch ihre Lehrer zu kennen und sie nachhaltig und richtunggebend zu beeinflussen, weil sie in der Schreibearbeit (...) ersticken und meist auch keine geeigneten Beförderungsmittel besitzen." (117/2) Im Oktober 1946 mußte sogar durch einen ministeriellen Erlaß aus Hannover (der ohne Auswirkung auf die Praxis blieb) eingegriffen werden.

Grimme schrieb: "Mir wird immer häufiger berichtet, daß die körperliche Züchtigung der Kinder aller Altersstufen in der Schule überhand nimmt und von manchem Lehrer als übliches Strafmittel benutzt wird. (...) So gebieten auch Berufsethos und Selbstachtung der Lehrerschaft die Verbannung der körperlichen Züchtigung aus der Schule." (155/17) Der solcherart "gemaßregelten" Lehrerschaft erschien dieser Erlaß jedoch als überflüssige Erschwerung ihrer Schularbeit, insbesondere verwiesen sie darauf, daß im Zusammenbruch der politischen, ökonomischen und sittlichen Voraussetzungen der Schularbeit "gröbere Zuchtmittel als in geordneten Zeiten" (!) angewandt werden müßten, "zumal vielfach hilflose Mütter und Pflegeeltern Verwahrloster vom Lehrer körperliche Bestrafung der Kinder auch mit Stock und Rute zur Unterstützung der häuslichen Zucht ausdrücklich erbitten (...)." (155/18)

Da man davon auszugehen hat, daß es der Lehrer ist, "der der Jugend einmal das Gepräge geben wird, nicht aber die Form der Schule" (114/9), dann verdeutlichen die aufgezeigten Tendenzen die Grenzen aller schulorganisatorischen Bemühungen und des initiierten Demokratisierungsprozesses. Diese Feststellung läßt sich nicht nur aus der Haltung großer Teile der Lehrerschaft gegenüber "veralteten" Bildungszielen und Erziehungsmethoden entwickeln. Ein anderes Beispiel, das auch die schulorganisatorische Auseinandersetzung einschließt, zeigt dieselbe

Tendenz. Es handelt sich um sogenannte "Begabungsstatistiken", die in einigen Kreisen erstellt wurden und mit deren Hilfe "frühzeitige Kenntnis über Bestände der Begabung verschiedener Grade und Richtungen, die heute noch in unserem Schulnachwuchs vorhanden sind" (148/3) erlangt werden sollte.

Die Ergebnisse der Studien (man sprach von "Begabungsschwund") zeigten zwar nur das zu erwartende Bild, nämlich daß wenige Schüler, deren Eltern der oberen Mittel- und Oberschicht angehörten, mehr begabt seien als eine große Zahl von Schülern, deren Eltern der unteren Mittel- und Unterschicht angehörten; doch wurden daraus Schlüsse gezogen, die, da sie dem Bildungssystem der Weimarer Republik immanent waren, auf die Erhaltung seiner Strukturen zielten: "(...) bei gleichen schulischen Anforderungen wird in Zukunft ein Mehrbedarf an Hilfsschulen, ein Minderbedarf an höheren Schulen zu erwarten sein." (148/11) Und - gleichsam als Begründung: "Die höheren Begabungen stellen nahezu das einzige Kapital dar, das wir noch besitzen (!); indem wir diese fördern, helfen wir damit dem Volk als Ganzem, auch dem Teil, der den normalen Weg der Ausbildung durch die Volksschule geht." (143/56)

7.3.4 Zusammenfassung

Die Neuordnung des Schulwesens hat in allen drei Zonen nicht stattgefunden. Den wenigen Erfolgen auf schulorganisatorischem Gebiet setzten die inhaltlichen Strukturen jene Grenzen, die eine Öffnung verhinderten und zur Rekonstituierung und Stabilisierung des vorgenannten "alten Wahren", d.h. der tradierten Herrschaftsstrukturen und Werte beitrugen.

Insbesondere für jene gesellschaftlichen Mittelschichten, die die inhaltlichen Strukturen trugen, aber auch für Teile der durch die faschistische Erziehung vereinnahmten Jugend traf zu, was der westfälische Oberpräsident und erste Regierungschef Nordrhein-Westfalens, Amelunxen ¹⁴⁾, der -pragmatisch - in erster Linie an einem intakten Beamtenapparat interessiert war und radikale Eingriffe vermied, als Begründung für die Errichtung - privat und halböffentlich verfaßter - staatsbürgerlicher Bildungsstellen u.a. ausführte:

"Der Nazi-Bazillus nistet noch immer in den Hirnen von Tausenden, denen Jahre hindurch das Gift dieser Irrlehre eingepfropft worden ist. In ihren Köpfen herrscht immer noch ein heilloses Durcheinander über die Grundlagen der Sittlichkeit, über die Begriffe von Recht und Unrecht, von Gut und Böse. Vor allem Kreise der Jugend huldigen noch dem Rasseprinzip, der Überheblichkeit und dem Herrenmentementum. Das Bild der Demokratie ist verzerrt, die Geschichte erscheint verfälscht und das Wollen lauterer Politiker wird verleumdet; Auch das Preussentum beherrscht noch in weitem Umfang die politische Vorstellungswelt so vieler Zeitgenossen, die zwar keine Pg's waren, aber im Potsdamer Geist den Gipfel politischer Entwicklung erblickten. Der Obrigkeitsstaat der preussischen Junkerklasse mit einem raffiniert ausgeklügelten System völliger Unterordnung des Individuums, das den Menschen zu einem gehorsam funktionierenden Rädchen in der militärischen Staatsmaschinerie erniedrigt, schwebt ihnen als erstrebenswertes Ideal vor. Die Militaristen sind ebenso gefährliche Gegner der Demokratie wie die Nazis und suchen sie zu unterwühlen." (D 13) ¹⁵⁾

7.4 Der Informationsapparat

Der Aufbau des Informationsapparates im Untersuchungszeitraum ist stärker und spürbarer als in allen anderen Bereichen von der Politik und den Kontrollen der Besatzungsmächte bestimmt. "The various media of public expression - radio, press, publications, theater, and music - were among the most highly Nazified enterprises in Germany. The elimination of the influences of Nazism and militarism from these media requires a program of strict control and supervision." (D 35/Functional Report Information Control/Juli 1945) Mit dieser Begründung wurden im ersten Schritt die deutschen Informationsmittel verboten und durch Publikationen der Militärbehörden ersetzt.

7.4.1 Rundfunk

Die Alliierten übernahmen insbesondere die Rundfunkanstalten, auch weil der Rundfunk das Medium war, in dem die Nationalsozialisten am stärksten verankert waren; er sollte erst nach Abschluß des Demokratisierungsprozesses in deutsche Hände übergeben werden, doch bestand in der amerikanischen Zone bereits im August 1945 die Absicht, die Verantwortung für den Rundfunkbetrieb in die Hände der regionalen Oberpräsidenten zu legen, also ein Verfahren anzustreben, daß auch in anderen Bereichen amerikanischer Besatzungspolitik durchgeführt wurde.

In der amerikanischen Zone gab es, außer Berlin, drei Stationen (München, Frankfurt und Stuttgart) unterschiedlicher Leistung. Der Hauptsender der Zone lag

allerdings außerhalb des Landes: Radio Luxemburg; von dort wurden die drei übrigen Stationen bis zu ihrer völligen Wiederinstandsetzung teilweise versorgt. Im November 1945 (11./12.11.) übernahm diese Rolle Radio Frankfurt.

Das Programm der Rundfunkanstalten hatte quer durch die westlichen Besatzungszonen im Durchschnitt dieselbe Struktur. Als Beispiel sei hier ein typisches tägliches Programmschema (aus der amerikanischen Zone) zusammengestellt, das denen in anderen Zonen - mit zonencharakteristischen Abweichungen - entsprach: ¹⁾

<u>Zeit</u>	<u>Programm</u>
6- 7	(+) Musik, Nachrichten, Wetterbericht
7- 8	Englischlektion, Lokale Nachrichten, (+) Musik
8- 9	(+) Stimme Amerikas, Berichte
9-10	(+) Suchmeldungen (Displaced Persons)
10-11	Lokaler Kirchenfunk (x)
11-12	Kirchenmusik (x), Wochenrückblick (x), Programm für Landwirte
12-13	(+) Nachrichten aus aller Welt, Englischsprachige Nachrichten, Musik
13-14	(+) Polnisches Programm (Displaced Persons), Stimme Amerikas, Opernmusik
14-15	- Sendepause -
15-17	Orchestermusik
17-18	Lokale Nachrichten
18-19	(+) Programm für junge Leute, Berichte, Musik
19-20	(+) Englischsprachige Nachrichten, Polnisches Programm, Nachrichten aus Deutschland
20-21	(+) Nachrichten und Kommentare, Musik
21-22	(+) Stimme Amerikas, Polnisches Programm
22-23	Klassische Musik
23-24	(+) Nachrichten aus aller Welt, Suchmeldungen und Nachrichten für Displaced Persons
	(+) = ständiges Programm
	(x) = nur sonntags

Das deutsche Personal in den Rundfunkanstalten setzte sich vorwiegend zusammen aus Technikern und im redak-

tionellen Bereich aus Journalisten, die während des Faschismus aus ihren Stellungen entfernt wurden. (vgl. D 41)

Die Übergabe der Rundfunkhoheit an deutsche Verwaltungsorgane war zwar erst 1948/49 abgeschlossen ²⁾, doch erste Hinweise darauf, wie die Rundfunkanstalten verfaßt sein sollten, gab es bereits Ende des Jahres 1946 und klarer noch im Juni 1947 in der britischen Zone. ³⁾ Im Protokoll der 10. Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses des Zonenbeirats (22. Juni 1947) heißt es unter dem Tagesordnungspunkt 2: Beirat für den Nordwestdeutschen Rundfunk, es handle sich um "einen Vorschlag, der im früheren Beirat gemacht worden ist, um einen Antrag Meitmann, der dahin geht, einen beratenden Ausschuß für den Rundfunk zu schaffen. Die Engländer haben den Wunsch anerkannt. Im kleinen Kreise ist im Sekretariat eine Vorbesprechung gewesen, und die Engländer sind damit einverstanden, daß ein solcher Ausschuß eingerichtet wird." (D 18) Der Vertreter der britischen Militärregierung, James, machte dazu folgende Ausführungen: "(...) wurde der Antrag gestellt, einen Beirat zu schaffen, der sich mit Rundfunkfragen befassen sollte. (...) Dieses Treffen sollte alle vier Wochen stattfinden, wenn der Zonenbeirat sich hier trifft und es sollte durch Vertreter der politischen Parteien vergrößert werden (...). Wir wollten eine Kontinuität haben. Wir wollten das Wort "Beirat" vermeiden. Das wird vorläufig noch nicht möglich sein, weil wir noch nicht in der Lage sind, einen beschlußfassenden Beirat zu haben. Das liegt an technischen Dingen." Und schließlich, nachdem die Mitglieder des Kulturpolitischen Ausschusses vorerst ihrer Skepsis Ausdruck gegeben hatten: "Ich möchte noch sagen, daß nicht der Rundfunk sich diesen Ausschuß schaffen möchte, sondern wir das dem Zonenbeirat überlassen möchten, die Kon-

ferenzteilnehmer in irgendeiner Form von seiner Seite aus zu benennen." (D 18)

Die frühe Absicht der Besatzungsmächte, der Rundfunk solle nicht mehr wie früher abhängig vom Staat sein, hatte schließlich eine Form gefunden, die formal-demokratisch dieser Intention entsprach: die öffentlich-rechtliche Verfaßtheit der Anstalten, in deren "Parlamenten" (Rundfunk- und Verwaltungsrat) alle gesellschaftlich relevanten Organisationen durch Delegation vertreten sein sollten. Über diesen 'Kompromiß' schrieb H. Cron 1954: "Die Rundfunkanstalten sind jedoch nicht einmal unabhängig vom Staat. Erstens sitzt der Staat entweder direkt mit eigenen Vertretern oder indirekt über die Vertreter der Regierungsparteien oder der von ihm abhängigen Organisationen doch im Rundfunk (...). Und zweitens sind die Rundfunkanstalten auf das Wohlwollen ihres Landes (...) viel zu stark angewiesen, als daß sie seinen Einflußversuchen noch widerraten könnten. Auch wenn die Meinungsverschiedenheiten der Länder mit dem Bund über die Rundfunkhoheit ihre Schärfe allmählich verlieren und vermutlich in Staatsverträgen beigelegt werden, ist damit für die Unabhängigkeit noch nichts gewonnen; eher ist zu befürchten, daß sie noch weiter geschwächt wird." (85/84)

7.4.2 Presse

Grundlage und gemeinsame Bedingung für das Erscheinen von Zeitungen und Zeitschriften war in allen Zonen die sogenannte Lizenz, deren Vergabe jedoch in jeder Zone anders gehandhabt wurde. "In der britisch besetzten Zone wurden nur Parteizeitungen zugelassen; in der amerikanisch besetzten Zone waren Parteizeitungen verboten, es durften hier nur sogenannte unabhängige Zeitungen unter

gemeinsamer Verantwortung von Herausgebern verschiedener Parteirichtungen erscheinen; und in der französisch besetzten Zone waren beide Systeme (...) zugelassen." (85/76)

Die Zahl der lizenzierten Zeitungen stieg in allen Zonen stetig⁴⁾; einen Aufschwung nahm die Lizenzvergabe nicht zuletzt dadurch, daß die Befugnis dafür deutschen Stellen übertragen wurde. "In der amerikanischen Zone wurde im Oktober 1946 auf Grund eines Pressegesetzes in jedem Land ein Pressebeirat gebildet. Er wurde nach Nominierung seitens der politischen Parteien, der Berufsorganisationen und der Länderregierung von dem jeweiligen Ministerpräsidenten eingesetzt, um Zeitungen zu lizenzieren und zu kontrollieren. In der britischen Zone kamen ähnliche Körperschaften (u.a. der Zonenpresserat, J.R.) etwa ein Jahr später zustande." (69/323/Anm.1) Die Lizenzvergabe in der französischen Zone war gegenüber der in den beiden anderen Zonen formloser; in der Mehrzahl der Fälle wurden anstelle formeller Lizenzen (Urkunden) nur Genehmigungen erteilt: "Die Zeitungsverlage haben anstelle von Lizenzen eine schriftliche Autorisation zur Herausgabe ihrer Zeitung erhalten. In der französischen Zone ist die Autorisation vielfach Zeitungsverlegern aus der Vorkriegszeit gegeben worden. Im Sommer 1945 begann die Autorisation für überparteiliche Zeitungen. Dazu kamen, beginnend im Juli 1946, zunächst im Lande Baden, die Parteizeitungen (...)." (D 26)

In der britischen Zone erschienen deutsche Zeitungen aufgrund britischer Vorbehalte erst Anfang des Jahres 1946. Es waren überwiegend Parteizeitungen, "wobei nach den Lizenzbestimmungen nicht die Möglichkeit vorhanden ist, daß eine Partei unmittelbar in den Betrieb einer Zeitung, was die geistige Haltung angeht, eingreift, sondern sie hat nur die Möglichkeit, einen Lizenzträger

zu benennen." (D 47/18) Journalisten wurden in den seltensten Fällen Lizenzträger, sie gründeten aber bereits im November 1945 erste Berufsvereinigungen auf Landesebene in Absprache mit der Militärregierung.⁵⁾

Anders war die Situation in der amerikanischen Zone, in der es eine sogenannte Parteipresse nicht gab. Vielmehr wandten die Militärbehörden hier ein Doppellizenz-Verfahren an: "Jede Zeitung hat zwei Lizenzträger - einen Chefredakteur-Lizenzträger und einen Verleger-Lizenzträger. Es ist aber leider so, daß uns in Bayern gute, erfahrene politische Redakteure, die unbelastet sind, fehlen. Es fehlen uns auch Verleger, so daß wir in Bayern Zeitungen haben, die nur einen Lizenzträger haben. (...) Die Amerikaner möchten bei zwei Lizenzträgern möglichst immer einen links- und einen rechtseingestellten zusammenbringen." (D 47/21)⁶⁾ Die Parteien versuchten in dieser Lage einerseits, möglichst bald durch eigene Zeitungen in die politischen Kämpfe eingreifen zu können, andererseits beschränkten sie sich in der Zeit davor auf die Praxis, die politische Auseinandersetzung durch Angriffe auf die Presse in die bestehenden Zeitungen hineinzutragen. So berichtet der Vorsitzende des Verbandes der Berufsjournalisten in Hessen, Möisinger: "In fast allen hessischen Städten ist es in letzter Zeit zu mehr oder minder scharfen Auseinandersetzungen bald dieser, bald jener Partei mit der Presse gekommen, und selbst im hessischen Landtag wurden Angriffe gegen die Presse laut (...). Der Verband der Berufsjournalisten in Hessen hat zu den Auseinandersetzungen (...) Stellung genommen und dabei die gegen die hessische Presse erhobenen Vorwürfe einer unsachlichen und parteipolitisch einseitigen Berichterstattung als unbegründet zurückgewiesen." (D 47/24-25)

Zumindest in der Anfangsphase, in der sich die Zeitungsverlage und insbesondere die Journalisten neu orientieren

mußten, waren so auf regionaler Ebene aufgrund der in der amerikanischen Zone bestehenden Strukturen im Pressewesen noch zahlreiche Konfliktpunkte zwischen den politischen Instanzen und den Informationsapparaten vorhanden, die, je mehr die politische Lage sich stabilisierte, geringer wurden. ⁷⁾

7.4.3 Politische Aufgabe und Betriebsverfassung

Neu an der Situation nach 1945 war, daß die neuen Verleger meist nicht über eigene Druckmöglichkeiten verfügten und meist auch nicht die Mittel hatten, Druckereibetriebe zu pachten. ⁸⁾ Die meisten waren genötigt, "bei früheren Zeitungsverlegern in Lohndruck zu gehen" (D 25), die gegenüber den mit Lizenzen ausgestatteten Verlegern über die Lohndruckverträge insofern im Vorteil waren, als sie das Risiko auf den Verleger abwälzen konnten und den Gewinn aus dem Druckbetrieb im eigenen Betrieb für den vollständigen Wiederaufbau investieren konnten. "Der Drucker ist aus diesen Gründen bestrebt, die Bemühungen des Verlegers, sich eigene Maschinen anzuschaffen und einen selbständigen Betrieb zu errichten, zu durchkreuzen." (D 25) So waren von den Zeitungsverlegern in der britischen Zone nur zwei in der Lage, ihre Veröffentlichungen in eigenen Druckereien herzustellen, "während auf der anderen Seite eine ganze Reihe außerordentlich leistungsfähiger Zeitungsdruckereien im Besitz von mehr oder weniger politisch belasteten früheren Verlegern" (D 26) waren. Das Abhängigkeitsverhältnis war aufgrund dieser Situation, in der die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel substantiell nicht angetastet wurde, nur für Kompromisse zwischen den Vertragspartnern offen

und in vielen Fällen hing - trotz der besatzungsbehördlichen Kontrollen - die Realisierung eines Projekts vom "Wohlwollen" der Druckereibesitzer ab.

Zur Wahrnehmung der Interessen der Zeitungsverleger der britischen Zone wurde am 16.4.1946 der Nordwestdeutsche Zeitungsverleger-Verein gegründet; in den anderen Zonen erfolgten ähnliche Gründungen etwa im gleichen Zeitraum. (vgl. D 21 und D 22) Damit waren die Weichen gestellt für eine übergreifende Absprache und Planung, sowie für ein gemeinsames Vorgehen gegenüber den staatlichen Instanzen. 9)

Insbesondere zeigen die ersten Protokolle der Vorstandssitzungen deutlich, welche Entwicklung die Betriebsverfassung nehmen sollte. In einer Auseinandersetzung auf der Vorstandssitzung vom 23.7.1947 heißt es: "Wenn die Chefredakteure bevorzugt behandelt werden, so melden sich sofort Verlags-, Betriebs- und Vertriebsleiter mit dem selben Rechtsanspruch. Es ist völlig absurd, sich gegenwärtig festzulegen. Es steht uns noch ein harter Kampf wegen der Betriebsvereinbarungen bevor. (...) Das 3. Reich gab dem Journalisten bzw. Redakteur das Hauptgewicht bei den Zeitungen, der Verleger hatte kaum etwas zu sagen zur Gestaltung seines Blattes. (...) Jetzt hat sich die Situation grundlegend geändert, der Verleger ist nun der Mann, der das letzte Wort spricht. Herr Heinen kümmert sich persönlich um den Aufbau seiner Zeitung, er überprüft täglich die Artikel der Redakteure und gibt diesen seine Randbemerkungen, er will so erzieherisch wirken." (D 23)

Während in der SPD und in den SPD-Zeitungen noch davon ausgegangen wurde, daß presserechtliche Entscheidungen noch nicht generell getroffen werden könnten, da die Verhältnisse (Lizenzrecht und Besitzverhältnisse) noch zu

ungeklärt seien und man erst noch eine Zeit waretn müsse, um die Struktur der Besitzverhältnisse ändern zu können, hatten die Vertreter der CDU sich bereits festgelegt:

"Sie (die Stellungnahmen der Vertreter der CDU-Presse, J.R.) gehen von dem Standpunkt aus, daß wir bei der Festlegung des Presse-rechts unterscheiden müssen zwischen den fundamentalen Gesetzen, die für die deutsche Presse auf die Dauer geschaffen werden müssen und dem, was die heutige Zeit unter dem Re-gime der Besatzungsmächte für notwendig er-achtet. Es ist so, daß wir mit der Entwick-lung der deutschen Demokratie auch die ent-sprechende Pressefreiheit haben müssen. Diese darf nur dort ihre Einschränkung finden, wo sie den demokratischen Staat selbst angreift oder unterminiert, oder wo fremde Einflüsse geltend gemacht werden, die mit der Presse an sich nichts mehr zu tun haben. Zu den Fra-gen des Presserechts, wie sie jetzt vorgelegt wurden, nahmen die CDU-Verleger in folgender Weise Stellung: zu 1) wir lehnen eine ge-setzliche Regelung der Besitzverhältnisse ab, weil ein allgemeiner Zwang die verlegerische Verantwortung und Initiative lähmt und den unterschiedlichen Verhältnissen der einzelnen Betriebe nicht gerecht werden kann, 2) wir bejahen die Möglichkeit einer Interessierung bewährter Mitarbeiter an den Erträgen des Unternehmens, 3) eine Selbstverständlichkeit ist die Förderung des verlegerischen und journalistischen Nachwuchses, insbesondere durch Bereitstellung finanzieller Mittel.(...)"
(D 24/3)

Nach Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Westdeutschland führten die Verlegerverbände einen vehe-menten "Kampf gegen das Lizenzsystem" und für die Wieder-entwicklung der Pressestrukturen der Weimarer Republik. Sie forderten insbesondere: "die möglichst vollständige Rehabilitierung der Altverleger in den anhängigen Ent-nazifizierungsverfahren, (...) die Organisation des Alt-verlegertums auf berufsständischer Grundlage." (D 29/7)

Die Begründung für diese Forderungen, die durch die weiter oben zitierte Äußerung des Sekretärs des Zonenpresserates, Büniger, über die politisch belasteten Altverleger als Eigentümer der Produktionsmittel noch eine besondere Nuance erfahren, klingt angesichts der realen Situation während des Faschismus wie eine nachträgliche Verhöhnung und Mißachtung der wirklich Betroffenen:

"(...) eines ist sicher: es gibt kaum einen Stand in Deutschland, der so verfolgt und schikaniert worden ist wie die deutsche Zeitungsverlegerschaft in den Jahren 1933-1945." (D 29/6)

Letztlich hatten sie (1948) ihr Ziel erreicht ¹⁰⁾:

"Inzwischen sind über 90 % aller Alt-Verleger 'entnazifiziert' und zum größten Teil in die Gruppen der 'Entlasteten' oder gar 'Nichtbetroffenen' gekommen. Das bedeutet, daß die 1945 von interessierter Seite, d.h. vor allem von den Inhabern der Presse-Lizenzen, verbreitete Ansicht, die Alt-Verleger müßten wegen ihrer Haltung im Dritten Reich ein für alle mal von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen werden, als durchsichtiges Manöver entlarvt und heute völlig ad absurdum geführt worden ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Worte, die vor wenigen Tagen der stellvertretende Ministerpräsident von Niedersachsen und Vorsitzende der CDU, Minister Dr. Gerecke, für den Fall des Ministers Stickrodt verwandte, verweisen, als er erklärte, man solle im Interesse der noch recht jungen Demokratie endlich damit aufhören, dauernd in der Vergangenheit der einzelnen Leute zu wühlen, weil dann zwangsläufig auch die andere Seite suchen müsse, wo die schwachen Punkte ihrer Gegner seien." (D 29/15)

Im Januar 1948 schließlich legten die Verleger aller Zonen eine Denkschrift an die Regierungen aller Länder vor "zum Zwecke der Förderung des Zeitungswesens und seiner öffentlichen Geltung". Ihrer öffentlichen Aufgabe

voll bewußt heißt es darin als Begründung der Forderung, publizistische Hochschulinstitute verstärkt zu gründen:

"Nie zuvor wurde ein demokratisches Staatsleben unter so ungünstigen Verhältnissen aufgebaut wie gegenwärtig in Deutschland. Eine Welle von Apathie und Abneigung, ja vielfach von Mißtrauen und Feindschaft schlägt den politischen Parteien, den Regierungen, der Verwaltung entgegen bei ihrem Versuch, die Grundlagen für eine neue soziale Ordnung und politische Mitverantwortung des Volkes auf den Trümmern einer Despotie zu schaffen. In dieser Lage bedürfen die öffentlichen Faktoren dringender denn je der Bundesgenossenschaft des wichtigsten Sprachrohrs und Organs der öffentlichen Meinung, der Presse. In überraschend kurzer Zeit wurde trotz größter Schwierigkeiten eine leistungsfähige Presse völlig aus dem Nichts neu geschaffen. Als Organ der Parteien und der Öffentlichkeit, als Berater und Kritiker der Regierungen, Behörden und öffentlichen Einrichtungen sucht sie nach besten Kräften ihre wichtigen informatorischen und erzieherischen Aufgaben zu erfüllen. Leider begegnet sie bei diesen Bemühungen vielfachem Unverständnis nicht nur bei den Massen, sondern sogar bei den Trägern eines öffentlichen Amtes in Politik, Verwaltung, Justiz, Wirtschaft und Kulturleben. (...)

Weithin sieht man in der Presse nicht eine notwendige öffentliche Einrichtung, sondern ein notwendiges Übel, ihre Träger, die Journalisten, werden beargwöhnt, ihre Aussagen gleichgültig oder feindselig hingenommen. Diese Feindseligkeit erklärt sich vor allem aus der völligen Unkenntnis der Aufgaben und der Arbeitsweise der Zeitungen, und aus Unfähigkeit, mit diesem wichtigsten Instrument der öffentlichen Meinungsbildung zu verkehren und zu arbeiten." (D 49/4)

7.5 Der kulturelle Apparat

Die Entwicklung des kulturellen Sektors, der im folgenden insbesondere die Literaturproduktion und Tendenzen der künstlerischen sowie sportorganisatorischen Entwicklung umfaßt, war in der sozialen Realität der ersten Monate und Jahre nach Beendigung des Krieges gekennzeichnet durch die strikten Kontrollen der Besatzungsbehörden und die materiellen Voraussetzungen zur Produktion. Vor allem aber - und dies kristallisierte sich zunehmend als entscheidendes Merkmal im Bereich von Literatur und Dramaturgie heraus - existierte ein schroffer Widerspruch innerhalb der Auffassungen der Autoren über die künstlerische Aussage, die als Fähigkeit und Notwendigkeit die gesellschaftliche Situation der Nachkriegszeit mit den Erfahrungen während des Faschismus vermitteln und formulieren konnte.

7.5.1 Reorganisation des kulturellen Sektors

Die formal-organisatorische Seite insbesondere der Literaturproduktion war in hohem Maße abhängig von der Möglichkeit, überhaupt Bücher und Broschüren zu drucken und in Verkehr zu bringen. Die technischen Bedingungen wiesen in den drei Westzonen kaum Unterschiede auf: zerstörte Druckereibetriebe, Papierrationierung, fehlende Transportmöglichkeiten und nicht zuletzt die Lizenzierungspraxis der Besatzungsbehörden und die Zensur der veröffentlichtungswürdigen Schriften. Angesichts der Situation während der nationalsozialistischen Herrschaft findet die Praxis der Besatzungsmächte ihre Erklärung. Steuerungspraktiken der Militärregierungen folgten je-

doch nicht nur den Maßgaben, die eine demokratische Erneuerung des Literatur- und Kunstbetriebes verlangten. So wurden z.B. spontane Formen der Veröffentlichung von antifaschistischen Schriften, die vielfach ohne Autorengabe erschienen und sich der vielfach langwierigen Prozedur einer inhaltlichen und formalen Vorzensur durch die Militärbehörden entzogen, relativ schnell unterdrückt. In einer französischen Veröffentlichung über die Verlagstätigkeit der Nachkriegsjahre heißt es dazu lakonisch: "Il fallut mettre fin à cet état de choses, qui risquait de donner naissance au marché noir du livre. Ce fut rapidement et énergiquement fait par les services compétents du Gouvernement Militaire." (D 41/5)

Ein Schwerpunkt der Literaturproduktion lag in allen Zonen aufgrund der Eigenverantwortlichkeit der Zonengouverneure und der durch sie vertretenen Regierungen in der Publikation von Werken, die die Kultur der jeweiligen Besatzungsmacht repräsentierten. Vor allem in der amerikanischen Zone diente diese Maßnahme nicht nur einer Reorganisation des literarischen Lebens in Deutschland, sondern sie war Bestandteil des Umerziehungsprogramms zur demokratischen Erneuerung Deutschlands: "Until such time as German publishers are licensed and German manuscripts are approved publications from the United States will be distributed in Germany or produced on German presses.(...) Libraries with U.S. books (Amerikahäuser, J.R.) were established in certain key centers of the American Zone to provide the German public with coverage of the period from 1933 to date and also to give them information on the outside world's attitude toward Germany." (D 35/Functional Report Information Control/Juli 1945/5)

Die französische Militärregierung gab deutschen Verlegern einen Kredit in französischer Währung und in ausreichender Höhe, der es ihnen erlaubte, Autorenrechte an von ihm publizierten Übersetzungen zu kaufen - und um auf diese

Weise französische Kulturwerte in der Zone zu verbreiten. ¹⁾

Die Zahl der Verlagshäuser und die Auflagenzahlen stiegen jedoch in allen Zonen kontinuierlich, was u.a. mit einer Liberalisierung der Zensurbestimmungen zusammenhing. Der Schwerpunkt der Verlagstätigkeit konzentrierte sich dabei neben der Schulbuchproduktion als eines Sondergebietes auf politisch-historische, literarische und - vor allem - auf religiöse Werke. ²⁾ Überhaupt kam der kirchlichen Publizistik von Beginn an, vor allem aber in der französischen Zone, große Bedeutung zu. "Book-trade organizations are being re-established on all levels to aid in distribution of books and magazines, to inventory bookstocks, and to locate anti-Nazi manuscripts worthy of publication. The first licenses to Germans were granted 13 July 1945 to representatives of four religious denominations in the Munich area to publish catechisms, songbooks, and other religious literature." (D 35/Functional Report Information Control/Juli 1945/5)

Daneben erhielten Verleger, die amerikanische "Klassiker" in ihr Programm aufnehmen wollten, sehr bald eine Lizenz. Unter der großen Anzahl von Personen, die eine Verlegerlizenz beantragten (in der amerikanischen Zone allein in München 80 Anträge im Monat Juli 1945), war die Auswahl nicht immer leicht: "Of the many applications received only a few were given serious consideration, others were sent back for further investigation, and the rest were denied immediately on the grounds that the applicant had been too closely affiliated with the Party." (D 35/Functional Report Information Control/August 1945/4) Es ist zu vermuten, daß viele ehemalige Parteimitglieder sich in diesen Bereich flüchteten, um eine neue Existenz aufzubauen und weiter "wirken" zu können. Im oben zitierten Report heißt es weiter: "There were instances where applications for licensing were made by

non-party members who are controlled by former Nazi interests in the book trade, This made it necessary to exercise great caution and conduct more thorough investigation thus causing a greater delay in the processing of applicants than would otherwise have been necessary."

Auch wurde oft versucht, die Kontrollmaßnahmen der Besatzungsbehörde zu umgehen, indem man in Bereichen des Druckereigewerbes Fuß zu fassen versuchte und in denen eine weniger strikte Kontrolle vermutet wurde, als dies bei Verlagslizenzierung und Buchhandelsregistrierung der Fall war: "There were a few infractions of the rules in the American Zone, but nothing of a very serious nature. Printers of calendars, greeting cards and dictionaries who had neglected to secure licenses were fined and put out of business. With the approach of elections in Bavaria a number of unlicensed political pamphlets appeared, but the illegal activity was quickly suppressed and the offenders punished." (D 35/Functional Report Information Control/Okttober 1945/4)

Bei allen Schwierigkeiten, die sich bei den Überprüfungsverfahren und der Vergabe von Lizenzen ergaben, war es die Zielsetzung der Besatzungsbehörden, den Publikationssektor mit allen Mitteln zu unterstützen, um das Bedürfnis der Bevölkerung - und d.h. vor allem der bürgerlichen Klassen und Schichten, die sich im besonderen an publizierten Kulturwerten orientierten und sich diese leisten konnten - nach Wiederherstellung kultureller Aktivität zu befriedigen, um auf dieser Grundlage nicht nur den beabsichtigten Demokratisierungsprozess zu intensivieren und zu stabilisieren.³⁾ Es ging letzten Endes auch darum, den Aufbau dieses Industriezweiges als Absatzmarkt ausländischer Produktionen zu fördern, - eine Absicht, die auch dem Interesse der lizenzierten deutschen Verleger entsprach.

Alle drei Militärregierungen verfolgten diese Ziele mit unterschiedlichen Tendenzen und zonalen Schwerpunkten. ⁴⁾ Ihre gemeinsame Praxis war, jede Anstrengung zu unternehmen, um die neue Industrie zu re-etablieren, "and to protect it once it is on its feet." (D 35/FR-IC/September 1945/5) Oder wie es die französische Militärregierung formulierte: "Cetee reconstruction de l'éditior se fait dans des conditions (...) qui permettent aux éditeurs d'espérer qu'ils pourront jouer demain un rôle plus important qu'hier sur le marché allemand." (D 41/7)

Die Vorstellungen deutscher Verwaltungsstellen über die zukünftige organisatorische und kulturpölitische Gestaltung ⁵⁾ lassen sich am deutlichsten anhand von Dokumenten aus der britischen Zone belegen, in der die deutsche Verwaltung schon früh zentrale Formen und Funktionen erreicht hatte.

In einer Mitteilung des Britischen Verbindungsstabes der Kontrollkommission für Deutschland wird der Zonenbeirat der britischen Zone aufgefordert, zu "Vorschlägen zur Errichtung von deutschen Stellen für Aufklärung und Kultur in der Britischen Zone" Stellung zu nehmen. Diese "Vorschläge" sahen vor, daß das Recht zur politischen Zensur und die Lizenzierungstätigkeit den britischen Behörden vorbehalten bleibt. "Die Bearbeitung von Anträgen auf Zulassung zur Durchführung von oder Teilnahme an Betätigungen auf dem Gebiet der Aufklärung und Kultur sowie die Zuteilung der vorhandenen Mengen des wichtigsten Materials, das den auf diesen Gebieten arbeitenden Organen fehlt, wird den Deutschen übertragen." (D 17), wobei Presse-, Theater- und Musikangelegenheiten ländermäßig, Buch- und Filmedition auf Zonenebene organisiert werden sollten. Grundsätzlich hatten die deutschen Länderregierungen und andere deutsche Behörden in der bri-

tischen Zone dafür zu sorgen, "daß die deutschen gesetzlichen Bestimmungen über Angelegenheiten der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Moral von den sich auf diesen Gebieten Betätigenden eingehalten werden." (D 17) ⁶⁾

Die Stellungnahme des Kulturpolitischen Ausschusses des Zonenbeirats ließ bereits in der Vorbemerkung erkennen, daß organisatorische und kulturpolitische Entwicklungen im kulturellen Bereich an die Zeit der Weimarer Republik anknüpfen sollten. Es heißt dort:

"Vor 1933 herrschte in Deutschland die Gepflogenheit, den Äußerungen geistigen Lebens auf dem Gebiete der Kunst und der Publizistik aller Zweige keinen Zwang aufzuerlegen, es sei denn, daß es sich um Darbietungen und Veröffentlichungen handelte, die einwandfreie Verstöße gegen die allgemein anerkannten Sitten darstellten.

Zu diesem Zustand wünscht die deutsche Öffentlichkeit zurückzukehren. Deshalb werden die Maßnahmen der Mil. Reg. von deutscher Seite auch nur als Schritte zur Beseitigung der Auswüchse der Nazizeit und als unausbleibliche Folge des Regiments durch eine Besatzungsmacht empfunden. Beide Tatsachen schaffen einen Ausnahmezustand von begrenzter Dauer. (...)
Solange diese Zustände nicht beendet oder überwunden sind, erscheint eine Zwischenlösung für die Lenkung und Planung des kulturellen Schaffens zweckmäßig, die auch der Öffentlichkeit als solche erkennbar und in ihrer Begründung leicht einzusehen ist. Sie sollte so beschaffen sein, daß sie beim Eintreten normaler Verhältnisse möglichst reibungslos in die erwünschte freiheitlichere Form einer staatlichen Lenkung übergeht." (D 18)

Eine Vorform der von deutscher Seite gewünschten Regelung sollte ein Zonenkulturaamt sein, das die ländermäßig verwalteten Kulturaufgaben zu koordinieren hatte, d.h. die deutschen Stellen forderten eine stärkere Zentralisierung der kulturpolitischen Entscheidungsinstanzen, als dies von der Militärregierung vorgesehen war. In der Frage der Besetzung der Fachausschüsse wird die von deutscher Seite angestrebte öffentlich-rechtliche Form der Kulturorgani-

sation - und damit die verstärkte Möglichkeit der politischen Einflußnahme - besonders deutlich.

Die Überlegungen gingen davon aus, daß die Einwirkung von Regierungs- und Parteinstanzen auf die Praxis der Fachausschüsse aufgrund der besonderen deutschen Verhältnisse nicht auszuschließen, sondern im Gegenteil anzustreben sei. In den Vorschlägen des Kulturpolitischen Ausschusses heißt es hierzu:

"Eine politische Neutralität, wie sie in vergleichbaren englischen Einrichtungen üblich zu sein scheint, wird sich in deutschen Organisationen nicht erreichen lassen, wo sich die politische Schichtung - wenn auch abgeschwächt - in allen Verbänden usw. widerspiegelt. Es gehört nun einmal zum Wesen der deutschen Parteien, starken weltanschaulichen Charakter zu haben und weitere Gebiete des Lebens neben der politischen und wirtschaftlichen Existenz zu erfassen. Die Benennung der Ausschuß-Mitglieder in erster Linie durch die zuständigen Verbände erscheint zweckmäßig. Darüberhinaus erfolgen Ernennungen durch die zuständigen Ressortminister der Landesregierungen, für den Zonenausschuß durch den Zonenbeirat. Die Ernennung bedeutet jedoch keine Verpflichtung für die Ernannten, ausschließlich die Ansicht der Stelle zu vertreten, die sie ernannt hat." (D 18)

Schließlich wurde die Bedeutung einer staatlichen, d.h. kulturpolitischen Lenkung hinsichtlich der Arbeitsweise der Ausschüsse in der Stellungnahme ein weiteres Mal betont; bemerkenswerterweise fehlt der Argumentation der Begründungszusammenhang, was darauf schließen läßt, daß die organisatorische Form eine historische Tradition hatte und das Verständnis von einer demokratischen Strukturierung nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Herrschaft ausschließlich auf die Demokratisierung/Liberalisierung staatlicher Praxis beschränkt blieb. In der erweiterten Stellungnahme zur Bedeutung der staatlichen Lenkung heißt es:

"Die Tätigkeit der Ausschüsse ist eine beratende. Die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Beratungen und Entschlüsse muß in jeder Hinsicht gesichert sein. Da für die Durchführung ihrer Beschlüsse eine behördliche Einrichtung notwendig ist (!) wird die Vollziehung der Einfachheit halber dem für die Materie zuständigen Minister übertragen. Bei unlösbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Ausschuß und vollziehendem Minister steht den Ausschußmitgliedern der Weg zu einer Parlamentsentscheidung offen." (D 18)

Anzumerken bleibt, daß die vor Ausarbeitung der Stellungnahme des Kulturpolitischen Ausschusses befragten Fachvertreter, u.a. der Vorsitzende des Verlegerverbandes, der Präsident der Genossenschaft deutscher Bühnenangehörigen, der Vorsitzende des Schutzverbandes Deutscher Autoren und der Geschäftsführer des Deutschen Bühnenvereins (Zonenverband), mit den skizzierten Vorstellungen übereinstimmten und in ihren Stellungnahmen lediglich auf verbandsinterne Regelungen im einzelnen verwiesen. (vgl. D 18) ⁷⁾

7.5.2 Positionen in der Literatur: Zweierlei Emigranten und ihr Verhältnis zum Wiederaufbau

Im Gegensatz zu den Marktanteilen der literarischen Importe aus den Heimatländern der Besatzungsmächte und der religiösen Publizistik befanden sich die Auflagenziffern des literarischen deutschen Buchmarktes 1945/46 und - allerdings mit einer deutlichen Steigerung - auch noch 1947 am unteren Ende der Skala. ⁸⁾

Die allgemeine Situation (militärische Niederlage, Fortfall des politischen Zusammenhangs, allgemeine Depression, Lethargie und Desorientierung) in der die Literatur neue Anfänge suchte, entsprach zugleich der Situation der

Literaten: die meisten bedeutenden deutschen Schriftsteller befanden sich 1945 noch im Exil, viele von ihnen kehrten nicht zurück; literaturgeschichtlich wurde in den Darstellungen der Nachkriegszeit ein existentieller Nullpunkt sanktioniert. 9)

Für die Entwicklungstendenzen der Nachkriegsliteratur wesentlich war jedoch die Differenzierung innerhalb der deutschen Literatur und die Widersprüche, die sich daraus ergaben. Neben den "Exilliteraten" gab es die große Zahl der sogenannten "inneren Emigranten"; zwischen beiden gab es nach 1945 so gut wie keinen Austausch, und wenn, dann mit erheblichen Schwierigkeiten.

Die politisch-historische Zäsur, die das Jahr 1945 darstellte, hätte nach den Vorstellungen der zurückkehrenden Emigranten und insbesondere der Nachkriegsschriftsteller, deren literarische Anfänge in der Kriegszeit lagen, zu einer tiefgreifenden Wandlung und Neuorientierung der literarischen Schwerpunkte führen müssen. Vielfach formulierten sie eine politische Verantwortung der Literatur für die gesellschaftliche und politische Neuordnung. Die Impulse der so verstandenen Aufgabe literarischer Praxis gingen - neben den Schriftstellern in der Emigration - aus von jenen Autoren, die in amerikanischen Sonderlagern für Antifaschisten (z.B. Fort Kearney, R.I.) interniert waren und dort auf Aufgaben im Zusammenhang mit der zukünftigen Verwaltung Deutschlands vorbereitet wurden. "Daneben erscheint rückblickend die Absicht besonders wichtig, durch diese Kurse zum Aufbau eines neuen Deutschlands in Zusammenarbeit mit Europa und der Welt führen zu wollen; das Thema europäische Vereinigung gehörte zu den fundamentalen Fragen der Nachkriegszeit." (172/13) Eine der bekanntesten Literaturzeitschriften der Nachkriegszeit, "Der Ruf", hatte hier ihren Ursprung. A.Andersch, der am "Ruf" mitarbeitete, bezeichnete die Situation im

Lager als "Umerziehung in der Retorte" und "goldenen Käfig". (vgl. 172) Im literarischen Ausdruck orientierten sich viele an der Stilistik der Amerikaner jener Zeit, z.B. der 'short story', während die andererseits auf die vollen Schubladen der inneren Emigranten hofften. Politisch orientierten sich die meisten, wohl auch aufgrund der Inhalte der Ausbildungskurse, an den idealistischen Vorstellungen der 'One-World' Roosevelts, die, indem sie den Zielen des US-Imperialismus verklärend entsprach, nicht korrespondierte mit der weltpolitischen Wirklichkeit und erst recht nicht mit der sozialen Wirklichkeit im Nachkriegsdeutschland. ¹⁰⁾

Die politischen Auffassungen der liberal-antifaschistischen Gruppen in den Lagern, unter ihnen die Gruppe um den "Ruf" (Andersch und Richter), näherten sich dagegen der Überzeugung von der Notwendigkeit pazifistischen und sozialen Engagements nach ihrer Rückkehr. In dieser Haltung stimmten sie mit vielen aus der Emigration zurückkehrenden Schriftstellern überein. Doch stellten sich die tiefgreifenden Unterschiede in ihrer literarischen und politischen Praxis spätestens nach Konfrontation mit der sozialen Wirklichkeit und der politischen Ziele der Besatzungsmächte heraus.

Die meisten aus dem Exil zurückkehrenden Autoren ¹¹⁾ gingen in die sowjetische Zone, weil sie sich hier am ehesten einen totalen Bruch mit den bürgerlichen Traditionen und die Möglichkeit antifaschistischer Praxis erhofften. Eine Hoffnung, die sich nach den Erfahrungen und der politischen Entwicklung in den Westzonen als berechtigt erweisen sollte und schließlich auch in zwei literarische Entwicklungen mündete. Die Organisation, die sie sich schufen, der 'Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands' (und die von J. Becher herausgegebene Zeitschrift "Aufbau") wurde bereits im Juli 1945 gegründet.

Ein Pendant auf dem Gebiet der drei Westzonen war die 1946 (nach Rückkehr aus dem amerikanischen Lager) lizenzierte Zeitschrift "Der Ruf", die um eine gründliche Aufarbeitung der zurückliegenden Erfahrungen bemüht war. Eine Analyse dieser Zeitschrift (166) zeigt jedoch, daß - bei allem Engagement ihrer Autoren - sie, wo es um die positiven Alternativen und die Möglichkeiten politischer Veränderung ging, nicht die analytische Klarheit besaß, die z.B. die Nachkriegsaktivitäten italienischer und französischer Literaten und Regisseure auszeichnete. Während z.B. in Frankreich "die Resistance-Erfahrung eine an der geschichtlichen Realität orientierte Literatur des Protests und der Freiheit stimulierte, suchte man in Deutschland aus dem existentiellen Grenzerlebnis selbst ein neues Menschenbild hervorgehen zu lassen." (166/15) Die Orientierung am Gedanken der Freiheit, das positive Element in den Auffassungen der Nachkriegsliteratur der eben genannten Richtung, geriet nur zum Begriff der abstrakten Freiheit.

Deutlich wird die Tendenz zur allgemein-seelischen Umbesinnung und ihrer Wendung ins individuell-existentielle, die sich schließlich in einer gewissen "Ausdrucksnot" manifestierte, nicht zuletzt in den Bemühungen der Zeitschrift "Die Wandlung" (Jaspers, Sternberger u.a.), die ab Oktober/November 1945 als eine der ersten Kulturzeitschriften in der amerikanischen Zone erschien und die am deutlichsten mit den Zielen der amerikanischen Umerziehungspolitik und den Inhalten des amerikanischen Demokratieverständnisses korrespondierte. Politisch setzte sich als Anschauung durch, "was Wilhelm Röpke in seiner Schrift 'Die deutsche Frage' bereits 1945 (...) ausgesprochen hatte: Westintegration und kapitalistische Wirtschaftsform bei gleichzeitiger Analyse des Nationalsozialismus als Erkrankung eines politisch-gesellschaftlichen Ordnungsgefüges." (166/17)

Gegenüber den Zielsetzungen der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Kulturarbeit vollzog sich auf dem Gebiet der drei Westzonen, unterstützt durch die Politik der Besatzungsbehörden, eine 'Wendung ins Geistige', die nichtsdestoweniger politische Bedeutung hatte. "Im allgemeinen diente die Diagnose des Nationalsozialismus als 'Krankheit' und 'schicksalhafter Absturz' vielen als Ausrede, um sich um die politischen Folgerungen herumzudrücken. Solche verschleierte Termini gingen schnell in den Haushalt der westdeutschen Restauration ein. Sie halfen dabei, die Klärung der gesellschaftlichen Verantwortung für die geschehenen Untaten offiziell und privat abzuordnen." (166/11)

Insbesondere die Autoren der "Inneren Emigration" ¹²⁾ und wir müssen hier anfügen, daß das Verhältnis der Exilschriftsteller zu denen der "Inneren Emigration" immerhin 1 : 6 betrug ¹³⁾ - trugen zur literarischen Abkehr von jeglicher politisch-gesellschaftlicher Problematik bei. "Neben Jünger half Gottfried Benn (...) mit, die unartikuliert kritische Haltung zu dem, was in der Nachkriegszeit geschah, ins Ästhetische zu transponieren." (166/33) Die Wertvorstellungen der Autoren der "Inneren Emigration" standen damit nicht nur in der Tradition des bürgerlichen Kulturbegriffs, sondern sie transportierten auch ihre Situation während des Faschismus: "Die im Deutschland der Jahre 1933-1945 entstandene Literatur, die den Machtanspruch des totalitären faschistischen Herrschaftssystems unterlief oder umging, indem sie auf scheinbar unverfängliche Themen oder aber in die Zirkulation des Untergrunds auswich, war immer auf die herrschaftstechnischen Strukturen und die ihnen entsprechenden Maßnahmen dieses Systems, aber auch auf seine Schwächen und Freiheitsrelikte fixiert. Sie war es in dem, was sie mitteilte, und sie war es in den Formen, in denen sie sich mitteilte." (159/13)

Unterstützt durch die politische Entwicklung und die Zielsetzungen der Kulturpolitik der deutschen Verwaltungsinstanzen wurde die durch die "Innere Emigration" geprägte Literatur bald zum dominierenden Element. Grund dafür war u.a. die gesellschaftliche Situation der Nachkriegszeit: "Wo sich der einzelne freizukämpfen suchte von der Bürde des Nachkriegsalltags und den Schuldvorwürfen (Benn erhielt Beifall, wenn er seine Absage an aktuelle Zeitphänomene formulierte), lag die Identifikation mit ihm (Benn, J.R.) näher als mit dem (...) Emigranten, der Recht behalten hatte." (166/34)

Die offizielle staatliche Bevorzugung der Autoren der literarischen "Inneren Emigration" ¹⁴⁾ liegt insbesondere begründet in der Abgrenzung nach "links": Die Ignoranz gegenüber der Exilliteratur betraf weniger die Tatsache des Exils als die ideologische Position der Autoren: Es war Distanz gegenüber einer Literatur, die zusätzlich zum Stigma des Exils den Makel des Sozialismus zu tragen schien. ¹⁵⁾ Bezeichnenderweise wurde die engagierte Zeitschrift "Der Ruf" im April 1947 verboten; ihre Aufmerksamkeit und Kritik richtete sich mehr und ausführlicher auch auf die ökonomischen Strukturen des neuen (West-) Deutschland. Die von Richter versuchte Fortsetzung der literarischen und politischen Arbeit, die der "Ruf" repräsentierte, die Zeitschrift "Skorpion", wurde nicht lizenziert. ¹⁶⁾

Enttäuschung und Resignation waren die Folgen. Hatte Döblin noch 1946/47 positiv formuliert, daß eine Inokulation neuer Keime notwendig sei, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfaßt, so bestimmte nun die Tendenz zur Verinnerlichung und Verdrängung, die Abstraktion von jedem gesellschaftlichem Bezug die literarische Aussage. Resigniert und nach Erklärungen suchend, ver-

suchte Döblin die Situation zu erfassen: "Und so sehen wir heute in die Druckpresse einfließen einen trüben Strom von Landschaftsliteratur, Volkstümliteratur (...). Genügt es heute, Nicht-Nazi zu sein?" (92/33) Die Schwierigkeiten der Umwälzung und Neuorientierung lagen nach Döblin im deutschen Charakter, der in der Literatur der Nachkriegszeit Ausdruck fand, "weil dieser Staat, der Obrigkeitsstaat, der Staat der Aufgeklärten, Despoten und Dynasten, in dem sie nur Untertan waren, in bestimmter Hinsicht dennoch ihr Staat war." (92/42)

Jene, die in der "existentiellen Nullpunktsituation" eine Chance sahen, mit den Traditionen zu brechen, lehrten die reproduzierten Verhältnisse zu formulieren, "daß der Nullpunkt noch gar nicht eingetreten sei, sondern die alten Ordnungen und Denkhaltungen weiterbestünden, der Krieg als Zwischenfall apostrophiert werde und die moralische Reinigung noch immer auf sich warten lasse." (166/20) Oder wie es Hans Mayer ausdrückte: "Mit dem Jahre Null war es nichts. Auch nicht im Bereich der Literatur. (...) Keine Erneuerung der Sprache als Voraussetzung eines umfassenden Neubeginns." (171/2)

7.5.3 Entwicklungslinien in anderen Kulturbereichen

Theater-, Musik- und Filmaufführungen wurden entsprechend der Lizenzierungspraxis der Militärbehörden auf lokaler Ebene seit Juli 1945 erlaubt, wobei die Filmprogramme sich vor allem aus Wochenschauen und Dokumentarfilmen zusammen, die speziell für das Umerziehungsprogramm von der Militärregierung hergestellt wurden. Später kamen Filme aus der jeweiligen Produktion der Heimatländer der

Besatzungsmächte hinzu und die Erlaubnis zur Produktion deutscher Filme wurde relativ früh erteilt. Zu den bemerkenswertesten Produktionen gehörten dabei der 1946 fertiggestellte Staudte-Film "Die Mörder sind unter uns" und die Käutner-Produktion "In jenen Tagen" (1947). Es handelte sich hier um sogenannte "Trümmer-Filme", die aber die Besatzungspolitik thematisch aussparen mußten, da ein generelles Verbot bestand, alliierte Uniformen zu zeigen, (vgl. 77)

Theateraufführungen beschränkten sich nach 1945 zuerst auf Importe: Auch dies ist unter dem Aspekt der Umerziehungspolitik zu sehen, unterstützte aber auch einen Verdrängungsprozeß, da die Vorbilder der aufgeführten vorwiegend amerikanischen Literaten (Wilder, Fry u.a.) auf die Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland nicht übertragbar waren. So bildete sich bald "im Schatten der intensiven Klassikerpflege (...) eine retrospektiv ausgerichtete Wertvorstellung, die die Spontaneität der Stückschreiber einschränkte. Isolierung im literarischen Zirkel, Konkurrenz mit dem 'Über-Ich' aus dem Klassiker-Kanon und ein Angewiesensein auf bereits tolerierte Experimente der englischen und französischen Avantgarde (!!!)" (133/352-353)

Unter Aussparung der Thematisierung negativer Erfahrungen während des Faschismus und einer positiven Thematisierung neuer sozialer Erfahrung konzentrierte sich die Dramatik nach 1945 auf die Klassiker, d.h. auf die Flucht vor der Realität. "An die Stelle einer realen Arbeitsgesellschaft tritt eine feudale (...). Die Wahl eines feudalen Milieus (...) ist nur äußerlich demokratiefreundlich oder konservativ. Auch dieser Aristokratismus bedeutet eine Abkehr vom Bürgertum und seiner Weltordnung. Doch bekennt sich keiner dieser Dramatiker ernstlich zu der abgelebten Welt, die er vorzeigt. Ihnen ist die Geschichte wegge-

schrumpft und hat nur leere Gehäuse zurückgelassen, die nun künstlich erzeugte Träume füllen müssen. Selten haben die Helden Lebensläufe." (133/371) ¹⁷⁾ Generell läßt sich formulieren, daß auch und gerade in diesem Sektor eine kontinuierliche, an die Formen von vor 1933 anknüpfende Entwicklung stattfand, die auf einem "Verdrängungsprozeß" beruhte, der nicht zuletzt durch die sich stabilisierenden gesellschaftlichen Verhältnisse ab 1948 verstärkt wurde.

Autoren, die sich parteilich bekannten und ihre Aufgabe als Aufbauarbeit für ein neues, demokratisches Deutschland politisch formulierten, wie z.B. Brecht, wurde auf westdeutschem Gebiet die Anerkennung letztlich versagt.

Auch im Bereich der bildenden Kunst zeichnete sich eine Entwicklung in den Formen von vor 1933 ab. Vor allem waren es die Emigranten, die die Kunstproduktion jener Zeit positiv bestimmten, heftig angefeindet von konservativen, um nicht zu sagen geschichtslosen Fachvertretern, die sich 1950 im "Bund für freie und angewandte Kunst" zusammenschlossen und die moderne Kunst als Ausdruck einer verworrenen Geistesverfassung verurteilten. Sie traten demgegenüber - bemerkenswert auch hier die Parallele zu den Formulierungen des faschistischen Regimes hinsichtlich der sogenannten "entarteten" Kunst - für eine Kunstform der Zukunft ein, auf der Basis einer "Geisteshaltung organisch-religiöser Weltanschauung, um die abendländische Kultur einer neuen Blüte entgegenzuführen." (88/26) Erste Ausstellungen ¹⁹⁾ fanden im Frühsommer 1946 im Rahmen einer ersten internationalen Kulturwoche in Konstanz statt. Weitere folgten, insbesondere in der französischen Zone. Auch die Förderung des künstlerischen Schaffens entwickelte sich durch Richtlinien des Deutschen Städtetages zur kommunalen Kulturarbeit, die Verleihung von Kunstpreisen, insbesondere aber durch die Unter-

stützung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zunehmend.²⁰⁾ Ein systematischer Aufbau im kulturellen Bereich - in Formen des kapitalistischen Kunstmarktes - konnte sich jedoch erst nach der Währungsreform, also auf der Basis eines verbindlichen und stabilen Geldmarktes entwickeln.²¹⁾

Auch die architektonische und städteplanerische Praxis jener Zeit orientierte sich nicht nur an der allgemeinen Notwendigkeit ausreichenden Wohnraums, sondern auch an den Erfordernissen der wachsenden Wirtschaft. Die Aufbauleistungen gründeten sich auf den alten Bausubstanzen; eine Innovation neuer planerischer Akzente blieb ebenso aus wie eine mögliche Kombination dieser beiden Elemente.²²⁾ "Im Gegenteil: Selbst bei bester architektonischer Qualität sind sie (die Bauausführungen, J.R.) keineswegs als Dokumente eines echten Neuaufbaus unserer Städte zu werten, sondern nur als die Zeugen (...) einer Wirtschaftsbürokratie, deren Aufblähung mit den wahren Lebensbedürfnissen weder der Menschen noch der Städte etwas zu tun hat." (145/140)

7.5.4 Einheit von Tradition und Verdrängung

Zusammengefaßt kann gefolgert werden, daß im bisher dargestellten kulturellen Bereich - ausgenommen die inhaltliche Seite des literarischen Sektors - die Möglichkeiten einer Umorientierung oder Neuorientierung nicht realisiert wurden. Auf der anderen Seite gab es aber auch keine organisierte Unterstützung der alternativen Strömungen. Sie wurden entweder bereits kurz nach der Installation einer strukturierten staatlichen Gewalt sei es durch die Militärregierungen oder deutsche Verwaltungsstellen²³⁾

unterdrückt und verboten oder in einem langen Prozeß in den Kulturbetrieb und die kulturpolitische Zielsetzung integriert.

Der kulturelle Sektor der Nachkriegsgesellschaft blieb bis auf wenige Ausnahmen in der Tradition, in der er bis 1933 stand. Die Erfahrungen der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft wurden weder formuliert, noch führten sie im literarischen Ausdruck zu neuen Formen der künstlerischen Aussage. Im Widerspruch zwischen jenen, die den Neubeginn als existentielle Notwendigkeit - und Möglichkeit - erkannten und den Vertretern, die in der Tradition der bürgerlichen Kultur verharrten und in Formen literarischer Metaphysik flüchteten, siegten die letzteren. Sie waren es zugleich, die dem Prozeß der Verdrängung die künstlerische Form gaben, verbunden mit dem Wunsch, die "Katastrophe" (welche ?)²⁴⁾ zu vergessen und begünstigt durch die gesellschaftliche Situation des Zusammenbruchs, in der die Orientierungspunkte fehlten - und nicht zuletzt durch die 1947/48 einsetzende ökonomische Aufwärtsbewegung, die auch den Bereich des kulturellen Lebens einsog.

7.5.5 Die Entwicklung des Sports

Auch die Entwicklung des Sports ²⁵⁾, d.h. des organisierten Sports nach 1945 ist geprägt von Klassenauseinandersetzungen, in denen sich schließlich, nicht zuletzt mit Hilfe der Praxis der Spruchkammer, jene Kräfte durchsetzten, die im organisierten Sport die Institutionalisierung sportlicher Einzelinteressen und damit die besondere Betonung des Leistungsgedankens bezweckten. Doch ging es nicht nur darum; vielmehr - als

eines der wichtigsten Ergebnisse der Auseinandersetzungen um die Sportorganisation - handelte es sich um ein weiteres "Erbe" des Faschismus, das nach 1945 seine demokratische Form fand: die Absorption der Arbeitersportbewegung in den Kontext einer bürgerlichen Kultur, die sich im Bereich des Sports durch die Kultivierung spezialisierter Privatinteressen auszeichnet.

Die Organisation des Sports während der Weimarer Republik war gekennzeichnet durch die Trennung in a) parteipolitisch neutrale Einzel- und Fachverbände, die im Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen mit über 2.5 Millionen Mitgliedern zusammengefaßt waren. Davon gehörten allein der Deutschen Turnerschaft, die während des Faschismus zu den Trägern der nationalsozialistischen 'Lehre' im Bereich des Sports gehörte, rund 1.6 Millionen Mitglieder an; b) religiöse Vereine, wie z.B. die DJK (Deutsche Jugendkraft), die mit 700.000 Mitgliedern ebenfalls im DRA vertreten war; sowie c) Arbeitersportorganisationen, die eng mit den Arbeiterparteien verbunden waren. Zu ihnen gehörte die der KPD nahestehende "Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit" mit rund 250.000 Mitgliedern, die sich von den sozialdemokratisch orientierten Organisationen abgespalten hatte: Der Arbeiter-Turn-und-Sportbund (ATSB) mit rund 700.000, der Arbeiter-Rad-und-Kraftfahrerband "Solidarität" mit rund 350.000 und die "Naturfreunde" mit rund 100.000 Mitgliedern waren im Dachverband "Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege" vereinigt.

Die Folgen der Machtübernahme durch die NSDAP traf die Kampfgemeinschaft und den ATSB als erste Sportorganisationen. Sie wurden verboten und aufgelöst, wie viele andere danach. Zahlreiche Vorsitzende und Sportführer aus dem Bereich des Arbeitersports wie auch dem der katholischen Kirche nahestehenden DJK werden inhaftiert oder

ermordet. Zum Werkzeug des faschistischen Staates und seiner Ziele, die Organisationen mit der nationalsozialistischen 'Ideologie' zu durchdringen und sie zu vor- und paramilitärischen Verbänden resp. zu nationalistischen Vorbildern der 'arischen Überlegenheit' zu gestalten, werden jene Verbände, die ab 1933 in der Einheitsorganisation des "Deutschen Reichsbundes für Leibesübungen", ab 1938 im NSRL zusammengefaßt werden. Die Geschichte der Sportvereine unter dem Faschismus zeigt, daß sie ein wirksames Mittel zur Verbreitung und Einübung militaristischen Gedankenguts und Verhaltensweisen waren; eine Erfahrung, die zumindest in den Anfängen der Besatzungszeit in den Westzonen auf amerikanischer und britischer Seite zu großer Vorsicht gegenüber dem Bestreben führte, auf Landesebene vereinigte Sportorganisationen zuzulassen.

Die Phase der Neu Gründung von Sportorganisationen nach der Kapitulation war geprägt von heftigen Auseinandersetzungen der Sportfunktionäre um den Weg, den der deutsche Sport unter neuen Bedingungen gehen sollte. Begleitet wurden diese Auseinandersetzungen von den Direktiven des Kontrollrates und der Praxis der Militärregierungen. Generell läßt sich nach einem Überblick über den Verlauf der Gründungsphase und der regulierenden Eingriffe der Besatzungsbehörden sagen, daß der Bereich des Sports einer jener Bereiche war, dessen Entwicklung relativ unbeachtet vor sich ging. Die Direktiven des Kontrollrates waren allgemein gehalten und die Maßnahmen der lokalen Behörden beschränkten sich auf der Grundlage dieser Direktiven auf formale Eingriffe. 26)

Auf lokaler Ebene begannen sich bestehende Vereine in Kreisverbänden und später in Landessportverbänden zusammenzuschließen. In der amerikanischen Zone gründeten bereits am 18. Juli 1945 Vertrauensleute der Vereine den

Bayrischen Landessportverband (BLSV), also unmittelbar nach der offiziellen Beendigung des Kriegszustandes; seine Lizenz durch die Militärbehörden wird allerdings erst ein Jahr später erteilt.²⁷⁾ In der britischen Zone ist die Gründung von Landessportverbänden im Juni 1947 abgeschlossen, nachdem bereits im Mai 1946 ein Zonensportrat gebildet wurde, der die Vereinsinteressen gegenüber der Militärregierung koordinieren sollte. Eine zonale Sportorganisation als Einheitsverband kann jedoch aufgrund der ablehnenden Haltung der Militärregierung nicht durchgesetzt werden. Erst 1948 gibt die "britische Militärregierung zu erkennen, daß sie geneigt ist, eine Sportorganisation oberhalb der Länderebene zu genehmigen." (163/17) Zu diesem Zeitpunkt dachten die Sportler aber bereits einen Schritt weiter und lehnten diesen Vorschlag ab, der von ihnen selbst lange gefordert worden war. Allein in der französischen Zone blieb das sportliche Geschehen auf die Kreisebene beschränkt und einer strengen Kontrolle unterworfen. "Die französischen Sportoffiziere erinnern sich nur zu gut, auf welcher nationalistischen Grundlage die deutschen Turner standen; deren negatives Image belastet den Aufbau überregionaler Sportorganisationen. (...) Damit bleiben auch die Einflußnahmemöglichkeiten der Sportler bei interzonalen Sporttagungen weit hinter denen der Sportler der beiden anderen Westzonen zurück." (163/49) Erst im Jahre 1948 ist eine Organisation auf Länderebene möglich.²⁸⁾

Wie stark die Vergangenheit in die Gründungsphase der Sportorganisationen nach dem Krieg hineinwirkt, läßt sich allerdings durch die Auswirkungen der Politik der Besatzungsbehörden nicht verfolgen. Die materielle Existenz der herrschenden Ideologie in den Sportorganisationen drückte sich auch eher aus in einem Prozeß der Verdrängung, in dem das Unrecht - an den demokratischen Zielsetzungen der Besatzungsmächte gemessen - nicht erkannt

wurde. Beispielhaft verdeutlicht sich dies an der Entnazifizierungsaktion, die deutschen Stellen, in der britischen Zone z.B. den Landessportverbänden übertragen war. Als eines der Ergebnisse dieser Praxis steht die Einsetzung von sogenannten "Mitläufern" in verantwortliche Stellen im Bereich der Sportverbandspolitik.²⁹⁾

Dieselbe Haltung drückt sich auch aus in der Gründung von Fachverbänden, der ersten Form überregionaler Interessenorganisation, die in der britischen Zone mangels der Möglichkeit, einen zonalen Einheitsverband zu bilden, entwickelt wird. Im Vergleich der drei Zonen war die Fachverbandsidee besonders in der britischen Zone ein wichtiges und beherrschendes Element, das in Gegensatz stand zu einigen Landessportverbänden, in denen viele Arbeitersportler³⁰⁾ aktiv waren, deren Einfluß aber mehr und mehr zurückgedrängt oder im Sinne eines übergreifenden sportkameradschaftlichen Gedankens integriert wurde. Daß es dabei nicht nur um ideelle Interessen ging, dafür zeugt u.a. der Fachverband Fußball, der sich nach intensiven Vorgesprächen seitens der Fußballfunktionäre Ende 1947 zu einem bizonalen Ausschuß zusammenschließt, sich 1948 zum Deutschen Fußball-Ausschuß (DFA) und 1949 schließlich zum DFB konstituiert: Auf einem der ersten Funktionärstreffen Anfang 1947 standen neben der Frage der formalen Organisation bereits Fußballtoto, Amateur- und Profitum und Rekonstitution des Spielbetriebs in den alten Strukturen im Vordergrund der Beratungen. (vgl. 163/38)

Die Zielsetzung der Fachverbandsfunktionäre, die relativ schnell ihren Einfluß ausweiten konnten und Tatsachen schufen, an denen auch die Militärregierungen letztlich nichts ändern konnten und wohl auch nicht wollten - solange die Organisierung sich nach formal-demokratischen Prinzipien entwickelte - war, die Sportorganisation nach

dem vor 1933 bestehenden Prinzip aufzubauen. Subjektiv apolitisch (mit dem bekannten Argument: Mit Politik hat das alles nichts zu tun) wurde die Funktion dieser Auffassung von Sport und -organisation gerade im Hinblick auf ihre willfährige Vereinnahmung während des Faschismus nicht reflektiert.

Daß die Vertreter und Verfechter der bürgerlichen Sportorganisation so apolitisch nicht waren, wie sie sich den Verhältnissen entsprechend gaben, zeigt ihre Auseinandersetzung mit den Arbeitersportlern, in denen sie "eine neue Gefahr für den Sport sahen". (163/10)

Die Arbeitersportler, die während der Zeit des Faschismus aktiv gegen das Regime gekämpft hatten, versuchten früh, an ihre Traditionen anzuknüpfen. Ihre Vorstellungen gründeten auf den Vereinen als kleinsten und wichtigsten Elementen für eine demokratische Strukturierung des Sports und auf dem explizit politischen Gedanken, daß der Sportbetrieb nach den Erfahrungen des Faschismus konsequent antimilitaristisch und antifaschistisch ausgerichtet werden müsse. Die Entwicklung des Arbeitersports in dieser Richtung war jedoch von vornherein Bedingungen unterworfen, die sein Scheitern in sich trugen. Es handelte sich hierbei um Bedingungen, die vor allem die Fachverbände für sich nutzen konnten und nutzten: Sport wurde, vor allem bei der Sozialdemokratie als politischer Heimat großer Teile der Arbeitersportbewegung, als sekundäres Problem betrachtet und Entwicklungen in dieser Richtung wurden von der SPD nicht gefördert; die Anordnungen der Militärbehörden basierten auf dem Ziel der Entpolitisierung des Sports, um politischen Mißbrauch von vornherein auszuschließen, woraus resultierte, daß das politische Engagement im Bereich des Sports (zumindest verbal) verpönt war; schließlich die Notwendigkeit der potentiellen Träger des Arbeitersportgedankens, der Vereinsmitglieder,

die unmittelbaren Lebensinteressen in der Zeit nach dem Zusammenbruch zu organisieren.

Die Funktionäre des Arbeitersports paßten sich diesen Bedingungen und Verhältnissen an, nicht zuletzt, da sie keinen Rückhalt hatten und vor allem von den Vertretern der Einheitsverbände ständig als sozialistisch und als Anhängsel der SPD diffamiert wurden.

Beim Parteivorstand der SPD war zwar auf Forderung von der Basis 1946 ein Sportreferat eingereicht worden (Vorsitz Fritz Wildung), jedoch hatte diese Maßnahme keine Wirkungen auf die Wiederbelebung der Arbeitersporttradition, zumal Wildung und "wohl auch der SPD-Vorsitzende Schumacher eine Wiederbelebung des Arbeitersports ablehnen." (163/23) In seinem Bericht anlässlich einer Tagung von Arbeitersportlern am 23.-27.11.1946 in Frankfurt/Main faßt Wildung die Ansichten der Partei zusammen und führt die Gründe an, "die eine Neubildung der Arbeitersportbewegung verhindern, nämlich einerseits der Widerspruch der Besatzungsmächte, andererseits die im Entstehen begriffenen Einheitsverbände. Seiner Ansicht nach bleibt nur der Versuch, den Arbeitersport geistig wiederzuerwecken." (163/25) Der Arbeitersportler H.Sorg, der nach seiner Rückkehr aus englischer Emigration die Wiedergründung der Arbeitersportorganisationen fordert, mußte bald erkennen, "daß seine Neugründung des ATSB unter den gegebenen Voraussetzungen keinerlei Aussicht auf Erfolg haben würde." (163/23) Er steht dabei im Zwiespalt, einerseits den Gedanken der Arbeitersportbewegung gegenüber seinen Gegnern aus Überzeugung zu verteidigen - und darin noch bestärkt zu werden durch die Wiedergründung der katholischen, also organisatorisch einseitig gebundenen, DJK -, und andererseits ohne Unterstützung seitens der SPD sich den Verhältnissen anzupassen, um in diesem engen Rahmen zu tun, was für den Arbeitersport noch möglich ist,

Der ideelle Kampf gegen die Fachverbände ist sicher als ein letztes "Aufbäumen" zu verstehen, um die eigenen, von lebendigen demokratischen Prinzipien getragenen Interessen zu wahren, bevor die Arbeitersportbewegung als Bewegung zerfällt und in die Einheitsverbände integriert wird. Die einzigen Wiedergründungen nach dem Krieg sind die "Naturfreunde", die jedoch keine sportliche Rolle mehr spielen und der Radfahrerbund "Solidarität", der u.a. im Rahmen der Wiedergutmachung die Fahrradwerke 'Frisch-auf' zurückerhält. ³¹⁾

Als einzigem Verband gelingt es der DJK, ihre Eigenständigkeit zu wahren, nicht zuletzt deshalb, weil durch die enge organisatorische Bindung an die katholische Kirche die Vertreter der DJK auf eine funktionierende und geschlossene Organisation zurückgreifen können und es im Interesse der katholischen Kirche liegt, diese Organisation nicht in einem Einheitsverband zu verlieren. Zwar vertagte die Fuldaer Bischofskonferenz vom 6.11.1945 noch eine Entscheidung über die DJK-Neugründung, erteilte aber einen Monat später die Erlaubnis, daß Jugendgruppen Sport in Sinne der früheren DJK betreiben können. ³²⁾ Die Entwicklung der DJK führt schließlich zu einem selbständigen Verband, der allerdings als wichtiger religiöser Faktor in den westdeutschen Sport eingegliedert ist, eine Form, die den Interessen der katholischen Kirche entspricht.

In der Entwicklung des Sports in der Zeit von 1945 bis 1947 hatten sich damit die Einheitsverbände, d.h. der DSB und seine Fachverbände durchgesetzt. Die formal-demokratischen Zielsetzungen der Besatzungsmächte und die Bedingungen der "zusammengebrochenen" gesellschaftlichen Ordnung - verstärkt durch die sportpolitische Abstinenz der Sozialdemokratie - ermöglichten den Aufbau des sportlichen Bereichs "von oben" und verhinderten so die Ent-

faltung der Arbeitersporttraditionen, die letzten Endes in die "neue" Organisationsform aufgesogen wurden. Damit erfüllte sich langfristig der Gedanke zur Neugestaltung, den Otto Peltzer ³³⁾ anlässlich der Diskussion um die Sportlehrerausbildung im Jahre 1947 veröffentlichte: "Auf jeden Fall hängt von der richtigen Lösung der Sportlehrerausbildung vieles für die Erneuerung und Zukunft unseres Volkes ab. Entscheidend für sie ist nicht nur der Erfolg der sportlichen Erziehung, sondern auch die allgemeine kulturelle und in vieler Beziehung auch wirtschaftliche Grundeinstellung unserer Jugend. Wie in der sportlichen Ausbildung, so ist auch im beruflichen Leben zur Erziehung möglichst hoher Leistungen eine Spezialisierung erforderlich. Der Sportgeist kann sich im Wirtschaftsleben nur vorteilhaft auswirken." (152/180)

7.6 Die Kirchen - der dominierende Apparat in der Phase der Reorganisation bürgerlich-parlamentarischer Demokratie

Wir haben bereits am Beispiel des Erziehungswesens den großen Einfluß, den die beiden Großkirchen während der Nachkriegsjahre geltend machten, verfolgen können. Dieser Einfluß beschränkte sich jedoch nicht auf diesen Bereich. Wegen ihrer Haltung in der Zeit des Faschismus wurde "die deutsche Kirche von den Besatzungsmächten als eines der wichtigsten Hilfsmittel für die Neuausrichtung der deutschen Gesellschaft angesehen." (180/81) ¹⁾ Dieser unausgesprochenen, vielmehr in den Praxisformen des Verhältnisses zwischen den Kirchen und Besatzungsmächten wirksam werdenden Absicht wurden beide Großkirchen gerecht. Selten zuvor zeigten sie, bei allen Widersprüchen zwischen ihnen und in ihnen selbst, eine Geschlossenheit wie in den wesentlichsten Fragen des gesellschaftlichen und politischen Wiederaufbaus.

7.6.1 Die evangelische Kirche nach 1945

Der deutsche Protestantismus, der der Weimarer Republik mehrheitlich feindselig gegenüberstand (vgl. 161/14 ff.) zerbrach 1933 organisatorisch und politisch-ideologisch²⁾: während etwa ein Drittel unter 'Reichsbischof' Müller in der DEK (Deutsche Evangelische Kirche) den Zielen des Nationalsozialismus folgte (10 % waren Parteimitglieder), gelang es einigen Bischöfen (u.a. dem württembergischen Landesbischof Wurm), ihre Landeskirchen der DEK zu enthalten. Neben dieser Art der passiven Duldung gab es vor allem ab 1934 den Kreis der Widerstandskirche (Bekennende Kirche) um die Pastoren und Theologen Niemöller, Barth

und Bonhoeffer. 3)

Die Folgen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges waren für den Bestand der evangelischen Kirche katastrophal, da die Kernländer des Protestantismus im Osten des Deutschen Reiches verloren gingen; die Flüchtlingsbewegung in die Besatzungszonen (ausgenommen die französische Zone, die lange Zeit Vertriebene nicht aufnahm) zerstörte die konfessionell-geographische Gliederung der Gesellschaft. (vgl. 161/46 ff. und 69/310 f.)

Die kirchlichen und politischen Differenzen innerhalb des deutschen Protestantismus nach Kriegsende drohten zu einer Spaltung zwischen den Landeskirchen zu führen; eine zentrale Kirchenleitung fehlte. Mit Unterstützung und Genehmigung der amerikanischen Behörden versuchte der württembergische Landesbischof Wurm den Wiederaufbau der organisatorischen Einheit voranzutreiben. Eine vorläufige Lösung ⁴⁾ wurde auf der Konferenz der evangelischen Kirchenführer erzielt, die am 27.-31. August 1945 in Treysa stattfand. Die dort erzielte Einigkeit hatte "alle Formen eines Kompromisses", in dem der "bischöflich-konsistoriale Bürokratismus" (177/18) sich durchsetzte. Zwar wurde Niemöller stellvertretender Vorsitzender des Rates der EKD (Evangelische Kirche in Deutschland) - aufgrund seiner Verbindungen zur internationalen kirchlichen Organisation und zu den Militärbehörden -, doch waren es nicht die Anhänger der Bekennenden Kirche, die "den Ton angaben, sondern die konservativen Lutheraner, die sich dem Nazismus nicht widersetzt hatten (...)." (161/18) ⁵⁾

Bereits auf der Konferenz von Treysa wurde ein Katalog von Stellungnahmen verabschiedet, die die "Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben" betrafen. In den

Stellungnahmen heißt es u.a.:

"(...) um so dringlicher wird die Frage nach dem rechten Verhältnis von Religion, Kirche und Politik. Sie ist bisher im evangelischen Kirchenraum nur sehr unzureichend bearbeitet worden und bedarf sowohl einer gründlichen theoretischen Klärung, wie einer fortlaufenden praktischen Beantwortung angesichts der tausend wechselnden Lebensprobleme, die täglich neu aus dem politischen Raum an die Kirche herandrängen. (...)

Darüber hinaus ist es notwendig, daß in den Landeskirchen und besonders in den Großstädten sich Laienarbeitskreise bilden, in denen sowohl grundsätzliche, wie praktische Tagesfragen des öffentlichen Lebens bearbeitet werden, unter geistlicher Leitung durch die Pfarrer, aber so, daß in erster Linie die Laienschaft mit ihrer praktischen Sachkenntnis die Arbeit und ihre öffentliche Verantwortung trägt. (...) Solche Vertrauensmänner sollte die EKD nach Möglichkeit in allen Parteien und Amtstellen besitzen und zu immer neuer Fühlungnahme und gegenseitiger Verständigung sammeln. (...) Je besser dieses Ziel erreicht wird, um so weniger wird es nötig sein, daß der Pfarrer selbst sich in die politische Arbeit hineinbegibt. (...)

Die Kirche ist ihrem Wesen nach nie Partei, sondern tut ihren Dienst an allen politischen und sozialen Gruppen mit gleicher Liebe. (...) Dies schließt nicht aus, daß sie die Bildung einer politischen Partei, die sich selbst auf christliche Grundsätze verpflichtet, mit Wohlwollen aufnimmt, soweit diese etwa durch konkrete politische Verhältnisse notwendig wird. (...) Die an vielen Orten bereits in Gang gekommenen Bestrebungen, politische Gegensätze zwischen Protestantismus und Katholizismus auszuräumen, die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Säkularismus zu betonen und so eine gegenseitige geistige und politische Annäherung beider Konfessionen vorzubereiten, verdient ebenso unsere Unterstützung, wie die Bemühungen katholischer Prälaten und Laienkreise, ein Wiederaufleben der ehemaligen Zentrumpartei zu verhindern und statt dessen ein politisches Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden christlicher Union zu ermöglichen. (...) Ganz besonderes Augenmerk muß auf das Eindringen christlichen Geistes in die Presse gerichtet werden." (160/102-104)

Damit waren hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Neuordnung die Grundpositionen des deutschen

Protestantismus auf dem Gebiet der drei Westzonen festgelegt und auf dieser Grundlage entfaltete nicht nur die evangelische Kirche auf allen Gebieten des öffentlichen - und insbesondere des nichtöffentlichen - Lebens ihre Aktivität. 6)

7.6.2 Die katholische Kirche nach 1945

Die katholische Kirche stand eher noch als die evangelische in dem Ruf, gegen den Faschismus aktiv Widerstand geleistet zu haben. Soweit das auf einzelne ihrer Vertreter oder örtliche/regionale Zentren zutrifft, ging es der Kirchenführung eher um eine Bestandssicherung der kirchlichen Organisation und Kommunikation als um den aktiven Widerstand. Die politische Partei des Katholizismus, das Zentrum, stimmte ebenso wie alle anderen bürgerlichen Parteien dem Ermächtigungsgesetz von 1933 zu und löste sich selbst auf. Auch das Reichskonkordat vom Juli 1933, "das der Vatikan als Mittel zum Schutz des deutschen Katholizismus gedacht hatte, war unter den gegebenen Verhältnissen ein weiterer Schritt zur Festigung der nationalsozialistischen Macht." (161/31) und in den Jahren danach wurde "die kirchliche Opposition gegen den Nationalsozialismus noch weiter eingeschränkt durch die Weigerung der Kirche, etwas zu unternehmen, was ihre vorrangige Aufgabe, die Verwaltung der Sakramente, beeinträchtigen konnte." (161/31)

Nach Beendigung des Krieges war die katholische Kirche in keiner Weise mit solchen strukturellen Veränderungen konfrontiert wie die evangelische Kirche; das konfessions-geographische Kernland des Katholizismus lag im Westen und Süden des Reiches (Rheinland, Baden, Württemberg-Hohenzollern und Bayern). Die kirchliche Organisa-

tion blieb 1945 im wesentlichen unverändert. Einzig die Laienbewegung wurde "reformiert". Während sie in der historischen Form des seit 1890 bestehenden katholischen Volksvereins relativ selbständig war, erfolgte ihr Neuaufbau in enger Verflechtung mit der kirchlichen Organisation; u.a. mußten die Statuten der einzelnen Laienorganisationen, in der zusätzlich die entscheidenden Stellen mit Priestern als religiösen Beratern besetzt wurden, von einem Bischof genehmigt sein und durften nur mit seiner Zustimmung geändert werden. (vgl.161/43)

Gemeinsame Grundlage der kirchlich-politischen Praxis war der Kampf gegen Atheismus und Kommunismus. Die Bischöfe, deren Durchschnittsalter 70 Jahre betrug, "unternahmen deshalb alles, was in ihrer Macht stand, um die alte Belagerungsmentalität wieder aufleben zu lassen. Das war nicht schwierig. In Krisenzeiten waren die Katholiken ohnehin geneigt, sich zusammenzuschließen. Aber für das Ausmaß, in dem sie noch 1945 in einer Welt für sich lebten, gibt es wahrscheinlich anderswo keine Parallele. Zum Beispiel konnten sich selbst jene Katholiken, die linksgerichtete Intellektuelle und sozialistische Gewerkschaftsführer waren, nicht überwinden, der Sozialdemokratischen Partei beizutreten. Doch ohne jeglichen kirchlichen Druck schlossen sie sich eindeutig katholischen Organen der politischen Aktivität an, so der CDU oder - wenn ihnen diese zu konservativ war - der neugegründeten Zentrumspartei." (161/33)

7.6.3 Politische Positionen: Einheit von Politik und Ideologie

Die Politik der Kirchen hinsichtlich der gesellschaftlichen Neuordnung war geprägt durch die Überzeugung, daß ein stabiles und geordnetes Staatswesen nur über die Durchsetzung christlicher Grundsätze in den politischen Entscheidungen erreicht werden könne. Bei aller Vorsicht, die die Militärbehörden dem Einfluß der Kirchen entgegenbrachten, stimmten sie mit ihnen in den wesentlichen Fragen überein.⁸⁾ Die Kirchenführer wurden zu Ratgebern der Besatzungsbehörden und übten in den ersten Wochen und Monaten einen nicht unerheblichen Einfluß auf den Wiederaufbau der Verwaltung aus. "Die Offiziere für religiöse Angelegenheiten trafen sich regelmäßig mit kirchlichen Mitarbeitern, um Alltagsfragen zu erledigen. Die beiden höchsten alliierten Zivilbeamten in Deutschland - Robert Murphy, der politische Berater der amerikanischen Militärregierung, und Ivone Kirkpatrick, der politische Berater der britischen Streitkräfte, beides praktizierende Katholiken - hatten ein offenes Ohr für die Probleme und Interessen der Kirchen. So war es weitgehend auf eine Eingabe von Bischof Wurm an Murphy zurückzuführen, daß gegen Jahresende einige theologische Fakultäten in der amerikanischen Zone ihre Pforten öffneten und daß kriegsgefangene Geistliche und Theologiestudenten entlassen wurden." (161/52)

Während die evangelische Kirche sehr eng mit den Besatzungsbehörden zusammenarbeitete und ihren Einfluß darüber geltend machte, kam es im Verhältnis der katholischen Kirche zu den Militärbehörden vielfach zu Widersprüchen, die ihren Grund im ausgeprägten Nationalismus der Kirchenführer hatte. So erklärte der durch seinen verbalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus be-

rühmt gewordene Bischof von Münster, von Galen, in einem Interview im April, 1945 gegenüber der New York Times, die Deutschen müßten die Alliierten als Feinde betrachten. (vgl. 161/58) Der stärkste Kritiker der Besatzungspolitik war jedoch der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, Erzbischof Frings, der sich nicht nur um die Behebung der materiellen Not der Menschen sorgte, sondern vor allem um die Gefahr des Kommunismus ⁹⁾, "ein Thema, das er bei seinen Zusammenkünften mit Besatzungsoffizieren stets wiederholte." (161/60) Darin stimmte er mit dem Vorsitzenden der EKD, Wurm, völlig überein. Wurm führte am 4.12.1945 bei einer Ansprache im Stuttgarter Pfarrkonvent aus: "Die ganze Politik der Alliierten ist dabei durch eine große Lüge belastet: Sie dulden das, was sie bei uns tadeln ganz ruhig bei den Russen. Schon im Mai 1945 habe ich (...) gesagt: Ist das System Stalins prinzipiell anders; (...) Ich lasse keine Gelegenheit vorüber, die Alliierten auf diese Konsequenz aufmerksam zu machen." (D 50)

Im November 1945 berichtete ein Mitarbeiter der französischen Militärregierung: "Les rapports entre les deux clergés sont très cordiaux. D'une façon générale, la fermeté et le nationalisme sont les traits les plus constants de leur attitude." (D 37/November 1945/6)

Übereinstimmung gab es zwischen den beiden Kirchen auch in der Behandlung der Parteien. Bereits in den Stellungnahmen der Konferenz von Treysa war die Präferenz der evangelischen Kirche eindeutig zugunsten einer christlichen Partei ausgefallen und spätestens zum Zeitpunkt der Gründung der CDU war die Frage der zu unterstützenden all-christlichen Partei aus dem Stadium theoretischer Erörterung herausgetreten. ¹⁰⁾ Die katholische Kirche verfolgte politisch dieselben Ziele, was im Spektrum der christlich-katholischen Parteien zu heftigen Kämpfen

führte: "Im Oktober 1945 wurde das Zentrum neu gegründet, obwohl Erzbischof Frings nachdrücklich empfohlen hatte, man solle zugunsten der CDU vom Namen und von der Organisation der alten Partei abgehen. Von da an arbeitete die Kirche Hand in Hand mit CDU-Funktionären, um eine Verschmelzung des Zentrums mit der CDU herbeizuführen."¹¹⁾ (161/133) 1948, als die Fusionsbemühungen ohne Erfolg blieben, begannen die katholischen Bischöfe, das Zentrum offen anzugreifen.¹²⁾

Die Ansichten der Kirchen zur politischen Entwicklung, zu Wahlen, in der Schulfrage usw. kamen neben dem direkten Kontakt mit den Militärbehörden und deutschen Verwaltungsstellen vor allem in Hirtenbriefen und Predigten zum Ausdruck (vgl. 161/177) und fanden ein Echo in den Predigten des Pfarrklerus, der für die "volksmissionarische Aufgabe" der Kirche (66) ein offenes Ohr hatte. In den Predigten der Gemeindepfarrer setzte sich so für ein größeres Publikum die Politik nicht nur der Kirche wirksam fort und war eingebettet in den Bemühungen, den Zusammenbruch des gesellschaftlichen Gefüges nicht als solchen zu erkennen. Beispielhaft für die Bewahrung der Kontinuität im Predigtzusammenhang sind die folgenden Auszüge aus Predigten, die von einem Pfarrer aus Stuttgart, der während des Krieges Militärseelsorger war, im Juli/August 1945 im Lager Emden gehalten wurden. In der 1946 veröffentlichten Predigtsammlung heißt es u.a.:

"(...) hinter uns liegt das Soldatenleben, vor uns liegt das Privatleben." (141/11)

"Gott hält nicht Gericht über ein System (...). Gott hält Gericht über den Unglauben(...)." (141/13)

"(...) wir sehen freudig vorwärts und finden ein freudiges Ja zu unserem Schicksal und zu dem, der es schickt." (141/17)

"(...) der harte Lebenskampf, zu dem wir durch den unglücklichen Ausgang des Krieges gezwungen sind, (!!)

macht uns selber hart und führt zu einem Kampf aller gegen alle (...) Was für gemein-egoistische Instinkte brechen doch aus dem Innern des Menschen heraus, sobald die Disziplin sich lockert und äußere Ordnungen keine bindende Kraft mehr haben!" (141/18)

"Vor allem: Der Herr selber geht mit, ja geht voran. Er ist vorangegangen im Leben und im Sterben, Kämpfen und Siegen, Er geht uns auch heute voran (...)." (141/20) (3)

Die Begründung für die politische Predigt als Instrument der Kirche im Kampf um die Rekonstitution des staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungszusammenhangs war der Verweis auf die Notwendigkeit, die Kirche habe nicht Objekt sondern Subjekt der Politik zu sein. Daß die einzelnen Pfarrer in diesem Punkt nicht auf sich gestellt blieben, zeigt eine Veröffentlichung aus dem Jahre 1947, in der Methoden der politischen Predigt thematisiert werden. Unter Verweis darauf, daß nicht die Zeitung, sondern der biblische Text das Thema der politischen Predigt abzugeben habe, führt der Verfasser fort: "Man kann eine politisch relevante Predigt halten, ohne ein politisches Thema zu behandeln. Denn im menschlichen Leben hängen alle Dinge zusammen." Und weiter: "Schwere und verantwortungsvolle Dinge sagt man leise (ohne Pathos). (...) Ich möchte diese Abhandlung über die politische Predigt nicht schließen, ohne darauf hinzuweisen, daß sie nicht die einzige Möglichkeit ist, durch die der Heilige Geist Gottes (!) Einfluß auf die Politik nimmt." (86/21-23)

Welchen Einfluß nicht der Heilige Geist, aber umso mehr die Kirchenführer auf die politische Entwicklung in den Westzonen nahmen, zeigt sich schließlich in einem Punkt, wo die heftigsten Kämpfe zwischen Kirchen und Militärregierungen ausgetragen wurden: auf dem Gebiet der Ent-

nazifizierung. Dabei sind die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den beiden Kirchen unerheblich, da sie in den Bereich der Moral gehören und keine entsprechenden unterschiedlichen Auswirkungen auf die Praxis hatten; so wies die katholische Kirche jede Andeutung einer Kollektivschuld von sich, während sich die evangelische Kirche im Stuttgarter "Schuldbekenntnis" zur kollektiven Verantwortung bekannte.

Zwar unterstützten die Führer beider Kirchen das Ziel der Alliierten, die nationalsozialistischen Einflüsse aus dem deutschen Leben zu verbannen, doch formulierten sie von Beginn an Bedenken gegen die Praxis der Entnazifizierung und deren Umfang.¹⁴⁾ Einer der Hauptgründe für den Widerstand der Kirchen gegen die Entnazifizierungspolitik der Besatzungsbehörden war - neben der berechtigten Kritik an den bürokratischen Fragebogenaktionen, die über den tatsächlichen Umfang der Belastung oder Entlastungsgründe wenig Auskunft gab - die Sorge um den künftigen Bestand der staatstragenden Instanzen. Die politischen Folgen einer drastischen Säuberung des öffentlichen Lebens von einstigen Nationalsozialisten bereitete insbesondere den katholischen Bischöfen ernste Sorge: "Wenn die Entnazifizierung alle, die belastet waren, hinwegfegen würde, so blieben praktisch nur Sozialdemokraten und Kommunisten für Positionen in der Zivilverwaltung, der Industrie und dem Bildungswesen wählbar. Diese Aussicht rief bei den Bischöfen Entsetzen hervor. Aus diesen Gründen vertrat die katholische Kirche den Standpunkt, nur solche Personen sollten entnazifiziert werden, die verbrecherische Taten, die im Dritten Reich illegal gewesen waren, begangen hatten. Die Bischöfe säumten nicht mit einer öffentlichen Warnung vor einer durchgreifenden Säuberung." (161/85-86)

Nach Kontakt mit deutschen Landesbeamten, die von der jeweiligen Militärregierung mit der Durchführung der Entnazifizierung beauftragt waren, gelang es den Kirchen auch dank ihres Einflusses auf die Bevölkerung, das Programm entscheidend zu sabotieren. "In der ganzen Besatzungszeit gibt es kein besseres Beispiel dafür, wie die Besatzungsbehörden zu ihrem Schaden eine Grundgegebenheit der deutschen Gesellschaft außer acht ließen." (161/94)

Ihren Einfluß auf die wirtschaftliche und staatlich-politische Ordnung übten die Kirchen über politische Arbeitsgruppen aus. ¹⁵⁾ Bei der katholischen Kirche handelte es sich vor allem um die Organisationen der Laienbewegung und die evangelische Kirche schuf sich im Herbst 1945 mit der Gründung der Evangelischen Akademie Bad Boll ein erstes wirksames Instrument der Einflußnahme.

In Vorträgen, gehalten "vor Männern des Rechts und der Wirtschaft" (so die jeweiligen Hinweise in den Publikationen der Akademie) wurden die Grundzüge der kirchlichen Absichten vermittelt. So wurde die Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung im Wirtschaftsleben nachdrücklich gefordert, da sie "zwar nicht in der Lage (ist), von sich aus den Menschen zu bessern. Aber sie gewährt Freiheit und damit die rechten Möglichkeiten zur Überwindung des materialistischen Geistes. (...) Sie verträglich mit jeder Art politischer Verfassung (! wie wahr, J.R.), insbesondere mit einer den deutschen Verhältnissen angepaßten Demokratie. Da sie keine unerfüllbaren Gesetze benötigt, ist sie auch am besten geeignet, das erschütterte Bewußtsein von der Heiligkeit des Rechts wiederherstellen zu helfen." (91/21-22)

Die Stellung der Kirchen zum künftigen Staatsapparat und der juristischen Verankerung der kirchlichen Organisationen in der künftigen Rechtsordnung drücken die folgenden Ausführungen prägnant aus: "Den evangelischen Landeskirchen ist dies System (der Körperschaft des öffentlichen Rechts, J.R.) gemäß. Sie haben nie anderes beansprucht, insbesondere sind sie bereit, die staatliche Rechtsordnung auch für sich als verbindlich anzuerkennen, wenn diese ihnen genügend Bewegungsfreiheit läßt, insbesondere den inneren Kern, die Wesens- und Geistkirche, nicht antastet. Ja sie fühlen sich selbst als einen Teil der volkhaften Rechtsordnung (...) und erkennen, ihrer Vergangenheit gemäß den Staat als obersten Hüter der einheitlichen Rechtsordnung an." /Hervorhebung J.R./ (103/18) Und: "Die Kirchen werden also nicht unpolitisch die Welt gewinnen wollen (...) sondern sie werden dem modernen Staat, in dem das deutsche Volk weiter leben muß, geben, was des Staates ist." (103/28) ¹⁶⁾

Dies Verhältnis der Kirchen zum Staat wurde schließlich im Grundgesetz berücksichtigt, womit gegenüber dem Rechtszustand der Weimarer Republik keine Veränderungen vorgenommen wurden, sieht man von der Aufhebung der Reichshoheit zugunsten der ausschließlichen Landeshoheit in Fragen der Gesetzgebung ab.

7.6.4 Zusammenfassung

Die Kirchen waren in der Nachkriegszeit die dominierende, alle gesellschaftliche Ebenen beeinflussende und bestimmende institutionelle Gewalt ¹⁷⁾, die insbesondere von den Besatzungsmächten als Ordnungsfaktor akzeptiert wurde, - trotz der Spannungen, die sich in ihrem Ver-

hältnis zueinander in vielen Fragen ergaben. Insbesondere der "Kampf gegen den Kommunismus" betrachteten sie als eine ihrer Hauptaufgaben: "De fait, l'extension du marxisme semble inquiéter fort les autorités religieuses qui manifestent l'intention d'amplifier et de multiplier les institutions sociales établies par l'Eglise pour contrebalancer l'influence communiste." (D 37/April 1947/8)

Letztlich setzten sich die Kirchen als intakte, mobile und politisch kohärente, dynamische Struktur des gesellschaftlichen Überbaus in wesentlichen Fragen der politischen "Neugestaltung" durch. Ihre Macht, ihren Einfluß und ihre Anerkennung verdanken sie ihrer inneren Struktur und dem Konsens, den sie gegenüber den von ihr geführten konfessionellen Gruppen herzustellen in der Lage sind. "Sie sind sogar neben der Regierung die einzigen Institutionen, die sämtliche Stufen der Gesellschaft umfassen. Deshalb verfügen sie über ein Handlungspotential wie keine andere Sozialinstitution. Dabei stehen ihnen die verschiedensten Mittel zur Verfügung. Ihre umfangreiche eindrucksvolle organisatorische Infrastruktur - darunter Zeitungen, Zeitschriften, Laiengruppen, Vertreter bei der Regierung, Synoden, Kirchentage, beratende Gremien - bedeutet für die Kirchen eine ideale Plattform, um soziale und politische Vorschläge ausgeben zu lassen. Die verschiedenen kirchlichen Gruppen in ihrer Gesamtheit stellen einen ausgebildeten Stab dar, der den Kirchenführern ausführliche Dokumentationen zu jedem Problem des Landes vorlegen kann." (161/313)

8. Schlußbemerkung

Am Schlußpunkt einer Entwicklungsstufe auf dem Weg zur bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Deutschland, Ende 1947/Anfang 1948 formulierte das Bulletin d'Activité du Commandement en Chef Français en Allemagne:

"Mais une chose demeure: l'Allemand de 1948 n'est pas devenu démocrate, il n'est pas un élève en qui l'on puisse mettre beaucoup d'espoir pour plus tard." (D 37/Dezember 1947/6)

Diese Beurteilung der Situation Ende 1947 weist zurück auf die Auswirkungen des Faschismus in Deutschland: nicht die ökonomische Struktur des Landes war zerstört, auch nicht - trotz aller Zerstörung und Vernichtung - die Infrastruktur. Wesentlich war der Verlust der Identität in den gesellschaftlichen Beziehungen, der sich in der Krise manifestierte - und der sich vor allem im Verhalten der Jugend der Nachkriegszeit bemerkbar machte. Sie stand "ratlos wie Kaspar Hauser, wehrt sich verzweifelt gegen den verwirrenden Ansturm fremder, unbekannter und drohender Erkenntnisse." (165/62) Nur: Kaspar Hauser war - zu seiner Zeit - in der vergleichsweise besseren Position.

Die "Stunde Null" hat es nicht gegeben - und doch müssen wir unterscheiden: Sie war subjektiv existentielle Wirklichkeit für jene, die in der "Zusammenbruchsgesellschaft" die Notwendigkeit zur umfassenden Neuorientierung sahen und sie war objektiv nur ideologischer Ausdruck, der die wirklichen Verhältnisse jener Zeit nach zwei Seiten hin verschleierte.

Zum einen wurde - und wird noch - unter dem "Nullpunkt" die allgemeine Situation des "Nichts-haben" gefaßt und zur anderen Seite hin das calvinistische "Alle-Chancen-haben". In beiden Fällen erkennen sich jene, die tatsächlich nichts hatten, wieder.

In diesem Verständnis ist die 'Phrase' von der "Stunde Null" auch in das Sprachbewußtsein eingegangen, sozusagen als Sprachregelung, die nicht einem Willen entspringt, sondern den ideologischen Verhältnissen.

Die Möglichkeiten zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Deutschland - auf dem Gebiet der drei Westzonen - waren gering angesichts der Kräfteverhältnisse und der Bedingungen der Besatzungspolitik. Angefangen mit der Auflösung der Organe der Selbstverwaltung, den Antifaschistischen Ausschüssen, bis zu den Warnungen gegenüber den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die Ziele der politischen Neuorientierung nicht zu weit zu spannen, war die Politik insbesondere der amerikanischen Besatzungsmacht darauf gerichtet, das Kapitalverhältnis unter den politischen Formen der parlamentarischen Demokratie wiederherzustellen.

Dieser Prozeß wurde im Innern der "Zusammenbruchsgesellschaft" getragen von den Subsystemen der politisch-ideologischen Struktur, die in der Krise ihre Stärken und Schwächen zeigten. Dabei können wir - in Abweichung von den Funktionen der ideologischen Staatsapparate unter 'normalen' Verhältnissen - bestimmte Besonderheiten feststellen, die in der Krise sichtbar wurden.

Auf der Grundlage der demographischen Veränderungen während der Nachkriegszeit, der zusammengebrochenen Beziehungen der Menschen untereinander und der fehlenden

Orientierungen, die sich u.a. in der 'apolitischen' und rezeptiven Haltung der Bevölkerung gegenüber der Politik der Besatzungsbehörden ausdrückten und der mißtrauisch-duldenden Unterwerfung unter die Reglementierungen, konnten sich die politischen und ideologischen Apparate "einrichten", ohne den Legitimationszwang gegenüber der Bevölkerung - und sie konnten nur in dieser Situation auf diese Art ihre Wirksamkeit im Sinne der Rekonstitution und Aufrechterhaltung der Herrschaftsverhältnisse entfalten.

In allen Bereichen orientierten sich die Akteure an den Verhältnissen der Weimarer Republik, deren negative Erfahrungen die Bourgeoisie in der Nachkriegszeit positiv, d.h. durch strukturelle Veränderungen des gesellschaftlichen Ordnungszusammenhangs wenden wollte; insofern gab es eine Logik der Entwicklung, da der Zusammenhang der politischen Herrschaft des Kapitals gewahrt wurde - über die Zeit des Faschismus hinweg und durch diese Zeit neu bestimmt.

Demgegenüber konnte die Mehrheit der beherrschten Klassen und Schichten ein Bewußtsein ihrer Lage und alternativer Möglichkeiten nicht - oder nur partiell/rudimentär - entwickeln, da sie in den Umkreis der materiellen Existenzsicherung des Alltags unmittelbar eingebunden waren.

Selbst die Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie - ganz zu schweigen von den Kommunisten, die systematisch aus den politischen und gewerkschaftlichen Positionen gedrängt oder entfernt wurden - vermochten die von Teilen ihrer Basis ausgehenden Impulse einer demokratischen Erneue-

rung nicht aufzunehmen. Mehr noch trugen sie durch ihre Politik dazu bei, das rekonstruierte Kapitalverhältnis zu stabilisieren aus Rücksicht auf die - kurzfristigen - materiellen Erfolge, die sie sich daraus für die Gesamtheit der Bevölkerung erhofften. Insofern standen sie in der eigenen Tradition - die die antikommunistische Position und damit das strategische Element der amerikanischen Besatzungspolitik einschloß - deren Grenzen sie nicht zu durchbrechen in der Lage waren.

Mehr noch aber als der politische Apparat und das Erziehungswesen, in denen sich die Elemente des herrschenden ideologischen Zusammenhangs bewahrten und auf spezifische Weise entsprechend den Notwendigkeiten der veränderten politischen Situation formten, war es der religiöse ideologische Apparat und die Organisation der Kirchen, in dem sich in der Nachkriegszeit in adäquater Weise die herrschenden Auffassungen transportierten und der in der Zusammenbruchskrise die dominierende Funktion bei der Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse innehatte.

Die Kirchen waren in der Phase der Reorganisation der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie in Deutschland, in der Situation der Zusammenbruchskrise, jenes Subsystem der politisch-ideologischen Struktur, das gegenüber allen anderen Elementen intakt geblieben war und das aufgrund ihrer inneren Geschlossenheit, die die Widersprüche unter Berufung auf die christliche Verantwortung 'integrierte', vor allen anderen Elementen in der Lage war, den gesellschaftlichen Konsens - und das heißt in der Situation der Nachkriegsjahre die duldend-schweigend-erwartende Zustimmung - herzustellen, der für politische Entwicklung notwendig war.

Wir sehen in diesem Ergebnis zugleich die Bestätigung für die in den Abschnitten über die Funktion der Ideologie und der ideologischen Staatsapparate entwickelten Positionen und zugleich ein verallgemeinerbares Indiz dafür, daß in der Krisensituation, die nicht die Form der Zusammenbruchskrise annehmen muß, jene ideologische Struktur die dominierende Rolle bei der Aufrechterhaltung und Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse einnimmt, die am wirksamsten den "Konsens der Regierten" zu erhalten vermag und regulierend in den Klassenkampf eingreifen kann.

Wenn wir davon ausgehen, daß dies vor allem anderen eine Struktur sein muß, die gegenüber den beherrschten Klassen im doppelten Sinne (politisch und ideologisch) klassenneutral erscheint, dann ist dies in der kapitalistischen Klassengesellschaft in der Struktur des religiösen Apparates gegeben, in dem die Einheit von herrschender Ideologie und Klassenherrschaft stabilisierender Politik in die religiösen Werte eingebunden ist. Von dieser Bestimmung aus wird die dominierende Funktion dieses Apparats in der Nachkriegszeit erklärbar und verständlich.

Daraus ergeben sich - schließlich - zwei Untersuchungsschwerpunkte künftiger Forschung hinsichtlich der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, des Ideologischen und der Problematik der Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse: Eine Soziologie des Alltagslebens (das schließt ein: des Alltagsbewußtseins) muß die Zusammenhänge des Integrations"mechanismus" erschließen und für die Diskussion der politischen Möglichkeiten einer Veränderung der Organisation des materiellen Lebens und der möglichen Formen theoretisch

und politisch-praktisch zu öffnen, um innerhalb der politischen und ideologischen Strukturen der Klassenverhältnisse und der politischen Form der Klassenkämpfe jene Elemente zu formen, die über die Verhältnisse hinausweisen.

"Die wirkliche Genesis ist nicht am Anfang, sondern am Ende, und sie beginnt erst anzufangen, wenn Gesellschaft und Dasein radikal werden, das heißt sich an der Wurzel fassen. Die Wurzel der Geschichte aber ist der arbeitende, schaffende, die Gegebenheiten umbildende und überholende Mensch. Hat er sich erfaßt und das Seine ohne Entäußerung und Entfremdung in realer Demokratie begründet, so entsteht in der Welt etwas, das allen in die Kindheit scheint und worin noch niemand war: Heimat." (Ernst Bloch)

ANMERKUNGEN

/zu Abschnitt 1. bis 4.4/

1. Ein geringer Teil dieses Mehrwerts wird unproduktiv konsumiert, fließt also nicht als akkumulierbares Kapital in den Kreislauf zurück; er dient als Lebensmittel der die Produktionsmittel besitzenden Klasse
2. Dies ist natürlich nur so zu denken, daß die gesellschaftliche Produktion bereits unter den gesellschaftlichen Verhältnissen abläuft und nur unter dieser Bedingung möglich ist
3. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise als dominante Produktionsweise einer Gesellschaftsformation ist ein ungleichzeitiger und diskontinuierlicher Prozeß a) der Art und Weise, wie produziert wird und b) der Durchsetzung der politischen, bürgerlichen Ordnung
4. wie sie Marx im 'Kapital' und anderen ökonomischen Schriften entwickelt hat
5. Zum Begriff der Gesellschaftsformation siehe Poulantzas (52) und (51). Dort heißt es: "Wenn man von einer Produktionsweise (...) spricht, befindet man sich noch auf einer allgemeinen und abstrakten Ebene, obwohl der Begriff der Produktionsweise selbst als solcher bereits zugleich die Produktionsverhältnisse, die politischen (...) und die ideologischen Verhältnisse umfaßt: z.B. die Produktionsweisen der Sklavenhalterei, des Feudalismus, des Kapitalismus etc. Aber diese Produktionsweisen existieren und reproduzieren sich nur in historisch bestimmten Gesellschaftsformationen (...) Eine Gesellschaftsformation schließt also mehrere Weisen - aber auch Formen - der Produktion in einer spezifischen Ausprägung ein." (51/22)
6. siehe dazu u.a. Kapitel 23 und 24 in Marx, Das Kapital, Bd.1
7. vgl. Lefebvre, H., Die Zukunft des Kapitalismus, S.96
8. Auswirkungen hat dieser Prozeß auch innerhalb der Metropolen selbst. Die Auswirkungen des erweiterten Reproduktionsprozesses führen in anderen Formen auch hier zu ungleicher Entwicklung
9. Ökonomische und politische Krisen und - als Entwicklungslinie - der tendenzielle Fall der Profitrate (vgl. Marx, Das Kapital, Bd.3, S.221-276)

10. Über die Grundlagen und Formen der Mystifikationen und ideologischen Vorstellungen vgl. weiter unter im Abschnitt 3
11. Zur Problematik des Staates vgl. weiter unten in den Abhandlungen über den Staat (2.2.2) und im Abschnitt 4 über die Ideologischen Staatsapparate
12. Der aus der Psychoanalyse/Traumdeutung Freuds stammende Begriff der Überdeterminierung trifft u.E. die analytische Problematik auch im Bereich der Gesellschaftsanalyse sehr genau. Im Rahmen dieser Arbeit kann dieser Aspekt jedoch nicht weiter vertieft werden. Althusser hat diesen Begriff soziologischen Fragestellungen übernommen; die gegen dieses Vorgehen eingebrachten Vorwürfe, die Verwendung des Begriffs führe die materialistische Wissenschaft auf strukturalistische und funktionalistische Abwege bezeichnet aber u.E. nur die Unfähigkeit, das dialektische Verhältnis der Teile zum Ganzen und untereinander zu denken
13. Insofern wirkt das Sein doppelt - vermittelt über das Bewußtsein vom Sein. Dadurch lassen sich auch die "kohärenten" Handlungsmuster erklären, die dem individuellen Verhalten unterliegen
14. Diesen Tatbestand berücksichtigen nicht zuletzt die Vertreter des Funktionalismus mit ihrer Unterscheidung von funktionalen und dysfunktionalen sozialen Bewegungen. Vgl. Merton, R.K. und seine These der Dynamik des Funktionalismus (Social Theory and Social Structure, Glencoe 1957, S.53 et passim). Dynamisch deshalb, weil explizit dysfunktionale Folgen im System in die Überlegungen mit eingehen und als Problembewußtsein zu adäquaten Lösungen führen. Methodisch präzisiert hat es schließlich Luhmann, Funktionale Methode und Systemtheorie; dort heißt es: "Der Gewinn, den die funktionale Analyse einbringt, besteht (...) nicht in der Gewißheit der Verknüpfung spezifischer Ursachen mit spezifischen Wirkungen, sondern in der Fixierung eines abstrakten Bezugsgesichtspunktes, nämlich des 'Problems', von dem aus verschiedene Möglichkeiten des Handelns (...) als funktional äquivalent behandelt werden können. Die Rationalisierung der Problemstellung durch abstrahierende Konstruktion von Vergleichsmöglichkeiten ist der eigentliche Sinn der funktionalen Methode." (34/35) Und: "Systemrationalität in diesem Sinne beruht auf funktionaler Stabilisierung, darauf, daß die Probleme, die das System nach Maßgabe seiner Struktur zu lösen hat, als Bezugsgesichtspunkte für funktionale Analysen und für die Steuerung von Substitutionsvorgängen benutzbar sind." (34/47)

15. Wir betrachten die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften
16. Juristische Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Durchsetzung formaler Regeln des Tauschverkehrs und der Konkurrenz, Vertretung der nationalen Kapitale im internationalen Gefüge, Schaffung infrastruktureller Voraussetzungen (Ausbildung, Gesundheitswesen etc). Politische "Befriedung" der Klassenwidersprüche durch ideologische und repressive Maßnahmen, Erhaltung des Diskurses der herrschenden Ideologie (Integration oder Ausschluß abweichender Normen), Wahrung der kulturellen Einheit. Sicherung der Verwertungsbedingungen, Verstaatlichung unrentabler Produktionszweige, Haushalts- und Finanzpolitik, Steuerpolitik etc.
17. Zu den historischen Besonderheiten vgl.(51)und(18)
18. In neuerer Zeit insbesondere Ludz (33), dort weitere Angaben. Als Hypothese am Rande formuliert und im Rahmen der Arbeit nicht zu leisten ist die Behandlung der Problematik einer Periodizität der Auseinandersetzung mit dem Begriff des Ideologischen seitens der nichtmarxistischen Soziologie und Politik. Die Vermutung liegt nahe, daß es sich hierbei um den Versuch einiger ihrer Vertreter handelt, die Problematik des Legitimationsverlustes der Staatsapparate in den Griff zu bekommen
19. Zur historischen Entwicklung vgl. (63)
20. Hier trifft sich wieder der homo vitalis mit dem homo intellectualis
21. Die, wie man merkt, auf Hegel zurückgeht
22. Am Rande sei vermerkt, daß Horkheimer den Ideologiebegriff in seiner Abhandlung über Ideologie und Handeln (1962), abgedruckt in Lenk (32), behandelte
23. vgl. Topitsch,E., Ideologie. Herrschaft des Vor-Urteils, München/Wien 1972, S.16
24. vgl. Topitsch,E., Sozialphilosophie zwischen Ideologie und Wissenschaft, Neuwied 1971
25. In 'Ideologie und Utopie' formuliert Mannheim, daß die "Bedeutung der Sozialwissenschaft (...) proportional mit der Notwendigkeit regulierender Eingriffe in den Gesellschaftsprozess (wächst)." (zit.n.58/87) In diesem Zusammenhang begreift er auch seine ideologietheoretischen Erklärungsversuche, die Funktion des "wirklichen Denkens" in der Politik als "Instrument kollektiven Handelns" zu erhellen
26. vgl. dazu Ludz (33), Einleitung
27. vgl. Luhmann (34), S.64

28. Sie führt damit, d.h. mit dieser verkürzten Definition den Ideologiebegriff auf die Ebene des politischen Kampfes; es gilt nur noch festzustellen, welches Denken falsch ist; Scheler spricht in diesem Zusammenhang vom Marxismus als "typischer Ideologie der Unterklasse" (vgl. 32/200)
29. Das kann natürlich eine Erscheinungsform sein
30. als "ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse"
31. Oder wie Marx es an anderer Stelle des zitierten Werkes ausdrückte: Ideologie hat keine Geschichte
32. Wir verweisen hier auf die Darstellung der Entwicklung der Arbeitsteilung in der Deutschen Ideologie, (43/50-61)
33. Zu den ideologischen Verkehrungen gehören u.a. die Bezeichnung Arbeitgeber/Arbeitnehmer (die "Erfindung" eines Kapitalisten), das Verständnis vom Lohn als Preis der geleisteten Arbeit etc. Zurückzuführen sind diese auf den Warenfetisch (vgl.39, insb.S.562)
34. Stadt und Land; individuelle und gesellschaftliche Arbeit; Produktion, Handel etc. Die wichtigste Form der Arbeitsteilung im Kapitalismus trennt die materielle von der geistigen Arbeit, und von diesem Augenblick an kann sich das Bewußtsein wirklich einbilden, etwas anderes als das Bewußtsein bestehender Praxis zu sein (vgl.43/31 f.)
35. Zur Entfaltung der Ideologieproblematik auf der Grundlage der dialektisch-materialistischen Methode vgl. insbesondere (56) und (24)
36. Eine Kürzung des Zitats würde, da es sich um eine konzentrierte Form der begrifflichen Fassung handelt, zu Mißverständnissen führen
37. Die Formulierung des Allgemeininteresses ist allerdings kein Täuschungsmanöver der aufstrebenden Klasse/n. Im Postulat von Freiheit und Gleichheit lebt das Bürgertum ihr Verhältnis zu ihren Existenzbedingungen, der liberalen kapitalistischen Ökonomie, das - als "Mystifikation" - zugleich auch für das Proletariat gilt: der Arbeiter muß frei sein, d.h. jederzeit verfügbar
38. Zur analytischen und begrifflichen Trennung von Ideologie im allgemeinen - als omnihistorische Kategorie, die im wesentlichen den oben bereits angedeuteten Zusammenhang zwischen sinnlicher Erkenntnis und ideologischer Aneignung der Realität umfaßt - und den besonderen Ideologien - die in unterschiedlichen (religiösen, politischen, juristischen etc.) Formen Klassenpositionen zum Ausdruck bringen - siehe ins-

besondere die im Literaturverzeichnis von Althusser angegebenen Schriften, in deren Ausführungen Elemente für eine Theorie der Ideologie skizziert sind, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht behandelt werden können

39. Ideologie umfaßt in diesem Sinne den Bereich der Kultur einer Gesellschaftsformation
40. Intermediär verstehen wir nicht im Sinn der bloßen Vermittlung der Gesellschaft zum Staat. Vielmehr soll damit die Beziehung des staatlichen Gewaltmonopols zur Gesellschaft ausgedrückt werden, d.h. die fortschreitende Unterwerfung gesellschaftlicher Gewaltpotentiale durch den Staat. Die weiter oben erläuterte Ausdehnung auf den gesellschaftlichen Raum bezeichnet in diesem Zusammenhang diese Tendenz innerhalb einer Gesellschaftsformation
41. Stresemann, Sekretär des Verbandes Sächsischer Industrieller und später Außenminister, baute die Beziehungen zur Presse, zu den Parlamenten und die Beeinflussung der 'öffentlichen Meinung' planmäßig aus. Der VSI wurde daraufhin bald als halbpolitischer Landesverband der deutschen Industrie bezeichnet und seine Arbeitsweise wurde in den anderen Verbänden nachgeahmt. Stresemann verfolgte dabei u.a. das Ziel, eine große Anzahl führender Verbandsfunktionäre oder politische Freunde als Abgeordnete in die sächsische Volksvertretung zu bringen. (vgl. 62/49)
42. Im weiteren Sinn sind die Repräsentationsmittel von Klasseninteressen und den ideologischen Positionen. Sie ergänzen so notwendigerweise die Repräsentationsfunktion, die auf staatlicher Ebene als 'Volksvertretung' auf den einzelnen Parlamentarier beschränkt bleibt, der jenen, die er zu vertreten vorgibt, nichts zu verantworten hat; die Verfassung der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie verbietet das imperative Mandat. Siehe dazu (31)
43. Th. Heuß bezeichnete in seiner Neujahrsansprache 1955/1956 Verbände als "legitime Organe der modernen Gesellschaft, deren tiefer Sinn es sei, den Staat zu entlasten." - abgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1956, Nr. 1 S. 31 ff.; zit.n. (62/101)
44. Wie Habermas in 'Strukturwandel der Öffentlichkeit' entwickelt, agieren jene gesellschaftlichen Organisationen staatsbezogen; sie müssen private Autonomie durch politische erwerben und behaupten. Wir halten allerdings seine Auffassung von der "Refeudalisierung der Gesellschaft" (15/273 f.), mit der er die Verschränkung von öffentlichem und privatem Bereich, d.h. die Übernahme gewisser Funktionen in der Sphäre des

Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit durch politische Instanzen und politischer Funktionen durch gesellschaftliche Instanzen, typisiert, für eine Verknüpfung der klassengesellschaftlich notwendigen Ausweitung der Klassenherrschaft. Es handelt sich hier nicht um einen Rückfall in historisch überholte Gesellschaftsstrukturen, sondern um eine Funktionserweiterung unter den Bedingungen des imperialistischen Stadiums

45. Siehe auch Wittkämper/Stanzel. Dort heißt es: "Es bedarf nicht der Lehren Max Webers, sondern nur einer Lektüre des Textes des Grundgesetzes, etwa in Art.20, Abs.2 (betr. die Ausübung der Staatsgewalt, J.R.), um festzustellen, daß Recht und Rechtssysteme der Bundesrepublik u.a. Instrumente der Herrschaftsstruktur und des Herrschaftshandelns dieser Gesellschaft sind." (61/108)
46. Bei Leibholz heißt es weiter: "Jedenfalls, wie dem auch sei, soviel ist klar, daß gemessen an der bestehenden Rechtsordnung (nach der jeder Rechtsbruch strafrechtlich zu messen ist, J.R.) jede Auflehnung mit dem Ziel, diese Rechtsordnung zu beseitigen und durch eine andere zu ersetzen, das Tatbestandsmerkmal der Rechtswidrigkeit enthalten muß, und daß keine positive Rechtsordnung sich jemals wird unterfangen können, den Rechtsbruch selbst zu sanktionieren." (30/66) Die Stoßrichtung ist damit einigermassen klar gekennzeichnet: er wendet sich gegen den 'Umsturz' der rechtlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die nach bürgerlichem Selbstverständnis nur von den sog. sozialistischen und kommunistischen Kräften angestrebt wird. So gesehen wird denn auch der faschistische 'Betriebsunfall' in der deutschen Geschichte erklärbar. Es handelte sich dabei, folgt man Leibholz, um einen rechtlich zu akzeptierenden Akt des Regierungswechsels, der innerhalb der geltenden Rechtsordnung vollzogen wurde - mit unerwünschten Folgen. Das ist eine Rechtauffassung, die ihre Fortsetzung nicht zuletzt im Filbinger-Syndrom und seinen Abwandlungen findet: Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. Ein Argument, das auch seitens der Kirchen nach 1945 in ihrem Kampf gegen die Entnazifizierungspolitik vorgebracht wurde
47. Die Form des Imperialismus nach innen (vgl. 47)
48. vgl. u.a. (47) und (49)
49. zuerst in: (50), konkreter in (51)
50. vgl. (51)
51. Für Althusser verweisen wir auf (2) und (3), insbesondere auf seine Anmerkungen in (3/154 ff.)

52. Dazu zählen insbesondere die Praxis der politischen Anhörungen, Berufsverbote etc., die sich für deutsche Verhältnisse auf das Beamtenrecht beziehen; ebenso gehört aber auch dazu die in Art.18 GG vorgesehene Verwirkung von Grundrechten
53. Dieser Punkt hat in der Diskussion der Ideologischen Staatsapparate zu zahlreichen Mißverständnissen geführt. Zu betonen ist, daß die Parteien selbst keine ISA sind, sondern zum System der politischen ISA gehören. Althusser ist auf dieses Problem eingegangen und hat seine Position dazu konkretisiert, in: (2/158/159), dort heißt es: "Was ist demnach unter der Bezeichnung politischer ideologischer Staatsapparat zu verstehen? Das 'politische System' oder die 'Verfassung' einer gegebenen Gesellschaftsformation (...).
54. Marx,K., Lohn, Preis und Profit, in: Marx-Engels-Ausgewählte-Schriften, Bd.1, S.418
55. vgl. die Ausführungen z.B. in Argument 100 und 106 (Ideologischer Klassenkampf; Staat und Ideologie)
56. In der vom VSA-Verlag überarbeiteten deutschen Übersetzung des Althusser-Textes (1977) wurde mit einiger Verspätung darauf verwiesen, daß der terminus 'gewerkschaftlich' alle Berufsverbände umfaßt
57. Poulantzas prägte dafür in Anlehnung an Gramsci den treffenden Ausdruck des "Blocks an der Macht"
58. Hegemonie "kann eine Klasse dabei führen, den historischen Block zu errichten, der bei Gramsci als ein System von gesellschaftlichen Klassen, von politischen und kulturellen Kräften und als Beziehung zwischen Basis und Überbau verstanden wird. Dieser Komplex ist sicher widersprüchlich strukturiert, wird aber von der Ideologie der herrschenden Klasse, von ihrer Hegemonie, zusammengehalten." (14/173)
59. "Herrschende Ideologie" als Vereinheitlichungsfaktor heißt nicht, daß diese als ausgearbeitetes Instrumentarium der herrschenden Klasse zur Verfügung steht; obwohl außerökonomisches Zwangsverhältnis, das der Ökonomie entspringt, ist sie zugleich legitimiert durch den gesellschaftlichen Konsens. Eben dieses Faktum macht sie als Vereinheitlichungsfaktor so wirksam
60. "Eine gesellschaftliche Klasse kann entweder auf der ökonomischen Ebene, oder auf der politischen, oder aber auf der ideologischen identifiziert werden, sie kann daher sehr wohl in Bezug auf eine bestimmte Instanz lokalisiert werden. Dennoch müssen wir uns bei ihrer begrifflichen Erfassung an die Gesamtheit der Ebenen halten, deren Ergebnis sie ist. (...)
Die gesellschaftlichen Klassen (...) stellen sich

nicht als Auswirkung einer bestimmten Struktur auf eine andere (z.B. der ökonomischen auf die politische oder auf die ideologische) dar, und treten daher nicht innerhalb der Struktur auf; sondern sie sind die globale Auswirkung der Strukturen im Bereich der gesellschaftlichen Verhältnisse (...)." (52/63)

61. vgl. (14/173), Anm.58; vgl. auch (7) und (46)
62. Zur Kategorie des Alltags im Zusammenhang mit dem Problem der Reproduktion der gesellschaftlichen Verhältnisse hat insbesondere Lefebvre (27 und 28) wertvolle Hinweise gegeben

/zu Abschnitt 5/

1. Blanke (74) weist darauf hin, daß zwei Drittel der deutschen Industriekapazität - nur geringfügig zerstört oder demontiert - auf dem Gebiet der späteren BRD lagen. "Das durch die Kriegsindustrie vorgezeichnete Übergewicht von Grundstoff-, Produktions- und Investitionsgüterindustrien zu Lasten der Konsumgüterindustrie konnte - besonders mit Hilfe des Marshall-Plans - zur Grundlage der westdeutschen Exportorientierung werden." (74/144-145)
2. Da wir die Antifaschistischen Ausschüsse als Teil der Initiativen von "unten" im Rahmen der Untersuchung nicht behandeln, sei an dieser Stelle vor allem verwiesen auf die bisher umfassendste Arbeit: (150); das Verbot der Antifaschistischen Ausschüsse wurde u.a. damit begründet, daß politische Betätigung in den Zonen verboten sei, gleichwohl gab es in der amerikanischen Zone Tendenzen, die Ausschüsse zu dulden und zu versuchen, die Mitglieder zu spalten, indem man ihre 'vertrauenswürdigen' Führer in die Dienste der Militärbehörde nahm. (vgl. D 35/Functional Report Political Situation/Juli 1945)
3. Rheinland, -Pfalz, Südbaden, Württemberg-Hohenzollern und bis Februar 1946 das Saarland (vgl. 169)
4. Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen (Hannover, Braunschweig, Oldenburg)
5. Bayern, Großhessen, Württemberg-Baden und Bremen
6. Für die amerikanische Militärregierung siehe D 34 bis D 36 und (76); für die französische Zone vgl. D 37 und D 38, sowie D 42 - hauptsächlich handelte es sich um zweimonatliche Umfragen über politische Einstellungen; für die britische Zone vgl. D 39

7. Wie Balfour (69) berichtet, fand im Potsdamer Protokoll (§12 der Wirtschaftlichen Grundsätze) der Punkt der Dezentralisierung nur fast nebensächliche Erwähnung, um die bestehende übermäßige Konzentration der Wirtschaftsmacht aufzuheben. Balfour schreibt weiter: "Die Erklärung für diesen augenscheinlichen Widerspruch liegt natürlich darin, daß dem größten Teil des Potsdamer Abkommens ein amerikanischer Entwurf zugrunde lag und daß von den Besatzungsmächten die Amerikaner am wenigsten an diesem Aspekt des Themas interessiert waren (mit Ausnahme vielleicht der Franzosen). Es ging ihnen mehr darum, die Kartelle aufzulösen und den freien Wettbewerb anzuregen." (69/233)
8. London 10.9.-12.10.1945; Paris 25.4.-12.7.1946; New York 4.11.-12.12.1946; Moskau 10.3.-24.4.1947 und London 25.11.-15.12.1947; vgl. dazu auch (90) und (151)
9. vgl. Clay (82)
10. An dieser Stelle drängt sich natürlich ein Gedanke sicherheitspolitischer Natur auf, der durch die bekannten Unterlagen und den realen "Gang der Geschichte" bereits verifiziert ist - vom Standpunkt der westlichen Alliierten aus gesehen. Wir wollen ihn hier als Einschub verstanden wissen, da er über den Rahmen der Arbeit hinausgeht:
Da es den kapitalistischen Staaten trotz massiver Versuche nicht gelungen war, die sozialistische Sowjetunion nach der Oktoberrevolution, d.h. nach Beendigung des 1. Weltkrieges wirksam zu schwächen, bestand nach der Wiederherstellung des jeweiligen Wirtschafts- und Rüstungspotentials nur die Möglichkeit - unter veränderten Bedingungen - sich strategische Vorteile zu schaffen, d.h. die Interessensphären in Mitteleuropa klar abzugrenzen. Die Überlegungen der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen, protokolliert auf der Teheraner Konferenz 1943, sprechen dafür ebenso wie die spätere politische Neugliederung Deutschlands auf der Grundlage dieser Vereinbarungen. Es ist in diesem Zusammenhang weiter anzunehmen, daß die "Zugeständnisse" der Westallianz (USA und Großbritannien) bei der Zonenaufteilung von militärischen Überlegungen geleitet waren, d.h. unter Zugrundelegung des militärisch-strategischen Potentials, mit dem unter Aufbietung der zur Verfügung stehenden Kräfte in einem bestimmten Zeitraum eine bestimmte Frontlinie erreicht werden kann. Unterstellt man schließlich noch einen beabsichtigten Vertragsvorteil, begründet z.B. mit den traditionellen Grenzen der deutschen Länder, so kann theoretisch die Grenze der Besatzungszonen der westlichen Allianz ~~unter der~~ erwarteten - oder errechneten - militärischen Frontlinie liegen. Der weite Vorstoß

der amerikanischen Truppen in Teile Thüringens und Sachsens, die vertraglich der Sowjetunion als Besatzungszone zugesichert waren, lag u.U. nicht im Bereich der Überlegungen der US-Regierung und der militärischen Führung, bedeutete aber den Versuch der Schaffung eines fait accompli aus militärischer Sicht. Eine Vertragsverletzung alliierter Abkommen hätte sicher unberechenbare Folgen gehabt in einer Situation, da beide Teile trilateral gebunden waren. Bis-Ende Juli war die endgültige Aufteilung der Besatzungszonen (nach Abzug der Amerikaner) abgeschlossen.

11. Entmilitarisierung, Zerschlagung der Kriegsindustrie, Kontrolle der Wirtschaft, Dezentralisierung der Verwaltung, Umerziehung, Entflechtung der Großindustrie, Produktionsbeschränkungen etc.; vgl. (94) und (96)
12. In Bayern am 11.10.1946; in Württemberg-Baden am 6.11.1946 und in Hessen am 15.7.1947
13. Wenn wir im folgenden auf die Person Erhard eingehen, dann bedeutet das nicht das Zugeständnis an die bürgerliche Geschichtsschreibung, der gemäß sich Geschichte an Personen und deren Einzelschicksalen orientiert; wir betrachten in diesem Zusammenhang Personen der Zeitgeschichte als Ausdruck bestimmter Verhältnisse
14. In der Darstellung folgen wir den Gutachten, die Blumenberg-Lampe vorgelegt und einer kritischen Sichtung unterzogen hat, vgl. (75)
15. Blumenberg-Lampe verzeichnet über 50 Gutachten, wovon der größte Teil in der Zeit von 1942-1944 entstanden ist
16. Steuern, Finanzen, Arbeitsmarktpolitik, Geld- und Währungspolitik
17. Gutachten 27/1, S.3 in: (75); Blumenberg-Lampe vermerkt dazu in Anm.91: "Der Gedanke wurde nicht näher ausgeführt."
18. Gutachten 15/S.6; in: (75/117)
19. Gutachten 15/S.5; in: (75/117)
20. Ausführliche Darstellungen dazu finden sich bei Winkel (175) und Erhard (100)
21. vgl. Clay (82)
22. Die Etappen waren in Europa: Marshall-Plan und OEEC sowie seine Vorformen in den Zonen: OFICOMEX in der französischen Zone und JEIA in der Bizone; deutschlandspezifisch natürlich auch die Währungsreform
23. Die Situation des Korea-Krieges wird vom Bundeswirtschaftsministerium in der zitierten Veröffentlichung (100) als "Korea-Boom" bezeichnet

24. vgl. Deutsch u.a. (87); als Bedingungen des Wirtschaftswunders werden genannt: die Möglichkeit der Ausfuhr der Überschuß-Produktion von USA nach der BRD; US-Investitionen in der BRD; die Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften und der SPD, Rationalisierungsmaßnahmen zu tolerieren und sich gleichzeitig bei Lohnforderungen und Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung zurückzuhalten etc. (vgl. 87/150 ff.)

/zu Abschnitt 6/

1. Balfour (69) berichtet von einem Anteil der Flüchtlinge in den einzelnen Ländern:
Schleswig-Holstein: 38.4%; Niedersachsen: 32.5%; Hamburg: 11.8%; Bremen: 12.8%; Nordrhein-Westfalen: 11.9%; Großhessen: 21.1%; Württemberg-Baden: 20.2%; Bayern: 24.2%; Rheinland-Pfalz: 5.8%; Württemberg-Hohenzollern: 11.4%; Baden: 9.8% ; (69/187); weiter heißt es: "(...) von je 100 Deutschen des Geburtsjahres 1924 (waren) 25% als tot oder vermißt und weitere 31% als mehr oder weniger schwerbeschädigt geschätzt." (69/21)
2. vgl. auch D 36; Die 'Ohne-Mich'-Bewegung hielt bis in die frühen 60-er Jahre an; die Gegenwerbekampagne der Bundesregierung kreierte die Figur des 'Ohnemichel'
3. Die Daten wurden Anfang 1946 von der Trade and Commerce Branch of OMGUS erhoben. Grundlage der Studie war die Befragung von 2.448 Familien in 70 Orten der amerikanischen Zone
4. Rechtsgrundlage war das Gesetz Nr.33 des Alliierten Kontrollrates vom 26.Juli 1946
5. siehe dazu auch: (162), insbesondere die Graphik zum Altersaufbau
6. Später wurde die Bearbeitung dem Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übertragen
7. vgl. (162), insbesondere die Graphiken über Ehescheidungsrate, Säuglingssterblichkeit und Bevölkerungsbewegungen
8. Dabei gingen die Überlegungen der westlichen Alliierten in der Anfangsphase der Besatzungspolitik vom Gedanken der Kollektivschuld des deutschen Volkes aus; die Stütze ihrer Entscheidungen konnte in diesem Sinn auch nicht das Volk sein, sondern lediglich die Teile, die aktiv oder passiv "Betroffene" oder "Benachteiligte" der nationalsozialistischen Herrschaft waren

9. vgl. dazu (150), insbesondere den Abschnitt über die Zusammenbruchskrise

/zu Abschnitt 7.1/

1. Neben den Besatzungstruppen auch eine große Zahl Verwaltungspersonal aus den Heimatländern der jeweiligen Besatzungsmächte. Die Franzosen beschäftigten die meisten, gefolgt von den Briten (25.000); die Amerikaner beschäftigten 5.000 Verwaltungskräfte. (vgl. 115/76 ff.)
2. Wichtiges Indiz für eine demokratische Gesinnung war neben der Nichtmitgliedschaft in der NSDAP vor allem eine von den Nationalsozialisten vorgenommene Entlassung aus dem Amt
3. Sie umfaßt etwa den Zeitraum vom 20. Oktober 1944 bis 8.5.1945
4. vgl. (150) und unsere Vorbemerkung in Abschnitt 5.1
5. Die spätere CDU führte in Westfalen und im Rheinland den Namen CDP
6. Generell waren in der Anfangsphase die SPD und die KPD nach Einschätzung der Militärbehörden die aktivsten Parteien; einen Monat später waren es in Bayern bereits 128 Organisationen
7. vgl. D 37
8. Die ersten Wahlen 1946 führten dazu, daß in einigen Ländern die KPD nicht mehr in der Regierung vertreten war, so z.B. in den süddeutschen Ländern
9. vgl. zur Parteiengeschichte Bergsträsser (72)
10. Die Forderung führte innerhalb der KPD zu heftigen Auseinandersetzungen, insbesondere mit den aus den Gefängnissen und der Illegalität wiederkehrenden Parteimitgliedern
11. Diese Forderung wurde aber vor allem durch die Parteimitglieder in der amerikanischen Zone weitgehend unterlaufen; sie identifizierten sich eher mit den Zielen der amerikanischen Militärregierung, die eine föderalistische Struktur des neuen Deutschland vorsah; als allgemeiner Literaturverweis: Huster, E., - Die Politik der SPD 1945-1950, Frankfurt 1978
12. In Berlin waren es die Sozialdemokraten, die der KPD zuerst den Vorschlag machten, eine Vereinigte Arbeiterpartei zu gründen; die KPD lehnte diesen Vorschlag jedoch ab. An anderen Orten, in den West-

- zonen, verlief die Entwicklung umgekehrt, dort scheiterten die Einigungsbemühungen am Einspruch der sozialdemokratischen Führer
13. In Hessen lehnten sie den Sozialisierungsartikel ab und stimmten gegen die Verfassungsvorlage. R.Maier schreibt dazu: "Die Hessen (SPD und CDU) hatten sich eine Verfassung zurechtgezimmert, die der Sozialisierung die Bahn frei machen sollte. Sie waren mehrere Jahre damit beschäftigt, ihre Verfassungstheorie auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuführen." (140/334)
 14. In manchen Regionen waren es durchschnittlich im Jahre 1947 nur 650-850 Kalorien, vgl. (69/231)
 15. Die "Lösung" über den Schwarzmarkt war Ausdruck des individuellen Überlebenskampfes und sie entsprach, polemisch formuliert, denn auch mehr liberalen Grundsätzen des freien Spiels der Kräfte und des sich selbst regulierenden Marktes als jede andere Form; Eingriffe des Staates, bzw. der Form, die er während der Nachkriegsjahre annahm, erfolgten zu einem Zeitpunkt, als diese "Marktverhältnisse" mit den Zielen und Notwendigkeiten einer geordneten Wirtschaft nicht mehr übereinstimmten
 16. Über die Kompetenzstreitigkeiten zwischen der französischen und der amerikanischen Militärregierung schreibt R.Maier, daß die Amerikaner über die Haltung der Franzosen sehr aufgebracht gewesen seien, was in der Folge zu diplomatischen Verhandlungen auf Regierungsebene führte (vgl.140/68); in einem Memorandum des Beraters der amerikanischen Militärregierung, Pollock, an Murphy vom 22.Oktober 1945 plädiert Pollock sogar dafür, große Teile der französischen Zone der US-Zone zuzuschlagen, um die Wiederbelebung demokratischer und föderalistischer Strukturen in Deutschland voranzubringen. (vgl. D 9)
 17. Dr. Karl Schmid, d.i. Dr. Carlo Schmid
 18. So schreibt Erhard, Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des VWG, der aufgrund seiner wirtschaftspolitischen Positionen eher der damaligen FDP nahestand als der CDU, vor der 1.Bundestagswahl im Juli 1949 an Heuß: "(...) wäre es ohne schroffe Brückierung nicht mehr möglich gewesen, die bereits erteilte halbe Zusage an die CDU wieder rückgängig zu machen. So stehe ich also vor der Aufgabe, für die CDU einen Wahlkampf zu führen, ohne Ihre Kreise dabei zu stören. Ihr bei unserem Zusammensein mündlich gebrachter Vorschlag, daß wir uns gegenseitig in Wahlreden mit einem Ausdruck der Achtung bedenken, findet meine volle Billigung, und ich bin darüber hinaus sogar gern bereit, besonders zum Ausdruck zu bringen, daß ich

nicht gewillt bin, gegen die DVP aufzutreten, sondern meine Aufgabe darin erblicke, die Front der ÖDU gegen den Sozialismus zu stärken. (...) Ich habe auch den anderen Herren der CDU diesen meinen Willen in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck gebracht und die Zusicherung erhalten, daß sich alle Redner der Einhaltung dieser Linie befleißigen." (D 7)

Und Heuß antwortete:

"Ich teile Ihre Auffassung, daß hier in unserem Land die Situation keine größeren Schwierigkeiten machen wird. (...) Wir wollen es gerne bei der Abrede lassen, daß sie bei Ihrer Stuttgarter Rede einige freundliche Worte über mich und unsere alten Beziehungen sagen. Ich werde das (...) dann hier und an anderen Orten auch besorgen. Leider kann ich Ihnen noch nicht mitteilen, wer als Zählkandidat von unserer Gruppe in Ulm sich wird aufstellen lassen. Die CDU hat in Stuttgart I, wo ich kandidiere, einen Gerichtsassessor (!!) nominiert, dessen Name, soweit ich mir sagen lasse, außerhalb der Partei völlig unbekannt ist. Er ist offenbar als 'schwacher Kandidat' gedacht." (D 8)

19. Beispielhaft ein Schreiben von Heuß an den von der Militärregierung eingesetzten OB Klett/Stuttgart - am Rande. Vor allem die Begründung: "Seit ich das Ministerium niedergelegt habe, bin ich ohne Wagen. (...) Ich würde Ihnen außerordentlich verbunden sein, wenn Sie mit dafür Sorge tragen wollten, daß ich trotz der verhältnismäßig späten Meldung (...) bei den Zuweisungen mit an der Spitze berücksichtigt werden könnte. (...) Schließlich bin ich durch mein Boschbuch ja auch der Epiker der Motorisierung geworden und der Lobpreiser der heimatlichen Leistung." (D 4) Es dürfte außer Zweifel stehen, daß Heuß das Fahrzeug zugewiesen bekam.
20. Über den Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen siehe insbesondere Vogel (170)
21. Grosser bemerkt dazu in seiner 'Deutschlandbilanz': "Der Antikommunismus ist von 1946 an die normale Einstellung derer gewesen, die gegen das politisch und ideologisch monolithische System, das im Osten nach und nach installiert wurde, einen auf Freiheit und Pluralismus gegründeten Staat aufbauen wollten. Antikommunismus im Namen der Freiheit wurde aber in einem Volk verbreitet, das eine jahrelange antikommunistische Indoktrinierung hinter sich hatte, die im Namen des Nationalsozialismus betrieben worden war." (115/126)
22. Im Protokoll taucht allerdings später auf, Maier habe gesagt, man müsse die Kommunisten nicht nur aus den großen, sondern auch aus den kleinen Positionen ausschalten

23. vgl. dazu (65)
24. Bei Foeltz-Schröeter heißt es weiter: "Das bedeutet nicht, daß die Politiker in den Länderregierungen sich jetzt ausschließlich parteipolitischen Rücksichten unterworfen hätten. Die regionalen Verwaltungen haben im Gegenteil (...) ihr Eigengewicht behalten. Dennoch hatte sich das Verhältnis zu den Parteiorganisationen grundsätzlich gewandelt. Die Parteien, denen in der ersten Phase jede Machtgrundlage fehlte, so daß es nicht nötig schien, sie in die Politik einzubeziehen, hatten sich seit der Umbildung der bizonalen Verwaltung zu einem entscheidenden Machtfaktor entwickelt, der nicht mehr vernachlässigt werden konnte. Eine engere Zusammenarbeit mit ihnen lag deshalb auch im Interesse der Länderregierungen." (105/143)
25. Über die Verworrenheit, wie Rechtsgrundsätze z.B. in Form von Durchführungsbestimmungen für die exekutive Gewalt von dem wiedereingesetzten Personal kausal aus dem Zusammenhang nationalsozialistischen Rechts abgeleitet wurden, gibt ein Protokoll Auskunft, worin es heißt: "Früher nannte man es Kriegswirtschaftsverbrechen, heute soll man es kurz Wirtschaftsverbrechen nennen, Schwarzschlachtung." (D 20) vgl. auch (97)
26. Nicht nur nach außen, sondern vor allem auch nach innen
27. Filbinger: Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein. Mit Schadenfreude wurde zudem vermerkt, daß die Absichtserklärung des Potsdamer Abkommens, eine zentrale deutsche Verwaltung einzurichten, einige Zeit nicht verwirklicht werden konnte (vgl. 131)
28. vgl. dazu (65)
29. vgl. (105)
30. Der Autor, W. Grewe, hatte sie im Sommer/Herbst 1947 in einem Rechtsgutachten im Auftrag einer deutschen Landesregierung - im Anschluß an die Münchner Konferenz der Ministerpräsidenten - ausgearbeitet (vgl. 112/11)
31. vgl. (128) und (129)
32. Zur Qualität der rechtsstaatlichen Prinzipien und über das besondere Verhältnis der Deutschen zum Recht und zur Politik bemerkte Grosser: "Der Begriff 'Rechtsstaat' birgt Gefahren. Die Gefahr des Formalismus: der Hang die komplizierte Wirklichkeit in starren Paragraphen einzufangen und die Zuflucht zum Buchstaben des Gesetzes als Vorwand, auf jede Veränderung oder sogar auf jedes Handeln zu verzichten (...). Vor allem die

Gefahr eines übertriebenen Respekts vor bestehenden Gesetzen, um Freiheiten zu unterdrücken, nicht sie zu schützen." (115/128) Ähnlich auch: (139/262)

/zu Abschnitt 7.2/

1. In einer Umfrage unter 1.000 erwachsenen Personen in der amerikanischen Zone April 1946 verurteilten 38% der Befragten die nationalsozialistische Arbeitspolitik mit der Begründung, daß die Arbeiter unter dem Faschismus alle Rechte verloren haben. Demgegenüber beurteilten 35% der Befragten diese Politik positiv mit der Begründung, durch die DAF seien Streiks verhindert worden und Streiks seien eine schlechte Sache, die niemandem helfen, unangenehme Begleiterscheinungen haben und von der Arbeit abhalten. (vgl. D 36/Report 11/2)
2. Diese Funktionen übernahm schließlich der Wirtschaftsrat der VWG
3. Balfour ergänzt in einer Anmerkung zur Errichtung der Betriebsräte: "Zu dem, was dem Engländer am öffentlichen Leben Deutschlands auffällt, gehört das Bestreben, bei jeder Einrichtung gleich von Anfang an eine präzise gesetzliche Definition festzulegen. Diese Sorge um den gesetzlichen Status resultiert zum Teil aus der Tatsache, daß fast alle höheren Zivil- und Verwaltungsbeamten Jura studiert haben müssen(...)" (69/367)
4. Gesamtdeutsche Versuche in dieser Richtung waren vor allem die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften
5. Die shop stewards waren die Sprecher der Arbeitnehmer, bevor Betriebsräte gewählt wurden; vgl. (139)
6. Eine ähnliche Haltung zeigt sich auch in der Einschätzung lokaler Wahlergebnisse, so wird der Erfolg sozialdemokratischer und kommunistischer Betriebsratskandidaten auf eine Absprache zwischen den beiden Gruppen zurückgeführt
7. Der Gewerkschaftsaufbau sollte in drei Phasen erfolgen: Vorbereitungsphase, Entwicklungsphase, Wachstumsphase; vgl. (74/164 ff.)
8. So beschloß zum Beispiel der am 1. und 2.3.47 in Oldenburg tagende Verbandstag der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft graphischer Betriebe die Verschmelzung der bisher in der britischen Zone be-

stehenden Bezirksverbände zu einem einheitlichen Zonenverband, der IG Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung

9. Später erfolgte der Zusammenschluß mit dem süddeutschen Angestelltenverband
10. vgl. (82/324-326)
11. Böckler bezog sich dabei wahrscheinlich auch auf die Forderungen von Betriebsräten im Ruhrgebiet, die die Verstaatlichung ihrer Betriebe zum Ziel hatte; vgl. (74)
12. Am selben Konferenztag entwickelte sich auch die Diskussion um den 1.Mai. Das Ergebnis bestätigt die bewußte Zurückhaltung der Gewerkschaftsführung, nicht zuletzt, um sich deutlich von den Zielen der Kommunisten abzugrenzen. Unter anderem heißt es im Protokoll: "Hier ist eine Entschließung eingegangen, wonach der 1.Mai als Kampftag der Arbeiterschaft zu begehen ist. Diese Entschließung können wir nicht annehmen, sie hat politische Tendenz. (!) Wir haben mit den Parteien nichts zu tun; wir feiern diesen Tag als Tag der deutschen Arbeiterschaft. Für uns kommt nur eine Feier als Gewerkschaft in Frage." (D 44/38)
13. Der Modus der Beschlußfassung und die innergewerkschaftliche Demokratie war bereits zu diesem Zeitpunkt eine Formalie, (vgl. D 46/18-19)
14. Die in dieser Form z.B. in der französischen und italienischen Gewerkschaftsbewegung weitgehend unbekannt ist
15. vgl. (74)

/zu Abschnitt 7.3/

1. vgl. (140), (142) und (D 41)
2. Ursprünglich war vorgesehen, Württemberg durch eine Landesregierung zu verwalten. Nach Auseinandersetzungen zwischen der französischen und amerikanischen Militärregierung bildeten die Amerikaner die Regierung in Stuttgart um, worauf die Franzosen im Oktober 1945 mit der Bildung einer eigenen Landesregierung für die französisch besetzte Zone antwortete
3. Die KPD blieb aber im politischen System des Landes isoliert. Alle Parteien lehnten eine Zusammenarbeit mit der KPD ab - trotz eines Stimmenanteils bei den Kreisversammlungenwahlen von 1946 von 7.2%

4. Die Bevölkerung war zu 53% katholisch und zu 44% protestantisch, vgl. (176/60-61)
5. Es handelt sich um ein Schreiben des Dekanatamtes Ravensburg vom Oktober 1945
6. Eine Unterschriftenaktion der katholischen Kirche für die Errichtung von Konfessionsschulen erbrachte eine Zustimmung von durchschnittlich 75%; die evangelische Kirche lehnte für ihren Bereich eine solche Umfrage allerdings ab; vgl. (176/48 ff.)
7. vgl. den Abschnitt 7.1.2 dieser Arbeit
8. vgl. (78) und (132)
9. So bestand im Kulturausschuß des Zonenbeirates Einstimmigkeit darüber, daß der Zugang zu den höheren Schulen verringert wird (vgl. D 12)
10. Die Koordination der deutschen Leitung des Erziehungswesens lag ab 1946 beim Zonenerziehungsrat der Kontrollkommission der britischen Zone
11. Grimme war Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft im Land Niedersachsen. Er formulierte in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift "Die Schule" 1946: "(...) verbindet uns die Überzeugung, daß wir uns rückbesinnen müssen auf das, was ewig ist, auf Religiosität, auf Recht und Wahrheit, auf Güte und auf Freiheit der Person, auf Menschenwürde und auf Menschenleben(...)." (113/4)
12. Im übrigen konnte man auch bei den Stoffplänen für die Unterrichtsgestaltung feststellen, "daß sie wieder dem von gestern gleichen wie ein Ei dem anderen." (137)
13. Überdies war bei einem Fehlbestand von 15.000 Volksschullehrern eine erschreckende Überalterung des Lehrkörpers festzustellen (vgl. 118)
14. siehe dazu u.a. (150/650)
15. vgl. (D 36/Report 68), (D 16), auch (D37), (D 38)

/zu Abschnitt 7.4/

1. Die Hörgewohnheiten wurden insbesondere von den amerikanischen Behörden in regelmäßigen Abständen durch Befragungsaktionen untersucht. Eine Studie vom März 1946 stellte fest, daß 50% der Bevölkerung in der amerikanischen Zone ein Radiogerät in gutem Zustand besaßen, wovon jedes dritte ein Volksempfänger war. Nahezu 37% der befragten Personen schränkten den

Rundfunkempfang tagsüber ein, um Strom zu sparen. Mancherorts brach das Netz zeitweilig zusammen, worauf sich die Sendeanstalten nach Absprache mit den E-Werken mit Sendepausen einstellten. (vgl. D 36/ Report 1; D 35/Functional Report Information Control August 1945)

2. vgl. zur Entwicklung des Rundfunks in Deutschland insbesondere (138)
3. De facto lag auch in der amerikanischen Zone die Verantwortung vor dem "offiziellen" Termin in deutschen Händen
4. Die Amerikaner brachten in jeder größeren Stadt, die sie erreichten, eine Besatzungszeitung heraus, ähnlich verfahren die Briten und die Franzosen (offizielle Mitteilungsblätter). Die wohl bekannteste Information-Division der Amerikaner war wohl die um Hans Habe. Ein anderer Leiter, war C. Belfrage; er wurde später von der McCarthy-Kommission wegen antiamerikanischer Umtriebe verurteilt (vgl. 70); allgemein siehe (125), (111)
5. Im allgemeinen hatten sich gute Beziehungen zwischen den Verbänden und den Militärregierungen herausgebildet, vgl. (D 47)
6. vgl. auch (D 48); in Württemberg und Hessen wurde nach denselben Prinzipien verfahren. Beispielhaft die Zusammensetzung der 1. Lizenzzeitung in der amerikanischen Zone, der Frankfurter Rundschau (31.7.1945): die Gruppenlizenz wurde erteilt an 1 Katholiken, 1 Kommunisten, 2 Sozialdemokraten und 2 Parteilose; vgl. (D 35/Functional Report Information Control/ September 1945)
7. Belfrage führt über die amerikanische Pressepolitik in Deutschland aus: "What the first missionaries from America built, others tore down. Now the same hate-ridden ghouls who abetted Hitler in his massacre of millions of innocents are back in the seats of power. Half a decade after our missionaries of democracy and peace occupied Hitler's ruins, the same cry for conquest (...) was already heard again, unchided and even applauded by those claiming to speak for America." (70/9)
8. Allerdings wurde oft auch die Zwangsverpachtung angeordnet
9. Das Protokoll der Vorstandssitzung vom 8.3.1947 verzeichnet u.a. die Tagesordnungspunkte: Lizenzierung des Mitteilungsblattes des Vereins, Zeitungsexport, Werbemittelversand und Stellungnahme zur Vorlage des Kontrollrates an den Zonenbeirat wegen Übernahme der Information-Control-Abteilung durch deutsche Instan-

zen. Außerdem wurde dem Institut für Zeitungswissenschaft Münster ein Zuschuß von RM 2000.- für die Durchführung von Volontärkursen bewilligt

10. Es ist zu vermuten, daß dies auf die Übernahme der Lizenzvergabe und Entnazifizierungsverfahren auf deutsche Stellen zurückzuführen ist

/zu Abschnitt 7.5/

1. Nach einer Umfrage in Bibliotheken Baden-Badens bevorzugten die Leser unter den ausländischen Autoren jene, die bereits vor 1933 bekannt waren, während die anderen (u.a. Faulkner, Malraux) ignoriert wurden (vgl. D 41/6)
2. vgl.(D 41/5)
3. vgl. (79); eine wichtige Funktion hatten hierbei in der amerikanischen Zone die 'Amerikahäuser', in der britischen Zone 'Die Brücke'
4. Ein interzonaler Austausch fand nach Absprache der einzelnen Militärregierungen ab Mitte 1946 statt. Der Modus der Zirkulation entsprach Prinzipien des grenzüberschreitenden Verkehrs, d.h. der Exporteur benötigte ein Liefervisum der Informationskontrollbehörde der importierenden Zone ueber die genehmigte Anzahl der zu exportierenden Exemplare (vgl. D 41)
5. vgl. (64)
6. Die Beteiligung von Regierungs- und Parteinstanzen an den Fachausschüssen sollte nach Ansicht der Kontrollkommission ausgeschlossen sein
7. Der Vorsitzende des Verlegerverbandes regte z.B. an, nicht Einzelpersonen, sondern nur Verbände als Mitglieder der Ausschüsse zuzulassen (vgl. D18/54)
8. Eine Übersicht anläßlich der 1. Buchmesse nach dem Krieg 1949 in Frankfurt spricht von ca. 8.000 Titeln während der Jahre 1946-1948
9. vgl. (124) und (171)
10. Darin ist wohl mit ein Grund zu suchen für die nicht nur antikomunistische Haltung vieler Schriftsteller nach ihrer Rückkehr, d.h. nach Konfrontation mit eben dieser Wirklichkeit
11. Seghers, Bloch, Marchwitza, Abusch, Zweig, Kantorowicz, schließlich auch Brecht, dem die amerikanischen Behörden 1948 nicht nur die Einreise, sondern auch die Durchreise durch die Westzonen untersagten

12. Nossack, Benn, Wiechert, Bergengruen u.a.
13. vgl. zur Position der Inneren Emigranten (159)
14. Sie repräsentierten denn auch die zeitgenössische Literatur in den Lesebüchern der Bundesrepublik ab 1949. Schnell bemerkt dazu: "In ihren Werken schien jenes Maß an Irrationalität, Individualität und Religiösität angelegt, das in Lehrplänen der fünfziger Jahre als Erziehungsziel konstituiert wurde." (159/2)
15. Die inneren Emigranten dagegen schienen Kronzeugen des Kampfes gegen den 'Totalitarismus' im eigenen Land gewesen zu sein; somit waren sie politisch verwertbar gegen den behaupteten Totalitarismus der sozialistischen Länder. Das war "bereits die politisch-gesellschaftliche Szenerie der Ära Adenauer, und was man als Restauration gekennzeichnet hat, ist sehr wesentlich von dieser zunächst zufälligen, später unter den irrationalen Konfrontationen des Kalten Krieges bewußten Orientierung geprägt." (166/36)
16. Das war August/September 1947; daraus hervor ging dann die 'Gruppe 47', der lose Zusammenschluß der 'oppositionellen' Literaten
17. Das einzige Stück, das Widerstand während des Faschismus thematisierte - zudem in historisch verzerrter Form - entstand in der amerikanischen Emigration. Es handelt sich um Zuckmeyers "Des Teufels General"
18. Um die Anerkennung des 'kommunistischen' Dichters Brecht wurde, nach längerem Stillschweigen, in Westdeutschland bis in die 60-er Jahre gerungen. Vielfach beschränkte sich die Anerkennung auf die 'klassischen' Stücke des epischen Theaters, während die Aufführung der Lehrstücke bis heute unterdrückt oder dem subkulturellen Bereich überlassen wird
19. vgl. (145)
20. vgl. (88)
21. vgl. (145); finanziert wurde der Kulturbetrieb vor der Währungsreform unter anderem durch die Ausspielung von Lotterien, vgl. (D 19)
22. Plädoyers dafür, aus der unmittelbaren Vergangenheit zu lernen, gab es zum Beispiel in der Form der Überlegung, Ruinen historischer Gebäude, die zu den 'Kulturwerten' gehörten, nicht wieder aufzubauen. Über den Wiederaufbau dieser Gebäude schrieb Otto Bartning in Deutsche Stimmen (89): " (...) stellen sie sich ganze Plätze und Straßenzüge solcher Kullissen, solcher Lügen vor. Denn Kullisse und Lüge bleibt, was (...) im günstigsten Falle selbst nach früherer Zeit rekonstruiert würde (...) Kann er (der Dresdner Zwinger z.B.) als museale Lüge auferstehen,

als riesenhafte Totenmaske ? Verloren. Und daß wir's verloren gehen ließen, müssen wir unseren Enkeln eingestehen. Die Ruinen (...) werden eine starke und wahre Sprache sprechen (...)." (89/119)

23. Von einem die Situation erhellenden Verbot berichtet Stuckenschmidt in (145): Der Bayerische Kultusminister verbot das Ballett "Abraxas" von Egk; es war im Grunde ein Verbot des Dichters, dessen Name selbst auf der Partitur nicht genannt wurde: Heinrich Heine
24. Die Paranthese bezieht sich auf eine Unterscheidung, die auch heute nicht getilgt ist - ja mehr noch, da sie nie getilgt wurde heute stärker im ideologischen Bewußtsein verankert ist denn je: nicht die Zeit des Faschismus und ihre Folgen erscheinen als Katastrophe, sondern der verlorene Krieg und die darauf folgende Besatzungszeit mit all ihren Nöten, Entbehrungen und Zwängen - ganz abgesehen davon, daß die Bezeichnung 'Katastrophe' weder den einen noch den anderen Tatbestand zu erfassen in der Lage ist. Als Moment ideologischer Verschleierung ist dies auch nicht seine Aufgabe
25. Wir beziehen uns im folgenden in erster Linie auf die kritische Untersuchung von Strych, der einzigen ihrer Art auf dem Gebiet des Sports (163)
26. vgl.(D 37/Februar 1946)
27. vgl.(163/48)
28. vgl.(D 37/März 1946)
29. Nach Kategorie 4 der Entnazifizierungskataloge war die 'Mitläuferschaft' eine Ermessensfrage, und es ist anzunehmen, daß die Spruchkammerpraxis eine subjektiv unpolitisch empfundene Angelegenheit war - sozusagen unter Sportkameraden geregelt wurde
30. Besonders viele Mitglieder des ehemaligen ATSB
31. Er erhielt als einziger Verband die Lizenz zum Bau von Fahr- und Motorrädern. Im übrigen besteht er noch heute
32. Diese Erlaubnis führte zu Differenzen innerhalb des DJK-Kaders um die Form der Neugründung, vgl.(163/34)
33. Mittelstreckenrekordhalter 1926-1934; Verfolgter des NS-Regimes, während des Faschismus im KZ Mauthausen inhaftiert

/zu Abschnitt 7.6/

1. vgl. auch (179)

2. vgl. (161/14 ff.)
3. Während Barth, der 1935 seinen Bonner Lehrstuhl verlor, von der Schweiz aus wirkte, blieben Niemöller und Bonhoeffer in Deutschland. Sie verbrachten viele Jahre im KZ; Bonhoeffer wurde 1945 hingerichtet
4. Karl Barth formulierte, daß die vorläufige Lösung an dem Punkt einer drohenden Aufspaltung hart vorbeigang, vgl. dazu (177)
5. In der EKD existieren 3 Hauptgruppen, die "ultra-konservativen Lutheraner in der VELKD, die Unierten in der EKV und der Bund reformierter Kirchen Deutschlands
6. So setzte sich Landesbischof Wurm, Ratsvorsitzender der EKD, für einige Angeklagten und Verurteilte der Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse ein und kritisierte die Praxis des Nürnberger Gerichts. In einer Zeitungsnotiz heißt es dazu: von Dr. Kempner: "Ich bedaure, daß Bischof Wurm sich in seinem der Presse, aber nicht mir zugestellten neuen Brief einseitige oder böswillig entstellte Informationen zu eigen macht, nachdem er seinen Vorwurf von angeblichen Mißhandlungen in Nürnberg hat fallenlassen müssen. Wir können nicht oft genug wiederholen: (...) daß diejenigen, die es darauf abzielen, die Nürnberger Prozesse zu diskreditieren, Feinde des deutschen Volkes sind (...)." (D 52)
7. Die erste Bischofskonferenz fand im August 1945, kurz darauf eine weitere im November 1945, in Fulda statt
8. Die amerikanische Kirchenpolitik für die Besatzung reicht in ihren Anfängen, wie in anderen Bereichen auch, in das Jahr 1943 zurück. Bereits zu diesem Zeitpunkt war entschieden, daß sich die kirchlichen Verhältnisse an den Strukturen der Weimarer Republik orientieren würde
9. Über die Praxis der Einflußnahme der katholischen Kirche siehe insbesondere (161/61 f.)
10. Wurm wies allerdings daraufhin, daß bei der Annäherung an die CDU die Linksparteien nicht unbeachtet bleiben dürfen, da diese eine starke Anhängerschaft unter den Arbeitern und Angestellten haben
11. Zum Charakter der CDU und der Unterstützung dieser Partei durch die Kirchen siehe (161/308-309)
12. 1956 ging das Zentrum ein Wahlbündnis mit der SPD ein; 1958 spielte diese Partei keine politische Rolle mehr

13. Politisch gewendet und gegenüber einem anderen Publikum heißt es bei Wurm (Eröffnungsgottesdienst der 1.Volksvertretung):
"Unserem Volk Vertrauen schenken in Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit (...) wird eine der großen Aufgaben des neuen Staates und der Besatzungsmächte sein." (D 51)
14. Über die Einflüsse der Kirchen auf die Entnazifizierungspolitik der Alliierten im einzelnen vgl. 161/86-93
15. vgl. (122)
16. Oder wie R.Maier es ausdrückte: "(...) als mir das - wie ich meine - richtige und kurze Wort zum rechten Verhältnis von Kirche und Staat einfiel: Die Kirche im Dorf lassen, die Kirche im Staat, den Staat in der Kirche. Das war ganz nach dem Sinn der die Feier maßgeblich mitgestaltenden Bischöfe, des Alt-Landesbischofs D.Theophil Wurm und des neuen Landesbischofs D. Martin Haug gewesen, wie sie mir in sehr freundlichen Briefen bestätigten."
(140/392)

LITERATURVERZEICHNIS

Das Verzeichnis enthält sowohl die zitierte Literatur als auch jene, auf die in den einzelnen Abschnitten verwiesen wurde. Dokumente aus Archivbeständen und Zeitschriften sind gesondert ausgewiesen. Literaturangaben, die in Sammelbänden oder Zeitschriften enthalten sind, werden neben der Angabe der Sammelbände gesondert aufgeführt. Die Zitation erfolgt nach laufender Nummer des Verzeichnisses und unter Angabe der Seite (z.B. 68/131-132).

In getrennter alphabetischer Reihenfolge sind die Positionen 1 - 63 der allgemeinen Erörterung des Verhältnisses von Ideologie und Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse zugeordnet, während die Positionen 64 ff. Angaben zur Untersuchung des historischen Zeitraumes sind.

1. Althusser, L., Für Marx, Frankfurt/M. 1968
2. Althusser, L., Ideologie und Ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie, Hamburg/Westberlin 1977
3. Althusser, L., Marxismus und Ideologie. Probleme der Marx-Interpretation, Westberlin 1973
4. Althusser, L. und E. Balibar, Das Kapital lesen, Bd. 2, Hamburg 1972
5. Bidet, J., Sur les raisons d'être de l'idéologie, in: La Pensée, Nr. 174 (April 1974), S. 53 ff.
6. Braunnühl, C. u.a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973
7. Breitling, R., Die Verbände in der Bundesrepublik. Ihre Arten und ihre politische Wirkungsweise, Meisenheim/Glan 1955
8. Cerroni, U., Marx und das moderne Recht, Frankfurt/M. 1974
9. Engels, F., Brief an Joseph Bloch (21.9.1890), in: Marx-Engels-Werke (MEW) Bd. 37, S. 463
10. Engels, F., Brief an Starkenburg (25.1.1894), in: Marx-Engels-Ausgewählte-Schriften (MEAS) Bd. 2, Berlin 1961, S. 474 f.

11. Geiger, Th., Ideologie und Werturteil, in: Lenk, Ideologie, S.228 ff.
12. Gerstenberger, H., Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates, in: Probleme des Klassenkampfes, H.8/9 (1973), S.207-226
13. Gramsci, A., Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, Frankfurt/M. 1967
14. Gruppi, L., Gramsci. Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats, Hamburg/Westberlin 1977
15. Habermas, J., Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1975 (1962)
16. Habermas, J. und N. Luhmann, Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie - Was leistet die Systemforschung ?, Frankfurt/M. 1971
17. Heinrich, B., Intervention und Integration. Zum Verhältnis von Staat und Ökonomie, in: Kursbuch H.31 (Mai 1973), S.139-156
18. Hirsch, J., Elemente einer materialistischen Staatstheorie, in: v. Braunmühl, C. u.a., Probleme einer materialistischen Staatstheorie, Frankfurt/M. 1973
19. Holzkamp, K., Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/M. 1973
20. Horkheimer, M., Ein neuer Ideologiebegriff ?, in: Lenk, Ideologie, S.283 ff.
21. Horkheimer, M., Ideologie und Handeln, in: Lenk, Ideologie, S.304 ff.
22. Kahl, J., Positivismus als Konservatismus. Eine philosophische Studie zu Struktur und Funktion der positivistischen Denkweise am Beispiel Ernst Topitsch, Köln 1976
23. Krah, H.-J., Konstitution und Klassenkampf. Zur historischen Dialektik von bürgerlicher Emanzipation und proletarischer Revolution (Schriften, Reden und Entwürfe aus den Jahren 1966-1970), Frankfurt/M. 1971
24. Krause, D., Noch einmal: Was ist Ideologie ? Ideologiekritik als Absage an die Aufklärung, in: Das Argument H.66 (Okt.1971), S.523-550
25. Läßle, D., Staat und allgemeine Produktionsbedingungen. Grundlagen zur Kritik der Infrastrukturtheorien, Westberlin 1973
26. Lange, M., Der Frühkapitalismus, Berlin/Leipzig 1947

27. Lefëbvre, H., Die Zukunft des Kapitalismus. Die Reproduktion der Produktionsverhältnisse, München 1974
28. Lefëbvre, H., Kritik des Alltagslebens, Kronberg 1977
29. Lefëbvre, H., Soziologie nach Marx, Frankfurt/M. 1972
30. Leibholz, G., Die Gleichheit vor dem Gesetz. Eine Studie auf rechtsvergleichender und rechtsphilosophischer Grundlage, München/Berlin 1959
31. Leibholz, G., Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltswandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, Berlin 1960^c
32. Lenk, K. (Hg.), Ideologie. Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Darmstadt/Neuwied 1972^b (1961)
33. Ludz, P.C., Ideologiebegriff und marxistische Theorie. Ansätze zu einer Immanenten Kritik, Opladen 1976
34. Luhmann, N., Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme, Opladen 1971^c (1970)
35. Mandel, E., Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt/M. 1971
36. Mannheim, K., Das Problem einer Soziologie des Wissens, in: Lenk, Ideologie, S.254 ff.
37. Marx, K., Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf), hg. v. Marx-Engels-Lenin-Institut Moskau, Berlin 1974^c
38. Marx, K., Zur Judenfrage, in: MEW Bd.1, S.347-377
39. Marx, K., Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd.1 (= MEW Bd.23), hg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1972
40. Marx, K., Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW Bd.1, S.201-336
41. Marx, K., Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEAS Bd.1, S.334-338
42. Marx, K., Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses. Das Kapital. I. Buch. Der Produktionsprozeß des Kapitals. VI. Kapitel. (Archiv sozialistischer Literatur 17), Frankfurt/M. 1969
43. Marx, K. und F. Engels, Die deutsche Ideologie, in: MEW Bd.3, Berlin 1969
44. Meier, H.-P., Ideologie und politisches Verhalten, (Abhandlung zur Erlangung der Doktorwürde der Phil.Fak.I der Universität Zürich), Zürich 1974
45. Merton, R.K., Continuities in the Theory of Social Structure and Anomie, in: Social Theory and Social Structure, Glencoe/Ill. 1951

46. Müller-Thoma, F., Der halbstaatliche Verein. Eine Organisationserscheinung der institutionalisierten Durchdringung von Staat und Gesellschaft, Berlin 1974 (= Schriftenreihe zum Vereins- und Verbandsrecht, hg. v. Prof. Dr. F. Nicklisch, Bonn, Bd. 1)
47. Negt, O. und A. Kluge, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/M. 1972
48. Neuendorff, H., Der Begriff des Interesses. Eine Studie zu den Gesellschaftstheorien von Hobbes, Smith und Marx, Frankfurt/M. 1973
49. Nuissl, E., Massenmedien im System hergestellter Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einem Aspekt bürgerlicher Herrschaft, (Diss. zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie der Universität Bremen), Bremen 1974
50. Poulantzas, N., Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München 1973
51. Poulantzas, N., Klassen im Kapitalismus - heute, Westberlin 1975
52. Poulantzas, N., Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt/M. 1974
53. Pozzoli, C. (Hg.), Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns. Zehn Thesen, Frankfurt/M. 1976
54. Reggiani, R., Gedanken über Entfremdung, Mailand/Lausanne 1972
55. Schmiede, R., Grundprobleme der Marx'schen Akkumulations- und Krisentheorie, Frankfurt/M. 1973
56. Schnädelbach, H., Was ist Ideologie? Versuch einer Begriffslösung, in: Das Argument H. 50 (1969) S. 71-92
57. Schumpeter, J., Business Cycles, Vol. I, New York 1939
58. Sorg, R., Ideologietheorien. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem Bewußtsein und sozialer Realität, Köln 1976
59. Sultan, H., Gesellschaft und Staat bei Karl Marx und Friedrich Engels, s'Gravenhage 1973
60. Weber, M., Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, Tübingen 1976, (Studienausgabe)
61. Wittkämper, G. und J. Stanzel, Politik und Recht, Kronberg 1976
62. Wössner, J., Die ordnungspolitische Bedeutung des Verbandswesens, Tübingen 1961
63. Wolgin, A., Gesellschaftstheorien der französischen Aufklärung, Berlin 1965

64. Abelein, M., Die Kulturpolitik des Deutschen Reiches und der Bundesrepublik Deutschland. Ihre verfassungsgeschichtliche Entwicklung und ihre verfassungsrechtlichen Probleme, Köln/Opladen 1968
65. Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, Bd.1: September 1945 - Dezember 1946, hg.v. Bundesarchiv Koblenz und Institut für Zeitgeschichte München, bearb.v. W.Vogel und Ch. Weisz, München/Wien 1976
66. Asmussen, H., Zur Lage 1947, Stuttgart 1947
67. Aubert, L. u.a., Contrôle de l'Allemagne. Control of Germany, Paris 1949
68. Ausschuß der Dt. Statistiker für die Volks- und Berufszählung 1946, Volks- und Berufszählung vom 29.Oktober 1946 in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin (Volkszählung, Textteil), Berlin o.J. (1951)
69. Balfour, M., Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959
70. Belfrage, C., Seeds of Destruction, New York 1954
71. Bergler, G. und L.Erhard (Hg.), Marktwirtschaft und Wirtschaftswissenschaft. Eine Festgabe aus dem Kreise der Nürnberger Schule zum 60.Geburtstage von Wilhelm Vershofen, Berlin 1939
72. Bergsträsser, L., Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, München 1952⁷
73. Die Berliner Konferenz der Drei Mächte. - Der Alliierte Kontrollrat für Deutschland. - Die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin. Communiqués, Deklarationen, Proklamationen, Gesetze, Befehle, (Sammelheft 1, 1945), Berlin 1946
74. Blanke, Th., Kollektives Arbeitsrecht, Bd.II (1933 bis zur Gegenwart), Reinbek 1975
75. Blumenberg-Lampe, Ch., Das wirtschaftspolitische Programm der 'Freiburger Kreise'. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft. Nationalökonomien gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1973
76. Borsdorf, U. und L.Niethammer (Hg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976
77. Braun, H., Die Bühne ohne Autor, in: Moras, J. (Hg.), Deutscher Geist zwischen Gestern und Morgen, Stuttgart 1954
78. Bungenstab, K., Schulbuchrevision in der US-Zone nach 1945. Amerikanische Umerziehungspolitik, in: Internationales Jahrbuch für Geschichts- und Geographieunterricht, Bd.XII (1968/69), S.96-140

79. Cazden, R., German Exile Literature in America 1933-1950. A History of the Free German Press and Book Trade, Chicago 1970
80. Chandon, E., Grundzüge des Bevölkerungs- und Wirtschaftsaufbaues des britischen Besatzungsgebietes, hg.v. Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, H.20, Essen 1946
81. Chandon, E., Die Industriestruktur des britischen Besatzungsgebietes (I), hg.v. Rheinisch-Westfälischen Institut für praktische Wirtschaftsforschung, Essen, H.31, Essen/Kettwig 1947
82. Clay, L.D., Entscheidung in Deutschland, Frankfurt/Main o.J. (1950)
83. Clay, L.D., Germany and the Fight for Freedom, Cambridge/Mass. 1950
84. Clay, L.D., The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945-1949, hg.v. J.E.Smith, Bloomington/London 1974
85. Cron, H., Wächter der freien Meinung?, in: Koras, J., Deutscher Geist zwischen Gestern und Morgen. Stuttgart 1954
86. Delektat, F., Die politische Predigt, Stuttgart 1947
87. Deutsch, K. und L.Edinger, Germany Rejoins the Powers. Mass Opinion, Interest Groups, and Elites in Contemporary German Foreign Policy, Stanford/Calif. 1959
88. Deutscher Kunstrat (Hg.), Die Situation der Bildenden Kunst in Deutschland, bearb.v. E.Thiele, Stuttgart/Köln 1954
89. Deutsche Stimmen 1945/46, Hg.v. der Maximilian-Gesellschaft e.V. Hamburg für ihre Mitglieder, ausgew. v. C.G.Heise und E.L.Hauswedell, Hamburg o.J. (1948)
90. Deutschland nach dem Zusammenbruch 1945. Dokumente der deutschen Politik und Geschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Bd.6, Berlin 1951
91. v.Dietze, C., Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung, Tübingen 1947 (= Schriftenreihe der Evang. Akademie (Bad Boll), Reihe IV, H.4)
92. Döblin, A., Die literarische Situation, Baden-Baden 1947
93. Doernberg, S., Einige Grundprobleme des Kampfes für ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland (1945 bis 1949) in: Dokumentation der Zeit, Informations-Archiv, H.331, XVII.Jg.1965, 1.Aprilheft, S.1-9, hg.v.Dt.Institut für Zeitgeschichte, Berlin/DDR

94. Documents on Germany under Occupation. 1945-1954, selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London/New York/Toronto 1955
95. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd.6, Um den Frieden mit Deutschland. Dokumente zum Problem der deutschen Friedensordnung 1941-1948 mit einem Bericht über die Londoner Außenministerkonferenz vom 25.November bis 15.Dezember 1947, bearb. von W.Cornides und H.Volk, Oberursel 1948
96. Dokumente und Berichte des Europa-Archivs, Bd.8, Die Befugnisse der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik Deutschland. Die wichtigsten Dokumente mit einer Einführung von Dr.G.v.Schmoller, Oberursel 1950
97. Ebsworth,R., Restoring Democracy In Germany. The British Contribution, London/New York 1960
98. Economic Cooperation Administration Office of the Special Mission to Germany, Frankfurt (Hg.), Deutschland und das Europäische Wiederaufbauprogramm. Die wichtigsten Dokumente, Oberursel o.J. (1952)
99. Erhard,L., Denkschrift 1943/44. Faksimile-Druck der Studie "Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung" vom März 1944, Berlin 1977
100. Erhard,L., (Hg.), Deutschlands Rückkehr zum Weltmarkt, Düsseldorf 1953
101. Erhard,L., Einfluß der Preisbildung und Preisbindung auf die Qualität und die Quantität des Angebots und der Nachfrage, in: Bergler,G. und L.Erhard (Hg.), Marktwirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, S.47-100
102. Feidel-Mertz,H., Erwachsenenbildung seit 1945. Ausgangsbedingungen und Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik, Köln 1975
103. Feine,H.E., Staat und Kirche, Tübingen 1946 (= Schriftenreihe der Evang. Akademie Reihe IV, H. 1)
104. Focke,F. Sozialismus aus christlicher Verantwortung, Wuppertal 1978
105. Foelz-Schroeter,M.E., Föderalistische Politik und nationale Repräsentation 1945-1947. Westdeutsche Länderregierungen, zonale Bürokratien und politische Parteien im Widerstreit, Stuttgart 1974
106. Folsom,J.K., The Family and Democratic Society, London 1948
107. Friedmann,W. Military Government of Germany, London 1947

108. Gesetz über die Errichtung gewerblicher Unternehmen (Lizensierungsgesetz). Bayerisches Gesetz Nr.42 vom 23.September 1946, Württemberg-Badisches Gesetz Nr.64 vom 5.November 1946, mit Bay. Durchführungsverordnung vom 7.Juni 1947, erläutert v. R.Adam und F.Springe, München 1947
109. Gimbel,J., Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945-1949, Frankfurt/M. 1971
110. Gimbel,J., Eine deutsche Stadt unter amerikanischer Besatzung. Marburg 1945-1952, Köln/Berlin 1964
111. Greuner,R., Lizenzpresse - Auftrag und Ende. Der Einfluß der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik auf die Wiedererrichtung eines imperialistischen Pressewesens in Westdeutschland, Berlin/DDR 1962
112. Grewe,W., Ein Besatzungsstatut für Deutschland. Die Rechtsformen der Besetzung. Stuttgart 1948
113. Grimme,A., Unser Standort, in: Die Schule, Jg.1, H.1/46, S.2-4
114. Grimme,A., Gegenwartsaufgabe des Lehrers, in: Die Schule, Jg.2, H.12/47, S.1-10
115. Grosser,A., Deutschlandbilanz. Geschichte Deutschlands seit 1945, München 1970
116. Haase,O., Die Situation der Lehrerbildung, in: Die Schule, Jg.1, H.2/3-46, S.27-31
117. Haase,O., Das Bild der Volksschule, in: Die Schule, Jg.1, H.10/46, S.1-6
118. Haase,O., Nach der Flut. Bildungspolitischer Rückblick auf das Jahr 1946 in Niedersachsen, in: Die Schule, Jg.2, H.1/2-47, S.1-10
119. Haase,O., Die drei Quellen der Schulreaktion, in: Die Schule, Jg.3, H.9/48, S.341-350
120. Halbach,W., Gedanken zu 'Marktwirtschaft und Wirtschaftswissenschaft', in: Bergler,G. und L.Erhard (Hg.), Marktwirtschaft und Wirtschaftswissenschaft, 2.27-40
121. Hasse,A., Unsere Zukunft, in: Die Schule, Jg.2, H.12/47, S.10-16
122. Haug,Th., Die politische Verantwortung der Kriche, Stuttgart-Zuff., o.J.
123. Heuß,Th., Kräfte und Grenzen einer Kulturpolitik, Tübingen/Stuttgart 1951
124. Honsza,N., Zur Literarischen Situation nach 1945 in der BRD, in Österreich und in der Schweiz, Wrocław 1974 (Acta Universitatis Wratislaviensis No.214)

125. Hurwitz, H., Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949, Köln 1972
126. Hutter, H.M. und G.Nahr, Aktuelle Grenzen kapitalistischer Entwicklung in der BRD. Zum Problem von Rekonstruktionsperiode und Wachstumsstrategie, Starnberg 1971
127. Institut für Besatzungsfragen, Tübingen, Besatzungskosten - ein Verteidigungsbeitrag?, Tübingen 1950
128. Die Justizreform im Französischen Besatzungsgebiet (La Réforme Judiciaire en Zone Française d'Occupation), hg.v. Régie Autonome des Publications Officielles, Baden-Baden o.J. (1949)
129. Justizreform in den Ländern. Bericht über eine Arbeitstagung, hg.v. Institut zur Förderung öffentlicher Angelegenheiten e.V., Frankfurt/M. 1951
130. Kaiser, J., Die Repräsentation organisierter Interessen, Berlin 1956
131. Kaufmann, E., Deutschlands Rechtslage unter der Besatzung, Stuttgart 1948
132. Koch, R., Wo bleiben die Lehrbücher?, in: Die Schule, Jg.1, H.4/46, S.22-23
133. Koebner, Th., Dramatik und Dramaturgie seit 1945, in: Koebner, Th., (Hg.), Tendenzen der deutschen Literatur seit 1945
134. Koebner, Th. (Hg.), Tendenzen der deutschen Literatur seit 1945, Stuttgart 1971
135. Kroh, O., Revision der Erziehung, Heidelberg 1952
136. Kusenberg, K., Im Zeichen des Herbstes?, in: Moras, J., Deutscher Geist zwischen Gestern und Morgen
137. Lenartz, W., Die seelisch-geistige Lage unserer Jugend, in: Die Schule, Jg.1, H.9/46, S.1-6
138. Lerg, W.B. und R.Steininger (Hg.), Rundfunk und Politik 1923-1973, Rundfunkforschung Bd.3, Berlin 1975
139. Litchfield, E. u.a., Governing Postwar Germany, Ithaca/New York 1953
140. Maier, R., Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945-1947, Tübingen 1964
141. Maurer, H., Zusammenbruch und Aufbruch, Stuttgart 1946
142. Mayer-Kulenkampff, L., Gedanken zur Schule heute, in: Die Schule, Jg.2, H. 8/47, S.1-6
143. Meyer, W., Zur Kritik der Bestrebungen auf Verlängerung der Grundschulzeit, in: Die Schule, Jg.2, H.10/11-47, S.56-59

144. Michael, B. und H.-H. Schepp (Hg.), Politik und Schule von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. Eine Quellensammlung zum Verhältnis von Gesellschaft, Schule und Staat im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 2, Frankfurt/M. 1974
145. Moras, J. und H. Paeschke (Hg.), Deutscher Geist zwischen Gestern und Morgen. Bilanz der kulturellen Entwicklung seit 1945, Stuttgart 1954
146. Mosolf, A., Erziehung der weiblichen Jugend für ein demokratisches Deutschland, in: Die Schule, Jg. 1, H. 5/46, S. 11-15
147. Mosolf, A., Die Krise unserer Jugend, in: Die Schule, Jg. 1, H. 12/46, S. 3-7
148. Müller, E., Schulplanung auf Grund von Begabungsstatistiken, in: Die Schule, Jg. 2, H. 3/47, S. 2-11
149. Niclauß, K., Demokratiegründung in Westdeutschland. Die Entstehung der Bundesrepublik 1945-1949, München 1974
150. Niethammer, L., Borsdorf, U. und P. Brandt (Hg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976
151. Noack, P., Deutsche Außenpolitik seit 1945, Stuttgart/Berlin/Köln 1972
152. Peltzer, O., Sport und Erziehung. Gedanken über eine Neugestaltung, Wiesbaden 1947
153. Pünder, T., Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebietes 1946-1949, Köln 1966
154. Rauschning, H. (Hg.), Das Jahr '45. Dichtung, Bericht, Protokoll deutscher Autoren, Gütersloh 1970
155. Rönneböck, G., Die körperliche Züchtigung in der Schule, in: Die Schule, Jg. 1, H. 11/46, S. 17-18
156. Roesiger, H. D., Der Wiederaufbau seit 1945, Freiburg 1957
157. Rümelin, H.-A. (Hg.), So lebten wir ... - Ein Querschnitt durch 1947. Ein Almanach, Willsbach/Württ. 1947
158. Schiefer, J., Zur Soziologie der deutschen Gewerkschaften, Aachen 1947 (Gewerkschaftliche Schriftenreihe, H. 1)
159. Schnell, R., Literarische Innere Emigration. 1933-1945, Stuttgart 1976
160. Söhlmann, F. (Hg.), Treysa 1945. Die Konferenz der evangelischen Kirchenführer 27. - 31. August 1945, Lüneburg 1946
161. Spotts, F., Kirchen und Politik in Deutschland, Stuttgart 1976

162. Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Bd.62, Die natürliche Bevölkerungsbewegung in den Jahren 1946-1949, Stuttgart/Köln o.J. (1952)
163. Strych,E., Der westdeutsche Sport in der Phase der Neugründung 1945-1950, Schorndorf 1975 (Beiträge zur Lehre und Forschung der Leibeserziehung, Bd.58, hg.v. Ausschuß Deutscher Leibeserzieher)
164. Thierbach,H., Brüder willkommen!, in: Die Schule, Jg.1, H.6/46, S.18-20
165. Tolzien,G., Kaspar Hauser. Kulturpolitische Zeitbetrachtungen, Meisenheim/Glan 1947
166. Trommler,F., Der zögernde Nachwuchs. Entwicklungsprobleme der Nachkriegsliteratur in West und Ost, in: Koebner,Th. (Hg.), Tendenzen der deutschen Literatur seit 1945
167. Ulshöfer,R., Die Geschichte des Gymnasiums seit 1945. Dokumentation und Kommentare, Heidelberg 1967
168. Vermeil,E., L'Allemagne contemporaine sociale, politique et culturelle. 1890-1950, T.II: La République der Weimar et le Troisième Reich. 1918-1950, Paris 1953
169. Virally,M., Die internationale Verwaltung Deutschlands vom 8.Mai 1945 bis 24.April 1947, Baden-Baden 1948
170. Vogel,W., Westdeutschland 1945-1950. Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil I, Koblenz 1956, (Schriften des Bundesarchivs 2)
171. Weber,D. (Hg.), Deutsche Literatur seit 1945. In Einzeldarstellungen, Stuttgart 1968
172. Wehdeking,V.C., Der Nullpunkt. Über die Konstituierung der deutschen Nachkriegsliteratur (1945-1948) in den amerikanischen Kriegsgefangenenlagern, Stuttgart 1971
173. Welzel,J., Lehrplanzwang für Staatsbürgerkunde oder nicht?, in: Die Schule, Jg.3, H.11/48, S.452-455
174. Willis,F.R., The French in Germany 1945-1949, Stanford/Calif. 1962
175. Winkel,H., Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945-1970, Wiesbaden 1974
176. Winkeler,R., Schulpolitik in Württemberg-Hohenzollern 1945-1952. Eine Analyse der Auseinandersetzungen um die Schule zwischen Parteien, Verbänden und französischer Besatzungsmacht, Stuttgart 1971 (Veröffentlichungen der Kommission für ge-

schichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg,
Reihe B, Forschungen, Bd.66)

177. Wittlinger, U., Stellungnahmen aus der Evangelischen Kirche zur Rekonstruktion der Gesellschaftsordnung in Westdeutschland nach 1945 - dargestellt an ausgewählten Publikationen, (masch.), Münster 1976 (Wiss.Arbeit vorgelegt für die Erste Staatsprüfung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen)
178. Wurzbacher, G., Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens. Methoden, Ergebnisse und sozialpädagogische Folgerungen einer soziologischen Analyse von 164 Familienmonographien, Dortmund 1951
179. Zentralbüro des Hilfswerks der Ev.Kirchen in Deutschland (Hg.), Jahrbuch. Das Hilfswerk 1945-1950, Stuttgart 1950
180. Zink, H., The United States in Germany. 1944 - 1955, Princeton, N.J./Toronto/London 1957

DOKUMENTE/ARCHIVMATERIAL

Geordnet nach den Fundorten erfolgen die Angaben innerhalb eines persönlichen oder sachlichen Zusammenhangs chronologisch, soweit ein Datum in den Archivalien angegeben oder aus dem Text entschlüsselbar ist.

Die einzelnen Titel werden in den entsprechenden Abschnitten der Arbeit nach der laufenden Nummer zitiert. Ergänzungen zu einzelnen Materialien sind in der Zitation angegeben.

a) Bundesarchiv, Koblenz

- D 1. Nachlaß (NL) Heuß/58. R.Maier an Th.Heuß (11.8.1945)
- D 2. NL Heuß/56. W.Haußmann an Th.Heuß (28.8.1945)
- D 3. NL Heuß/103. A.Weber an Th.Heuß (10.7.1946)
- D 4. NL Heuß/84. Th.Heuß an A.Klett (23.4.1947)
- D 5. NL Heuß/56. Liberal-Demokratische Partei Großhessen/Landesverband Großhessen (Euler) an Th.Heuß (19.12.1947)
- D 6. NL Heuß/56. Th.Heuß an Euler (12.1.1948)
- D 7. NL Heuß/56. L.Erhard an Th.Heuß (14.7.1949)
- D 8. NL Heuß/56. Th.Heuß an L.Erhard (19.7.1949)
- D 9. NL Pollock/96. Memorandum von Pollock an Murphy (22.10.1945)
- D 10. NL Roßmann/25. Interne Besprechung mit Gen.Clay am 8.4.1948
- D 11. ZSg 2/256 (Besatzungsmächte). HQ Twelfth Army Group/Europe, "Special Orders for German-American Relations"
- D 12. Z2/50 (Zonenbeirat). Entschließung des Kulturausschusses des Zonenbeirats aus der Sitzung vom 25.5.1946
- D 13. Z2/50 (Zonenbeirat). Einrichtung staatsbürgerlicher Bildungsstellen. Antrag Oberpräsident Dr.Amelunxen (1946)
- D 14. Z2/50 (Zonenbeirat). Stand der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Kohleförderung (1946)
- D 15. Z2/50 (Zonenbeirat). Bereitstellung von Arbeitskräften für die Beseitigung von Schutt
- D 16. Z2/50 (Zonenbeirat). Eine Maßnahme zur Bekämpfung der Nazipropaganda

- D 17. Z2/85 (Zonenbeirat). Anlage 12a zu Punkt 256a des Protokolls der 11.Sitzung, Kontrollkommission für Deutschland (Britischer Teil). Zonenbeirat, Vorschläge zur Errichtung von deutschen Stellen für Aufklärung und Kultur in der brit. Zone (12.2.1947)
- D 18. Z2/57 (Zonenbeirat). Anlage 12b zu Punkt 256 des Protokolls der 11.Sitzung, Stellungnahme und Gegenvorschlag des Kulturpolitischen Ausschusses des Zonenbeirats zur Vorlage der Kontrollkommission (19.4.1947)
- D 19. Z2/57 (Zonenbeirat). Anlage 1o zu Punkt 253,1c,cc des Protokolls der 11.Sitzung, Eingabe der Nordwestdeutschen Lotteriegesellschaft m.b.H., Hannover (o.D.)
- D 20. Z1/1227 (Kriminalpolizei). Württembergisches Landesfahndungsamt Stuttgart, Bericht über den Verlauf der am 21.2.1946 in Stuttgart durch den Länderrat einberufenen Zusammenkunft (25.2.1946)
- D 21. Z24/31. Gründungsprotokoll des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins (16.4.1946)
- D 22. Z24/31. Protokoll (des Nordwestdt.Zeitungsverleger-Vereins) der Vorstandssitzung vom 3.3.1947 in Düsseldorf
- D 23. Z24/31. Vorstandssitzung des NWZVV e.V. am 23.Juli 1947 in Bad Godesberg (Protokoll vom 1.8.1947)
- D 24. Z24/31. Verlegertagung des NWZVV e.V. am 24.Juli 1947 in Godesberg (Stenografischer Bericht über die Verhandlungen am 24.7.1947)
- D 25. Z24/31. Lohndruckverlage - Betriebsvereinbarungen - Lohnstop für Redaktion (25.8.1947)
- D 26. Z23/5. Zonenpresserat für die britische Zone
- D 27. Z23/30. Zonenpresserat, Aktennotizen des Sekretärs des Zonenpresserats, Bünger (1948)
- D 28. Z24/8. Arbeitsgemeinschaft der Zeitungsverleger-Verbände in der US-Zone, Stuttgart. Anzeigen-Informationsdienst (14.3.1949)
- D 29. Z23/5. Die deutsche Presse im Kampf gegen Monopol und Lizenzsystem. 15 Jahre Presse-Unfreiheit. Der Leidensweg der deutschen Privatverleger. Spruchkammererfahrungen, (Juli 1949)
- D 30. Z1/998. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes. Anordnung des Kultusministeriums vom 24.1.1947 betr. Verkehr mit Militärregierung und Länderrat
- D 31. Z1/999. Kultministerium (Bäuerle) an die amerikanische Militärregierung Stuttgart (11.2.1947)

- D 32. Z1/141. Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Bd.IV, Tagesordnungen des Direktatoriums, H.1: 39.-50.Tagung Juli-Dezember 1947. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses für Gen.Clay, Anlage 1: Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege und seine zeitbedingten Gestaltungsfaktoren
- D 33. Z12/16. Deutsches Büro für Friedensfragen, Stuttgart (1.3.1949)

b) Institut für Zeitgeschichte, München

- D 34. Dk 101.006(a). Monthly Reports of the Military Governor U.S.Zone, August 1945 through September 1949 (WW II Records Division Project Nr.62-5) Hg.: The National Archives, National Archives and Records Service, General Services Administration, Washington 1962. Vol.1 (August 1945) bis Vol.5 (Dezember 1945)
- D 35. ebd., Functional Reports (Education, Religion and Welfare; Manpower; Information Control; The Political Situation) July 1945 - November 1945
- D 36. Dk 110.001. Records of United States Occupation Headquarters, World War II, Record Group 260, Office of Military Governor for Germany (U.S.). Opinion Surveys. Information Control Division), Hg.: Washington National Records Center, 1970, Vol.1 (Report Nr.1-29) und Vol.3 (Report Nr.61-100)
- D 37. Dk 305.002. Bulletin d'Activité du Commandement en Chef Français en Allemagne, (Oktober 1945 bis Dezember 1947)
- D 38. Dk 300.001. Journal Officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne, ed.p. Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation, Baden-Baden, Nr.1 (3.9.1945) - Nr.69 (5.5.1947)
- D 39. Dk 200.001. Monthly Report of the Control Commission for Germany (British Element), hg.v. Headquarters Control Commission for Germany (British Element), Berlin
- D 40. Dk 305.001. La Revue de la Zone Française, ed.p. Gouvernement Militaire de la Zone Française d'Occupation, Direction de l'Information, Nr.3 (15.Januar) 1946
- D 41. dies., Nr. 6/7 (April/Mai) 1946
- D 42. Dk 305.001. La France en Allemagne (Nachfolge-titel der Revue de la Zone Française), Nr.3 (Oktober-Dezember) 1946
- D 43. dies., Sonderausgabe August 1947

- D 44. Dp 001/Rqk 25. Protokoll der ersten Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone vom 12.-14. März 1946 in Hannover-Linden
- D 45. Dp 014. Industriegewerkschaft Graphisches Gewerbe und Papierverarbeitung für die britische Zone. 1.Verbandstag am 1.und 2.März 1947 in Oldenburg (Protokoll)
- D 46. Dp 001/Rqk 26. Protokoll. Gründungskongreß des DGB. 1.Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Zone vom 22.-25.April 1947 in Bielefeld
- D 47. Do 501. Die deutsche Zeitung. Mitteilungen des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins e.V., des Norddeutschen Journalisten-Verbandes e.V., der Arbeitsgemeinschaft Nordwestdeutsche Presse für die britische Besatzungszone, Jg.1, Nr.3 (August 1947)
- D 48. Do 501. Die Zeitung. Mitteilungsblatt der Verlegerverbände in der amerikanischen Zone, hg.v. Verein Bayrischer Zeitungsverleger e.v., Verband Großhessischer Zeitungsverlage, Verein Württemberg-Badischer Zeitungsverleger, e.V. , Jg.1, Nr.1 (Oktober 1946)
- D 49. dies., Jg.3, Nr.1 (März 1948)
- c) Landeskirchliches Archiv beim Ev.Oberkirchenrat, Stuttgart
- D 50. Ansprache des Herrn Landesbischofs (Wurm) im Stuttgarter Pfarrkonvent am 4.Dezember 1945: Über die Schuldfrage, Ms., (P 9/5)
- D 51. Eröffnungsgottesdienst der 1.Volksvertretung (Wurm), Schloßkirche Stuttgart, 16.Januar 1946, Ms., (P 9/5)
- D 52. Dr.Kempner antwortet Bischof Wurm, (Zeitungsausschnitt 1948), (P 9/5)

ZEITSCHRIFTEN

1. Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, hg.v. W.F.Haug, Berlin
2. Frankfurter Hefte. Zeitschrift für Kultur und Politik, hg.v. E.Kogon und W.Dirks, Jg.1 (1946) bis Jg.3 (1948) (= Bd.1-3 der Faksimile-Ausgabe der Jahrgänge 1-7 (1946-1952), FTB, Frankfurt/M. 1978)
3. Kursbuch, hg.v. H.M.Enzensberger und K.M.Michel, Berlin
4. Probleme des Klassenkampfes. Zeitschrift für Politische Ökonomie und sozialistische Politik, Berlin/Erlangen
5. La Pensée. Revue du rationalisme moderne, Paris
6. Die Schule. Monatsschrift für geistige Ordnung, hg.v. (Staatsminister) A.D.Grimme, Hannover, Jg.1 (1946) bis Jg.3 (1948)

Lebenslauf

Am 23. März 1949 wurde ich, Norbert Jens Regg, in Berlin (Ost) geboren. Nach der Grundschule in Berlin und Schwäbisch-Hall besuchte ich das Gymnasium St. Michael in Schwäbisch-Hall und anschließend das Schickhardt-Gymnasium in Stuttgart bis zum Abschluß durch Abitur im Mai 1968.

Seit Sommersemester 1970 studierte ich an der Universität Münster die Fächer Soziologie, Publizistik und Politikwissenschaft; die Schwerpunkte meines Studiums lagen auf den Gebieten der politischen Soziologie, Kommunikationssoziologie und Internationalen Politik. Während des Studiums war ich Tutor in den Fächern Soziologie und Publizistik und arbeitete 1972/73 im Forschungsprojekt "Demokratische Grenzen der Pressefreiheit" mit, das von Prof. Dr. Küchenhoff geleitet wurde.

Im Juli 1975 beendete ich mein Studium mit dem Magister-Examen und war danach u.a. als Honorar Dozent am Zivildienstzentrum 'Soziale Dienste Ruhrgebiet' des Bundesamtes für den Zivildienst tätig.

